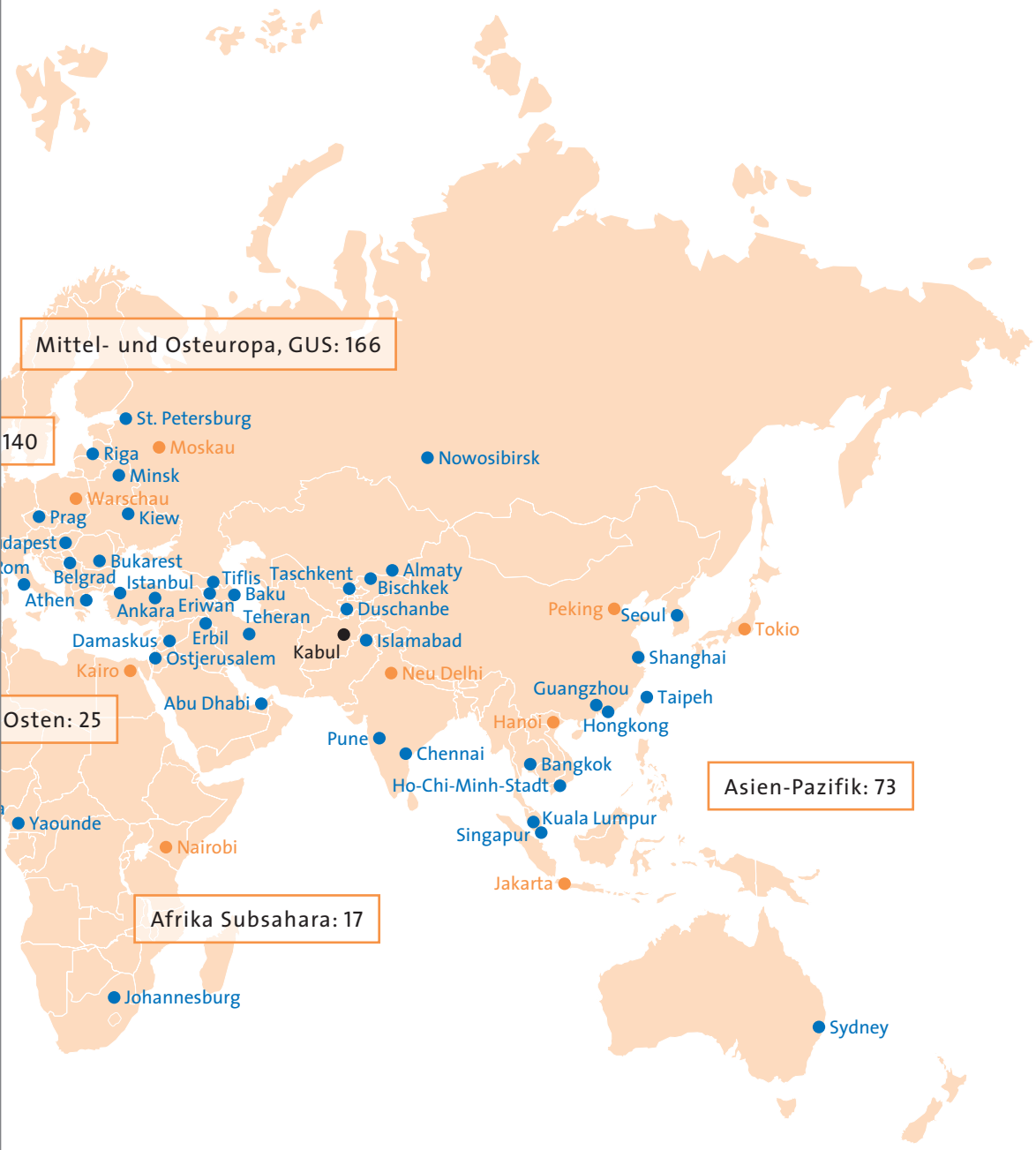
2011

Berichte der Außenstellen

DAAD
Deutscher Akademischer Austausch Dienst
German Academic Exchange Service

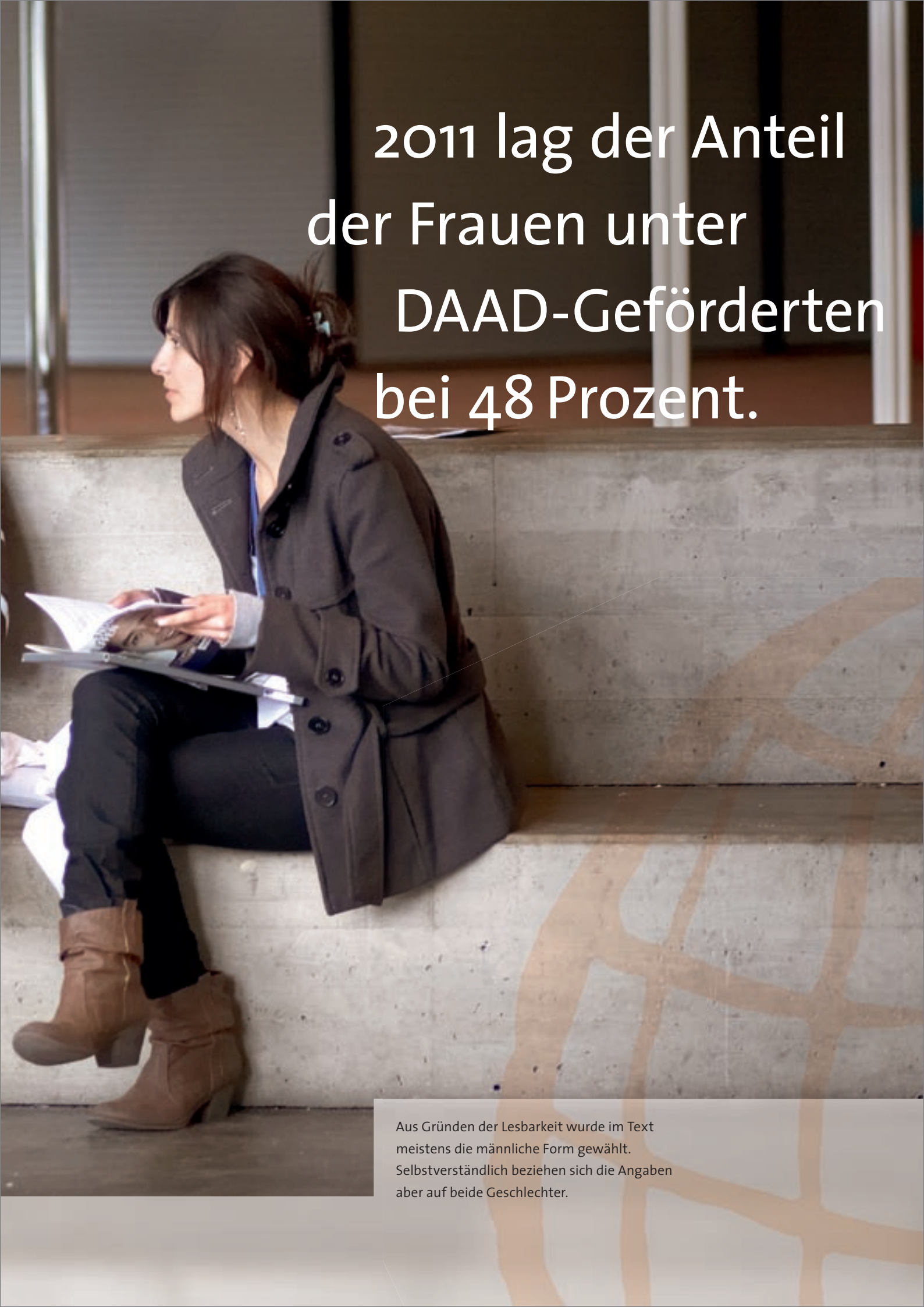
DAAD-Präsenz weltweit



- 14 Außenstellen
- 51 Informationszentren (ICs)
- Verbindungsbüros
- 471 Lektorate

Berichte der Außenstellen
des Deutschen
Akademischen
Austauschdienstes
2011

D&G



2011 lag der Anteil der Frauen unter DAAD-Geförderten bei 48 Prozent.

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text meistens die männliche Form gewählt. Selbstverständlich beziehen sich die Angaben aber auf beide Geschlechter.

www.dasnd.de

Vorwort 6

Afrika

Kairo (Dr. Michael Harms) 11

Nairobi (Christoph Hansert) 25

Amerika

Mexiko-Stadt (Dr. Hanns Sylvester) 43

New York (Dr. Sebastian Fohrbeck) 55

Rio de Janeiro (Christian Müller) 69

Asien

Hanoi (Hannelore Bossmann) 83

Jakarta (Dr. Helmut Buchholt) 97

Neu Delhi (Christiane Schlottmann) 109

Peking (Stefan Hase-Bergen) 123

Tokio (Dr. Holger Finken) 137

Europa

London (Dr. Andreas Hoeschen) 149

Moskau (Dr. Gregor Berghorn) 161

Paris (Dr. Klaudia Knabel) 175

Warschau (Dr. Randolf Oberschmidt) 189

Adressen 204

Dr. Dorothea Rüland ist Generalsekretärin des DAAD.

Der DAAD weltweit – Rückschau auf das Jahr 2011

2011 war ein bewegtes Jahr: Es begann mit dem „Arabischen Frühling“, dem dramatischen Aufbruch in einer Region, die jahrzehntelang von politischem Stillstand geprägt war. Die Protestwelle gegen die bestehenden Regime und Machthaber nahm in Tunesien, Algerien und Ägypten ihren Anfang und breitete sich rasch in andere arabische Länder aus. Kurze Zeit später schaute die Welt besorgt nach Japan: Ein schweres Erdbeben und ein anschließender Tsunami zerstörten weite Landstriche und lösten im Kernkraftwerk Fukushima eine nukleare Katastrophe aus.

Sowohl in Japan als auch in Ägypten ist der DAAD mit Außenstellen vertreten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Tokio und Kairo erlebten diese außergewöhnlichen Geschehnisse aus nächster Nähe mit. In ihren Jahresberichten informieren sie über die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen, aber vor allem auch über die hochschulpolitische Situation und die Arbeit des DAAD in diesen bewegten Zeiten. Während der Krise leiteten sie sofort Schritte ein, um die Sicherheit von Mitarbeitern, Stipendiaten und Lehrkräften zu gewährleisten, und bereiteten gleichzeitig Maßnahmen vor, um die Hochschul- und Wissenschaftsstrukturen in den Regionen langfristig zu unterstützen. Eines haben die Ereignisse eindrücklich bestätigt: Die internationale akademische Zusammenarbeit wird sowohl im Rahmen von Transformationsprozessen als auch bei der Lösung von globalen Umweltfragen weiterhin eine tragende Rolle spielen.

Insgesamt unterhält der DAAD 14 Außenstellen weltweit. Sie nehmen in ihren jährlichen Berichten ergänzend zum Jahresbericht des DAAD den Blickwinkel des Auslands ein. Dabei sind die DAAD-Außenstellen Teil eines weltweiten Auslandsnetzwerks, zu dem 51 Informationszentren, 471 Lektorate, 14 Zentren für Deutschland- und Europastudien, rund 40 Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland sowie über 280.000 Alumni gehören.

Die Aufgabe der Außenstellen besteht vor allem in dem optimalen Einsatz der Fördermittel für die jeweilige Region sowie in der Konzeption neuer Programme und deren Abstimmung mit den ausländischen Partnern. Wie auch die kleineren Informationszentren bieten sie einen Informations- und Beratungsservice für Fragen über das deutsche Hochschulwesen und Studienmöglichkeiten in Deutschland und im Ausland an. Dabei arbeiten sie eng mit den Deutschen Botschaften und anderen deutschen Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut, der Alexander von Humboldt-Stiftung oder Forschungseinrichtungen zusammen. Die Außenstellen tragen somit auf vielfältige Weise dazu bei, die Aufgaben des DAAD im Ausland zu fördern.

Der Trend zur Internationalisierung von Hochschulen und Wissenschaft setzt sich überall auf der Welt fort – das Interesse an einer Zusammenarbeit mit Deutschland und dem DAAD ist groß. Im vergangenen Jahr stand bei vielen Außenstellen die Ausweitung und Vertiefung der Kooperationen mit den ausländischen Partnern im Vordergrund. Viele Länder unterstützen die Internationalisierung von Hochschulen und Wissenschaft bereits gezielt durch spezielle Regierungsprogramme. Ein herausragendes Beispiel im Jahr 2011 war die Entscheidung der brasilianischen Staatspräsidentin, ein neues Stipendienprogramm für Auslandsmobilität aufzulegen: In den kommenden vier Jahren sollen 100.000 junge Brasilianerinnen und Brasilianer im Ausland studieren oder forschen.

Der DAAD ist bei vielen dieser Planungen und Diskussionen als Ratgeber gefragt und profitiert seinerseits von der Zusammenarbeit. Mit dem „Ohr direkt am Markt“ greifen unsere Außenstellen Entwicklungen im Gastland auf und stellen ihr neu gewonnenes Wissen für die Gestaltung der DAAD-Programme zur Verfügung. Gleichzeitig setzen sie sich für die „Vermarktung“ und die

Internationalisierung der deutschen Hochschulen ein. Mit zahlreichen Messeteilnahmen und Informationsveranstaltungen trugen sie auch im Berichtsjahr erheblich zum Erfolg des Marketings für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland bei.

Großen Wert legen die Außenstellen auf den Aufbau und die Pflege ihres Netzwerks. Von zentraler Bedeutung sind dabei die zahlreichen DAAD-Alumni, die in die vielfältigen Tätigkeiten und Veranstaltungen der Außenstellen eingebunden werden. Hervorzuheben ist das große Engagement der Lektoren und Sprachassistenten, die in Zusammenarbeit mit den Außenstellen in den einzelnen Ländern zahlreiche kreative Wege finden, Interesse am Erlernen der deutschen Sprache zu wecken.

Die Berichte der Außenstellen und der Jahresbericht des DAAD stehen auch auf der Website (www.daad.de/berichte) bereit, ergänzt um zusätzliche Informationen zu den einzelnen Ländern und Programmen. Darüber hinaus steht Ihnen der DAAD gerne mit seinem Auslandsnetzwerk zur Beratung und Planung Ihrer Vorhaben in den verschiedenen Regionen zur Verfügung.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!
Ihre

Dr. Dorothea Rüland
Generalsekretärin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

Kairo

Revolution in Ägypten – zwischen Hoffnung und Enttäuschung

Dr. Michael Harms leitet die Außenstelle Kairo seit September 2010. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1960 und hat zurzeit zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Frühling in der Region

Das Jahr begann mit einem Frühling. In Anlehnung an die demokratische Reformbewegung in der damaligen Tschechoslowakei prägten Journalisten und politische Beobachter den Begriff vom „Arabischen Frühling". Gemeint waren die Massendemonstrationen und Aufstände in der Region, die mit der Selbstverbrennung des Obsthändlers Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 in Tunesien ihren Anfang nahmen und zur Absetzung mehrerer Autokraten und Diktatoren in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens führten.

Der erste war der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali, der am 14. Januar nach massiven Protesten sein Amt und sein Land verlassen musste. Ermuntert durch diesen Erfolg gingen die Menschen auch in Ägypten auf die Straße. Der 25. Januar markiert hier den Beginn der Massenproteste und ist als „Tag des Zorns" in die Geschichte eingegangen. Die Demonstranten wollten vor allem eines – den Rücktritt des verhassten Präsidenten Husni Mubarak, der das Land seit fast drei Jahrzehnten autokratisch regierte, oppositionelle Parteien nach Gutdünken unterdrückte sowie missliebige Andersdenkende inhaftieren und foltern ließ. Zwar erlebte Ägypten in seiner Regierungszeit einen beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwung – allerdings kam der nur einer verschwindend geringen Minderheit zugute, während ein Großteil der Bevölkerung in bitterer Armut und ohne jede Hoffnung auf Veränderung lebte. Mubarak selbst sowie die höchsten Generäle des ägyptischen Militärs bereicherten sich in der drei Jahrzehnte währenden Regentschaft schamlos: Seriöse Schätzungen gehen von bis zu 40 Mrd. US-Dollar aus, die Husni Mubarak, seine Ehefrau Suzanne sowie seine beiden Söhne Gamal und Alaa während dieser Zeit angehäuft haben sollen, andere Quellen sprechen gar von bis zu 70 Mrd. US-Dollar. Ferner sollen bis zu 40 Prozent der gesamten ägyptischen Wirtschaft unter der direkten Kontrolle der Armee und ihrer Generäle stehen – sie ist die wahre Wirtschaftsmacht am Nil.

Transformations-partnerschaft

Wissenschafts-kooperationen angebahnt

Demokratische Wahlen

Arabischer Frühling

Demonstrationen und Gewalt

Wendepunkt 25. Januar 2011

Der 25. Januar stellt einen historischen Wendepunkt dar. Er gilt als Beginn der Revolution, weil die Unzufriedenen zum ersten Mal in bis dahin unvorstellbaren Massen auf den Tahrir-Platz drängten und angesichts ihrer schieren

Dank ihrer geschützten Lage auf der Nilinsel Zamalek konnte die DAAD-Außenstelle während der Revolution Zuflucht bieten.

Anzahl gemeinsam die Angst vor dem brutalen Polizeiapparat überwanden. Der Unmut und die Frustration der Bevölkerung haben viele Gründe: die alle Lebensbereiche durchziehende Korruption, der Mangel an demokratischer Teilhabe, eine grassierende Inflation und sprunghaft angestiegene Lebensmittelpreise. Besonders stark ins Gewicht fiel eine als bleiern empfundene Perspektivlosigkeit, von der besonders die junge und gut ausgebildete Generation betroffen ist. Die Ziele des Aufstand waren zunächst klar definiert und deutlich zu benennen: Neben dem Rücktritt des Präsidenten forderten die Demonstranten freie und geheime Wahlen, die Beschneidung der Machtbasis eines neuen Staatsoberhaupts, eine demokratische Änderung der Verfassung, eine wirksame Bekämpfung von Korruption sowie die Aufhebung der seit 30 Jahren geltenden Notstandsgesetzgebung. Die Versuche des Regimes, die Demonstrationen zunächst durch Gewalt und Repression zu ersticken, später dann durch Zugeständnisse wie die Installation eines Vizepräsidenten zu beschwichtigen, verfingen nicht bei den Unzufriedenen am Tahrir-Platz und in den anderen Städten des Aufstands. Nach 18 Tagen ununterbrochener Proteste, die mehrere Hundert Menschen das Leben kosteten, musste Mubarak am 11. Februar seinen Rücktritt erklären. An seine Stelle trat der Militärrat (SCAF, Supreme Council of the Armed Forces). Er bekannte sich wortreich und pathetisch zu den Zielen der Revolution, stellte freie, unabhängige Wahlen sowie die Aufhebung des Ausnahmezustands in Aussicht. De facto wird das Land seit dem Rücktritt des Präsidenten von einer Militärjunta regiert.

Enthusiasmus und große Erwartungen

In Ägypten herrschten zunächst überschäumende Freude und grenzenlose Euphorie – viele Menschen konnten ihr Glück kaum fassen, eine bis dahin nicht gekannte Aufbruchsstimmung erfasste das Land: Junge Menschen säuberten den Tahrir-Platz und andere Straßen der Hauptstadt, sie strichen Bordsteinkanten und Laternenpfähle in den Farben der allgegenwärtigen ägyptischen Trikolore rot-weiß-schwarz und berauschten sich an der Aussicht auf eine bessere, freiere Zukunft. In diesem Hochgefühl war freilich schon ein Dilemma angelegt: So gigantisch und komplex wie die Probleme des Landes ist auch die Erwartungshaltung seiner Bürgerinnen und Bürger. Viele, vor allem die Ärmsten, hoffen, dass sich ihre unmittelbaren Lebensverhältnisse schnell und spürbar verbessern.

Im Hochgefühl nach Mubaraks Rücktritt ist ein Dilemma angelegt: So gigantisch und komplex wie die Probleme des Landes ist auch die Erwartungshaltung seiner Bürger. Viele, vor allem die Ärmsten, hoffen, dass sich ihre unmittelbaren Lebensverhältnisse schnell und spürbar verbessern.

Dabei ist bis heute das Gegenteil der Fall – die ohnehin fragile Wirtschaft des Landes brach nach der Revolution dramatisch ein. Touristen, verstört durch immer wieder aufflammende Gewalt in den Straßen, stornierten ihre Buchungen und mieden das Land. Ausländische Investoren, ebenfalls beunruhigt durch die schlechte Sicherheitslage und die ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, zogen ihr Geld aus Ägypten ab. Einige Zahlen verdeutlichen dies: Der wichtigste Börsenindex EGX 30 hat im Laufe des Jahres 2011 um 40 Prozent an Wert verloren, ausländische Investitionen sanken um zwei Drittel von 6,7 Mrd. US-Dollar auf 2 Mrd. US-Dollar. Die Tourismusbranche brach im Februar um 90 Prozent ein und wird die Zielmarke von 14 Millionen Gästen, die das Land 2010 hatte, weit verfehlen. ›

Allein der Branchenführer TUI verringerte seine Flüge nach Ägypten um 40 Prozent. Die Bedeutung dieser Zahlen wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Tourismus 2010 einen Anteil von 11,6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hatte und jeder sechste Ägypter im Fremdenverkehr beschäftigt ist. Am Ende des Jahres 2011 stand Ägypten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch vor einer äußerst ungewissen Zukunft. Wie hatte es dazu kommen können? Warum währte die Euphorie über die historische Leistung der Absetzung des Diktators nur wenige Wochen?

Entfremdung zwischen Volk und Armee

Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liegt zweifelsohne bei der Armee oder besser dem SCAF. Traditionell genießt das Militär in Ägypten große Sympathie, ja Bewunderung. Zurückzuführen ist das Ansehen auf die Tatsache, dass das Militär sich zu weiten Teilen aus Wehrpflichtigen, also den „Söhnen des Volkes“, zusammensetzt. Ferner gründet sich der hohe Stellenwert auch auf die Erfolge während des Ramadankriegs 1973, als Israel sich aus dem besetzten Sinai zurückziehen musste. ›

Wahlsieger

Muslimbrüder und Salafisten

Seit dem 28. November 2011 hatte Ägypten – zum ersten Mal in seiner 5.000-jährigen Geschichte – die Möglichkeit, in freien und geheimen Wahlen ein demokratisch legitimiertes Parlament zu wählen. Trotz des sehr komplizierten Ablaufs, der aus drei Runden mit jeweils zwei Wahltagen plus Stichwahl sowie einer Mischung aus Mehrheits- und Listenwahlrecht bestand, war die Beteiligung der Ägypterinnen und Ägypter erfreulich hoch und lag nach Angaben der zuständigen Wahlkommission bei über 60 Prozent. Die Ergebnisse der drei Runden waren sowohl für die säkularen und liberalen Revolutionäre der ersten Stunde als auch für westliche Beobachter eine herbe Enttäuschung: Die Parteien des politischen Islam fuhren eine überwältigende Mehrheit ein. Sie werden zusammengenommen voraussichtlich eine satte Zweidrittelmehrheit erreichen, das Parlament dominieren sowie einen spürbaren Einfluss bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung ausüben können.

Doch wer sind die Islamisten? Mitnichten handelt es sich um einen monolithischen Block, im Gegenteil. Einige der vielen religiösen Gruppierungen sind untereinander sehr zerstritten, ob sie im Parlament zu einer gemeinsamen Arbeit zusammenfinden, ist mehr als fraglich. Die wichtigsten Gruppierungen sind – in absteigender Reihenfolge – die Muslimbrüder, die als „Partei der Freiheit und Gerechtigkeit“ antraten und bei den ersten beiden Wahlrunden auf knapp 40 Prozent Stimmenanteil kamen, die salafistische, radikal-islamische „Partei des Lichts“ (Nour) mit einem Zuspruch von circa einem Viertel aller Wählerinnen und Wähler sowie die Wasat-Partei, die als eine „liberale“ Abspaltung der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei auf knapp 5 Prozent kommt. Neben diesen drei Parteien gibt es noch weitere, aber wenig bedeutende islamistische Splittergruppen.

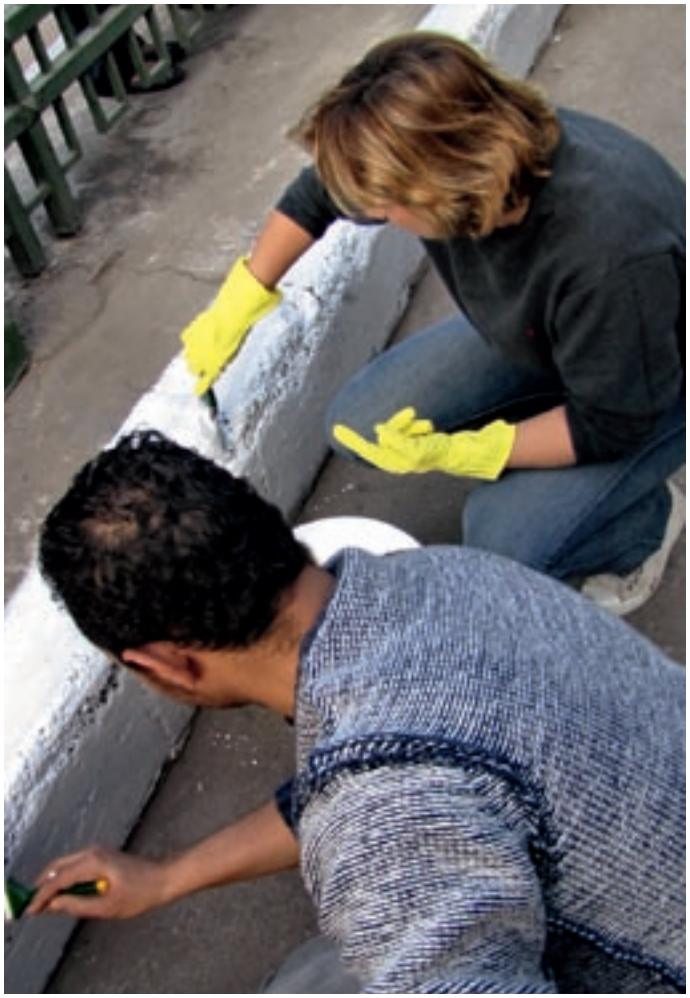
Damit ist klar: Die Muslimbrüder werden im neuen Ägypten die entscheidende politische Kraft darstellen. Sie verfügen über mehr als 80 Jahre nach ihrer Gründung durch den Volksschullehrer Hasan al-Banna über ein weitverzweigtes und bestens organisiertes Netzwerk in allen Landesteilen. Insbesondere unter den einfachen Bürgern genießen die Brüder wegen ihres verlässlichen sozialen und karitativen Engagements hohes Ansehen, die jahrelange Unterdrückung durch Husni Mubarak

verleiht ihnen Glaubwürdigkeit, obwohl sie nicht zu den Revolutionären der ersten Stunde gehörten. Die Bandbreite der Meinungen und Überzeugungen in der Muslimbrüderschaft ist groß: Obwohl es zweifelsohne auch unter ihren Mitgliedern Anhänger radikaler Positionen gibt, geben sich die Vertreter der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei islamisch gemäßigt. Sie sprechen sich für Demokratie, Religionsfreiheit und Pluralismus aus und haben erklärt, für das Wohl des Landes auch mit den liberalen und weltlichen Parteien zusammenzuarbeiten und sich nicht mit der salafistischen Nour-Partei zusammenschließen zu wollen.

Radikaler als die Muslimbrüder sind die Salafisten. Der Ausdruck Salafiyya bezeichnet zunächst einmal nur die Orientierung an den „Altvorderen". Salafisten idealisieren die Sitten und Gebräuche zu Zeiten des Propheten Mohammed und stellen den Koran über alle weltlichen Dinge – also auch über Demokratie, säkulare Bürgerrechte oder von Menschen gemachte Gesetze. Sie verteufeln westliche Lebensformen als dekadent und unislamisch. Einflussreiche Salafisten halten Frauen und Christen per se für ungeeignet, politische Verantwortung zu übernehmen. Für die Entwicklung Ägyptens der nächsten Jahre wird es entscheidend sein, ob es eine Zusammenarbeit zwischen Muslimbrüdern und Salafisten im Parlament geben und wie diese aussehen wird. Ferner wird es entscheidend sein, welchen Einfluss die Radikalen bei der Gestaltung der neuen Verfassung und der neuen Gesellschaftsordnung haben werden. Bis dahin stehen Ägypten allerdings noch weitere Wahlen bevor: die zur zweiten Kammer, der Schura, sowie die mit Abstand wichtigste – die Wahl eines neuen Präsidenten, die nach dem neuen Fahrplan des Militärrats bis Juli 2012 abgeschlossen sein soll.

Keine Revolutionäre der ersten Stunde: Erst im Laufe der Proteste artikuliert sich der politische Islam (oben).

Ägypterinnen und Ägypter stehen stundenlang geduldig vor den Wahllokalen (unten).



Am 28. Januar 2011 griff die ägyptische Armee in die Revolution ein und wurde von den Demonstrierenden frenetisch bejubelt. In Sprechchören beschworen sie, dass „Armee und Volk eine Hand“ seien – und tatsächlich ging das Militär in diesen entscheidenden Tagen nicht systematisch gegen die Aufständischen vor, sondern positionierte sich frühzeitig auf Seiten der Revolution und ermöglichte damit überhaupt erst ihren Erfolg. Dieses Vorgehen stand in krassem Gegensatz zum Gebaren der regulären Polizei und der wegen ihres besonders brutalen Vorgehens berüchtigten Einheiten der paramilitärischen Central Security Forces. Kurz nach dem Ausrücken der Armee zogen sich nahezu sämtliche Polizeieinheiten

aus den Straßen Ägyptens und der übrigen Städte zurück und hinterließen damit ein Macht- und Sicherheitsvakuum, das Plünderer, Randalierer und Diebe rücksichtslos ausnutzten. Viele Ägypter sind überzeugt, dass diese Tage des Chaos und der nahezu ungehinderten Anarchie von den Kräften des alten Regimes orchestriert und forciert wurden. Gefängnisse wurden geöffnet, Schwerkriminelle befreit und zu Plünderungen und Brandstiftungen geradezu aufgefordert. Die Logik hinter diesem Vorgehen ist durchschaubar: Gesetzlosigkeit und Unordnung wurden bewusst geschürt, um die demokratische Revolte zu diskreditieren.

Der Armeeführung, gestartet mit dem beschriebenen beispiellosen Vertrauensvorschuss, ist es jedoch nach der Machtübernahme nicht gelungen, den Übergangsprozess hin zu einer demokratischen Gesellschaft überzeugend zu organisieren und zu moderieren. Zu den entscheidenden Fehlern gehörte, dass sich die von der SCAF eingesetzten Premierminister und Kabinettsmitglieder nahezu ausschließlich aus ehemaligen Funktionsträgern der Mubarak-Ära rekrutierten. Damit waren sie für die Revolutionäre inakzeptabel. Ferner bekam der Militärrat die fragile Sicherheitslage nicht in den Griff. Immer wieder flammte Gewalt auf, die nicht selten von der Armee selbst provoziert wurde, wie bei der brutalen Räumung eines Zeltdorfes auf dem Tahrir-Platz am 19. November. Auf dem „Platz der Befreiung“ und in den angrenzenden Straßen kam es anschließend zu bürgerkriegsähnlichen Schlachten zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Nach Angaben des ägyptischen Gesundheitsministeriums wurden dabei mindestens 36 Menschen getötet und fast 2.000 Personen verletzt. Zum zunehmend rücksichtslosen und brutalen Vorgehen der Armee gehören zynische und erniedrigende „Jungfräulichkeitstests“ bei jungen Demonstrantinnen ebenso wie die traurige Tatsache, dass seit dem Rücktritt des Präsidenten laut Human Rights Watch etwa 12.000 Zivilisten vor Militärtribunalen abgeurteilt wurden – mehr als in der 30-jährigen Amtszeit von Husni Mubarak.

Innerhalb weniger Monate verspielte der Militärrat sämtlichen Kredit, den die Armee über Jahre bei der Bevölkerung genossen hatte. Doch je mehr Ägypterinnen und Ägypter argwöhnten, dass die Übergabe der Macht an eine zivile Regierung verschleppt und verzögert werden sollte, je mehr das Auftreten des SCAF an die Praktiken während der Mubarak-Diktatur erinnerte und „ausländische Kräfte“ wie die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Destabilisierung des Landes verantwortlich gemacht wurden, desto lauter forderten sie vorgezogene Präsidentschaftswahlen und einen konkreten Übergabetermin an eine demokratisch gewählte Regierung. Tatsächlich musste der Militärrat dem Druck der Straße nachgeben. Am 23. November verkündete der SCAF, dass der Präsident spätestens im Juli 2012 gewählt werden wird und nicht erst zu einem unbestimmten Termin im Laufe des Jahres 2013.

Außenstelle bietet Schutz und Bettenlager

Zu Beginn des Jahres, während der „heißen Phase“ der 18-tägigen Proteste, öffnete die DAAD-Außenstelle ihre Tore für alle im Land ansässigen deutschen DAAD-Geförderten – Stipendiaten, Sprachassistenten, Lektoren, Langzeitdozenten sowie Gastwissenschaftler und ihre Angehörigen. Die Sicherheit auf den Straßen Kairos war zusammengebrochen. Geschäfte sowie symbolträchtige Gebäude des Regimes und zum Teil auch private Wohnhäuser wurden geplündert und gebrandschatzt, vereinzelt Passanten angegriffen und überfallen. Durch die günstige Lage der Außenstelle auf der Nilinsel Zamalek, den Schutz durch einen hohen Zaun und Sicherheitspersonal sowie die unmittelbare Nähe zur Deutschen Botschaft stellte die ›

Ägypter sind die Diktatur Mubaraks leid (oben links), und das Militär erklärt früh, nicht auf die Demonstranten zu schießen (oben rechts). Junge Menschen räumen auf und streichen die Bordsteinkanten (unten links) – den Rücktritt Mubaraks begleiten sie mit Jubel (Mitte rechts). Aber die Gewalt flammt wieder auf: Armee und Bürger liefern sich Straßenschlachten (unten rechts).

Eine Woche lang waren die Mitarbeiter der DAAD-Außenstelle Kairo rund um die Uhr damit beschäftigt, für bis zu 60 Personen Schlafplätze bereitzustellen, zu kochen, Informationen zur Lage zu eruieren sowie in Zusammenarbeit mit der Botschaft die Ausreise nach Deutschland zu organisieren.

Außenstelle einen „sicheren Hafen“ dar, um die Tage bis zur Ausreise mit Sondermaschinen der Lufthansa zu überbrücken. Vom 29. Januar 2011 an waren die Mitarbeiter des Kairoer Büros rund um die Uhr damit beschäftigt, für bis zu 60 Personen Schlafplätze bereitzustellen, zu kochen, Informationen zur Lage zu eruieren sowie in Zusammenarbeit mit der Botschaft die Ausreise nach Deutschland zu organisieren. Diese zog sich angesichts der vielen deutschen Staatsangehörigen in Ägypten über eine Woche hin bis zum 4. Februar 2011. Danach war die Außenstelle vorübergehend geschlossen.

Wiedereröffnung und Sicherung der Programmarbeit

Schon wenige Tage nach dem Rücktritt Mubaraks kehrten der Außenstellenleiter und die deutschen Mitarbeiter nach Kairo zurück, um zusammen mit den ägyptischen Kollegen die Wiedereröffnung des DAAD-Büros vorzubereiten. Am 20. Februar 2011, gut zwei Wochen nach der durch die Revolution erzwungenen Schließung, nahm die Außenstelle ihren regulären Betrieb wieder auf. Zunächst galt es, die Zukunft der drei kofinanzierten Regierungsstipendienprogramme German-Egyptian Short-Term Scholarship (GERSS), German-Egyptian Long-Term Scholarship Program (GERLS) und German Egyptian Scientific Projects (GESP) zu sichern. In mehreren Gesprächen mit den Kollegen des ägyptischen Ministry of Higher Education and Scientific Research sowie dem Minister selbst konnte eine Fortführung aller Programme zu den gleichen Rahmenbedingungen erreicht werden – in dieser schwierigen Situation keine Selbstverständlichkeit und ganz ohne Frage eine Anerkennung der jahrelangen erfolgreichen und vertrauensvollen Kooperation zwischen dem DAAD und dem ägyptischen Ministerium. Tatsächlich ist es 2011 trotz der widrigen Umstände gelungen, alle Programme wie vorgesehen auszuschreiben, neue Stipendiaten auszuwählen und ihre Ausreise nach Deutschland vorzubereiten. Für die strukturierten Masterprogramme (Aufbaustudiengänge mit entwicklungsländerbezogener Thematik sowie Public Policy and Good Governance) hat die Außenstelle ihre Marketingaktivitäten sogar deutlich gesteigert, woraufhin es mehr qualifizierte Bewerbungen gab. Positive Folge: Noch nie waren Bewerber aus Ägypten so erfolgreich wie in diesem Jahr.

Sozialwissenschaftliche Forschung gewinnt an Gewicht

Zu den vielen Auswirkungen der Revolution auf die Wissenschaft in Ägypten gehört auch eine gewisse Verschiebung von Forschungsschwerpunkten. Während die ägyptischen Partner in den kofinanzierten Programmen bislang stets die sogenannten „harten Disziplinen“ wie Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften oder Medizin favorisierten, ist nun eine deutliche Offenheit für die Geistes- und Sozialwissenschaften spürbar. Eine große Konferenz, die der ägyptische Science and Technology Development Fund (STDF) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Ende Mai 2011 ausrichtete, zeugt von der Bereitschaft, bei der Gestaltung des demokratischen Reformprozesses in Ägypten stärker als bislang die Erkenntnisse und Methoden der Sozialwissenschaften zu berücksichtigen. Organisiert wurde die hochrangig besuchte Tagung, die unter der Schirmherrschaft des ägyptischen Premierministers Essam Sharaf stand, von der Außenstelle in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Büro des BMBF. Zu den Rednern gehörten der ägyptische Minister für Hochschulwesen und Forschung, Prof. Amr Salama, BMBF-Staatssekretär Dr. Georg Schütte sowie DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland. Die weiteren Teilnehmer waren Vertreter unterschiedlicher Disziplinen von Universitäten und Forschungseinrichtungen

Als Partner auch in der Krise gefragt: deutsche Wissenschaft und Forschung (links).

Impulse für eine sozialwissenschaftliche Ausschreibung: gemeinsame Konferenz STDF und BMBF (rechts).

Diskussionen mit dem Rektor über studentische Mitbestimmung (unten).

aus Ägypten und Deutschland. Ergebnis: Die Wissenschaftler erarbeiteten Empfehlungen und Vorschläge für eine dezidiert sozialwissenschaftlich orientierte Ausschreibung im Rahmen des Deutsch-Ägyptischen Forschungsfonds GERF, den die DAAD-Außenstelle gemeinsam mit ihren Partner BMBF und STDF administriert. Die Ausschreibung konnte nach einem längeren Abstimmungsprozess im Dezember 2011 veröffentlicht werden.

Intensive Wissenschaftskooperation

Die gemeinsame große Konferenz von BMBF und STDF war nur der Auftakt. Schon kurz nach dem Rücktritt von Präsident Mubarak bot die Bundesregierung der neuen ägyptischen Führung eine Transformationspartnerschaft auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft an. Diese Partnerschaft soll die bestehende Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung deutlich intensivieren, um damit die demokratische Entwicklung des Landes zu unterstützen. Mehr als ein Dutzend Delegationen von deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen besuchten 2011 die DAAD-Außenstelle und ließen sich über Kooperationsmöglichkeiten mit ägyptischen Partnern beraten. Ferner konnte die Außenstelle aus Mitteln der Transformationspartnerschaft eine Reihe von kurzfristigen Maßnahmen unterstützen. Dazu gehörte eine Sommerschule der Technischen Universität Berlin und der Ain Shams Universität vom 30. September bis 9. Oktober 2011. Sie widmete sich dem Problem der Urbanisierung des Großraums Kairo, die als eine der größten Herausforderungen Ägypten gilt. Kairo beherbergt schon jetzt ein Viertel der gesamten Bevölkerung des Landes. Ein Großteil der Siedlungen ist informell und ohne Genehmigung entstanden, hier sind die Lebensverhältnisse der Einwohner besonders prekär. Die Teilnehmer der Sommerschule bereiteten sich auf ihre Rolle als zukünftige Experten und Stadtmanager vor und lernten Ansätze einer partizipativen Stadtplanung kennen.

Zudem war die Außenstelle an Exkursionen von gewählten Studierendenvertretern ägyptischer und deutscher Universitäten beteiligt. Ein Beispiel: Studierende der Universität Helwan und der Pädagogischen Hochschule (PH) Ludwigsburg besuchten sich gegenseitig an ihren Hochschulen. Ziel der Reisen war es, sich über studentische Mitbestimmung in gewählten Uni-Gremien auszutauschen. Die gemeinsam verbrachte Zeit, je eine Woche in Deutschland und in Ägypten, war für beide Seiten sehr ertragreich. Viele Ägypter waren zum ersten Mal in Deutschland. Diese neue kulturelle Erfahrung war ein Gesprächsthema mit deutschen Studierenden, Funktionsträgern der PH Ludwigsburg sowie Politikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens. Der rege Austausch ging aber darüber hinaus. Thematisiert wurden die historischen Erfahrungen Deutschlands vom diktatorischen Regime des Dritten Reiches bis hin zu einem demokratischen Rechtsstaat, ›

Deutsche Hochschulen stehen bei Studienanfängern hoch im Kurs

Deutsche Hochschulen zeigen Interesse: Acht Universitäten und Fachhochschulen reisten eigens zum Studieninformationstag nach Ägypten.

Nicht nur die Zahlen der Deutschlerner in Ägypten steigen weiter, auch das Interesse der ägyptischen Abiturienten deutscher Auslandsschulen an einem Studium in Deutschland wächst kontinuierlich. Zwar gibt es hier keine verlässliche Datenbasis, aber die Studienberater der großen Kairoer Schulen sprechen von einem deutlichen Anstieg derjenigen Hochqualifizierten, die in den vergangenen Jahren ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen haben oder dies planen. Um dem großen Informationsbedürfnis dieser Zielgruppe entgegenzukommen, richtet die Außenstelle in Kooperation mit der Zentralstelle für Deutsche Auslandsschulen seit einigen Jahren einen Studieninformationstag aus, zu dem Schülerinnen und Schüler der fünf anerkannten Deutschen Auslandsschulen in Ägypten eingeladen werden. Noch nie war der Zuspruch so hoch wie in diesem Jahr – knapp 400 Abiturienten der 11. und 12. Klassen folgten der Einladung. Ausrichtungsort war die Europaschule in El-Katameya, Kairo, die als Gäste die Beverly Hills Schule Kairo, die Deutsche Evangelische Oberschule Kairo (DEO) sowie die Deutsche Schule der Borromäerinnen (DSB) aus Kairo und Alexandria begrüßte. Neu in diesem Jahr war, dass Repräsentanten von acht deutschen Hochschulen eigens nach Kairo gekommen waren, um über ihre Einrichtungen zu informieren. Damit bekommt der Studieninformationstag nahezu Messecharakter. Die Außenstelle hatte ferner deutsche Studierende „zum Anfassen“ eingeladen, die bei den Schülerinnen und Schülern besonders beliebt waren und Auskunft über Studentenleben und ihr persönliches Studium in Deutschland gaben.

Gelegenheit zum Austausch: die Cairo Talks on Transformation and Change (links).

Zertifizierung von Deutschkenntnissen – der DAAD ist anerkanntes Testzentrum (rechts).

der von seinen Bürgern durch Wahlen, zivilgesellschaftliches Engagement und eine freie Presse mitgestaltet wird. Anlässlich des Gegenbesuchs der deutschen Studierendenvertreter in Ägypten organisierte die DAAD-Außenstelle ein Treffen mit dem amtierenden Präsidenten der Helwan-Universität, bei dem es zu einer intensiven Diskussion zwischen allen Beteiligten kam – in dieser Form ein Novum in der Geschichte ägyptischer Universitäten. Beide Reisen waren ein großer Erfolg, so dass gegenseitige Besuche von Studierendenvertretern 2012 auch anderen ägyptischen Universitäten angeboten werden sollen.

Kairoer Talks und Klimagespräche

Das Bedürfnis nach wissenschaftlichem Austausch und Diskussion über die Revolution und ihre mannigfaltigen Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft ist seit dem Sturz des Präsidenten enorm. Gemeinsam mit den Partnern vom Orient Institut Beirut und der Freien Universität Berlin in Kairo trug die DAAD-Außenstelle dieser Nachfrage Rechnung und konzipierte eine völlig neue Veranstaltungsreihe.

Seit dem Frühjahr 2011 richten sich die Cairo Talks on Transformation and Change (CTTC) an ägyptische Wissenschaftler, Studierende sowie die interessierte Öffentlichkeit. Alle zwei Monate diskutieren ägyptische und deutsche Forscher verschiedene Themen der historischen Zäsur mit einem stetig wachsenden Publikum. Thematisiert wurden bislang die Verfassungsentwicklung, der Einfluss der Armee im Umbruchsprozess oder auch die Rolle von Frauen während und nach der Revolution. Die vorerst letzte Veranstaltung analysierte Ablauf und Ergebnisse der ersten Runde der ägyptischen Parlamentswahlen. Die Politikwissenschaftlerin Ivesa Lübben von der Universität Marburg beleuchtete die Erfolge der islamistischen Parteien, während ihr Kollege Dr. Samer Soliman, Associate Professor der American University in Cairo, anschaulich erläuterte, dass vor allem die armen Bevölkerungsschichten und Frauen zu den Verlierern der Revolution gehören: Im Parlament kommen sie nahezu gar nicht vor. Die Reihe CTTC wird fortgeführt, um die Auswirkungen des Transformationsprozesses auch weiterhin wissenschaftlich zu begleiten.

Ebenfalls 2011 beteiligte sich die DAAD-Außenstelle an der Etablierung der Kairoer Klimagespräche – eine Veranstaltungsreihe mit landesweiter Sichtbarkeit. Kooperationspartner sind die Deutsche Botschaft in Kairo, das ägyptische Umweltministerium und seine Umweltbehörde EEAA sowie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Egyptian German High Level Joint Committee for Renewable Energy, Energy Efficiency and Environmental Protection (JCEE). Anlässlich der UN-Klimakonferenz in Durban befasste sich die Auftaktveranstaltung der Kairoer Klimagespräche mit den Erwartungen und Perspektiven der internationalen Gemeinschaft an die Klimapolitik. Zur Eröffnung sprachen Michael Bock, Deutscher Botschafter, sowie Dr. Hossam elDinAli Hegazi, Direktor der ägyptischen Umweltbehörde in Vertretung des Ministers. Das dezidierte Ziel der Reihe ist es, einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung innerhalb der ägyptischen Öffentlichkeit zu schaffen sowie Kooperationen zwischen politischen Entscheidungsträgern, der Geschäftswelt, der Scientific Community und der Zivilgesellschaft zu fördern. ›

Das neue Veranstaltungsformat, Cairo Talks on Transformation and Change (CTTC), richtet sich an ägyptische Wissenschaftler, Studierende sowie die interessierte Öffentlichkeit. Alle zwei Monate diskutieren ägyptische und deutsche Forscher verschiedene Themen der historischen Zäsur mit einem stetig wachsenden Publikum.

Die DAAD-Außenstelle Kairo als Testzentrum …

Nachdem im Jahr 2010 die DAAD-Außenstelle Kairo die Lizenz erhielt, zertifizierte Tests in Kooperation mit dem TestDaF-Institut Bochum abzunehmen, wurden TestDaF und TestAS zum festen Bestandteil des Prüfungsangebots. Zuvor war bereits der onDaF-Test im Rahmen ausgewählter Stipendienprogramme zum Einsatz gekommen, eine computergestützte Prüfung zur Bestimmung der Lese- und Schreibkompetenz sowie des Grammatik- und Wortschatzwissens. Am 25. Oktober 2010 nahmen erstmals zwölf Studienbewerber an TestDaF teil. Die Sprachprüfung, die für die Immatrikulation an deutschen Hochschulen erforderlich ist, hat an Attraktivität gewonnen, da sich eine wachsende Zahl junger Ägypter für einen Studienplatz in Deutschland interessiert. Ebenso verhält es sich mit dem Studierfähigkeitstest TestAS, von dem vornehmlich Germanistikstudierende Gebrauch machen, aber auch Vertreter anderer Studienrichtungen und Abiturienten. Die Bilanz nach einem Jahr kann sich sehen lassen: Bis November 2011 hatten insgesamt 126 Teilnehmer TestDaF und TestAS durchlaufen, Tendenz steigend. Die Außenstelle hat sich damit als ein wichtiges Testzentrum in Ägypten etabliert.

Die Sprachprüfung TestDaF hat an Attraktivität gewonnen, da sich eine wachsende Zahl junger Ägypter für einen Studienplatz in Deutschland interessiert.

… und Veranstaltungsforum

Neben der wissenschaftlichen Arbeit hat sich die Außenstelle Kairo zu einem Zentrum für Kulturaustausch entwickelt. So veranstaltete die Außenstelle nicht nur zahlreiche Vorträge, Ausstellungen und Ringvorlesungen, sondern gemeinsam mit anderen Kulturmittlern auch die erste „Fachbuchmesse Deutsch“ in Kairo. Ferner folgte die Außenstelle dem Aufruf der Heinrich-von-Kleist-Gesellschaft und des Internationalen Literaturfestivals Berlin und beteiligte sich am 21. November, dem 200. Todestag des Dichters, am sogenannten World Wide Reading. 17 ägyptische und deutsche Studierende rezitierten in Paar- und Gruppenarbeiten Stücke von Kleist und spielten sie szenisch nach. Zum Repertoire der Vortragenden gehörten Auszüge aus seinen Novellen „Der Findling“ und „Die Marquise von O…“ sowie Szenen des Dramas „Penthesilea“. Die gelungensten Darbietungen wurden am Ende des Wettbewerbs von einer vierköpfigen Jury prämiert. Eigens zum Zweck der Lesung verwandelte sich die Außenstelle in eine orientalische Kulisse.

Fazit und Ausblick

Trotz einer durch die Revolution äußerst schwierigen Ausgangslage ist es der DAAD-Außenstelle Kairo 2011 gelungen, ihre Aktivitäten auszubauen: Neue Veranstaltungsformate wurden erschlossen, neue Partner gewonnen und neue Initiativen erfolgreich gestartet. Von deutscher Seite sind alle Voraussetzungen dafür geschaffen, die Wissenschaftskooperation auch unter veränderten politischen Vorzeichen fortzusetzen. Mit der Transformationspartnerschaft stellt die Bundesregierung zusätzliche Mittel bereit, um die traditionell sehr gute Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiter zu vertiefen. Eine zusätzliche Chance deutet sich durch das große Interesse deutscher Hochschulen an, Vertretungsbüros in Kairo zu eröffnen. Glänzende Perspektiven also für die Weiterentwicklung deutsch-ägyptischer Wissenschaftskooperation! «

Tabelle 1 : Statistischer Überblick Ägypten 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**1.001.450 km²** [1]
Bevölkerungszahl	**81,12 Mio.**
Frauen	49,8 %
Männer	50,2 %
Bevölkerungsdichte	**81,5 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**1,7 %**
Urbanisierungsgrad [2]	**43,5 %**
Analphabetenrate	**34,6 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**218,9 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**2.698**
Anteil am globalen BIP	**k.A.**
Knowledge Economy Index (KEI)	**Rang 90**
Wirtschaftswachstum	**5,1 %**
Inflation	**11,3 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2008/09*	**4,86 Mrd.**
Ausgaben für Bildung und Erziehung (Anteil des BIP)	3,8 %
Hochschultypen	
staatliche Universitäten	
private Universitäten	
Anzahl der Hochschulen gesamt	**40**
staatlich	20
privat	20
Anzahl Hochschullehrer	**69.237**
davon ordentliche Professoren	k.A.
Eingeschriebene Studierende 2010/11	
an staatlichen Institutionen	1.238.889
an privaten Institutionen	48.329
Frauenanteil	51 %
Anteil ausländischer Studierender	2,5 %
Studierende der Naturwissenschaften	23,6 %
Studierende der Geisteswissenschaften	76,4 %
Doktoranden	k.A.
Abschlüsse 2010/11	**250.450**
Bachelor's Degree (Diploma)	123.900
Master's Degree	93.944
Doctorate	32.606

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2010/11*	
an staatlichen Institutionen	überw. kostenfrei
an privaten Institutionen	3.500–18.000
Ausländische Studierende gesamt	**49.099**
nach Herkunftsländern 2010:	
1. Malaysia	1042
2. Palästina	537
3. Somalia	334
4. Katar	314
5. Kuwait	263
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	
davon in Deutschland	k.A.

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende 2010
1. USA
2. Deutschland
3. Großbritannien
4. Japan
5. Kanada

* Angaben in US-Dollar

1 davon nur ca. 4 % landwirtschaftlich nutzbar
2 Menschen in städtischen Ballungsräumen mit mehr als 1 Mio. Einwohner

Quellen:
Worldbank
► www.worldbank.org/
Higher Education in Egypt – Reviews of National Policies for Education, hrsg. von Weltbank und OECD
MoHESR – Ministry of Higher Education and Scientific Research
Supreme Council of Universities

Tabelle 2 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Ägypten

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**74**
	A	**388**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	42
	A	103
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	18
	A	267
davon Doktoranden	D	4
	A	206
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	14
	A	18
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	5
	A	45
2–6 Monate	D	48
	A	58
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	21
	A	285
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	1
	A	58
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	190
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	5
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	1
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	1
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	40
Praktikanten	D	10
	A	27
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	3
	A	15
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**193**
	A	**508**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	58
	A	161
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	54
	A	208
davon Doktoranden	D	28
	A	61
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	81
	A	139
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	154
	A	306
2–6 Monate	D	38
	A	171
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	1
	A	31
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	24
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	6
	A	1
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	52
Austausch in Projekten (PPP)	D	32
	A	13
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**267**
	A	**896**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**1.163**

Nairobi

Wachstum und Dürre, Reform und Beharren, Integration und Invasion

Christoph Hansert leitet die Außenstelle Nairobi seit August 2010. Die Außenstelle Nairobi besteht seit dem Jahr 1973 und hat zurzeit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wachstum und Dürre

Dadaab heißt seit 2011 die drittgrößte Stadt Kenias. Über 400.000 registrierte Menschen leben in diesem weltweit größten Flüchtlingslager im Norden, die meisten von ihnen kommen aus dem Bürgerkriegsland Somalia. Aber auch Kenia selbst ist von der schlimmsten Dürre der letzten 60 Jahre betroffen. Fast vier Millionen Kenianer im Nordosten des Landes sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, ein Zehntel davon leidet unter akuter Unterernährung. Trotz Dürre und der damit verbundenen menschlichen Katastrophe wuchs das kenianische Bruttoinlandsprodukt laut Projektion der Weltbank vom Dezember 2011 um 4,3 Prozent, das Pro-Kopf-Wachstum betrug knapp 2 Prozent. Gute Ernten im Süden haben die Verluste des Nordens nahezu ausglichen.

Ein erheblicher Teil der Hungerkatastrophe ist durch mangelnde Vorsorge und die jahrzehntelange Vernachlässigung des Nordostens hausgemacht. Insbesondere die katastrophal schlechten Straßen sowie fehlende oder nicht gewartete Nahrungsmittel- und Wasserspeicher werden immer wieder als Ursachen genannt. Und das, obwohl Kenia stark in seine Infrastruktur investiert: Das Straßennetz im bevölkerungsreichen Südwesten hat sich im vergangenen Jahr weiter verbessert, der Flughafen Nairobi wird erheblich erweitert. Als weitere wichtige Ursache nennen Oxfam und und die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) die Zunahme der Spekulation mit Nahrungsmitteln an den Börsen. Mitten in der Hungerkrise gab es im Süden Kenias genügend Mais, die Menschen im Nordosten konnten ihn jedoch nicht bezahlen.

Einige kenianische Politiker kalkulierten offenbar so: Warum soll man eigene Ressourcen in Vorsorge investieren, wenn man in einer Notsituation plakativ internationale Hilfe verteilen kann, die man durch seine guten internationalen Beziehungen „eingeworben“ hat? Ohne diese internationale Hilfe wären Zehntausende gestorben. Neben anderen Gebern hatte Deutschland seine Hilfe deutlich aufgestockt und über 100 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel war im August nach Kenia gereist. Auch innerhalb Kenias engagierten sich die Menschen: Überall wurden erfolgreich Spenden gesammelt, die

Doktorandenauswahl vor Ort

Drohender Qualitätsverlust

Ostafrikanische Alumni werden aktiv

Neues DAAD-Verbindungsbüro in Addis Abeba

Bauboom an den Hochschulen

man vor allem dem kenianischen Roten Kreuz anvertraute, das für seine Effizienz und Transparenz landesweit anerkannt ist.

Aber auch globale Phänomene spielen eine Rolle: Die zyklische Erwärmung des Ozeans, la niña, trifft Ostafrika in immer kürzeren Abständen und führt zu sehr unregelmäßigen Niederschlägen. Laut Deutschem Institut für Entwicklungspolitik bringt es die durchaus vorhandenen indigenen Vorsorgesysteme zum Kippen.

Das kenianische Budgetdefizit erreichte 2011 fast das Ausmaß des Defizits in Griechenland. Die Inflationsrate, vor allem ausgelöst durch eine massive Abwertung der Währung sowie durch eine Ausweitung privater Kreditvergabe und steigende Öl- und Nahrungsmittelpreise, lag zeitweise bei über 18 Prozent, für Basisgüter sogar bei 26 Prozent. Die Preissteigerung betraf – wie immer – die Armen überdurchschnittlich stark. Nach massivem Eingreifen der Zentralbank ging sie am Jahresende wieder leicht zurück. Im Wesentlichen trägt der Dienstleistungssektor das Wachstum der Wirtschaft, vor allem die Telekommunikationsbranche. Inzwischen hat statistisch jeder Erwachsene mehr als ein Handy. Smartphones mit Internetzugang verbreiten sich nach der Markteinführung günstiger chinesischer Modelle zu Beginn des Jahres immer schneller. 14,3 Millionen Kenianer nutzen das Internet, ein Anstieg von über 60 Prozent in nur einem Jahr. Das globale Netz schafft ganz neue Verdienstmöglichkeiten ›

Internet via Handy: Allein in Kenia nutzen 14 Millionen Menschen diesen Zugang – Tendenz stark steigend.

für jobsuchende Bachelorabsolventen: Bloggen, Korrekturlesen und Onlinetutoring bringen oft mehr Einkommen als eine Lehrerstelle. Nun gilt es, die Stromversorgung für die immer komplexeren Endgeräte auch auf dem Land sicherzustellen – dezentrale Solarlösungen sind ein Weg. Außerdem wurden umfangreiche Investitionsverträge für einen Windpark am Turkanasee im Norden und weitere Geothermiekraftwerke nahe Naivasha abgeschlossen, jeweils mit deutlichen Finanzierungsanteilen internationaler Banken.

DÜRRE IN OSTAFRIKA

Was unternimmt der DAAD?
Im Dezember wurde an der Agraruniversität JKUAT in enger Kooperation mit der TU Kaiserslautern und mit Unterstützung des DAAD das Wasserforschungsinstitut WARREC gegründet. Zentrale Themen sind Wasserspeicherung, Bewässerung und die oft auf die Dürre folgenden Überflutungen. Dabei steht der semi-aride Norden Kenias im Mittelpunkt.

Reform und Beharren

Galt bisher das Justizwesen neben der Polizei als korrupteste Instanz im Land, setzt die Bevölkerung nun große Hoffnung auf unabhängigere Gerichte.

Im September verfolgten mehr als drei Viertel der erwachsenen Kenianer geduldig Liveübertragungen aus einem niederländischen Gerichtssaal – mit juristischen Vorträgen, Zeugenanhörungen und Richterfragen. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) wollte sich Gewissheit verschaffen, ob ein formelles Verfahren gegen sechs einflussreiche Kenianer wegen der landesweiten Gewalt nach den Wahlen von 2007 eröffnet werden soll. Dabei mussten sich die Mächtigen ihres Landes ungeheure Anschuldigungen durch die Anklage anhören. Die Unruhen nach den Wahlen im Dezember 2007 im Rift Valley, bei denen mehr als 1.200 Kenianer starben, waren – so argumentierte Chefankläger Moreno Ocampo in Den Haag – keineswegs spontan ausgebrochen, sondern von langer Hand durch illegale Organisationen und politische Meinungsmacher geplant. Die Fäden sollen auf der einen Seite zwei ehemalige Minister und drei frühere Polizei- und Militärkommandeure gezogen haben, auf der anderen Seite wurde die Anklage gegen den inzwischen zurückgetretenen Leiter des Präsidialamts Francis Muthaura und den ebenfalls demissionierten Finanzminister Uhuru Kenyatta geprüft. Viele Kenianer sehen das Verfahren durch den IStGH positiv. Sie werten es als ein Zeichen, dass die Zeiten unantastbarer politischer Führungseliten zu Ende gehen. Mit der offiziellen Prozesseröffnung ist in einigen Monaten zu rechnen, das Urteil wird nicht vor den nächsten Wahlen in Kenia erwartet.

Am 26. August 2011, ein Jahr nach der Verabschiedung der neuen Verfassung, wurden die sieben Richter des neu eingerichteten Supreme Court eingeschworen. Das neu geschaffene Gericht wird unter anderem bei der Auslegung der Bürgerrechtscharta und bei künftigen Wahldisputen das letzte Wort haben. Dabei hatte das Jahr mit einem Paukenschlag begonnen. Präsident Mwai Kibaki ernannte ohne weitere Abstimmung mit seinem Koalitionspartner einen neuen Chief Justice (Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs). Die in der neuen Verfassung für die Prüfung von Kandidaten vorgesehene Judical Service Commission (Richterwahlausschuss) und das Parlament waren nicht einbezogen worden. Nach einer massiven Welle öffentlichen Protests und der Weigerung des Parlamentspräsidenten, die Kandidaten zur Abstimmung zuzulassen, zog der Präsident seine Vorschläge zurück.

Der neue Chief Justice Willy Mutunga ist ein Reformaktivist der ersten Stunde; er war sowohl Vorsitzender der kenianischen Menschenrechtskommission als auch der einflussreichen Vereinigung kenianischer Juristen. Als unabhängiger Leiter der Judikative hat er

umfassende Kompetenzen. Zur Bekämpfung der immer noch allgegenwärtigen Korruption brachte er im November mehrere kompetente Richter in zentrale Positionen. Außerdem wurde eine Überprüfung aller Richter beschlossen. Galt bisher das Justizwesen neben der Polizei als korrupteste Instanz im Land, setzt die Bevölkerung nun große Hoffnung auf unabhängigere Gerichte. Allerdings hat die Gruppe um den Präsidenten eine Sicherung eingebaut: Im Paket mit den reformorientierten Richtern wurde ein mit der Macht eng verbundener Generalstaatsanwalt ernannt, der entscheiden kann, ob Strafverfahren überhaupt eingeleitet werden. Auch die neu organisierte Antikorruptionsbehörde kann nicht, wie ursprünglich vorgesehen, eigenständig Verfahren einleiten, sondern ist auf die Initiative eben dieses Generalstaatsanwalts angewiesen.

Auch für die Präsidentenwahl 2012 ist wenig Neues in Sicht; es sind die alten Gesichter, die teils neue, nahezu ausschließlich ethnisch basierte Parteien gründeten. Nur der jetzige Premierminister Raila Odinga hat sich eine Basis über seine Heimatethnie hinaus schaffen können. Moderne Parteien, die etwa den durch Kartelle abgesicherten Einkommensquellen der Reichen eine Politik des fairen Wettbewerbs entgegensetzen könnten, sind nicht erkennbar.

Integration und Invasion

2011 wurde erstmals ein Bürger der neuen Mitgliedsstaaten, Burundi und Ruanda, zum Generalsekretär der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) ernannt: der ehemalige ruandische Gesundheitsminister Richard Sezibera. Nach der Unterzeichnung des Protokolls zum gemeinsamen Markt im Vorjahr ging die notwendige Umsetzung in nationale Gesetze nur sehr schleppend voran. Von der für 2012 geplanten Währungsunion ist Ostafrika nicht zuletzt wegen der wachsenden Budgetdefizite im Kernland Kenia und der großen Skepsis gegenüber der Integration in Tansania noch weit entfernt. Wahrscheinlich ist jedoch eine schnelle Erweiterung: insbesondere Uganda und Kenia setzen sich für die baldige Aufnahme des neuesten afrikanischen Staates Südsudan ein.

KOMPETENZZENTRUM FÜR OSTAFRIKANISCHE INTEGRATION

Der Ende 2011 erschienene Aufsatzband „Processes of Legal Integration in the East African Community“ basiert auf zwei rechtswissenschaftlichen Konferenzen, die das Tansanisch-Deutsche Fachzentrum für Rechtswissenschaft veranstaltet hat. Das Zentrum ist ein gemeinsames Projekt der Universität Dar es Salaam und der Universität Bayreuth; es wird vom DAAD gefördert. Der neue Sammelband stößt in Ostafrika auf großes politisches Interesse. Der deutsche Botschafter in Tansania, Klaus-Peter Brandes, hat den Band anlässlich seiner Ernennung zum Special Representative bei der Ostafrikanischen Gemeinschaft dem Generalsekretär der EAC überreicht.

Kenias Einmarsch in Somalia hat innenpolitische Konsequenzen, die noch nicht absehbar sind.

Nachdem die somalische Islamistenmiliz Al Shabaab versucht hatte, die Kontrolle im Lager Dadaab zu übernehmen, und als Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und Touristen nach Somalia verschleppt und ermordet wurden, forderten die kenianischen Medien eine klare Reaktion der Regierung. Am 17. Oktober marschierte die kenianische Armee während der andauernden Hungerkatastrophe ins Nachbarland Somalia ein. Mittelfristiges Ziel ist offenbar die Schaffung einer Pufferzone mit von Kenia abhängigen somalischen Provinzgouverneuren im Süden des Landes. Die innenpolitischen Auswirkungen sind nicht zu unterschätzen. Die Nation einte sich hinter der Armee und dem Präsidenten. Die nicht eingeplante Kriegsfinanzierung fehlt überall im Haushalt, und der Weg zur Verschuldungsfinanzierung ist angesichts der hohen Defizitquote versperrt. Harte Sparanstrengungen, die auch den Hochschulbereich betreffen könnten, sind daher trotz des kommenden Wahljahres wahrscheinlich. In der Hauptstadt gibt es inzwischen überall Metalldetektoren, eine symbolische Sicherheitsanstrengung zur Abwehr eines allseits erwarteten großen Terrorangriffs in Nairobi. ›

Östliches Afrika: Sudan und Uganda

Am 9. Juli wurde der Südsudan nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg unabhängig. Damit entstand einer der am wenigsten entwickelten Staaten der Erde mit über neun Millionen Einwohnern. Mehr als 70 Prozent der über 15-Jährigen sind Analphabeten, ein Viertel der Bevölkerung ist unterernährt, eine Verkehrsinfrastruktur ist kaum vorhanden, die Staatsbediensteten sind oft unzureichend ausgebildet. Eine zusätzliche Belastung wird die Integration von etwa vier Millionen Südsudanesen, die außerhalb des neuen Staates leben. Die im Bürgerkrieg nach Khartum ausgelagerten südsudanesischen Hochschulen kehrten zwar zurück, sind aber noch auf absehbare Zeit nicht voll funktionsfähig.

In Uganda wurde am 18. Februar Yoweri Museveni mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen für weitere fünf Jahre zum Präsidenten gewählt und steht seit 25 Jahren an der Spitze des Staates. Die Beobachtermission der Europäischen Union rügte die ungleichen Ausgangsbedingungen für die Kandidaten, insbesondere die Einschränkung des Demonstrationsrechts, die einseitige Berichterstattung des Staatsfernsehens und die Verteilung von Geld und Geschenken durch die Regierungspartei während des Wahlkampfs.

Hochschulbildung in Kenia: Die Qualität gerät in Gefahr

Kenias Hochschulsektor expandiert: Bauboom an staatlichen Hochschulen, die Zahl der Studierenden steigt.

Schaut man auf die Campus in Kenia, fällt der enorme Bauboom ins Auge. Das Geld für die neuen Gebäude kommt zunehmend von Studierenden aus sogenannten Parallelprogrammen der staatlichen Hochschulen. Diese Programme ermöglichen Sekundarschulabsolventen, die wegen mittlerer Noten im regulären Verfahren nicht zugelassen wurden, ein gebührenpflichtiges Studium. In Zusammenarbeit mit Privatinvestoren werden neue Studentenheime und Universitätsbibliotheken gebaut. An der Kenyatta-Universität hat der Staatspräsident den Grundstein für ein komplettes Universitätsklinikum gelegt, dessen Aufbau China mit erheblichen Mitteln unterstützt.

Kenias Hochschulsektor expandiert immer schneller. Die Quote der öffentlich geförderten Studienanfänger wurde innerhalb eines Jahres um 60 Prozent auf über 32.000 erhöht. Auch der Kreis der Hochschuleinrichtungen wird größer: Waren es 2005 zwölf und 2011 schon 44 anerkannte Institutionen, erhöhte sich die Zahl 2011 auf 54 sowie zwölf weitere, die sich um eine Akkreditierung bemühen. Gleichzeitig wurde das im Vorjahr stark gestiegene Budget etwa auf das Niveau von 2009 gekürzt. Immer mehr Menschen schreiben sich für ein Studium ein: Zurzeit gibt es 200.000 Studierende in Kenia. Die Zahl der Schulabgänger mit der Mindestnote für die Hochschulzulassung lag 2011 bei 96.000 und wird sich bis 2015, wegen der dann ins Hochschulalter kommenden ersten Jahrgänge nach Einführung der freien Grundschulausbildung, laut Vorsitzendem der kenianischen Hochschulrektorenkonferenz, auf voraussichtlich über 150.000 erhöhen. Die Schere zwischen Studienberechtigten und Zugelassenen wird daher immer weiter aufgehen.

Mit der abzusehenden großen Zahl von Studienanfängern wird der Mangel an qualifizierten Hochschullehrern immer deutlicher. Die Unterrichtsbelastung steigt, die Seminare werden, vor allem in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, immer größer. Die Folgen wiegen schwer: Abschlussarbeiten werden nur noch sporadisch betreut – mit entsprechenden Folgen für die Qualität. Die meisten Studierenden lernen nicht mehr, wissenschaftlich zu arbeiten, und nur eine kleine Minderheit erreicht das Ausgangsniveau für eine Promotion. Daher steht das kenianische Hochschulsystem vor einem sich ständig verschärfenden Nachwuchsproblem.

Neue Stipendiaten: Die deutsche Botschafterin Margit Hellwig-Boette und die kenianische Hochschulministerin Margaret Kamar überreichen persönlich 60 Stipendiatenurkunden an Kenianer und afrikanische Drittlandstipendiaten.

Die Nachbarländer stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Nur in Tansania, wo es bislang nur vergleichsweise bescheidene Parallelprogramme gibt, bleibt noch mehr Zeit für die Forschung. Darüber hinaus hat die dortige Regierung mit Hilfe eines Weltbankkredits den Hochschulausbau vorangetrieben. Neben der neuen Universität von Dodoma schuf das Ministerium mit dem Nelson Mandela African Institute for Science and Technology in Arusha eine Postgraduierteninstitution für die Ausbildung einer neuen Wissenschaftlergeneration.

Wissenschaftspolitik: Die Wirtschaft verlässt die Zuschauerbank

Die kenianische Ingenieurkammer hat erstmals Abschlüsse einiger staatlicher Universitäten nicht mehr anerkannt. Die Wirtschaft spürt, dass die Qualität der Hochschulabsolventen sinkt und die Investitionen für Brückenprogramme steigen. Dies bestätigten führende Unternehmer bei einem von DAAD und kenianischem Privatwirtschaftverband gemeinsam initiierten Abendessen in der Residenz der deutschen Botschafterin. An dem Treffen nahmen auch der Vizeminister für Wissenschaft, der Generalsekretär des Forschungsrats und mehrere Hochschulpräsidenten teil. Unternehmer und Forschungsrat wollen sich nun in Deutschland gemeinsam ein Bild von erfolgreichen Kooperationsmodellen zwischen Hochschule und Wirtschaft machen. Darüber hinaus werden künftig die kenianische Akkreditierungsagentur CHE und die professionellen Kammern enger zusammenarbeiten, um die Qualität der Studiengänge kontinuierlich zu sichern. Die Instrumente dafür haben DAAD und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in einem seit 2006 laufenden Projekt zum Aufbau eines ostafrikanischen Qualitätssicherungssystems mit erarbeitet; die notwendige Expertise, Verfahren und Handbücher sind vorhanden und sollen nun breiter angewendet werden.

Dem Wissenschaftsministerium bleibt Kontinuität versagt: Nach zwei Umbesetzungen 2010 musste im August 2011 nach einer Kabinettsumbildung Hellen Sambili gehen. Neue Wissenschafts- und Forschungsministerin ist Margaret Kamar, ehemalige Vizepräsidentin für Lehre der renommierten Moi-Universität. Sie hat die stärkere Zulassung von Ärmeren und Benachteiligten zum Thema gemacht und im drohenden Streik der Hochschullehrer um Inflationsausgleich mit Verweis auf die Kosten des Krieges in Somalia bislang unnachgiebig reagiert.

Zwei Zukunftsprojekte wurden auf den Weg gebracht: Jeweils etwa eine halbe Million Euro wurden für den Aufbau einer Fernuniversität ›

DAAD ERÖFFNET VERBINDUNGSBÜRO IN ADDIS ABEBA

Am 21. November wurde in der äthiopischen Hauptstadt ein DAAD-Verbindungsbüro eröffnet. Die deutsche Botschafterin Lieselore Cyrus, der äthiopische Staatsminister Kaba Urgessa und die DAAD-Gruppenleiterin Martina Schulze enthüllten das DAAD-Logo am Eingang.
Das Büro wird vorerst gemeinsam von Gerhard Albert und Jana Zehle, zwei an der Addis-Abeba-Universität tätigen deutschen Hochschullehrern, geleitet. Das Aufgabenspektrum ist vielfältig: Neben der Information und Beratung zum DAAD-Angebot vertreten die beiden Leiter den DAAD in einem Projekt mit der äthiopischen Regierung.
Es geht dabei um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Ingenieurfakultäten. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit den über 2.000 Deutschland-Alumni im Land.

Forschungsseminar Wasser: Wissenschaftler erkundigen sich bei Nutzern vor der Ruai Sewage Treatment Plant in Nairobi.

Wasser in Slums

Praktiker und Universitäten arbeiten zusammen

Wasser ist Schwerpunktthema der Entwicklungszusammenarbeit in nahezu allen Ländern der Region, so auch in Kenia. Der Rohstoff Wasser ist immer häufiger Forschungsthema an ostafrikanischen Hochschulen – auch in Kooperation mit deutschen Partnern. Daher lag es nahe, gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein Forschungsseminar zum Thema Wasser und Abwasser für städtische Armutsgruppen zu veranstalten. Es ging um neue, in Kenia entwickelte Modelle zur Wasserversorgung, um deren praktische Umsetzung und vorläufiges Scheitern in einigen Wohngebieten. Die Teilnehmer waren Praktiker aus den kenianischen Wasserunternehmen, Aktionsbündnisse von Slumbewohnern, Vertreter der Stadtverwaltung Nairobis sowie Forscher und Doktoranden unterschiedlicher Disziplinen aus zehn afrikanischen Ländern und Deutschland. Fünf interdisziplinäre Teams recherchierten in zwei Stadtgebieten Nairobis und stellten die Ergebnisse in einem großen Stakeholderforum vor.

Die Resultate des von der Universität Siegen koordinierten Seminars sind aufschlussreich. Es existiert offenbar eine Wassermafia, die Tankwagen und illegale Anschlüsse kontrolliert und kein Interesse an einem gut funktionierenden Versorgungssystem hat. Kostenlose Anwälte für die Aktionsbündnisse könnten daher helfen, korrupte Verbindungsleute der illegalen Kartelle in den Wasserunternehmen vor Gericht zu bringen. Ermittelt wurde auch, dass Überflutungsschutz von Slums ein bislang vernachlässigtes Thema ist, sowohl in der Forschung als auch in der Entwicklungszusammenarbeit.

und eines Exzellenzzentrums für Ingenieurwissenschaften und Technologie reserviert – das Exzellenzzentrum soll zur im Dezember neu gegründeten Panafrikanischen Universität gehören.

Hochschulzusammenarbeit – aus der Arbeit des DAAD

Bundeskanzlerin nimmt sich Zeit für die Wissenschaft

Im Juli besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel Kenia. Während ihres eintägigen Staatsbesuchs traf sie am Internationalen Agrarforschungsinstitut ILRI DAAD-Stipendiatinnen aus Ostafrika. Zuvor hatte sie bei einer live in vier Fernsehsendern übertragenen Grundsatzrede an der Universität von Nairobi ausdrücklich eingeladen: „Sie, die jungen Menschen hier in Kenia, können neuen Chancen entgegensehen: den Chancen durch mehr Austausch – sei es durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst, durch Studien, durch das Erlernen der Sprache – und den Chancen, auswärts etwas zu lernen und dann mit neuem Wissen in das eigene Land zurückzukehren." Danach diskutierte die Bundeskanzlerin – durchaus auch kritisch – sehr angeregt mit den Zuhörern, unter denen sich 100 DAAD-Alumni befanden. Dass dies ohne Kontrolle durch die Regierung möglich war, ist ein beredtes Zeichen für den gelungenen Weg zur Meinungsfreiheit im Land – und für das gewachsene Selbstbewusstsein der Kenianer.

Erstes DAAD-Stipendiatentreffen in Kenia

In Kenia gehen weit über 100 DAAD-Stipendiaten ihren Masterstudien oder Promotionen in den vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten In-Country- / In-Region-Programmen nach. Im April lud die Außenstelle erstmals

Interessiert an Forschung: Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit DAAD-Promotionsstipendiatin Racheal Aye am International Lifestock Research Institute (ILRI) in Kenia.

42 Stipendiaten der Abschlussjahrgänge zu einem Treffen mit Fortbildungsangebot ein. Die Masterstudierenden lernten, wie man systematisch kostenfreie E-Journals für die Erstellung einer Masterarbeit nutzt. Die Promotionsstipendiaten übten, wie sie die Ergebnisse ihrer Forschung mit einem Poster bei einer Tagung präsentieren können. Neben diesen wissenschaftlichen Themen illustrierten ein Religionswissenschaftler, ein Linguist, ein Eisenbahnhistoriker und ein Künstler ihren Blick auf das Thema „Rauch" und lieferten den Auftakt zu anregenden Diskussionen.

Die deutsche Botschafterin Margit Hellwig-Boette überreichte beim Jahresempfang im November gemeinsam mit der kenianischen Hochschulministerin Margaret Kamar über 60 Stipendienurkunden an Kenianer und afrikanische Drittlandstipendiaten. Dabei erhielten die Nachwuchswissenschaftler nicht nur Promotionsstipendien nach Deutschland, sondern auch Vor-Ort- und Drittlandstipendien in Kenia und die ersten Urkunden im neuen Postdoc-Programm für afrikanische Alumni. In Äthiopien übergab DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland die Stipendienurkunden gemeinsam mit Botschafterin Lieselore Cyrus.

Bundeskanzlerin Merkel diskutierte – durchaus kritisch – mit jungen Forschern. Dass dies ohne Kontrolle durch die Regierung möglich war, ist ein beredtes Zeichen für den gelungenen Weg zur Meinungsfreiheit in Kenia.

Erste Endauswahl von Doktoranden in Kenia

Im November wählte in Kenia erstmals eine internationale Kommission 19 Stipendiaten aus 62 Bewerbungen aus. Kenianische Hochschuldozenten, meist DAAD-Alumni oder ›

Die deutsche Botschafterin Margit Hellwig-Boette beim DAAD-Alumni-Treffen zur Verfassungsreform in Kenia.

Vorstandsmitglieder des kenianischen Forschungsrats, und erfahrene Auswahlprofessoren aus Deutschland bildeten das Auswahlkomitee. Künftig soll die Endauswahl jährlich vor Ort stattfinden. In Dar es Salaam konnten in einer vergleichbaren Sitzung sechs Stipendien im gemeinsamen Programm mit der tansanischen Regierung vergeben werden. In beiden Ländern gab es zum Jahresende noch einen zweiten Aufruf, bei dem bis Mitte 2012 bis zu 25 weitere Stipendien zu vergeben sind.

Erweitertes Kursangebot des Regionalbüros

Seit zwei Jahren finden in der Außenstelle Seminare zum Verfassen von Stipendienanträgen statt. 2011 wurde der Workshop erstmals zweiteilig angeboten: Die besten der 64 Teilnehmer konnten im zweiten Teil ein Auswahlgespräch simulieren. Darüber hinaus organisierten kenianische DAAD-Alumni gemeinsam mit der Außenstelle und dem nationalen Forschungsrat sieben Informationsseminare für 302 Teilnehmer in allen Regionen des Landes. Da die Bewerberzahlen weit höher lagen und die Evaluierungen ausgesprochen positiv waren, soll das Angebot 2012 fortgeführt und möglichst auf die Nachbarländer ausgeweitet werden.

Die Außenstelle bereitet die künftigen Stipendiaten noch intensiver auf ihre Ausreise nach Deutschland vor. Neben einer halbtägigen interkulturellen Einführung finden die ersten beiden Monate des Deutsch-Sprachkurses nun im Goethe-Institut Nairobi statt. Die Teilnehmer können während der „DAAD Wednesday Afternoons“ ihre Fragen zum bevorstehenden Deutschlandaufenthalt stellen und kommen mit den anderen Stipendiaten ins Gespräch.

Roadmap to Quality

Im März stellte Pierre Nkurunziza – Präsident Burundis und amtierender Ratspräsident der Ostafrikanischen Gemeinschaft – das vom DAAD und dem ostafrikanischen Hochschulrat (IUCEA) herausgegebene Handbuch „Roadmap to Quality“ vor. Die Präsentation des verbindlichen Handbuchs zur Qualitätssicherung an ostafrikanischen Hochschulen fand im Rahmen der Jahresversammlung des IUCEA statt. Während des Treffens und einer im Mai anschließenden Konferenz diskutierten die Teilnehmer die gemeinsame Initiative von IUCEA, DAAD und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zur Entwicklung von Qualitätssicherung an Hochschulen in Ostafrika. Seit Beginn der Initiative im Jahr 2006 waren im Rahmen des DIES-Hochschulmanagement-Programms rund 50 Programmevaluierungen durchgeführt und 30 neue Abteilungen für Qualitätssicherung gegründet worden. Nach einer positiven Zwischenevaluierung wird die Initiative bis 2015 fortgeführt. Im September übernahm die Außenstelle Nairobi die Federführung für den deutschen Beitrag. Die Verantwortlichkeit für das Gesamtprojekt soll künftig stärker vor Ort liegen.

EDULINK-INFORMATIONSSEMINAR

Das Interesse war groß: Trotz erheblichen Eigenanteils hätten gerne wesentlich mehr als 100 Hochschullehrer am EDULINK-Informationsseminar in Nairobi teilgenommen. Das Team des DAAD-Referats für EU-Drittlandkooperationen organisierte gemeinsam mit der Außenstelle eine praxisorientierte Veranstaltung, die es den Teilnehmern aus Deutschland und Afrika ermöglichte, noch vor der erwarteten EDULINK-Ausschreibung Konsortien zu bilden und sich rechtzeitig auf die Antragstellung vorzubereiten.

DAAD-Alumni: Ostafrika wird aktiv

Die DAAD-Alumni in Ostafrika werden immer aktiver. In Kenia waren zur Veranstaltung mit dem Thema „Hochschule und Verfassungsreform“ auch Bürgermeister und Chefs von Bezirksverwaltungen aus allen Landesteilen gekommen. Sie diskutierten intensiv mögliche Fortbildungen für Mitarbeiter der 47 neu entstehenden Bezirksverwaltungen und zu schaffende Kooperationen beim Hochwasserschutz.

Auch die Alumni im Sudan, in Tansania und Äthiopien organisierten gemeinsam mit der Außenstelle Jahrestreffen zu wissenschaftspolitischen Themen. Im Sudan stand die Rolle der Forschung an Hochschulen im Zentrum, in Tansania diskutierten die Alumni die Rolle der Wissenschaft für Wertschöpfungsketten im Agrarsektor und in Äthiopien ging es um Qualitätssicherung und afrikaweite Harmonisierung von Hochschulabschlüssen. In Tansania wurde im Anschluss an das Treffen nach fünfjähriger Pause erstmals wieder ein Vorstand der wiederbelebten Alumni-Vereinigung gewählt. Alumni-Jahrestreffen sollen künftig in Ostafrika zu einer festen Einrichtung werden. Die DAAD-Alumni-Arbeit gilt als international vorbildlich: Die kenianische Alumni-Vereinigung KDSA wurde von der Französischen Botschaft eingeladen, ihre Arbeit den Alumni der französischen Förderprogramme vorzustellen.

Das regionale Netzwerk der Alumni von Hochschulmanagementkursen (REAL) agiert sehr lebendig. In Kenia, Äthiopien und Uganda organisierten die ehemaligen Kursteilnehmer eigene Fortbildungen. In Kenia beispielsweise luden sie gemeinsam mit der Außenstelle, der kenianischen Hochschulkommission und dem nationalen Forschungsrat zu einem dreiteiligen Kurs für 25 Direktoren und Vizedirektoren von Universitätsstandorten ein, die 2012 in eigenständige Hochschulen umgewandelt werden sollen.

Außenstellenleiter Christoph Hansert eröffnet das neu gestaltete Büro in Nairobi.

Langer Atem erfolgreich: Deutsch stärker nachgefragt

2011 stieg die Zahl der Studienanfänger für Deutsch schlagartig an. Neben einer landesweiten Kampagne und Besuchen in den Sekundarschulen im Vorjahr könnten die schrittweise modernisierten Lehrpläne die Ursache sein. Im Sudan gibt es laut dortigem Goethe-Institut nicht zuletzt wegen des Ausfalls der USA als Studienort eine große Nachfrage nach Deutsch und einen großen Bedarf nach gut ausgebildeten Sprachlehrern.

DAAD-Alumni aus Ostafrika referierten auf wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Tagungen zu den Themen E-Learning, Naturprodukte aus Afrika, Geoinformatik für Umweltschutz, Insektenforschung, Management von Ingenieurfakultäten.

Kontakt auf allen Kanälen

Smartphones verbreiten sich in Ostafrika gegenwärtig rasend schnell, insbesondere bei jungen Akademikern – und damit auch der Zugang zum Internet. Die Außenstelle hat daher ihren Facebookauftritt reaktiviert und überarbeitet; die Nutzerzahlen sind schnell gewachsen – aber hier bleibt noch viel zu tun. Der Newsletter wurde weiterentwickelt und erscheint seit Mitte des Jahres quartalsweise; er wird in der gesamten Region, auch über die aktiven Alumni-Foren im Internet, verteilt. Der persönliche Kontakt mit dem Hochschulmanagement bleibt weiter zentral, informelle Treffen mit allen Dekanen einer Universität oder die Teilnahme an Senatssitzungen wurden als neue Formate erfolgreich getestet. ›

Dr. Ralf Hermann (l.), Leiter des Informationszentrums (IC) Johannesburg, und seine Mitarbeiterinnen Julia Augart und Iris Vernekohl (r.).

Informationszentrum Johannesburg

Hochschulsystem im Wandel

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2013 haben die rivalisierenden Fraktionen im regierenden African National Congress (ANC) begonnen, ihre Ansprüche geltend zu machen. Präsident Jacob Zuma versucht schon länger, mögliche Gegner in den eigenen Reihen mit allen Mitteln zu entmachten. So konnte er den Aufstieg des populistischen ANC-Youth-League-Präsidenten Julius Malema im November erfolgreich stoppen: Malema wurde in einem Disziplinarverfahren für fünf Jahre von der Partei ausgeschlossen. Die Anhörungen Malemas waren von heftigen Ausschreitungen begleitet, in denen sich dessen Anhänger gegen die ältere ANC-Elite richteten. Die Regierung düpierte zudem eine Gallionsfigur des Kampfes gegen die Apartheid, Erzbischof Desmond Tutu. Sie hintertrieb die Visaerteilung für den zu seinem 80. Geburtstag eingeladenen Dalai Lama.

Schon oft warfen zivilgesellschaftliche Organisationen dem ANC vor, das demokratische und menschenrechtliche Erbe des eigenen Befreiungskampfes preiszugeben. Am 22. November, dem „schwarzen Dienstag“, brachte die Regierung Zuma mit der „Protection of State Information Bill“ ein Gesetz zur Wahrung von Staatsgeheimnissen durchs Parlament, das Kritiker als Instrument zur Verschleierung von Korruption und als massiven Angriff auf die Pressefreiheit werten. Mit bis zu 25 Jahren Haft können künftig Journalisten bestraft werden, wenn sie Wissen aus als geheim eingestuften Akten publizieren. Noch immer droht die Einführung eines Medientribunals mit Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament, das an die Stelle der derzeitigen Selbstregulierungsmechanismen der südafrikanischen Medien treten soll. Die Kampagne „Right to Know“ organisiert dagegen anhaltenden zivilen Widerstand.

Der ANC entmachtet Weggefährten und bedroht die Pressefreiheit. Die Hochschulen beklagen Einschränkungen der in Südafrikas Verfassung garantierten Freiheit der akademischen Forschung.

Die Hochschulen ihrerseits beklagen zunehmende Einschränkungen der in Südafrikas Verfassung garantierten Freiheit der akademischen Forschung.

Außenpolitisch nimmt Südafrika die Rolle einer regionalen Vermittlungs- und Ordnungsmacht für sich in Anspruch. Das erste Jahr Südafrikas als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat war von Unruhe geprägt. Immerhin hatten die Vermittlungsmissionen in der Elfenbeinküste, dem Sudan/Südsudan, Madagaskar und Simbabwe (teilweise) Erfolg. Weltweite Aufmerksamkeit fand Südafrika Ende 2011 durch die Ausrichtung des Weltklimagipfels in Durban. Der Gastgeber konnte sich als vielfach vernetzter Mittler positionieren, der sowohl mit den Schwellenländern als auch mit den vom Klimawandel besonders stark betroffenen afrikanischen Staaten und den Hochtechnologie-Nationen des Nordens Gemeinsamkeiten aufweist. Während die öffentliche Bewertung der Gipfelergebnisse die ganze Bandbreite zwischen Scheitern und Durchbruch umfasste, verdiente sich Südafrika als Gastgeber und Moderator einhellig gute Noten.

Südafrika reagiert mit seiner Energiepolitik auf die Herausforderungen des Klimawandels und rückt erneuerbare Energien immer stärker in den Blickpunkt öffentlicher Diskussion. Zugleich sieht der nationale „Integrated Resources Plan“ einen erheblichen Ausbau der Kernenergie vor. Die Schockwelle von Fukushima kam in Südafrika nur sehr gedämpft an, Risikoerwägungen spielen in der öffentlichen Diskussion gegenüber den Themen Versorgungssicherheit und Arbeitsplatzschaffung eine untergeordnete Rolle. Bis 2030 sollen 9,6 Gigawatt aus Kernenergie gewonnen werden. Das entspricht der Leistung von sechs Kraftwerken, und auch die neu zu bauenden sollen küstennah errichtet werden. Die französische Atomindustrie umwirbt Südafrika als strategischen Markt.

Ehrung: DAAD-Stipendiatin Sylvie Namwase aus Uganda erhält den Victor-Dankwa-Preis für ihre herausragende Arbeit zum Thema Menschenrechte in Afrika – es gratuliert Professor Frans Viljoen.

Diversität im Grundstudium

Erfolge bei der Umwandlung des Hochschulsystems kann Südafrika vor allem im Bereich des grundständigen Studiums vermelden. Lag der Anteil von Studierenden der durch die Apartheid benachteiligten Bevölkerungsgruppen 1994 nur bei 55 Prozent, nähert er sich inzwischen mit 80 Prozent der Bevölkerungsproportion an. Viel geringer wird diese Erfolgsquote, wenn es um das Erreichen des ersten Abschlusses, des postgradualen Studiums und der Promotion geht. Die begabtesten schwarzen Studierenden werden oft frühzeitig von Unternehmen, die ihrerseits Quoten zu erfüllen haben, abgeworben. Auch die Auswahlen des DAAD für die Vergabe von Stipendien sehen sich mit unbefriedigenden Zahlen von Bewerbern mit benachteiligtem Hintergrund konfrontiert. Die bessere Bewerbung der Programme an ländlichen Universitäten – neben der fortgesetzten Kooperation mit den führenden Forschungsuniversitäten – bildete daher einen Schwerpunkt der DAAD-Bemühungen in Südafrika.

Die ehrgeizigen Ziele zur mehrfachen Erhöhung der Ph.D.-Abschlüsse bis 2025 sind noch nicht annähernd in Sichtweite. Nachdem trotz erheblicher Investitionen die Zahl der erfolgreichen Doktoranden stagnierte, stockten das Department of Science and Technology (DST) und die National Research Foundation (NRF) die Mittel für das „South African PhD Project“ nochmals deutlich auf.

Das DST betreibt den weiteren Ausbau der Forschungsinfrastruktur. Zusätzlich zu den bestehenden 92 nationalen „South African Research Chairs“ wurden 62 weitere an allen Universitäten ausgeschrieben, um dem Braindrain südafrikanischer Forscher gegenzusteuern. Die Initiative zielt zudem darauf, den Rückstand von Technischen Universitäten und ländlichen sowie strukturell benachteiligten Hochschulen gegenüber den führenden Forschungsuniversitäten zu verringern. Die Forschungskooperation zwischen Südafrika und Deutschland wächst stetig, was sich in zahlreichen neuen Hochschulabkommen ebenso zeigt wie in dem für 2012/2013 vom Bundesforschungsministerium und DST geplanten Deutsch-Südafrikanischen Wissenschaftsjahr.

Die Forschungskooperation zwischen Südafrika und Deutschland wächst stetig, was sich in zahlreichen neuen Hochschulabkommen ebenso zeigt wie in dem für 2012/2013 geplanten Deutsch-Südafrikanischen Wissenschaftsjahr.

Gespannt sieht Südafrika der Vergabe eines globalen Forschungsprojekts entgegen: Das „Square Kilometer Array“ (SKA), das größte Radioteleskopsystem der Welt, wird die ›

Möglichkeiten der astronomischen Forschung revolutionieren. Südafrika arbeitet gemeinsam mit acht afrikanischen Ländern in diesem Projekt und erhält auch aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU-Programme Unterstützung. Die abschließende Entscheidung, ob das Projekt in Südafrika oder Australien realisiert wird, ist für 2012 angekündigt.

Über drei Millionen 18- bis 24-jährige Südafrikaner haben nach dem Schulabschluss weder den Weg ins Berufsleben noch Anschluss an weitere Bildungsmöglichkeiten gefunden. Daher kommen dem tertiären Bildungssegment Schlüsselaufgaben für die wirtschaftliche und soziale Zukunftsfähigkeit Südafrikas zu.

Ein eigenständiges Department of Higher Education and Training (DHET) ist seit seiner Gründung 2009 mit der Suche nach Konzepten für einen weitreichenden Ausbau der tertiären Bildung befasst. Das Verhältnis zwischen Berufs- und Weiterbildungseinrichtungen (Colleges) einerseits und Universitäten andererseits wird öffentlich diskutiert, oft als gegensätzliche Pole der Strategieentwicklung. Dabei spielen Schnittmengen zwischen beiden Bereichen keine Rolle und werden bislang kaum erkannt, obwohl dies der gewünschten Vermittlung anwendungsorientierter Fertigkeiten entgegenkäme. In Zukunft könnten deutsche Hochschulen mit entsprechenden Profilen hier ein Kooperationsfeld finden.

Erstes DAAD-In-Country-Stipendiatentreffen: 77 südafrikanische Master- und Ph.D.-Kandidaten kommen in Stellenbosch zusammen.

DAAD-Stipendiatentreffen

77 südafrikanische Master- und Ph.D.-Kandidaten nahmen am 1. Treffen der DAAD-In-Country-Stipendiaten vom 25. bis 27. November in Stellenbosch teil. Das Treffen wurde von Generalkonsul Hans-Werner Bussmann eröffnet. Neben Plenarveranstaltungen mit Informationen zu den Programmen des DAAD, der Alumni-Arbeit, der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft sowie zur Navigation durch entsprechende Online-Angebote wurden Workshops angeboten, in denen sich die Stipendiaten mit Themen wie dem Verfassen von Förderanträgen, dem Selbst- und Zeitmanagement und der akademischen Karriereplanung beschäftigten. In moderierten Workshops ging es um Fragen im Vorfeld eines konkreten Promotionsvorhabens, um die Zusammenarbeit zwischen Doktoranden und Betreuern sowie um den Umgang mit Themenausrichtung und -strukturierung, wie sie bei Langzeitprojekten häufig auftreten. Den kulturellen Rahmen der Eröffnung bot das Crossover-Duo Mahororo (Cello und Mbira). Der Besuch auf einem Weingut wurde musikalisch von der Stellenbosch University Gigband, featuring DAAD Alumni-Präsident Chats Devroop (Saxofon), begleitet.

Die Rückmeldungen der Teilnehmer waren überaus positiv: Es sei gelungen, eine DAAD-Fellowship-Identität zu erzeugen, den Stipendiaten die nachhaltig ausgerichtete Motivation der DAAD-Förderung zu vermitteln und sie untereinander zu vernetzen. Die Workshops wurden zudem als sehr konstruktive Begleitung der wissenschaftlichen Projekte angenommen. Das DAAD-IC konnte überdies seine Kontakte zur Universität Stellenbosch, die sich erneut als ausgezeichneter Partner präsentierte, und zu anderen Universitäten vertiefen.

Schwerpunkte des IC Johannesburg

Stärkerer Deutschlandbezug der Stipendiaten

Obwohl der DAAD in einem gemeinsamen Programm mit der National Research Foundation (NRF) jährlich bis zu 100 In-Country-Stipendien für Masterstudierende und Doktoranden bereitstellt, fehlt dem Programm bislang ein wirksamer Deutschlandbezug. Der DAAD verstärkte seine Bemühungen um eine nachhaltige Zusammenarbeit mit dieser Stipendiatengruppe. Erstmals wurden die DAAD-NRF-Stipendiaten zu einem landesweiten Treffen eingeladen. Es erwies sich als eine der effizientesten Kooperationsveranstaltungen mit südafrikanischen Partnern in den letzten Jahren. Der DAAD stellte außerdem 15 zusätzliche Stipendien für Forschungskurzaufenthalte in Deutschland bereit. Für den Ausbau der Kontakte mit Deutschland warb das Informationszentrum (IC) des DAAD auf mehreren Veranstaltungen: Bei der Eröffnung der 1. NRF Winter School für Postgraduierte, an der eine Reihe von DAAD-In-Country-Geförderten teilnahm und bei der Graduierung der DAAD-In-Region-Stipendiaten im prestigereichen LL.M.-Kurs „Human Rights und Democratisation in Africa“.

Ende März fand in Stellenbosch die gesamtafrikanische Rektorenkonferenz COREVIP statt, die den Aufbau eines „African Higher Education and Research Space“ (AHERS) anvisiert. Wichtige Themen waren dabei Schwerpunktbereiche wie Informations- und Kommunikationstechnologien an den Hochschulen sowie die Schaffung von regionalen Exzellenzzentren und Netzwerken. Das Südafrikateam des DAAD-IC und der Lektorenkolleginnen weckte mit einer Präsentation und einem Informationstisch großes Interesse. Unter den Spitzenvertretern der afrikanischen Hochschulen fanden sich zahlreiche DAAD-Alumni. Als vorbildlich würdigten die Vertreter der Association of African Universities die regionale

Gemeinsame Zukunft: Die gesamtafrikanische Rektorenkonferenz CORE-VIP hat einen einheitlichen Forschungsraum im Blick.

Netzwerkarbeit des DAAD durch die Förderung von Exzellenzzentren in der Region sowie die Initiativen zur Qualitätssicherung der Hochschulen in Ostafrika, an denen auch in anderen Subregionen Interesse bestünde. Nachdem das African Network of Science and Technology Institute seine Rektoren- und Dekanskonferenz COVIDSET aus Sicherheitsgründen von Abuja nach Johannesburg verlegen musste, nahm das DAAD-IC auch daran beobachtend teil.

In der ersten Jahreshälfte erarbeitete das DAAD-IC eine Alumni-Verbleibstudie, die auch der Vorbereitung auf das geplante nationale Alumni-Treffen 2012 dient. 290 Kontaktdatensätze von DAAD-Alumni und deutschen Hochschulen konnten durch die Studie aktualisiert werden, insgesamt führen die DAAD-Datenbanken gut 2.000 südafrikanische Einträge.

Über drei Millionen Südafrikaner haben nach dem Schulabschluss weder den Weg ins Berufsleben noch Anschluss an weitere Bildungsmöglichkeiten gefunden – dem tertiären Bildungssegment kommt eine Schlüsselaufgabe für die wirtschaftliche und soziale Zukunftsfähigkeit Südafrikas zu.

Germanistik und Deutsch als Fremdsprache

Nachdem die Zahl der Deutschlerner an südafrikanischen Schulen und Hochschulen in jüngerer Zeit rückläufig war, zeigten die Immatrikulationszahlen an mehreren Hochschulen jüngst positive Trends auf. Dennoch sind weitere Deutsch-Institute von der Schließung bedroht. Mit der geplanten und nachvollziehbaren Stärkung afrikanischer Sprachen als universitärem Lehrangebot wird die Werbung für das Deutschstudium mit noch schwierigeren Voraussetzungen leben müssen. Auf Initiative ›

Nachdem die Zahl der Deutschlerner an südafrikanischen Schulen und Hochschulen in letzter Zeit rückläufig war, zeigten die Immatrikulationszahlen an mehreren Hochschulen jüngst positive Trends auf.

der Deutschen Botschaft beschäftigt sich eine Fachgruppe aus Vertretern des Goethe-Instituts, des DAAD, der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen sowie der Deutschen Schulen und der Außenhandelskammer mit der Koordinierung von landesweiten Initiativen zur Stärkung des Faches sowie mit der bildungspolitischen Lobbyarbeit und dem Marketing vor Ort.

Der DAAD unterstützte die Tagung „Magie und Sprache“ des Germanistenverbands im südlichen Afrika, der seine Zusammenarbeit mit dem westafrikanischen Fachverband stetig ausbaut. Für die Tagung „Hospitality and Hostility in the Multilingual Global Village“ an der Universität Witwatersrand (Wits) in Johannesburg konnten dank der DAAD-Unterstützung international renommierte Germanisten als Hauptreferenten gewonnen werden. Das DAAD-IC lud Phillip Khabo-Köpsell, einen junger Poetry Performer mit südafrikanischen Wurzeln aus Berlin, zur Konferenz in die Deutschabteilungen der Wits und der Universität Stellenbosch ein und vermittelte ihn zu einem Poetry Slam ans Goethe-Institut Johannesburg. «

Tabelle 3 : Statistischer Überblick Kenia 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**580.367 km²**
Bevölkerungszahl	**41 Mio.**
Bevölkerungsdichte	**67 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum 2010	**2,6 %**
Urbanisierungsgrad 2010–15 (geschätzt)	**26 %** [1]
Lebenserwartung (geschätzt)	**59,5 Jahre**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**37 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**875**
Anteil am globalen BIP	**0,051 %**
Knowledge Economy Index (KEI) 2009	**Rang 113**
Wirtschaftswachstum	**4,3 %**
Inflation (geschätzt)	**13 %**
Arbeitslosigkeit 2008	**40 %**
Anstieg Güter-Export im Vergleich zum Vorjahr	**10,2 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben im Haushaltsjahr 2011/12*	
Gesamthaushalt	12,7 Mrd.
Hochschuletat 2011/12	606 Mio.
Hochschultypen	
Öffentliche Hochschulen	7
„Constituent Colleges" öffentlicher Hochschulen	13
Private Hochschulen mit staatlicher Anerkennung	11
Private Hochschulen mit vorläufiger oder	
befristeter staatlicher Anerkennung	13
Anzahl der Hochschulen gesamt	**44**
staatlich	20
privat	24
Anzahl Hochschullehrer 2010	**9.000**
davon promoviert (nur staatliche Hochschulen)	2.000
davon ordentliche Professoren	300
Eingeschriebene Studierende 2010	**183.000**
an staatlichen Institutionen	146.000
an privaten Institutionen	37.000
Frauenanteil	38 %
Ausländische Studierende	k.A.
Studierende der Naturwissenschaften 2010	29 %
Studierende der Geisteswissenschaften 2010	71 %
Doktoranden 2010	1.900
Abschlüsse 2009	
Bachelor's Degree	k.A.
Master's Degree (nur öffentliche Hochschulen)	3.240
Doctorate (nur öffentliche Hochschulen)	220

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2011/12*	
an staatlichen Institutionen	ca. 680
an privaten Institutionen	ca. 2.700–12.000
Ausländische Studierende	
nach Herkunftsländern 2009:	
USA	881
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	
davon in Deutschland, WS 2009/10	518

Beliebteste Zielländer für Studierende 2009	
USA	5.780
Großbritannien	2.394
Australien	1.426
Malaysia	658

* Angaben in US-Dollar

1 4,2 % jährliche Veränderung

Quellen:

Kenya National Bureau of Statistics

Kenya Commission for Higher Education: Report 2010

The World Bank. Data and Statistics. December 2011
▶ www.web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/AFRICAEXT/KENYAEXTN/0,,menuPK:356536~pagePK:141132~piPK:141109~theSitePK:356509,00.html

The World Bank. KEI and KI Indexes 2009
▶ www.info.worldbank.org/etools/kam2/KAM_page5.asp

Index Mundi. Kenya Demographics Profile 2012
▶ www.indexmundi.com/kenya/demographics_profile.html

Kenya Open Data. IMF World Economic Outlook 2011
▶ www.opendata.go.ke/Financial-Sector/IMF-World-Economic-Outlook-2011-Kenya-GDP-Per-Capi/m57k-5r2b

State House Kenya. Budget Statement for the Fiscal Year 2011/12
▶ www.statehousekenya.go.ke/publications/07-06-2011-12-BudgetSpeech-Distribution%20Final%20_MF.pdf

International Monetary Fund: World Economic Outlook Database, January 2011
▶ www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/index.aspx

German Trade and Invest: Wirtschaftsdaten Kompakt: Kenia, November 2011
▶ www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7775.pdf

CIA Factbook: Kenya, January 2011
▶ www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/

World University News: Articles on Kenya in 2011
▶ www.universityworldnews.com

U.S. International Institute of Education, Open Door Data, January 2011
▶ www.iie.org/en/Research-and-Publications/Open-Doors/Data

DAAD, HIS: Wissenschaft Weltoffen, 2011
▶ www.wissenschaft-weltoffen.de/daten/1/2/1

Kenya Commission for Higher Education: Report 2011

Kenya commission for Higher Education. Status of Universities in Kenya.
▶ www.che.or.ke/status.html

Tabelle 4 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Kenia

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**57**
	A	**243**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	46
	A	13
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	5
	A	219
davon Doktoranden	D	4
	A	108
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	6
	A	11
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	2
	A	5
2–6 Monate	D	49
	A	27
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	6
	A	211
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	2
	A	34
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	8
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	115
Lektoren	D	2
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	1
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	1
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	3
Praktikanten	D	46
	A	7
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	1
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**92**
	A	**343**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	33
	A	19
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	25
	A	124
davon Doktoranden	D	6
	A	56
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	34
	A	200
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	60
	A	309
2–6 Monate	D	30
	A	11
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	2
	A	23
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	29
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	1
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	11
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**149**
	A	**586**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**735**

Mexiko-Stadt

„Wir müssen uns nicht verstecken“

Dr. Hanns Sylvester leitet die Außenstelle Mexiko-Stadt seit 2009. Die Außenstelle besteht seit 2001 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Bild Mexikos in Deutschland wird in erster Linie durch Schlagworte wie „Urlaub in der Karibik“, „Drogenkrieg“ und vielleicht auch „Probleme der Megacity Mexiko-Stadt“ geprägt. Es gibt jedoch noch eine Vielzahl anderer Realitäten.

Die Wirklichkeit der mexikanischen Hochschullandschaft näher zu erkunden, war das Ziel des Besuchs eines deutschen Fachjournalisten im Februar 2011. Im März war dann in der Wochenzeitung Die Zeit die Feststellung einer mexikanischen Hochschulvertreterin in Bezug auf internationale Kooperationen zu lesen: „Wir müssen uns nicht verstecken.“

Ähnlich positive Eindrücke von den Studienbedingungen gewann eine Gruppe von Journalistik-Studierenden, die im Rahmen der DAAD-Kampagne „go out! studieren weltweit“ im September mit deutschen Kommilitonen in Mexiko und Vertretern der jeweiligen Universitäten sprach. In Artikeln, Radio- und Videobeiträgen sowie Blogs auf der „go out!“-Webseite und bei den Medienpartnern der Kampagne veröffentlichten sie ihre Eindrücke: Mexiko ist ein attraktives Studienland.

Die Förderzahlen des DAAD bestätigen diese Beobachtungen. Während 2008 genau 440 deutsche Geförderte nach Mexiko gingen – nach einem Einbruch 2009 wegen der H1N1-Grippe –, stieg die Zahl im Jahr 2010 auf 581 Personen. Vor allem mehr Studierende kamen nach Mexiko, was auf ein gutes Image der Hochschulen zurückzuführen ist.

Generell ist Mexiko weiterhin ein Schwellenland mit einer wachsenden Industrie auf der einen Seite und einer großen Bevölkerungsgruppe in Armut (47 Prozent von 112 Millionen Einwohnern) auf der anderen Seite. Viele Menschen können sich nur durch Erwerbstätigkeit im informellen Sektor (67 Prozent) ernähren. Für die Finanzkraft des Staates ist dies besonders ungünstig. Auch wenn sich offiziellen Angaben zufolge in den vergangenen Jahren die Steuermoral verbessert haben soll, fehlen dem Staat die Mittel zur adäquaten Förderung des Bildungswesens.

Selbst in der Hauptstadt haben 17 Prozent der jungen Menschen weder Ausbildung noch Arbeit (sogenannte „ninis“, „ni educación, ni trabajo“). Weil in den strukturschwachen Provinzen wie Michoacán und Chiapas dieser Wert sogar 26 Prozent erreicht, liegt der landesweite Durchschnitt dieser orientierungslosen Jugendlichen bei 20,9 Prozent. Somit kann ein Fünftel der jungen Mexikaner nicht zur Entwicklung des Landes beitragen und ist zudem anfällig für kriminelle Aktivitäten. Dafür bietet die Lage Mexikos zwischen den Produktionsstätten für Rauschgift im Süden und dem Hauptabnehmer im Norden günstige Voraussetzungen.

Die Regierung hat den Mangel an Arbeitsplätzen als eine weitere Ursache der Kriminalität erkannt. Auch wenn 2011 von offizieller Seite die Schaffung hunderttausender neuer Arbeitsplätze als Erfolg verkündet worden ist, so sind ähnlich erfreuliche Entwicklungen in der

Vergangenheit stets vom Bevölkerungswachstum aufgezehrt worden. Den Wirtschaftsdaten zufolge steigt das Einkommensniveau in Mexiko nicht in vergleichbarer Weise wie in Brasilien oder Chile. Mexiko verharrt auf dem Stand einer günstigen Fertigungsstätte mit geringer Innovationsleistung. Die Politiker und die Medien sind auf ausländische Investitionen fixiert, die aber in der Regel wieder nur auf die Schaffung neuer Fertigungsstätten hinauslaufen. Deshalb steht Mexiko weiterhin in der Konkurrenz mit anderen Billiglohnländern und kann ganze Wirtschaftsbereiche an diese Konkurrenten verlieren, wie bereits die Textilindustrie. Als Produktionsstätte für die zahlreichen Exporte in die USA macht Mexiko außerdem alle Schwankungen im Konsumverhalten des großen Nachbarn mit.

Der DAAD stellt aber fest, dass zumindest in den mexikanischen Hochschulen die große Bedeutung von Innovation statt ausländischer Investitionen für die Entwicklung des Landes erkannt wird. Hier bieten sich interessante Kooperationsfelder, in denen deutsche Hochschulen eine wichtige und von den mexikanischen Partnern nachgefragte Rolle spielen können.

Mexikanische Realitäten

Im Vergleich zu Deutschland hat Mexiko eine etwa fünfeinhalbmal so große Gesamtfläche. Zwischen den wenigen Ballungszentren mit mehreren Millionen Einwohnern liegen weite Gebiete mit einfacher ländlicher Struktur. Entwicklungsunterschiede sind deutlich, wenngleich eine Grundinfrastruktur auch in den Provinzen gegeben ist. Aber im Bildungswesen sind die Ballungszentren klar im Vorteil, wie es an der höheren Dichte von weiterführenden Schulen und Hochschulen abzulesen ist.

Ebenso ist auch die Wirtschaftskraft Mexikos auf einzelne Schwerpunkte der fertigenden Industrie, der petrochemischen Industrie und des Tourismus meist im Küstenraum konzentriert. In jüngster Zeit fokussieren sich die Werksneugründungen ausländischer Investoren auf das zentrale Hochland von Puebla im Süden bis Guadalajara im Norden. Zugleich wandern nach Angaben der deutschen Außenhandelskammer Industriebetriebe aus den nördlichen Grenzregionen aus Sicherheitsgründen ab. Im vergangenen Jahr soll der Tourismussektor, ausgehend von einem ausgesprochen niedrigen Niveau 2009 wegen der H1N1-Grippe, wieder deutlich zugelegt haben.

Für die Entwicklung Mexikos spielen Innovationen eine wichtigere Rolle als ausländische Investitionen – dies wird an mexikanischen Hochschulen erkannt und hier bieten sich interessante Kooperationsfelder für deutsche Hochschulen.

NACHWUCHSJOURNALISTEN-RALLYE IN MEXIKO

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) schickte der DAAD mit der Nachwuchsjournalisten-Rallye „Go out!“ drei Teams rund um die Welt. Die je dreiköpfigen Teams waren vom 26. September bis zum 10. Oktober 2011 auf drei verschiedenen Routen unterwegs, in Indien, Osteuropa und Lateinamerika.

Mehrtägiger Friedensmarsch: Mexikaner demonstrieren geschlossen gegen Gewalt.

Friedensmärsche

Angeführt vom Schriftsteller Javier Sicilia protestierten während eines mehrtägigen Friedensmarsches Ende April mehrere zehntausend Menschen in Mexiko-Stadt und in über 30 weiteren Städten. Sicilias Sohn war zusammen mit sechs anderen Jugendlichen einige Wochen zuvor ermordet worden, woraufhin der Autor einen emotionalen Artikel voller Kritik an den immer drastischeren Zuständen in Mexiko verfasste. Seine Worte trafen den Nerv der mexikanischen Bevölkerung, so dass sich daraufhin eine breite Öffentlichkeit formierte. Ihre Solidarität mit Sicilia und ihren Unmut über die anhaltende Gewalt im Drogenkrieg und die Korruption im Land äußerten nicht nur Intellektuelle, Bauern und Unternehmer, sondern auch die Katholische Bischofskonferenz sowie die Zapatisten-Guerilla. Trotz vieler Unterschiede und Probleme in der mexikanischen Gesellschaft verdeutlichten die zahlreichen von Mexikanern initiierten Kundgebungen im Ausland das große Verlangen, der Gewalt endlich ein Ende zu setzen.

Medien

Im März 2011 unterzeichneten 715 Medienvertreter eine Erklärung, in der sie sich zu professioneller Berichterstattung über die Sicherheitslage in Mexiko verpflichten. Die Berichterstattung der Medien soll künftig ihren Fokus auf die Darstellung der Fakten beschränken und auf propagandistische Einflüsse verzichten. Dieses Abkommen, unterzeichnet von zahlreichen großen Tageszeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosendern sowie Internetnachrichtendiensten, soll verhindern, dass das organisierte Verbrechen durch die mediale Berichterstattung eine Plattform zur Selbstdarstellung erhält. Die zehn formulierten Kriterien sollen darüber hinaus Opfer und Journalisten schützen.

Einige Tourismuszentren wie Acapulco oder Mazatlán leiden dennoch wegen der ausbleibenden Kreuzfahrtschiffe erheblich. Die Rücküberweisungen der im Ausland arbeitenden Mexikaner haben offensichtlich zu Beginn des Jahres 2011 zugenommen. Allerdings wurde dieser Mehrwert durch den starken Peso gegenüber dem US-Dollar gemindert, so dass in den Zeitungen erneut von steigender Kinderarbeit berichtet wird. Andere Kommentatoren schreiben hingegen über positive wirtschaftliche Entwicklungen durch die Rücküberweisungen nach Mexiko.

Die Sicherheitslage ist durch den hohen Verfolgungsdruck auf die Drogenkartelle durch die Bundespolizei und das Militär gekennzeichnet. Die häufigen Erfolgsmeldungen der staatlichen Institutionen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Nachwuchs der Kartelle schnell rekrutieren lässt. Zudem löst der Druck der Ordnungskräfte heftige Auseinandersetzungen zwischen den Kartellen aus, die ihre Claims für den Drogen-, Waffen- und Menschenhandel ständig neu abstecken müssen. Da in dieser Situation auch die Kriminalität außerhalb des organisierten Verbrechens zunimmt, ist es äußerst ratsam, sich an die Reisehinweise des Auswärtigen Amtes zu halten.

Im Juli 2012 wird in Mexiko ein neuer Präsident gewählt. Abhängig von diesem Wahlausgang wird sich der Umgang mit der organisierten Kriminalität verändern, denn die Kandidaten der verschiedenen Parteien vertreten hierbei unterschiedliche Auffassungen.

Ein besonders erfreulicher Aspekt ist das kulturelle Leben in Mexiko, das sowohl in den Ballungszentren als auch in den kleineren Städten von einer außerordentlichen Dichte der Veranstaltungen, hoher Qualität und reger

Im Stadtteil Polanco ist das Museo Soumaya nach kurzer Zeit ein Publikumsmagnet geworden.

Nicht nur von der Avenida Reforma aus ist die Bicentenario-Stele ein Blickfang.

15-monatiger Verspätung fertiggestellt werden. Sie bietet nachts in Mexiko-Stadt einen eindrucksvollen Orientierungspunkt.

Hochschulen

Auch wenn die erste Hochschulgründung in Mexiko auf das 16. Jahrhundert zurückgeht, reichen die Wurzeln heutiger Universitäten nur bis ins frühe 19. Jahrhundert. Die größte staatliche Universität, die Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), entstand 1910. Ihr folgten kurz darauf weitere staatliche Hochschulen, bis Mitte des 20. Jahrhunderts der Boom von privaten Hochschulgründungen begann. Heute zählt Mexiko 3.852 Hochschulen unterschiedlichen Typs und unterschiedlicher Kapazität. Als echte akademische Bildungseinrichtungen können die Universitäten (Universidades Públicas) und die Technologischen Institute (Institutos Tecnológicos Públicos) angesehen werden, weil sie vielfältige Aktivitäten in Lehre und Forschung entwickeln. Auch mit etwas geringer Fokussierung auf die Lehre sind die sehr kompetenten 27 Bundesforschungszentren (Centros Públicos de Investigación) hochinteressant für Kooperationen mit deutschen Partnern.

Vor zehn Jahren gab es die ersten Gründungen von Technischen Universitäten (Universidades Tecnológicas Públicas) und Polytechnischen Hochschulen (Universidades Politécnicas Públicas), die erst seit jüngstem auch akademische Abschlüsse anbieten und somit für Kooperationen mit deutschen Hochschulen attraktiv werden. Seit etwa zwei Jahren zeigen die Polytechnischen Hochschulen Interesse, mit deutschen Hochschulen zusammenzuarbeiten – neben den bestehenden Kooperationen mit französischen Politechnikons. Solch einen Wunsch äußerte beispielsweise die Universidad Tecnológica de Querétaro im Februar 2011 bei der Gründung eines Zweigwerks des deutsch-französischen Luftfahrtkonzerns Eurocopter.

Eine Analyse der stark heterogenen Hochschullandschaft für mögliche Kooperationen aus deutscher Sicht erleichtern die Publikationen mexikanischer Akkreditierungseinrichtungen.

Nachfrage gekennzeichnet ist. Zwei Projekte in der Hauptstadt zeigen darüber hinaus die hohe Innovationskraft der mexikanischen Künstler und Architekten. Zum einen ist hier das Museum Soumaya des Industriellen Carlos Slim zu nennen: In dem futuristischen Bau sind etwa 7.000 Exponate ausgestellt – ein Ausschnitt aus Slims Privatsammlung von 65.000 Objekten aus prähispanischer Zeit bis hin zu europäischen Künstlern des 20. Jahrhunderts.

Zum andern verfügt die Stadt über ein neues Wahrzeichen. Eine Bicentenario-Stele an der Avenida Reforma konnte aufgrund ihrer aufwendigen aktiven Lichtinstallation erst mit

Die privaten Hochschulen bieten bis zur Promotion alle Abschlüsse an und unterscheiden sich erheblich in ihrer Größe und Qualität.

Zurzeit gibt es laut der deutschen Hochschulrektorenkonferenz 226 schriftlich fixierte Kooperationen zwischen mexikanischen und deutschen Hochschulen. Eine prominente Rolle spielt dabei das DFG-Studienkolleg „Zwischen den Räumen“ an der Akademie der Wissenschaften COLMEX (El Colegio de México). Am COLMEX und an der UNAM ist auch der DAAD-geförderte Lehrstuhl „Cátedra Guillermo y Alejandro de Humboldt“ beheimatet, der seit August 2011 mit dem Soziologen Dr. Günther Maihold besetzt ist. Die Veranstaltungen des Lehrstuhls im zweiten Halbjahr zur Sicherheit in Lateinamerika und zum kommenden Weltgipfel G20 in Cancún 2012 wurden viel beachtet.

Eine Analyse der stark heterogenen Hochschullandschaft für mögliche Kooperationen aus deutscher Sicht erleichtern die Publikationen mexikanischer Akkreditierungseinrichtungen wie zum Beispiel COPAES (Consejo para la Acreditación de la Educación Superior, www.copaes.org.mx). Informativ ist auch die PNPC-Liste (Programa Nacional de Posgrados de Calidad) des nationalen Forschungs- und Technologierats CONACYT (Consejo Nacional de Ciencia y Tecnología). Sie gibt eine Übersicht von postgradualen Programmen, an die CONACYT nach Evaluierung seine Master- und Promotionsstipendien vergibt. Um sich vor Ort besser orientieren zu können, wurden deutsche Hochschuldelegationen bei Besuchen in Mexiko zeitweise von Mitarbeitern der DAAD-Außenstelle begleitet. Darüber hinaus bot die Außenstelle ein Forum für die Begegnung der Delegationen mit Vertretern mexikanischer Forschungseinrichtungen. Beide Maßnahmen erhielten ein positives Echo.

Ein Querschnittsthema, das nahezu alle mexikanischen Hochschulen gespannt verfolgen, ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in Lehre, Forschung und Entwicklung. Damit befasste sich auch 2011 in mehreren Foren eine Gruppe von Alumni, die an verschiedenen Hochschulen in Mexiko arbeiten.

Für die deutsch-mexikanische Hochschulkooperation gibt es weitere aktuelle Themenfelder, die sich auch der politischen Unterstützung von mexikanischer Seite erfreuen. Dies sind Wasserversorgung, erneuerbare Energien und Biodiversität. So verglich der mexikanische Präsident Calderón im März die bedrohliche Lage bei der Versorgung mit sauberem Trinkwasser mit der Situation in einigen afrikanischen Ländern. Die Energieversorgung konnte Mexiko in den vergangenen 20 Jahren nur durch die Verwendung von mehr fossilen Brennstoffen sichern. Dass jetzt eine Wendemarke erreicht worden ist, zeigen die geplanten Investitionen in Windenergieparks in den Provinzen Baja California und Oaxaca, die sich bis 2015 ›

WISSENSTRANSFER

Am 3. Dezember 2011 stellten DAAD-Alumni von verschiedenen Hochschulen Mexikos und Costa Ricas auf dem Messegelände der Feria Internacional del Libro (FIL) gemeinsam mit Prof. Thomas Baaken von der Fachhochschule Münster eine Publikation über Wissenstransfers aus den Hochschulen in die Wirtschaft vor. Bei dieser Veranstaltung wurde auch der Beginn einer Qualifizierungsmaßnahme von „Science to Business“-Experten in einem Verbund von Hochschulen aus Deutschland, Mexiko und Costa Rica ab 2013 bekannt gegeben.

Mit der gleichen Thematik wandte sich die mexikanische Rektorenkonferenz ANUIES (Asociación Nacional de Universidades e Instituciones de Educación Superior) an den DAAD und bat um eine Informationsreise für Rektoren und Direktoren mehrerer autonomer Universitäten nach Deutschland. Das Ziel: Kennenlernen der Verbindung zwischen Hochschule und Wirtschaft.

Von 2008 bis 2010 bewarben sich jährlich zwischen 880 und 980 mexikanische Akademiker erfolgreich um ein DAAD-Stipendium für den Besuch einer deutschen Hochschule oder Forschungseinrichtung.

FRIDA-KAHLO-STIPENDIEN

In den nächsten Jahren werden der DAAD und das mexikanische Außenministerium Künstlerinnen aus Deutschland und Mexiko für ein Jahr fördern. Claudia de la Torre Álvarez (oben) arbeitet in Karlsruhe an multidisziplinären Installationen zum Archivieren. Stephanie Hecht inszeniert in Mérida ein Tanztheaterstück über das Aufeinandertreffen indigener und spanischer Kultur im 16. Jahrhundert. Ab 2012 wird Corinna von der Groeben mit ihren Fotografien das tägliche (Über-) Leben in den Vorstädten von Mexiko-Stadt dokumentieren.

In Mexiko arbeiten etwa 3.000 DAAD-Alumni in Verwaltung, Wirtschaft und Hochschulen. Grundsätzlich ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit deutschen Partnern stark ausgeprägt.

auf insgesamt 11,7 Mio. Euro belaufen sollen. Ein möglicher weiterer Projektbereich könnte nach Angaben des nationalen Statistikinstituts INEGI (Instituto Nacional de Estadística y Geografía) die Erstellung eines Inventars der verschiedenen biologischen Spezies im Altiplano im Rahmen des staatlichen Aktionsplans gegen den Klimawandel sein. Mexiko liegt weltweit, was die Artenvielfalt betrifft, an zweiter Stelle und bietet somit exzellente Möglichkeiten der Klimafolgenforschung.

Generell stellt Mexiko ein reizvolles Land für ausländische Studierende und Wissenschaftler dar. Das belegt nicht nur die wachsende Zahl der Deutschen in Mexiko – laut nationalem Statistikinstitut hat sich die Zahl der ausländischen Studierenden in Mexiko von 2000 bis 2011 verdoppelt.

Marketing und Mobilität

Von 2008 bis 2010 bewarben sich jährlich zwischen 880 und 980 mexikanische Akademiker erfolgreich um ein DAAD-Stipendium für den Besuch einer deutschen Hochschule oder Forschungseinrichtung.

2011 zeigten mexikanische Schüler, Studierende und Graduierte ein stark wachsendes Interesse an Studien- und Forschungsmöglichkeiten in Deutschland. Ebenso stiegen die Besucherzahlen der DAAD-Informationsveranstaltungen, ohne jedoch bisher zu mehr Bewerbungen zu führen. Es ist zu vermuten, dass der Schritt vom Interesse an den deutschen Angeboten zur Identifikation eines konkreten Studien- oder Forschungsortes noch nicht benutzerfreundlich genug gestaltet ist. Deshalb berät und unterstützt der DAAD dazu gezielt.

2011 lud die DAAD-Außenstelle zu Veranstaltungen rund um Forschungsmarketing in den Bundesforschungszentren des CONACYT ein – gemeinsam mit den nationalen Vertreterinnen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Alexander von Humboldt-Stiftung. Die Veranstaltungen fanden am CIDETEQ (Centro de Investigación y Desarrollo Tecnológico Querétaro) in Querétaro und am IIE (Instituto de Investigaciones Eléctricas) in Cuernavaca statt: Die dort tätigen Forscher und Graduierten interessierten sich stark für eine Zusammenarbeit mit deutschen Forschungseinrichtungen.

In der ersten Oktoberwoche tourte die erste EuroPosgrados-Roadshow durch Mexiko. Sie führte 35 Aussteller (darunter drei deutsche Hochschulen, ein Konsortium und zwei Exceed-Partnerschaften) nach Guadalajara, Querétaro und Mérida. Rund 3.200 Besucher informierten sich über postgraduale Studienmöglichkeiten in Europa. Die DAAD-Außenstelle Mexiko wie auch die Mitorganisatoren Campus France (Frankreich), Nuffic/Neso (Niederlande) und

Universidad.es (Spanien) sind sehr zufrieden mit der hohen Besucherzahl in den Provinzen. Es scheint auch außerhalb der Zentralregion und im bisher weniger beachteten Süden Mexikos ein Potenzial für die deutsch-mexikanische Hochschulzusammenarbeit zu geben.

Alumni

In Mexiko arbeiten etwa 3.000 DAAD-Alumni in Verwaltung, Wirtschaft und Hochschulen. In unterschiedlichem Maße kooperieren sie mit deutschen Organisationen, Firmen und Hochschulen; grundsätzlich ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit deutschen Partnern stark ausgeprägt. Um die in verschiedenen Fachgebieten tätigen Alumni besser anzusprechen, hat die DAAD-Außenstelle Mexiko seit zwei Jahren eine Reihe von Fachveranstaltungen mit den Ehemaligen organisiert – der Zuspruch ist groß. Das Spektrum reicht von Architektur über Automobilkonstruktion, Chemie, Philosophie bis hin zur Umwelttechnologie. Deutsche Wissenschaftler werden als Gastredner eingeladen, was zumeist der erste Schritt für künftige gemeinsame Vorhaben ist. Im Jahr 2011 wurden mehr als 20 solcher Treffen durchgeführt, und vielfach nahmen auch Vertreter der Deutsch-Mexikanischen Handelskammer, deutscher Firmen und Organisationen daran teil.

Ein Höhepunkt war für eine kleine Gruppe von DAAD-Alumni das Treffen mit dem damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff in der Residenz der Deutschen Botschaft im Mai 2011. Die ehemaligen Stipendiaten berichteten über ihre Erfahrungen in Deutschland und betonten die besondere Bedeutung ihres mit DAAD-Mitteln finanzierten Aufenthaltes an deutschen Hochschulen. Der Bundespräsident war sichtlich beeindruckt von den hervorragenden Deutschkenntnissen der Alumni und ihren breit gefächerten Arbeitsgebieten.

DEUTSCHER PAVILLON AUF DER BUCHMESSE IN GUADALAJARA

Zur 25. Internationalen Messe FIL (Feria Internacional del Libro) für den spanischsprachigen Buchmarkt vom 26. November bis 4. Dezember war Deutschland als Gastland eingeladen. Den mehr als 650.000 Besuchern präsentierte sich Deutschland mit einer Vielzahl von Verlagen und Autoren im Deutschen Pavillon. Dort war auch der DAAD mit einem gut besuchten Informationsstand vertreten. Er unterstützte vor allem die Aktivitäten der parallel verlaufenden FIL-Académica: Er entsandte 24 deutsche Wissenschaftler in die verschiedenen wissenschaftlichen Kongresse und förderte drei Alumni-Seminare.

Förderung der deutschen Sprache

Das Interesse von Studierenden an der deutschen Sprache ist nicht nur in den großen Städten, sondern auch in der Provinz stark. Verschiedene Anbieter und Hochschulen verzeichnen hier eine hohe Nachfrage nach Anfängerkursen. Wird im Studium jedoch Deutsch als zweite Fremdsprache gewählt, nimmt die Zahl der Teilnehmer in den höheren Semestern nach Absolvieren der Pflichtkurse schnell ab. Dennoch bewerben sich sehr viele Interessenten mit guten Deutschkenntnissen auf A2-Niveau für das DAAD-Undergraduate-Programm für Ingenieurstudierende. Der DAAD fördert mit vier Lektoraten die Verbreitung der deutschen Sprache in Mexiko. Die Lektoren in Mexiko-Stadt (2), in Guadalajara (1) und Monterrey (1) unterstützen die dortigen Hochschulen in der Germanistik und im Bereich Deutsch als Fremdsprache. Institutionell ist dies durch den Auf- und Ausbau von Studiengängen abgesichert – teilweise in enger Kooperation mit deutschen Hochschulen. ›

ZEHN JAHRE DAAD-AUSSENSTELLE IN MEXIKO-STADT

Am 6. Dezember 2011 veranstaltete die Außenstelle Mexiko-Stadt einen Workshop für Alumni, die 2011 ein kleines fachlich orientiertes Alumni-Seminar durchgeführt hatten oder ein solches für 2012 planen. Mit der Kurzvorstellung ihrer Projekte zeigten die Alumni den Vertretern der deutschen Organisationen im Publikum, welche thematische Bandbreite mit solchen Seminaren erreicht werden kann. Anschließend feierte die Außenstelle ihr zehnjähriges Bestehen gemeinsam mit den Alumni sowie Vertretern der Deutschen Botschaft, der Handelskammer CAMEXA, der politischen Stiftungen sowie der Deutschen Schulen und Medien. Die Plakate verschiedener Seminare aus dem vergangenen Jahrzehnt luden die Besucher zur Erinnerung ein. Gemeinsam mit der Vertreterin des mexikanischen DAAD-Alumni-Clubs Dr. Julieta Rojo wurde der Geburtstagskuchen angeschnitten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Mexiko attraktive Kooperationsmöglichkeiten für deutsche Wissenschaftler bietet und ein spannendes Zielland für deutsche Studierende ist. Die Forschungsbedingungen sind ausgezeichnet und die Hochschulen auf ausländische Studierende gut vorbereitet. Auch sollten die deutschen Hochschulen die Bewerbungen mexikanischer Studierwilliger wohlwollend prüfen. Die Absolventen der vier deutschen Schulen in Mexiko verfügen über das Abitur, den International Bachelor oder den mexikanischen Bachillerato General, wobei nur Letzterer den Besuch des Studienkollegs in Deutschland nötig macht. Die Bewerber um einen Studienplatz in postgradualen Angeboten sind hochmotiviert und besitzen gute Vorkenntnisse. Es ist zu wünschen, dass sich die gute deutsch-mexikanische Hochschulzusammenarbeit aufgrund dieser günstigen Voraussetzungen auch in den nächsten Jahren weiter vertiefen wird. «

Tabelle 5 : Statistischer Überblick Mexiko 2011

1. Grunddaten [1]	
Gesamtfläche des Landes	**1.964.375 km²**
Bevölkerungszahl (Juli 2011, gesch.)	**113.724.226**
Frauen	58.137.262
Männer	55.586.964
Bevölkerungsdichte 2010	**58 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum (gesch.)	**1,1 %**
Urbanisierungsgrad bei Entwicklungsländern 2010	**78 %**
Altersdurchschnitt in Jahren (gesch.)	**27,1**
Frauen	28,1
Männer	26,0

2. Wirtschaftsdaten [2]	
BIP * (Atlas method)	**1.008,0 Mrd.**
BIP * (PPP, current international)	**1.621,38 Mrd.**
BIP pro Kopf * (per capita, Atlas method)	**8.890**
BIP pro Kopf * (per capita, PPP)	**14.290**
Anteil am globalen BIP	**k.A.**
Knowledge Economy Index (KEI) 2009	**Rang 67**
Wirtschaftswachstum (GDP growth annual)	**5,4 %**
Inflation (GDP deflator annual)	**4,4 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen [3]	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2011 *	**65,94 Mrd.**
Hochschulbildung 2010	7,93 Mrd.
Hochschultypen	
Universidades	
Institutos Tecnológicos	
Universidades Tecnológicas	
Universidades Politécnicas	
Escuelas Normales (Lehrerausbildung)	
Anzahl der Hochschulen gesamt 2009/10	**3.852**
staatlich	1.685
privat	2.167
Anzahl Hochschullehrer 2009/10	**300.924**
davon ordentliche Professoren	k.A.
Eingeschriebene Studierende 2010/11 (gesch.)	**2,614 Mio.**
an staatlichen Institutionen	1,81 Mio.
an privaten Institutionen 2009	33 %
Frauenanteil 2009	50 %
Anteil ausländischer Studierender 2007	2.880
Doktoranden	18.200
Abschlüsse 2010 [4]	**424.754**
Associate Degree	k.A.
Bachelor's Degree	373.418
Master's Degree	45.776
Doctorate	5.560
Professional Degree	k.A.
Frauenanteil	54 %
Abschlüsse in Natur- und Ingenieurwissenschaften	23 %
Abschlüsse in Geistes- und Sozialwissenschaften	73 %

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr *	
an staatlichen Institutionen	bis zu 100
an privaten Institutionen	bis zu >10.000
Ausländische Studierende gesamt	**2.880**
nach Herkunftsländern 2007/08	
1. USA	34,4 %
2. Frankreich	15,5 %
3. Kanada	6,3 %
4. Spanien	6 %
5. Deutschland	5,5 %
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2009	**26.864**
davon in Deutschland 2010	1.607
Bildungsausgaben in % des BIP (laut SEP)	**6,6 %**

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende [5]	
1. USA	14.606
2. Spanien	2.880
3. Frankreich	1.836
4. Deutschland	1.482
5. Großbritannien	1.327

* Angaben in US-Dollar

1 CIA Factbook & Worldbank, Dezember 2011
2 Worldbank, Dezember 2011 mit Daten von 2010
3 DAAD, INEGI, Atlas of Student Mobility, UNESCO Institute for Statistics – Global Education Digest 2011
4 laut INEGI 2011, keine aktuelleren Angaben verfügbar
5 nach UNESCO Institute for Statistics – Global Education Digest 2011

Quellen:

- https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mx.html
- http://data.worldbank.org/country/mexico
- http://info.worldbank.org/etools/kam2/KAM_page5.asp
- http://quinto.informe.gob.mx/archivos/informe_de_gobierno/pdf/3_3.pdf
- http://www.uis.unesco.org/Library/Documents/global_education_digest_2011_en.pdf
- http://www.iie.org/Services/Project-Atlas/Mexico/International-Students-In-Mexico
- http://www.inegi.org.mx/Sistemas/temasV2/Default.aspx?s=est&c=19007
- http://www.daad.de/ausland/studienmoeglichkeiten/laenderinformationen-und-studienbedingungen/00639.de.html?id=56&typ=land

Tabelle 6 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Mexiko

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**137**
	A	**726**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	50
	A	354
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	47
	A	357
davon Doktoranden	D	11
	A	163
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	40
	A	15
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	32
	A	28
2–6 Monate	D	43
	A	30
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	62
	A	668
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	28
	A	94
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	528
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	2
Lektoren	D	5
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	29
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	5
Praktikanten	D	24
	A	15
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	5
	A	15
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**267**
	A	**333**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	168
	A	96
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	68
	A	116
davon Doktoranden	D	9
	A	29
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	31
	A	121
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	66
	A	204
2–6 Monate	D	176
	A	97
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	25
	A	32
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	160
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	74
	A	48
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	97
Austausch in Projekten (PPP)	D	9
	A	2
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**404**
	A	**1.059**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**1.463**

New York

„Wir sind die 99 Prozent“

Dr. Sebastian Fohrbeck leitet die Außenstelle New York seit Anfang 2009. Die Außenstelle besteht seit 1971 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Politische Blockade

Nachdem die Wahl des ersten afro-amerikanischen Präsidenten Barack Obama im Jahre 2008 von großen Hoffnungen auf Veränderung begleitet war, stellt sich die Situation nach drei Jahren seiner Amtszeit und nach dem sehr deutlichen Sieg der Republikaner bei den Zwischenwahlen 2010 eher als die einer allgemeiner Blockade dar: Die republikanische Mehrheit im Abgeordnetenhaus verhindert, wo es eben geht, Gesetzes- und Personalvorschläge der Regierung – man will dem amtierenden Präsidenten keine Erfolge gönnen und seine Amtszeit möglichst auf eine Wahlperiode beschränken. Diese Blockadepolitik bezieht sich auch auf den von Obama vorgelegten Plan zur Belebung der Wirtschaft; selbst Elemente, die die Republikaner immer befürwortet haben, wie Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen, werden auf einmal abgelehnt. Der große innenpolitische Erfolg der Regierung, die Krankenversicherung für alle, ist nach einer Klage, der fast die Hälfte aller Bundesstaaten beigetreten ist, jetzt vor den Gerichten gelandet. Eine Entscheidung des Supreme Court, des amerikanischen Verfassungsgerichts, wird im Laufe des Jahres 2012 erwartet und könnte die Wahlkampagne noch gehörig durcheinanderbringen, da die Verhinderung des im Gesetz enthaltenen „Versicherungszwangs“ für die Republikaner eine Glaubensfrage darstellt.

Außenpolitisch hat Obama mit der Festnahme und Tötung des Al-Kaida-Chefs Bin Laden und mit dem erzwungenen Regimewechsel in Libyen wichtige Erfolge zu verzeichnen. (Man vergleiche die Kosten für den Regierungswechsel in Libyen, bei dem kein einziger amerikanischer Soldat ums Leben kam, mit den Kosten von 800 Mrd. US-Dollar für den von Obama beendeten Irakkrieg seines Amtsvorgängers.) Allerdings besteht Konsens darüber, dass die entscheidende Frage – Wiederwahl oder nicht – wie stets eine Frage der Wirtschaftslage sein wird: Wenn sich das Wirtschaftswachstum nicht erhöht und die Arbeitslosigkeit von immer noch über 8 Prozent nicht deutlich sinkt, werden den Republikanern gute Chancen eingeräumt, die Wahl zu gewinnen. Allgemein wird davon ausgegangen, dass das Schicksal des amerikanischen Präsidenten auch stark von den Entwicklungen in Europa abhängt: Nur wenn es dort gelingt, die Euro- und Verschuldungskrise zu bewältigen, wird sich die Weltwirtschaft so entwickeln, dass eine Wiederwahl Obamas wahrscheinlich wird. Dies hat zu einer Prominenz der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in den amerikanischen Medien geführt, wie sie wohl keinem Bundeskanzler vor ihr zuteil geworden ist.

Die amerikanischen Staatsschulden waren 2010 mit 93,6 Prozent des Bruttosozialprodukts im Vergleich etwas höher als die des Euroraums mit 92,7 Prozent. Das Haushaltsdefizit 2010 lag in den USA mit 8,9 Prozent ebenfalls deutlich höher als im Euroraum mit 6 Prozent. Die eigene Schuldenkrise haben die Amerikaner nicht in den Griff bekommen. Das zu diesem Zwecke

Hochverschuldete Studierende

Präsent in social media

GAIN-Netzwerk wächst

Zugpferd des Wissenschaftsaustauschs

eingesetzte überparteiliche „Super-Komitee“ des Kongresses ist im November an der Aufgabe einer deutlichen Reduzierung der Neuverschuldung spektakulär gescheitert. Theoretisch setzen nun, nach einem Beschluss des Kongresses, Anfang 2013 automatische Einsparungen in beträchtlicher Höhe ein, davon die Hälfte im Militärhaushalt. Gleichzeitig enden die Steuersenkungen für die Reichsten, die noch aus der Bush-Ära stammen. Beide Maßnahmen würden tatsächlich die Neuverschuldung erheblich senken, aber schon jetzt zeichnet sich ab, dass die republikanische Mehrheit im Abgeordnetenhaus vor allem die sich daraus ergebende Reduzierung des Rüstungshaushalts revidieren wird.

Während seines Wahlkampfes hatte Obama eine überparteilichere Regierungsweise in Aussicht gestellt und zu Beginn seiner Amtsführung versucht, Konsens mit den Republikanern herzustellen. Nach dem offensichtlichen Scheitern dieser Strategie betont er jetzt das Thema soziale Ungleichheit und damit verbunden das Thema „Verschwinden der amerikanischen Mittelklasse“: „Was auf dem Spiel steht, ist die Frage, ob dies ein Land ist, in dem arbeitende Menschen genug verdienen können, um eine Familie zu ernähren, bescheidene Ersparnisse zu bilden, ein Haus oder eine Wohnung zu besitzen und ihre Altersversorgung zu sichern.“ Der Präsident greift damit Themen auf, die die „Occupy Wall Street“-Bewegung 2011 auf die Straßen amerikanischer Städte trieb. Während die „Tea-Party-Bewegung“, die Anfang 2009 entstand, mit ihrer strikten Gegnerschaft zu jeder Form erhöhter Steuern den Republikanern Rückenwind gibt und den konservativen Flügel der republikanischen Partei stärkt, hat „Occupy Wall Street“ Themen wie soziale Ungleichheit wieder ins Gespräch gebracht, die den Demokraten in die Hände spielen. So gelang es zum Beispiel dem demokratischen Gouverneur des Bundesstaates New York, Andrew Cuomo, eine sogenannte Millionärssteuer dieses Staates, die Ende 2011 ausgelaufen wäre, unter dem Eindruck der Debatte über Ungleichheit zunächst bis Ende 2014 zu verlängern – mit Zustimmung der Republikaner.

Neues aus Hochschule und Wissenschaft

Trotz der restriktiven Haushaltspolitik des Kongresses sind 2012 für den Bildungsbereich nur leichte Kürzungen vorgesehen: Der Haushalt des Bildungsministeriums schrumpft um 0,189 Prozent. Der lange umstrittene Höchstbetrag von 5.500 US-Dollar pro Jahr beim „Pell Grant“ (einer Art nicht rückzahlbares BAföG) konnte gehalten werden, wenn auch die Laufzeit dieser Stipendien gekürzt und die Bemessungsgrenze (das höchstzulässige Elterneinkommen) gesenkt wurde. Im Wissenschaftsbereich gibt es noch leichte Zuwächse: Die National Institutes of Health (NIH), die größte Forschungsförderungsorganisation, erhält 1 Prozent mehr als im Vorjahr und die National Science Foundation (NSF) 2,5 Prozent mehr. Dies ist beides freilich weit entfernt von der jährlich zehnprozentigen Steigerung für die Forschungsförderung, die die Obama-Administration ursprünglich geplant hatte.

Das Thema gesellschaftlicher Ungleichheit, das unter dem Einfluss von „Occupy Wall Street“ jetzt stark in der allgemeinpolitischen Diskussion auftaucht, wird auch im Hochschulbereich zunehmend diskutiert: Während ›

nach jüngsten Daten des US Census Bureau fast 49 Prozent aller Asiaten in den USA einen Hochschulabschluss haben, sind es bei den Weißen 29 Prozent, bei den Afroamerikanern 17 Prozent und bei den Hispanics nur 12,5 Prozent. Asiaten haben damit viermal so häufig einen Collegeabschluss wie Hispanics und fast 70 Prozent häufiger als Weiße. Eine neuere Untersuchung eines Harvard-Doktoranden an 30 Elitehochschulen zeigt, dass Bewerber mit verwandtschaftlichen Beziehungen zu Alumni eine mehr als dreimal so hohe Zulassungschance haben wie der Durchschnitt und damit deutlich bessere Zukunftschancen. Die bessere Chancen der Elterngeneration werden also weitergegeben. Während an den „for-profit"-

Occupy Wall Street

Die „Occupy Wall Street"-Demonstrationen begannen im September 2011 in einem kleinen öffentlichen Park in der Nähe des amerikanischen Finanzviertels Wall Street in New York. Sie richten sich gegen soziale und ökonomische Ungleichheit, hohe Arbeitslosigkeit, überhöhte Profite und Bonuszahlungen im Finanzsektor sowie einen übergroßen Einfluss dieses Sektors auf die Regierung. Eine ihrer Hauptforderungen besteht darin, dass die Verantwortlichen für das Finanzdebakel 2008 geradestehen. Ihr Slogan „Wir sind die 99 Prozent" bezieht sich auf die wachsende Ungleichheit zwischen den reichsten Amerikanern und dem Rest der Gesellschaft. Nach einem Bericht der New York Times bezieht 1 Prozent der amerikanischen Familien 17 Prozent der gesamten Einkommen und das oberste 0,01 Prozent, also jeder Zehntausendste, immer noch 6 Prozent des Nationaleinkommens. Wenn man nicht das jährliche Einkommen, sondern das angesammelte Vermögen betrachtet, gehörten 2007 sogar gut ein Drittel (34,6 Prozent) einem Prozent der Bevölkerung. Das Durchschnittseinkommen der amerikanischen Bevölkerung ist zwischen 1988 und 2008 leicht gesunken, was den Nachrichtensender CNN zu der Überschrift veranlasste: „How the Middle Class Became the Underclass". Als eine der wichtigsten Ursachen für die ungleiche Einkommensentwicklung gilt der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften.

Nach Angaben der Statistikbehörde leben jetzt 46,2 Millionen Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze, die höchste Zahl seit Beginn der Messungen vor 52 Jahren. Das Durchschnittsvermögen eines amerikanischen Haushalts fiel durch die Wirtschaftskrise zwischen 2005 und 2009 um 28 Prozent von 97.000 auf 70.000 US-Dollar, mit riesigen Unterschieden zwischen den ethnischen Gruppen: bei den Hispanics ein Rückgang um zwei Drittel von 18.000 auf 6.000 US-Dollar, bei den Afroamerikanern eine Halbierung von 12.000 auf 6.000 US-Dollar – das bedeutet für beide Gruppen, dass nach Abzug der Schulden kein Vermögen mehr vorhanden ist. Bei den Asiaten halbierte sich das Vermögen von 168.000 auf 78.000 US-Dollar, und die Weißen mussten eine Senkung um 16 Prozent von 135.000 auf 113.000 US-Dollar pro Haushalt verkraften. Der Gini-Koeffizient, der die Einkommensungleichheit eines Landes misst, erreicht für die USA den zweithöchsten Wert aller OECD-Länder nach der Türkei.

Begünstigt wird die Einkommenskonzentration durch die Steuergesetzgebung: Die Steuerbelastung für die 400 reichsten Amerikaner, die laut Steuerbehörde 1995 noch bei 30 Prozent lag, fiel bis 2008 auf 18 Prozent. Warren Buffett, einer der reichsten Männer der USA, beschwerte sich öffentlich, er zahle prozentual weniger Steuern als seine Sekretärin – und verlangte ebenso wie Bill Gates eine gerechtere Steuergesetzgebung. Selbst Republikaner nehmen inzwischen mit Sorge zur Kenntnis, dass nach einer Reihe sozialwissenschaftlicher Untersuchungen der Kernbestandteil des „American Dream", die soziale Mobilität von unten nach oben, in den USA geringere Chancen auf Verwirklichung hat als in Kanada und vielen westeuropäischen Ländern. Nachdem die Republikaner die nach wie vor unbefriedigende Wirtschaftslage zum Hauptthema ihres Präsidentschaftswahlkampfes 2012 machen wollen, sieht es so aus, als würden sich die Demokraten auf das Thema soziale Ungleichheit konzentrieren.

Nach Angaben der Statistikbehörde leben jetzt 46,2 Millionen Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze, die höchste Zahl seit Beginn der Messungen vor 52 Jahren.

Hochschulen fast ausschließlich Empfänger staatlicher Studienstipendien studieren, ist der Anteil der Pell-Grant-Empfänger an den Elitehochschulen verschwindend gering: An der Harvard University waren es 2008/2009 nur 6,5 Prozent, am California Institute of Technology nur 11 Prozent (im Vergleich zu US-weiten 26 Prozent an allen Hochschulen).

Die Verschuldung amerikanischer Hochschulabsolventen wächst und wird immer mehr zum politischen Thema: Nach einem Bericht der New York Times überschritten die gesamten Studienschulden 2011 die Marke von 1.000 Mrd. Dollar und überstiegen damit die Kreditkartenschulden aller amerikanischen Haushalte. Die daraus entstehende psychische ›

Kanada – du hast es besser?

Die neue Regierung suspendierte das Erasmus-ähnliche Austauschprogramm zwischen Kanada und der Europäischen Union.

Obwohl Kanada deutlich weniger unter der Wirtschaftskrise nach 2008 gelitten hat als die USA, kam es auch dort – wie schon bei den Zwischenwahlen in den USA 2010 – zu einer klaren politischen Trendwende: Den Konservativen unter Premierminister Stephen Harper gelang es, bei den Wahlen im Mai 2011 nach drei Jahren Minderheitsregierung eine klare Regierungsmehrheit zu bilden und damit die lange Vorherrschaft der liberalen Partei zu beenden. Diese wurde bei den Wahlen nur dritte nach den Konservativen und der linksorientierten New Democratic Party, die die Zahl ihrer Sitze im Parlament verdreifachen konnte. Die Separatisten in Quebec gingen aus den Wahlen deutlich geschwächt hervor.

Die neue Regierung nutzte ihre Mehrheit unter anderem zum Ausstieg aus den Kyoto-Klimavereinbarungen, die Kanada nicht eingehalten hatte und wofür demnächst Strafzahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe fällig gewesen wären. Beim internationalen akademischen Austausch schlug sich der neue Geist in einer Suspendierung des Erasmus-ähnlichen Austauschprogramms zwischen Kanada und der EU nieder. Die Studiengebühren in Kanada sind im Vergleich zu den USA immer noch niedrig (Undergraduates in Ontario zahlen im Schnitt 5.853 Kanadische Dollar (CAD), Undergraduates in Quebec 2.519 CAD), dennoch stiegen sie um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Studiengebühren werden somit für die Finanzierung kanadischer Universitäten wichtiger.

Sehr erfolgreich war die Einrichtung von 2.000 von der kanadischen Bundesregierung finanzierten Forschungsprofessuren in den vergangenen zehn Jahren: Etablierte Wissenschaftler erhalten 1,5 Mio. CAD für zunächst sieben Jahre, Nachwuchswissenschaftler 0,5 Mio. CAD für fünf Jahre. Von den bisher berufenen 1.845 Professoren sind 290 Ausländer und 256 aus dem Ausland zurückgekehrte Kanadier. Mit dieser Maßnahme konnte Kanada dem traditionell starken Braindrain in die USA zum Teil gegensteuern. Darüber hinaus wurden 2010 zehn weitere „Excellence Research Chairs“ eingerichtet. Ihre Zahl wurde 2011 um weitere 19 erhöht.

Das Thema gesellschaftlicher Ungleichheit taucht unter dem Einfluss von „Occupy Wall Street“ stark in der allgemeinpolitischen Diskussion auf – auch an den Hochschulen wird es heftig diskutiert.

und soziale Belastung junger Erwachsener in der Phase der Familiengründung kann man sich nur schwer vorstellen; sie wird durch die momentan unsicheren Arbeitsmarktaussichten noch verschärft. Im Oktober 2011 unterbrachen Tausende von Studierenden an über 75 Hochschulen den Unterricht als Teil von „Occupy Colleges“, einem Spross der „Occupy Wall Street“-Bewegung. Sie protestierten gegen die schlechten Arbeitsmarktbedingungen, hohen Studiengebühren und die hohe Verschuldung von Studienabsolventen. Ende Oktober griff Obama das Thema in einer Pressekonferenz auf und kündigte an, dass Absolventen mit niedrigem Einkommen ab 2012 geringere monatliche Rückzahlungsverpflichtungen haben sollen: nur 10 Prozent des tatsächlich erzielten Einkommens für 20 Jahre, danach Erlass der Restschuld. Dies könnte sich als politisch geschickter Schachzug im Wahljahr erweisen.

Die langsame wirtschaftliche Erholung spiegelt sich auch in den Einnahmen amerikanischer Hochschulen wider: 2010 nahmen sie gegenüber dem Vorjahr 0,5 Prozent mehr Spenden ein und sind damit wieder bei dem Aufkommen vor der Wirtschaftskrise im Jahr 2006 angelangt. Inflationsbereinigt ist diese scheinbare Steigerung allerdings ein Minus von 8 Prozent. Die Stiftungsvermögen amerikanischer Hochschulen sind nach den letzten verfügbaren Zahlen aufgrund der Erholung des Aktienmarkts um 12 Prozent gewachsen, die durchschnittliche Rendite der Stiftungsvermögen lag wieder wie vor der Krise bei knapp 20 Prozent.

Der Kampf der Regierung um eine stärkere Qualitätskontrolle der privaten „for-profit"-Hochschulen richtete sich auf den Nachweis, dass die Studiengänge erfolgreich abgeschlossen werden und genügend Absolventen eine entsprechend gut bezahlte Arbeit finden, um die öffentlichen Studiendarlehen zurückzahlen zu können. Die „for-profit"-Hochschulen gelten als wenig selektiv, und viele beziehen ihre Einnahmen überwiegend aus Studiendarlehen der Bundesregierung: 285 dieser Hochschulen erhalten mehr als 85 Prozent ihres Einkommens aus öffentlichen Mitteln; an gewinnorientierten Hochschulen studieren nur 12 Prozent aller Studierenden, sie erhalten aber fast ein Viertel aller Pell Grants. Nach einer der größten Lobby-Kampagnen der amerikanischen Geschichte gelang es dem rasch expandierenden Sektor mit Hilfe der republikanischen Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die staatlichen Kontrollbestimmungen weitgehend zu entschärfen. Wie viel Geld mit gewinnorientierten Hochschulen zu verdienen ist, zeigen folgende Zahlen: Die Studiengebühren betrugen an privaten „for-profit"-Hochschulen 2007/2008 durchschnittlich 30.900 US-Dollar, an privaten „non-profit"-Hochschulen 26.600 US-Dollar und an staatlichen Hochschulen 15.600 US-Dollar. Die tatsächlichen Ausgaben pro Student für die Lehre sehen dagegen ganz anders aus: Die privaten „for-profit"-Hochschulen gaben 2.659 US-Dollar aus, die privaten „non-profit"-Hochschulen 15.289 US-Dollar und die staatlichen Hochschulen 9.418 US-Dollar – das Verhältnis liegt also bei den „for-profits" bei mehr als elf zu eins.

Im März hat das amerikanische Bildungsministerium Empfehlungen zum Aufbau eines – dem europäischen ECTS vergleichbaren – Credit Transfer Systems herausgegeben. Hintergrund ist, dass zwei Drittel aller Studierenden vor dem Bachelorabschluss mehr als eine Einrichtung besuchen, sich der Credit Transfer aber als schwierig erweist, was zu Zeitverlusten führt, etwa beim Wechsel von einem zweijährigen Community College zu einem Vierjahrescollege. Einzelne Bundesstaaten wie Kalifornien oder New York bemühen sich verstärkt, die Anrechnung zu verbessern.

Unter dem Titel „The Master's as the New Bachelor's" weist die New York Times darauf hin, dass aufgrund der Arbeitsmarktschwierigkeiten zunehmend auf höhere Abschlüsse gesetzt wird: Hatten 1990 noch knapp sieben Millionen Personen einen Masterabschluss, gut zwei Millionen Professional Degrees (wie Arzt oder MBA) und eine Million einen Doktortitel, lagen die Zahlen 2009 bereits bei 12,3 Millionen, 3,2 Millionen beziehungsweise 1,8 Millionen Personen. ›

NEUE SPITZEN-UNIVERSITÄT IN NEW YORK

Als 2009 die Entscheidung über den Standort des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses in Nordamerika gegen harte Konkurrenz aus Boston und San Francisco auf New York fiel, war eines der Argumente, dass New York der größte Forschungs- und Hochschulstandort der USA sei – gemessen an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, den Studierendenzahlen und der Zahl der Abschlüsse. Was gegen New York sprach, war die Tatsache, dass sich dort bei weitem nicht so viele forschungsorientierte Jungunternehmen („start-ups") angesiedelt haben wie im Umkreis des MIT in Boston und der Stanford University bei San Francisco, die der Motor des Silicon Valley ist. Dies soll sich nun ändern: Nach einem weltweiten Bieterverfahren, an dem unter anderen die Stanford University, die Carnegie Mellon University, die Columbia University und die New York University teilnahmen, wurde vor Weihnachten 2011 entschieden, einem Konsortium aus Cornell University und Technion – Israel Institute of Technology die Federführung für eine neue technische Spitzenuniversität zu übertragen. Sie entsteht auf Roosevelt Island rund 500 Meter von der DAAD-Außenstelle und dem Wissenschaftshaus entfernt, mit einem Campus ausschließlich für Graduierte. Die Stadtverwaltung gibt ein freies Grundstück und 100 Mio. US-Dollar Startkapital. Die Cornell University brachte die größte private Spende in ihrer Geschichte ein: 350 Mio. US-Dollar ausschließlich für dieses Projekt. Da die Universität, die im Norden des Bundesstaats New York liegt, ihre medizinische Fakultät bereits in unmittelbarer Nähe des neuen Grundstücks hat, glaubt man, schon im Herbst 2012 mit dem Vorlesungsbetrieb für die neuen Masterstudiengänge beginnen zu können.

„Crossing the Atlantic“: Am 8. April 2011 eröffnete erstmals seit vielen Jahren wieder eine Kunstausstellung von DAADlern.

3.826 Amerikaner waren 2009/2010 an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Damit war Deutschland das drittwichtigste Zielland von amerikanischen Studierenden.

Beträchtliches Aufsehen erregte die Entscheidung des Eliteclubs American Association of Universities (AAU), dem 59 amerikanische und zwei kanadische Universitäten angehören, zum ersten Mal seit Jahrzehnten ein Mitglied, die University of Nebraska at Lincoln, wegen unzureichender Forschungsleistungen auszuschließen. Die Syracuse University in New York State kam einem Ausschluss durch eigenen Austritt zuvor.

Eine neuere Entwicklung in den USA ist die Errichtung amerikanischer Hochschulen im Ausland. Davon gibt es nach Zahlen des Observatory on Borderless Higher Education inzwischen mehr als 80, wobei der größte Teil (80 Prozent) nach 1999 entstanden ist. Beispiele sind die Temple University Tokyo mit mehr als 1.200 Studierenden, die Carnegie Mellon University mit Auslandsstandorten in Japan, Australien, Mexiko, Portugal, Katar und Ruanda und die St. Louis University mit einem Campus mit 675 Studierenden in Madrid. Diese Ausgründungen helfen beim Auslandsstudium, so stammt beispielsweise auf dem Campus in Madrid die Hälfte der Studierenden aus Amerika.

Deutsch-Amerikanischer Austausch floriert

Anlass zur Freude waren auch in diesem Jahr wieder die Zahlen des Statistikbandes „Open Doors“ der DAAD-Schwesterorganisation Institute of International Education (IIE). Wenn man alle Auslandaufenthalte, einschließlich der kurzen unter Leitung amerikanischer Hochschullehrer, zusammenzählt, waren 2009/2010 insgesamt 8.551 Amerikaner zum Studium in Deutschland und damit erneut 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Deutschland befindet sich somit unter den Zielländern amerikanischer Studierender auf Platz 7. Relevanter ist jedoch die Zahl der amerikanischen Studierenden, die im Ausland an dortigen Hochschulen tatsächlich eingeschrieben ist. Zu dieser Gruppe gehörten 2009/2010 insgesamt 3.826 Amerikaner an deutschen Hochschulen: Deutschland war das drittwichtigste Zielland dieser „ernsthaften“ Auslandsstudenten – nach Großbritannien und Kanada, doch deutlich vor Frankreich und Australien. Das ist sicher auch ein Erfolg der Marketingbemühungen deutscher Hochschulen und der Einführung zahlreicher englischsprachiger Studiengänge in Deutschland.

40 Jahre Außenstelle New York

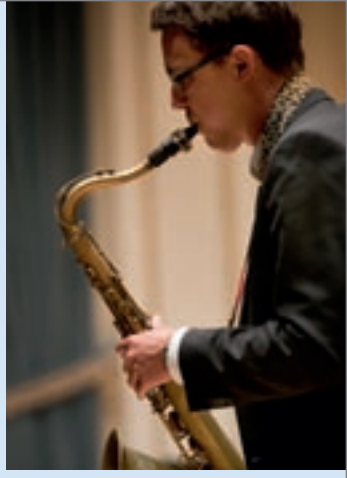
Musik, Kunst und Dichtung

2011 feierte die Außenstelle ihr 40-jähriges Jubiläum. Dieses fiel zusammen mit dem 10. Carnegie-Hall-Konzert der DAAD-Stipendiaten und 15 Jahren Alumni-Verein.

Die Feiern begannen am 7. April mit einem Empfang, zu dem der stellvertretende DAAD-Generalsekretär Ulrich Grothus und die Vorsitzende des Alumni-Vereins, Helene Zimmer-Loew, begrüßten, gefolgt vom 10. „Sound Understanding"-Konzert in der Carnegie Hall mit DAAD-Stipendiaten: vor der Pause Klassik, nach der Pause Jazz. Rechtzeitig zum Konzert lag die CD „10 Jahre Sound Understanding" mit Beispielen aus vergangenen Konzerten vor.

Am 8. April eröffnete erstmals seit vielen Jahren wieder eine Kunstausstellung von DAAD-lern: „Crossing the Atlantic" im Chelsea Art Museum mit fünf aktuellen Stipendiaten und sieben Alumni (davon zwei aus dem Berliner Künstlerprogramm). Die Eröffnung war mit über 250 Teilnehmern sehr gut besucht; am 21. April schloss die Ausstellung mit einer Finissage. Es entstand ein attraktiver Katalog.

Höhepunkt der Feierlichkeiten war am 9. April eine Veranstaltung im Deutschen Haus der New York University, bei der der DAAD-Lehrstuhlinhaber für zeitgenössische Poetik, Marcel Beyer, und einer der bekanntesten amerikanischen zeitgenössischen Autoren, Jeffrey Eugenides (Gast des Berliner Künstlerprogramms 1999/2000), lasen. Mit rund 100 Teilnehmern war das Deutsche Haus komplett gefüllt.



40 Jahre DAAD-Außenstelle New York: Die Gäste begrüßt der stellvertretende DAAD-Generalsekretär Ulrich Grothus.

Verhaltener verläuft die Entwicklung beim Auslandsstudium Deutscher in den USA: Hier liegt die neue Zahl bei 9.458 und damit 0,9 Prozent niedriger als im Vorjahr; Deutschland nimmt damit in den USA weiterhin Platz 12 unter den wichtigsten Herkunftsländern ein; erstaunlicherweise direkt hinter Nepal (auf Platz 11), aber vor Großbritannien und Frankreich.

Aus der Arbeit des DAAD in Nordamerika

Zusammen mit den beiden ihr zugeordneten Informationszentren (IC) in San Francisco und Toronto hat die DAAD-Außenstelle New York durch vielfältige Marketingaktivitäten zur Steigerung der Zahlen im deutsch-nordamerikanischen Austausch beigetragen: Zu den Aktivitäten gehörten Newsletter für 15.560 Abonnenten, Messebeteiligungen, Infotouren, Präsenz auf zahlreichen Webseiten, Vorträge auf nationalen und internationalen Konferenzen, Webinare, Einsatz von Facebook, YouTube und Twitter. Die Bewerberzahlen stiegen ebenfalls für fast alle teilweise von der Außenstelle verwalteten 21 Förderprogramme für Nordamerikaner. Webinare werden auch für die Vorbereitung neu ausreisender Stipendiaten aus den USA und Kanada fortgesetzt. Im Frühjahr 2011 schaltete die Außenstelle ihre neue anwenderfreundliche Webseite für den nordamerikanischen Markt frei. Außerdem beteiligte sich die Außenstelle gemeinsam mit den beiden Informationszentren am Forschungsmarketing auf Fachkongressen und Career Fairs und arbeitete dabei mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem New Yorker Wissenschaftshaus eng zusammen.

Das gemeinsam von DAAD und DFG verantwortete Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus New York hat 2011 insgesamt 26 Veranstaltungen durchgeführt; inzwischen waren dort drei Nobel- und zwei Leibnizpreisträger zu Gast. Das Haus hat sich zu einem Zugpferd des transatlantischen Wissenschaftsaustauschs entwickelt. Beispiele für gelungene Veranstaltungen sind der Nanotechnologie-Workshop mit der Nanokunstausstellung, die nach Tokio und Moskau weiterwandert, die Biotechnologie-Veranstaltung „Better Living Through Science", ›

Zusammen mit den beiden Informationszentren in San Francisco und Toronto hat die DAAD-Außenstelle New York durch vielfältige Marketingaktivitäten zur Steigerung der Zahlen im deutsch-nordamerikanischen Austausch beigetragen.

die Veranstaltung „The Aging Brain“ mit Nobelpreisträger Eric Kandel sowie die Veranstaltung mit der Deutschen Botschaft Washington und der Fraunhofer-Gesellschaft zum Deutschen Innovationsmodell. Das Netzwerk des Wissenschaftshauses umfasst inzwischen mehr als 3.500 Organisationen und Einzelpersonen.

Um die Wiedergründung einer DAAD Alumni Association in Kanada anzuregen, organisierte die Außenstelle am 28. und 29. Oktober in Toronto ein Treffen mit Ehemaligen und feierte mit ihnen das 40-jährige Bestehen der Außenstelle New York – und zwar mit einem literarischen Abend mit dem deutschen Autor Thomas Pletzinger. Für den Vorstand des kanadischen Alumni-Vereins kandidierten zahlreiche Freiwillige, so dass die Wiedergründung gesichert scheint. Ergebnisse von der großen Alumni-Tagung zu Umweltthemen im Vorjahr in New York sind in einem Sammelband im renommierten Springer-Verlag festgehalten.

Neben der Arbeit mit seinen amerikanischen Alumni versucht der DAAD gemeinsam mit der DFG und der Alexander von Humboldt-Stiftung, die deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Nordamerika – vom Doktoranden bis zum Nobelpreisträger – im German Academic International Network (GAIN) zusammenzuführen. Für Rückkehrer wird Hilfestellung angeboten; für Wissenschaftler, die in Nordamerika bleiben, steht ein Netzwerk der Zusammenarbeit mit Deutschland zur Verfügung. Es umfasst inzwischen rund 4.000 Wissenschaftler. Im Mai 2011 bot GAIN eine Informationsveranstaltung mit Prof. Ernst-Theodor Rietschel in Toronto an. Webinare, ein monatlicher Newsletter mit Ausschreibungen und Stellenangeboten, Reisekostenzuschüsse für die European Career Fair in Boston und nicht zuletzt Stammtische an über 30 Orten rundeten das Angebot ab.

Als ein Hauptziel der Arbeit des DAAD in Nordamerika gilt weiterhin die Förderung deutschlandeskundlicher Studien und der deutschen Sprache. Nach fünf jährlichen Ausschreibungen wurde das wettbewerbsorientierte Programm zur Förderung von Deutschland- und Europastudien in Kanada evaluiert. Das Programm folgt der Phase institutioneller Förderung des Kanadischen Zentrums für Deutschlandstudien (York University / Université de Montréal) und ähnlicher Initiativen an anderen Universitäten. Die Ergebnisse der Begutachtung, die 2012 erwartet werden, sollen zur Neustrukturierung der Zentrenförderung in ganz Nordamerika genutzt werden.

Wie jedes Jahr trafen sich am Rande der Tagung der German Studies Association in

GAIN-JAHRESTAGUNG IN SAN FRANCISCO

Die 11. GAIN-Jahrestagung deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Nordamerika fand im September 2011 an der University of California in San Francisco statt. Zu den Teilnehmern gehörten Prof. Birgitta Wolff, Wissenschaftsministerin von Sachsen-Anhalt und Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz, Prof. Sabine Kunst, Wissenschaftsministerin Brandenburgs, Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, eine Bundestagsdelegation sowie die Präsidentinnen und Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen. Unter den rund 450 Teilnehmern waren so viele junge Wissenschaftler und Vertreter aus Deutschland wie noch nie. Auf der Talent Fair präsentierten sich über 30 Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie vier Unternehmen. Im Vorfeld der Tagung führte eine ganztägige Veranstaltung ins Silicon Valley und ermöglichte Gespräche mit Gründern, Wissenschaftlern und Abgeordneten. Sie knüpft an die Bemühungen an, ein transatlantisches Entrepreneurship-Netzwerk zu etablieren (GAIN-TEN). Die Jahrestagung stieß auf ein begeistertes Echo: 78 Prozent der Teilnehmer gaben an, neue Impulse für eine Rückkehr nach Deutschland erhalten zu haben.

Young Ambassadors: 42 Studierende mit Deutschlanderfahrung vernetzen sich und unterstützen die Arbeit des DAAD in den USA.

Louisville, Kentucky, die Zentren-Direktoren und die German-Studies-Dozenten zum Austausch untereinander und mit dem DAAD.

Neben den Informationszentren in San Francisco und Toronto und dem engagierten Team der Außenstelle wurde die Arbeit des DAAD in Nordamerika unterstützt von den weiter gewachsenen Netzwerken „Young Ambassadors“ (Studierende mit Deutschlanderfahrung, jetzt 42 statt 41) und „Research Ambassadors“ (Forscher mit Deutschlanderfahrung, jetzt 46 statt 34). Sie kamen im August zu ihrer Jahrestagung in New York zusammen. Hilfe leisten auch die im Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus vertretenen Verbindungsbüros deutscher Hochschulen, von denen das der Universität zu Köln neu hinzukam. Allen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Freiwilligen gebührt Dank für ihren großen Einsatz. «

Tabelle 7 : Statistischer Überblick USA 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**9.826.675 km²**
Bevölkerungszahl	**313.232.044**
Frauen	158.967.429
Männer	154.264.615
Bevölkerungsdichte	**33,9 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**0,96 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP 2010*	**14.586 Mrd.**
BIP pro Kopf 2010*	**47.390**
Anteil am globalen BIP 2010	**23,1 %**
Knowledge Economy Index (KEI)	**Rang 9**
Wirtschaftswachstum 2010	**3 %**
Inflation 2010	**0,8 %**
Verhältnis Importe / Export aus / nach Deutschland	**Rang 5 / Rang 6** [1]

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2009	**7 % des BIP** [2]
Forschungsausgaben 2010	**2,82 % des BIP** [3]
Anzahl der Hochschulen gesamt 2009/10	**4.495**
staatlich	1.672
privat	2.823
privat for-profit	1.199
privat non-profit	1.624
Anzahl Hochschullehrer (Herbst 2009)	**728.977**
davon ordentliche Professoren	177.581
Eingeschriebene Studierende 2009	**20.427.771**
an staatlichen Institutionen	14.810.642
an privaten Institutionen	5.617.069
Undergraduate	17.565.320
Graduate and Professional	2.862.391
Frauenanteil	57,1 %
Anteil ausländischer Studierender	**3,4 %**
Bildungsgrad der Bevölkerung 2009	
bis Klasse 8	6,3 %
High School ohne Abschluss	8,5 %
High School mit Abschluss	28,5 %
Hochschulbesuch ohne Abschluss	21,3 %
Associate Degree	7,5 %
Bachelor's Degree	17,6 %
Master's Degree	7,2 %
Doctoral Degree	1,2 %
Professional Degree	1,9 %
Abschlüsse 2009	
Associate Degree	787.325
Bachelor's Degree	1.601.368
Master's Degree	656.784
Doctorate	67.716
Professional Degree	92.004

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Durchschnittsgehälter der Professoren 2010/11*	
staatliche Institutionen	
Professor	105.780
Associate Professor	76.242
Assistant Professor	64.711
private Institutionen	
Professor	131.589
Associate Professor	84.648
Assistant Professor	71.014
Studiengebühren / Studienjahr 2009/10*	
an staatlichen Zweijahresinstitutionen	2.285
an staatlichen Vierjahresinstitutionen	6.695
an privaten Vierjahresinstitutionen	23.210
Zuwend. d. Bundesstaaten f. Hochschulbetriebsk. 2010/11*	**78,9 Mrd.**
Staatliche Ausgaben zur Studienförderung 2009/10* [4]	**228,4 Mrd.**
Forschungsausgaben an Hochschulen 2008/09*	**54,9 Mrd.**
Ausländische Studierende gesamt	**723.277**
nach Herkunftsländern 2009/10:	
1. China	157.558
2. Indien	103.895
3. Südkorea	73.351
4. Kanada	27.546
5. Taiwan	24.818
Studierende mit Studienaufenthalt im Ausland	**270.604**
davon in Deutschland	8.551

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende 2008/09	
1. Großbritannien	32.683
2. Italien	27.940
3. Spanien	25.411
4. Frankreich	17.161
5. China	13.910

* Angaben in US-Dollar

1 Deutschland ist der fünftgrößte Importpartner (4,3 % in 2010) und der sechstgrößte Exportpartner der USA (3,3 % in 2010).
2 Das entspräche für 2011 bei gleichem Prozentsatz 1.021,0 Mrd. Dollar
3 Das entspräche für 2011 bei gleichem Prozentsatz 411,3 Mrd. Dollar
4 Stipendien, Steuervergünstigungen und zinsvergünstigte Kredite

Tabelle 8 : Statistischer Überblick Kanada 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**9.984.670 km²**
Bevölkerungszahl	**34,031 Mio.**
Frauen	17,35 Mio.
Männer	16,66 Mio.
Bevölkerungsdichte	**3,41 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**0,8 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**1.577 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**46.340**
Anteil am globalen BIP	**2,5 %**
Knowledge Economy Index (KEI)	**Rang 6**
Wirtschaftswachstum	**3,2 %**
Inflation	**2,9 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2008*	**30,5 Mrd.**
Staatliche Bildungsausgaben (Anteil des BIP) 2009	**5,2 %**
Hochschultypen	
Universities	102
Colleges	162
Anzahl der Hochschulen gesamt	**264**
staatlich	250
privat	16
Anzahl Hochschullehrer	
davon ordentliche Professoren	42.000
Eingeschriebene Studierende 2009/10	**1.174.200**
an staatlichen Institutionen	
an privaten Institutionen	
Frauenanteil	56 %
Anteil ausländischer Studierender	**10 %**
Studierende der Naturwissenschaften	
Studierende der Geisteswissenschaften	32 %
Doktoranden	45.000
Abschlüsse 2008	**244.380**
Bachelor's Degree	171.882
Master's Degree	36.423
Doctorate	5.421

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2010/11*	
an staatlichen Institutionen	5.271
an privaten Institutionen	unterschiedlich
Ausländische Studierende gesamt	**174.760**
nach Herkunftsländern:	
1. China	49.980 (28,6 %)
2. Indien	17.715 (10,1 %)
3. Süd Korea	14.520 (8,3 %)
4. USA	10.625 (6,1 %)
5. Frankreich	10.045 (5,7 %)
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	**45.892**
davon in Deutschland	k.A.

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende [1]	
1. USA	29.209
2. Großbritannien	5.350
3. Australien	4.390
4. Frankreich	1.373
5. Irland	605

* Angaben in US-Dollar

1 nach dem IIE „Atlas of Student Mobility 2009"

Quellen:

Statistik USA

Atlas of Student Mobility
- www.atlas.iienetwork.org/?p=48048

CIA: The World Fact Book:
- www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook

The Chronicle of Higher Education: The Almanac of Higher Education 2011/12
- http://chronicle.com/section/Almanac/536

OECD: Education at a Glance 2009
- www.oecd.org

Open Doors
- www.iie.org/en/Research-and-Publications/Open-Doors

Worldbank: Data & Statistics:
- web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/DATASTATISTICS/0,,contentMDK:20535285~menuPK:1192694~pagePK:64133150~piPK:64133175~theSitePK:239419,00.html

U.S Census Bureau
- www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/top/top1108yr.html#total

Statistik Kanada

AUCC: Trends in Higher Education, Volume 1, June 2011
- www.aucc.ca/wp-content/uploads/2011/05/trends-2011-vol1-enrolment-e.pdf
- www.iie.org/en/Services/Project-Atlas/Canada
- www.worldbank.org/
- www.statcan.gc.ca/start-debut-eng.html
- www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ca.html

Tabelle 9 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
USA und Kanada

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		Kanada gesamt	USA gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**351**	**1.685**
	A	**183**	**816**
1. nach Status			
grundständig Studierende	D	98	351
	A	123	434
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	128	678
	A	51	334
davon Doktoranden	D	108	458
	A	27	139
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	125	656
	A	9	48
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	D	179	769
	A	13	63
2–6 Monate	D	106	449
	A	125	452
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	66	467
	A	45	301
3. nach ausgewählten Programmen			
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	43	262
	A	28	207
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D		
	A		
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D		
	A		
Lektoren	D	4	17
	A		
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2	
	A		
Kongress- und Vortragsreisen	D	178	765
	A		
Fach- und Sprachkurse	D		
	A	14	56
Praktikanten	D	74	258
	A	109	331
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D		
	A	8	45
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**501**	**2.340**
	A	**183**	**1.030**
1. nach Status			
grundständig Studierende	D	292	1.495
	A	42	438
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	151	639
	A	98	239
davon Doktoranden	D	24	88
	A	34	125
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	58	206
	A	43	353
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	D	124	771
	A	132	638
2–6 Monate	D	300	1.330
	A	51	316
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	77	239
	A		76
3. nach ausgewählten Programmen			
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	279	1.437
	A		
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	130	527
	A	2	37
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D		
	A	41	302
Austausch in Projekten (PPP)	D	27	70
	A		
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**852**	**4.025**
	A	**366**	**1.846**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**1.218**	**5.871**

Rio de Janeiro

Eine Präsidentin bringt Brasilien auf internationalen Kurs

Christian Müller leitet die Außenstelle Rio de Janeiro seit 2009. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1972 und hat zurzeit acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Jahr eins nach „Lula“

Die acht Jahre währende Regierungszeit des Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva ist aus heutiger Betrachtung zu einer Ära „geronnen“. Mit seinem Namen ist der Wandel Brasiliens hin zu einem „global player“ untrennbar verknüpft. Auch wenn die meisten der positiven Entwicklungen schon vor seinem Amtsantritt angelegt waren, so blieb doch das Spür- und Sichtbare als Leistung des Präsidenten „Lula“ im kollektiven Gedächtnis haften.

Umso mehr liegt sein großer Schatten auf Präsidentin Dilma Rousseff: Als erste Frau ist sie seit Januar 2011 Staats- und Regierungschefin und musste sich nicht nur gegen die eher schwache Opposition wehren, sondern auch gegen Einflussnahmen der alten Machtzirkel um „Lula“ und der zahlreichen anderen Parteien, die die Regierungskoalition bilden. Die wirklichen Mutproben bestanden in einer Serie von Korruptionsskandalen, denen sechs ihrer Minister zum Opfer fielen. Ein siebter, der Verteidigungsminister, ging immerhin nur aus Gründen politischer Meinungsverschiedenheiten. So sehr diese Reihe von finsteren Affären eine Ahnung von der ethisch-moralischen Politikauffassung der Regierung aufkommen ließ, so wenig hat die Präsidentin in der öffentlichen Meinung daran Schaden genommen. Im Gegenteil: Es scheint, als hätten ihr die beherzten Entscheidungen, sich von nicht mehr tragbaren Kabinettskollegen zu trennen, Sympathien eingebracht.

Deutschland als Zielland fest verankert

100.000 Brasilianer ins Ausland

Hochschulen investieren stetig

Zu wenige Fachkräfte für Forschung und Wissenschaft

Umfangreiches Stipendiensystem

Das Jahr eins beendet die Regierung daher mit einem uneinheitlichen Bild. Technisch sind die wichtigen Aufgaben gut bewältigt: Eindämmung der Inflation, Handelsbilanz-Überschuss, hoher primärer Haushaltsüberschuss, Schaffung von Arbeitsplätzen, Bekämpfung der Wachstumsrisiken, die durch die internationale Finanz- und Eurokrise entstanden. Politisch hat sich aber nur die Präsidentin selbst Anerkennung verschafft. Inzwischen bewerten 72 Prozent der Bevölkerung ihre Leistungen mit „gut“ oder „sehr gut“ – die höchste Akzeptanz, die ein Regierungschef in Brasilien nach dem ersten Jahr je erreicht hat. Damit hat Rousseff auch ihren Vorgänger „Lula“ überflügelt, trotz dessen

Brasília: Vor 60 Jahren die Utopie einer modernen Stadt, heute Machtzentrum eines aufstrebenden Landes.

unstreitig stärkerem Charisma und größerer Volksnähe. Vermutlich ist es für das Land günstig, angesichts der enormen globalen Risiken für die Wirtschaft eine eher technokratische und ideologieschwache Regierung zu haben.

Die neue Regierung der alten Partei (PT, Arbeiterpartei) hat dabei wichtige politisch motivierte Programme beibehalten. Dazu gehört vor allem das Programm zur Armutsbekämpfung: „Brasil sem Miséria". In diesem Aktionsplan will die Regierung die ärmsten 8 Prozent der Bevölkerung – rund 16 Millionen Menschen – aus der extremen Not herausführen. Dazu gehören Maßnahmen des Einkommenstransfers, des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen, zu Gesundheitsversorgung und Bildung, zur Versorgung mit Strom und Abwassersystemen sowie zur Eingliederung in die Arbeitswelt. Das Programm wird, wie die Vorläufer-Initiativen, von verschiedenen Seiten kritisiert. Ökonomen warnen vor Gewöhnungseffekten an staatliche Alimentierung. Politiker mutmaßen, dass es der Regierung um die Wählerstimmen der Armen geht. Gleichwohl werden die Ansätze – und vor allem die Wirkungen – der sozialen Programme auch international sehr beachtet und positiv bewertet. Brasilien ist längst von einem Empfängerland von Entwicklungshilfe zu einem Netto-Geberland geworden.

Insgesamt blickt Brasilien mit Befriedigung auf das zurückliegende Jahr und mit Zuversicht auf 2012. Das ist für ein Land, das immer heftig zwischen Euphorie und abgrundtiefem Pessimismus oszillierte, eine solide positive Grundstimmung. Die krisenhaften Entwicklungen in Europa werden mit höchster Aufmerksamkeit verfolgt. Öffentlich behauptet die Regierung tapfer, Brasilien sei zwar nicht frei von der Gefahr, in eine weltweite Rezession hineingerissen zu werden, aber doch gut gerüstet. Die deutliche Abkühlung der Konjunktur und die nachlassende Produktion der Industrie haben am Jahresende 2011 aber Warnzeichen aufleuchten lassen. Ein Abschwung in Europa und in der Folge ein geminderter Bedarf an Rohstoffen in Asien sowie ein ›

Brasilien ist längst von einem Empfängerland für Entwicklungshilfe zu einem Netto-Geberland geworden.

Marode Prachtvilla und entspanntes Leben am Strand: Gegensätze prägen das aufstrebende Brasilien – aber die Stimmung ist durchweg gut.

Nachlassen der Preise an den Rohstoffbörsen könnten Brasilien empfindlich treffen. Experten halten dagegen: Für die brasilianische Wirtschaft ist der Binnenmarkt weitaus wichtiger, das Finanzsystem ist stabil und die Abhängigkeit von Importen wird langfristig weiter abnehmen. Dies, verbunden mit einer weiterhin hohen und steigenden Staatsquote, gibt der Regierung den nötigen finanziellen Spielraum für neue Ansätze, die auch der Bildung und Forschung zugutekommen.

„Ciência sem Fronteiras – Science without Borders“?

Das für die DAAD-Arbeitsfelder wichtigste – und dabei überraschendste – Novum war 2011 die Entscheidung der Staatspräsidentin, ein neues Stipendienprogramm für Auslandsmobilität aufzulegen (siehe Seite 76). Mit dem Programm „Ciência sem Fronteiras – Science without Borders“ platziert sich Brasilien prominent auf der Weltkarte der „international education“. Bislang waren die Zahlen im Ausland studierender Brasilianer eher gering im Vergleich zur Gesamtzahl (knapp 30.000 von 6 Millionen, also 0,5 Prozent). Ebenso gehören ausländische Studierende an den brasilianischen Campus nicht zum typischen Bild. Ausgestattet mit Stipendien aus dem neuen Programm, sollen nun in den kommenden vier Jahren 100.000 Brasilianer im Ausland studieren oder forschen. Eine so große Anstrengung, die Internationalisierung von Hochschulen und Forschung voranzubringen, ist in diesem Maßstab ungewöhnlich. Sie zeigt dreierlei: Erstens die deutlich gestiegene Finanzkraft des Landes, die nötig ist, um hohe Zahlen gut dotierter Auslandsstipendien auszuloben; zweitens das gewachsene Selbstbewusstsein, dass die eigenen Hochschulen genügend Talente hervorbringen, die an führenden Hochschulen im Ausland erfolgreich sein werden; drittens die Einsicht, dass Brasilien auf dem Weg in eine globalisierte Wissensgesellschaft die Fachleute fehlen, die entscheidende Karrierestationen im Ausland verbracht und sich internationale Netzwerke aufgebaut haben.

Tatsächlich ist „Ciência sem Fronteiras“ nur der am deutlichsten sichtbare Indikator einer im Ganzen positiven Entwicklung in Hochschulen und Forschung. Die langjährige Investition in ein leistungsfähiges System von öffentlich finanzierten Studiengängen im Bereich von Master und Promotion trägt Früchte. Die brasilianischen Universitäten bilden damit

weitgehend den eigenen Bedarf an Wissenschaftlern und Administratoren aus. Eine von der Regierung getragene Evaluation dieser Studienprogramme im Drei-Jahres-Rhythmus sichert die Qualität. Ein ebenfalls öffentlich finanziertes Portal für wissenschaftliche Periodika stellt allen Hochschulangehörigen einen kostenlosen und Internet-basierten Zugang zu den wichtigsten wissenschaftlichen Journalen bereit (inzwischen fast 30.000 Titel). Darauf wurde im vergangenen Jahr circa 42 Millionen Mal zugegriffen. Ein umfangreiches System von Stipendien fördert junge Studierende durch das Programm „Einführung in wissenschaftliches Arbeiten". Mit über 50.000 Stipendiaten werden pro Jahr mehr als die Hälfte aller Masterstudierenden von der öffentlichen Hand unterstützt. Doktoranden können mit einem staatlichen Stipendium rechnen, entweder aus Bundes- oder aus Landesmitteln.

Besonders bei den öffentlichen Hochschulen zeigen die stetig steigenden Investitionen Ergebnisse: Die Zahl der Bundesuniversitäten ist zwischen 2003 und 2011 von 45 auf 59 gestiegen, nachdem sie fast 20 Jahre lang stagnierte. Die Zahl der von ihnen betriebenen Campus und Zentren wuchs von 148 auf 282, so dass sich auch die Zahl der Städte und Gemeinden, in denen eine Bundeshochschule präsent ist, verdoppelt hat, besonders im Landesinneren. Spezielle Förderprogramme haben den Hochschulbau vorangetrieben. Einige Campus, vor allem im Nordosten, vermitteln im Moment den Eindruck von Großbaustellen. Allerdings ist hier auch viel Versäumtes nachzuholen: Der Zustand von Lehr- und Forschungsgebäuden war vielerorts beklagenswert. Häufig werden öffentliche Bauten schnell errichtet und von Landes- oder Bundespolitikern mit viel Pomp eröffnet. Für Gebäudeerhaltung und Renovierung, die weniger medienwirksam sind, oft aber nicht weniger teuer, sind dann keine Mittel vorgesehen. Auch auf den Campus großer und berühmter Universitäten findet ein Besucher daher Gebäude in desolatem Zustand. Auf lange Sicht wird dieses Problem nicht nur durch öffentliche Mittel zu lösen sein.

Beispiele für Forschungslabors, die durch Gelder des halbstaatlichen Erdölkonzerns Petrobras finanziert wurden, zeigen den Weg: Petrobras ist der größte private Investor in Forschung und Entwicklung. Der Konzern trägt in vielen Fällen die gesamten Kosten für die Infrastruktur von Gebäuden und Labors, die meist auf dem Campus einer Universität liegen und in den Besitz und Betrieb der Universität übergehen. Viele dieser Institute sind ausgezeichnet ausgestattet und können sich mit internationalen Partnerinstituten messen.

Hingegen scheint der private Sektor des Hochschulwesens in einem Anpassungsprozess zu stecken. Nach Jahren der Expansion sind möglicherweise zu viele Studienplätze entstanden. Die stärkere Besteuerung privater Betreibergesellschaften und die schärfere Prüfung von Gemeinnützigkeit haben die Ertragslage zusätzlich verschlechtert. Insofern zeigt sich ein Trend zu Zusammenschlüssen und Aufkäufen. Größere Gesellschaften erwerben sogenannte „Fakultäten", schließen bisweilen Standorte oder legen Studienprogramme zusammen. Der Anteil Studierender im privaten Sektor ist mit 74,3 Prozent weiterhin sehr hoch, allerdings im vergangenen Jahr nicht mehr gewachsen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das langsame Erscheinen von internationalen Anbietern: Die Gruppe Laureate International Universities (USA) hat seit 2006 zielstrebig private Hochschulen angekauft und unterhält nun ein Netz von zehn Einrichtungen an verschiedenen Orten des Landes mit etwa 130.000 Studierenden. Nach eigener Aussage sollen in den nächsten vier Jahren wiederum 600 Mio. US-Dollar investiert werden, um das Netzwerk zu verdoppeln. Auf einer ganz anderen Ebene treten private amerikanische Elite-Universitäten ›

Das Engagement internationaler Bildungsanbieter belegt einen Wandel, der mit der stärkeren Öffnung des Landes und der Liberalisierung der Wirtschaft einhergeht und auch von deutschen Universitäten beobachtet werden sollte.

auf: Die Universität Harvard unterhält seit 2006 eine Brasilien-Repräsentanz, die vor allem die Study-abroad-Programme für amerikanische Studierende organisiert, aber auch Seminare für Brasilianer anbietet und Studierende und Wissenschaftler rekrutiert. In ihrem Kielwasser will auch die Yale-Universität stärker präsent sein und Talente auf ihren Campus holen: Die „2011 Yale Week in Brazil" war mit dem Provost, einem Dekan und drei Professoren hochrangig besetzt und mit erstklassigen brasilianischen Einrichtungen gemeinsam organisiert (Unicamp, Stiftung Fiocruz). Sie bot ein wissenschaftlich anspruchsvolles Programm aus Vorträgen und Diskussionen. Dabei sind die Dimensionen ausländischen Engagements noch keinesfalls mit Asien oder den Golf-Staaten zu vergleichen, und die eher protektionistische Haltung von Politik und Justiz zu Investitionen im Hochschulsektor ist nach wie vor bestimmend. Die Beispiele belegen aber einen Wandel, der mit der stärkeren Öffnung des Landes und der Liberalisierung wirtschaftlicher Ordnungspolitik einhergeht und auch von deutschen Universitäten beobachtet werden sollte.

Trotz der boomenden Konjunktur in vielen Fachbereichen ist es nicht leicht, gute Graduierte für die Wissenschaft zu halten – zu attraktiv sind für Ingenieure, Informatiker, Mediziner und Juristen die Einkommens- und Aufstiegschancen im privaten Sektor. Dabei unterscheiden sich die Gehälter an den guten Universitäten Brasiliens nicht wesentlich von denen in Deutschland oder in Großbritannien. Aber die Privatwirtschaft wie auch die großen Staatskonzerne können noch mehr zahlen und mehr Nebenleistungen bieten. Dieses Konkurrenzverhältnis in Verbindung mit einer allgemeinen Knappheit an gut ausgebildeten Fachkräften und Wissenschaftlern könnte die weitere Entwicklung des Hochschul- und Forschungssystems hemmen oder verzögern. Die aktiven Forscher an brasilianischen Universitäten melden übereinstimmend, dass im Moment nicht die Fördergelder für Projekte das Problem seien. Gute Anträge hätten beste Chancen auf Bewilligungen. Die eigentliche Herausforderung bestehe darin, das ausgebildete und fähige Personal zu finden, das die Projekte durchführt und Ergebnisse produziert. Insofern ist die Lage, auf bestimmte Fächer gemünzt, von der in Deutschland nicht so verschieden. Konsequenterweise zielt das Regierungsprogramm „Ciência sem Fronteiras" auch darauf ab, ausländische Wissenschaftler anzuwerben.

Aus der Arbeit des DAAD in Brasilien

Das neue Programm für Regierungsstipendien „Ciência sem Fronteiras – Science without Borders" droht mit seiner Leuchtkraft alles andere in den Schatten zu stellen, was 2011 unternommen und erreicht wurde. Das Programm hat – wenn sich die Pläne der Regierung umsetzen lassen und die Mobilität brasilianischer Akademiker sich in vier Jahren verfünffacht – das Potenzial, alles zu Randerscheinungen werden lassen, was bisher an Austausch und Kooperation Tagesgeschäft war. Umso mehr muss die jahrelange Arbeit des DAAD und seiner brasilianischen Partner, die oft in gemeinsamen Förderprogrammen und Projekten mündeten, in Erinnerung gerufen werden. Diese Arbeit hat dazu beigetragen, dass ein solches Programm mit einer prominenten politischen Platzierung überhaupt konzipiert wurde und dass Deutschland und der DAAD zu zentralen Partnern der Regierung wurden.

An erster Stelle sei auf die traditionellen Programme der Individualförderung verwiesen: Stipendien zur Promotion in Deutschland in drei Varianten und enger Zusammenarbeit mit den brasilianischen Partnerorganisationen CAPES und CNPq; Förderung des Wissenschaftler-Austauschs mit Forschungsaufenthalten (gemeinsam mit CAPES und mit den

›

Vertragsunterzeichnung in Rio de Janeiro: DAAD-Generalsekretärin Dorothea Rüland, CNPq-Präsident Oliva und CAPES-Präsident Guimarães debattieren neue Kooperationen und unterzeichnen die Vereinbarung zum Programm „Science without Borders“ (oben).

Forschungsmesse SBPC: Der brasilianische Minister für Forschung und Technologie, Aloizio Mercadante, begrüßt Mitarbeiter der Außenstelle auf dem DAAD-Stand (2. Reihe von oben).

Münster und Berlin: Vertreter brasilianischer Universitäten informieren sich über Studien- und Forschungsbedingungen in Deutschland (2. Reihe von unten).

Künftige Stipendiaten: Der DAAD bereitet die jungen Wissenschaftler in Rio de Janeiro auf ihren Deutschlandaufenthalt vor (unten).

„Ciências sem Fronteiras“

„Ciências sem Fronteiras – Science without Borders“, oder kurz „CsF“: Ein Regierungsprogramm dieser Größenordnung ist auch für aufstrebende Nationen wie Brasilien ungewöhnlich. Ebenso ungewöhnlich ist die politische Bedeutung, die das Programm durch die Präsidentin erhält. So absolvierte Dilma Rousseff 2011 zwei große öffentliche Auftritte für das Stipendienprogramm – zuletzt am 13. Dezember, als sie die Ausschreibung für Stipendien nach Deutschland annoncierte.

Brasília: Öffentliche Vorstellung des Programms „Science without Borders“ durch die Staatspräsidentin Dilma Rousseff und die Minister für Forschung und Technologie und für Bildung, Dezember 2011.

US-Präsident Barack Obama soll bei seinem Brasilienbesuch im März 2011 das Thema gesetzt haben. Seine Frage „Warum studieren in den USA über 100.000 Inder, aber nur 9.000 Brasilianer?“ soll Präsidentin Rousseff veranlasst haben, diese Situation zu analysieren und zu ändern. Nur wenige Wochen später legten CAPES und CNPq einen Masterplan vor, dem das Programm „Ciência sem Fronteiras“ zugrundeliegt. Werbeanzeigen in großen Zeitschriften, Videos im Internet, Spots in Radio und TV sowie zahlreiche Auftritte in den sozialen Netzwerken unterstreichen das starke Interesse, das Programm zu einem Erfolg werden zu lassen.

Für den Zeitraum 2012 bis 2015, mit Vorarbeiten bereits 2011, stellt die Regierung rund 1,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Aus diesen Mitteln werden 75.000 Stipendien ausgelobt. Davon sollen 34.400 für die Promotion im Ausland (als Voll- und als Teil-Promotion), 11.500 für Postdoc-Aufenthalte, 27.100 für Studienaufenthalte für Undergraduates verwendet werden sowie 1.200 für Stipendien für ausländische Wissenschaftler, die nach Brasilien kommen. Die restlichen 800 Plätze sind für berufsbezogene Trainings im Ausland vorgesehen. Weitere 26.000 Stipendien werden von der privaten Wirtschaft finanziert; die Ausgestaltung dieser Förderung ist noch unklar. „Ciências sem Fronteiras“ ist ausgerichtet auf Ingenieurwissenschaften und Technologie sowie auf Naturwissenschaften, insbesondere Biomedizin.

Insgesamt sollen 100.000 Brasilianer in den kommenden vier Jahren im Ausland studieren oder forschen. Diese Zahl ist auch im internationalen Vergleich enorm hoch. Die brasilianische Regierung und die von ihr beauftragen Agenturen CAPES und CNPq haben die Magie der großen Zahlen und die Wirkung von prominenten Auftritten richtig eingeschätzt und einzusetzen gewusst. Dementsprechend ist die internationale Aufmerksamkeit für „Ciência sem Fronteiras“ überaus groß.

Konsequenterweise haben sich daher ausländische Regierungsvertreter und Delegationen in Brasília die Klinke in die Hand gegeben. Der DAAD hat frühzeitig darauf hingewirkt, dass Deutschland – angesichts der engen wissenschaftlichen Beziehungen zwischen deutschen und brasilianischen Hochschulen – als wichtiges Zielland im Programm verankert wird. Umso erfreulicher ist es, dass bereits seit dem Besuch des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff im Mai 2011 Deutschland als zentraler Partner des Programms „Ciência sem Fronteiras“ angesehen wurde. Diese Auffassung ist mehrfach bekräftigt worden und fand ihren Niederschlag im Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zwischen DAAD, CAPES und CNPq im September 2011 (s. Seite 78 Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage). Eine Reise der Präsidenten von CAPES und CNPq nach Deutschland mit einer Gruppe brasilianischer Rektoren und Professoren bekräftigte das Interesse an einer Zusammenarbeit im neuen Programm: Am 23. November traf die Delegation in Bonn mit über 100 Vertretern deutscher Hochschulen zusammen, um in einem Kick-off-Workshop die Grundlinien des Austauschs von Studierenden und Wissenschaftlern zu diskutieren. Seit Anfang 2012 läuft das Bewerbungs- und Auswahlverfahren.

Landes-Förderinstitutionen wie FAPESP, FAPEMIG und anderen), Kurzzeitdozenturen für deutsche Professoren; Stipendien für Brasilianer zur Teilnahme an Aufbaustudiengängen mit Entwicklungsländerbezug ebenso wie Masterprogramme im Themenfeld „Public Policy and Good Governance"; Stipendien für Hochschul-Winterkurse in Sprache und Landeskunde und viele mehr. Durch die institutionellen Programme können systematische Austauschprojekte innerhalb des Bachelorstudiums (UNIBRAL) und der Forschung und Promotion (PROBRAL) gefördert werden. All diese Maßnahmen bereiten den Boden für institutionelle Verbindungen und bilaterale Forschungskooperationen. Dies ist zum Beispiel sichtbar an Programmen wie BRAGECRIM, in dem die Deutsche Forschungsgemeinschaft gemeinsam mit brasilianischen Partnern 14 Forschungsprojekte in der Produktionstechnik fördert und deren Koordinatoren im Vorfeld überwiegend durch den DAAD nach Deutschland kommen. Die DAAD-Austauschprogramme mit Studierenden wiederum ebnen die Wege, auf denen in Zukunft viel größere Zahlen von Stipendiaten mobil werden sollen.

BMZ-Sonderprogramm „NoPa – Neue Partnerschaften"

Das Programm NoPa steht für „Neue Partnerschaften in der Akademisch-Technischen Zusammenarbeit zwischen Brasilien und Deutschland". Es wurde im Rahmen des „Deutsch-Brasilianischen Jahres der Wissenschaft, Technologie und Innovation 2010/2011" konzipiert. Inhaltlich orientiert sich das Programm an gemeinsamen Interessen beider Länder, am brasilianischen „Nationalen Plan zum Klimawandel" und an zwei Themenschwerpunkten in der Entwicklungszusammenarbeit mit Brasilien (Tropenwälder und Energie) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Folgerichtig werden zwei strategische Bereiche gefördert: Schutz und nachhaltige Nutzung des Tropenwalds sowie erneuerbare Energien / Energieeffizienz. Das Programm wird in gemeinsamer Arbeit von DAAD, CAPES und Deutscher Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) getragen. Außer der üblichen Förderung der Personenmobilität gewährt NoPa auch Beihilfen zu Forschungskosten, Mittel für die Organisation von Sommerschulen, für die Teilnahme an Fachtagungen sowie Personalkosten für Konzeption und Koordination an der deutschen Hochschule.

Grundidee von NoPa ist, dass die Projekte sich an der lokalen Nachfrage nach neuen Erkenntnissen und Lösungen orientieren. Die bilateralen Forschungsprojekte müssen daher anwendungsorientiert sein und sollen Synergien zwischen Forschung und Praxis herstellen. Um dies sicherzustellen, wurden zwei innovative Elemente in das Verfahren eingeführt:

1. Bildung von Fachberatergruppen: In je zweitägigen Sitzungen in Brasília trafen sich Fachleute aus Regierung, Wissenschaft, Wirtschaft und NGOs für jeden der beiden Themenbereiche. Sie identifizierten die jeweilige Nachfrage und erarbeiteten Kriterien als Leitfaden für die Ausschreibung und Auswahl der Projekte.
2. Matchmaking: In Matchmaking-Seminaren in Belém zum Thema Tropenwald und in Rio de Janeiro zu erneuerbaren Energien ging es darum, Interessenten von Universitäten, Forschungsinstituten und der Industrie aus Deutschland und Brasilien zusammenzubringen.

Die hohe Zahl guter Anträge hat gezeigt, dass sowohl die Forschungsthemen in beiden Ländern bereits fest verankert sind als auch die Matchmaking-Seminare neue Partnerschaften anstoßen konnten. Die gemischte Kommission hat fünf Anträge zur Energie- und drei zur Tropenwald-Forschung bewilligt. Damit starteten Ende 2011 acht neue bilaterale Forschungsprojekte für die Laufzeit von zwei Jahren. ›

„Brasilien-Tag“ in Münster und Hochschulvertreter auf Tour

Um den Austausch zwischen beiden Ländern zu stärken, müssen sich die Hochschulen Brasiliens und Deutschlands noch besser kennenlernen. Viele gute Projekte kommen nur schleppend oder gar nicht in Gang, weil man zu wenig über den Partner weiß oder persönliche Kontakte fehlen. Daher schlug der DAAD im Rahmen des Deutsch-Brasilianischen Wissenschaftsjahres vor, einen „Brasilien-Tag“ an einer deutschen Hochschule zu veranstalten und dazu brasilianische Hochschulvertreter nach Deutschland einzuladen.

Der DAAD nutzte die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage, um über seine Arbeit in Brasilien zu berichten und Kontakte zu Alumni in Wirtschaftsunternehmen zu knüpfen sowie mit Unternehmen ins Gespräch zu kommen.

So reiste eine Delegation von 17 Professoren und Hochschulleitern wichtiger öffentlicher Universitäten (und einer privaten) vom 27. April bis 6. Mai 2011 durch das Land. Zunächst stellten die brasilianischen Gäste im DAAD und in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) die gerade bekannt gewordene Initiative der brasilianischen Präsidentin „Ciência sem Fronteiras“ vor. Dann ging es weiter nach Münster zum „Brasilien-Tag“ vom 29. bis 30. April. Das Brasilien-Zentrum der Universität Münster und der DAAD hatten ein attraktives Programm von Diskussionen, Vorträgen, Atelierbesuchen und künstlerischen Beiträgen zusammengestellt, an dem Hunderte von interessierten Studierenden und Hochschulvertretern teilnahmen. Für die brasilianischen Gäste war es die erste Chance, in einer kleinen Roadshow mit Informationsständen ihre Universitäten zu präsentieren. Außerdem besuchte die Delegation Berlin (organisiert durch die FU Berlin) und München (mit dem Gastgeber TU München).

Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage

Die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage sind das größte regelmäßige bilaterale Event. Sie finden seit 1982 alternierend in einem der beiden Länder statt. Rio de Janeiro war Schauplatz der 29. Wirtschaftstage vom 18. bis 20. September 2011, die auch diesmal wieder mit knapp 2.000 Teilnehmern sehr gut besucht waren. Der DAAD nutzte die Wirtschaftstage, um über seine Arbeit in Brasilien zu berichten und Kontakte zu Alumni in Wirtschaftsunternehmen zu knüpfen sowie mit Unternehmen selbst ins Gespräch zu kommen.

Die deutsche Regierungsdelegation wurde geleitet von Staatsminister Dr. Werner Hoyer in Vertretung des Außenministers. Das Auswärtige Amt stellte das Projekt „Deutschlandjahr in Brasilien 2013/2014“ der Öffentlichkeit vor. Und der DAAD machte einen ersten öffentlichen Aufschlag für die Zusammenarbeit im Programm „Ciência sem Fronteiras“: Dr. Dorothea Rüland, Generalsekretärin des DAAD, lud Prof. Jorge Guimarães, Präsident von CAPES, und Prof. Glaucius Oliva, Präsident von CNPq, zu einem Treffen am Rande der Wirtschaftstage ein. Dabei wurden in Anwesenheit von Staatsminister Hoyer und Vize-Außenminister Pinto Nogueira die Memoranda zur Beteiligung Deutschlands an dem Programm unterzeichnet. Die Fraunhofer-Gesellschaft schloss ebenfalls ein Abkommen mit dem CNPq zur Platzierung von Doktoranden an Fraunhofer-Instituten.

Für die brasilianische Öffentlichkeit und gegenüber den Partner-Agenturen wurde damit das Engagement der deutschen Hochschulen und des DAAD dokumentiert, als Hauptzielland für die zahlreichen Auslandsaufenthalte bereitzustehen und dafür mit den notwendigen Planungen zu beginnen.

Alumniportal Deutschland in Brasilien

Ein neues Format der Zusammenarbeit mit den brasilianischen Alumni wurde 2011 erprobt. Das „Alumniportal Deutschland“ sollte in Brasilien bekannter, seine Vorteile und Leistungen sichtbarer und die Zahl der registrierten Nutzer

erhöht werden. Eine zunächst geplante größere Konferenz wurde wegen sehr hoher Kosten verworfen. Stattdessen konzipierte das Informationszentrum (IC) São Paulo unter der Leitung von Dr. Martin Gegner eine Ringvorlesung, die in vier wichtigen brasilianischen Städten gastierte: Zwischen Mitte Oktober und Anfang November veranstaltete das IC São Paulo zusammen mit dem Alumni-Referat des DAAD Bonn und dem Goethe-Institut Vortragsabende in Curitiba, Salvador, Belo Horizonte und São Paulo, jeweils in den lokalen Goethe-Instituten beziehungsweise in der Bundesuniversität von Minas Gerais (Belo Horizonte). Thema der Reihe war „FIFA-Weltmeisterschaft 2014 und urbane Transportsysteme" – eine aktuelle, interdisziplinäre und auf breiter Ebene öffentlich diskutierte Frage, die sich in konkreten Herausforderungen an diesen vier Spielorten der Fußballweltmeisterschaft 2014 stellt.

An der Ringvorlesung nahmen zahlreiche Alumni aus verschiedenen Fachgebieten teil, die sich überwiegend im Alumniportal Deutschland registriert und dort die Facharbeitsgruppe „Copa e Transporte" (WM und Transport) gegründet hatten. Die Vorträge und Diskussionen wurden auch als Video-Stream ins Alumniportal eingestellt und können von Fachleuten und Alumni weltweit verfolgt werden. Die daraus entstandenen Vernetzungen und Kooperationen bedeuten einen qualitativen Schritt gegenüber der sonst auf verteilten Veranstaltungen beruhenden Alumni-Arbeit. Es ist zu erwarten, dass angesichts der hohen Popularität und Akzeptanz von sozialen Netzwerken in Brasilien auch das Alumniportal Deutschland mit seinen Angeboten eine immer stärkere Rolle einnehmen wird.

Euro-Pós Bildungsmesse

Das bei weitem größte und wichtigste Projekt des Jahres im Bereich Marketing und Information war die erste europäische Bildungsmesse „Euro-Pós São Paulo 2011" vom 18. bis 20. November. Das Format dieser europäischen Gemeinschaftsaktion ist bereits seit Jahren in Asien und einigen Ländern Lateinamerikas erprobt: Mehrere europäische Agenturen für akademischen Austausch bilden eine Arbeitsgruppe, die die Bildungsmesse ausrichtet. Die Messe steht allen europäischen Hochschulen offen sowie auch nationalen Agenturen, die ihre Hochschulsysteme vertreten. Die Europäische Kommission fördert fallweise die Messe durch Brüsseler Projektmittel oder durch lokale Mittel der europäischen Delegation (Botschaft). In Brasilien bestand das Konsortium aus DAAD und seinen französischen und niederländischen Partnerorganisationen: Campus France und Neso/Nuffic.

Angesichts der hohen Popularität und Akzeptanz von sozialen Netzwerken in Brasilien wird das Alumniportal Deutschland mit seinen Angeboten eine immer stärkere Rolle einnehmen.

„Euro-Pós São Paulo 2011" war ein großer Erfolg. Zum Auftakt luden DAAD, Campus France und Neso/Nuffic zu einem Symposium zur brasilianisch-europäischen Zusammenarbeit in Bildung und Forschung ein. In drei Gruppen diskutierten Experten Kernfragen der Internationalisierung der Hochschulen, der wissenschaftlichen Forschung und der Nachwuchsförderung. Die neue EU-Botschafterin in Brasilien und ein Programmdirektor aus Brüssel vertraten die Kommission, die damit großes Interesse an dem Projekt zeigte und langfristig in eine Förderung einsteigen dürfte.

Die Messe selbst, auf einem großen Gelände im Norden der Stadt veranstaltet, war mit knapp 100 Ausstellern ausgebucht. Neben nationalen Agenturen aus Europa und der europäischen Delegation und über 70 Hochschulen war vor allem die Beteiligung aus Brasilien bemerkenswert. Die Agenturen CAPES und CNPq nahmen erstmals die Gelegenheit wahr, auf einer Publikumsveranstaltung für das Programm „Ciências sem Fronteiras" zu werben – dementsprechend umlagert waren ihre Stände. 19 Universitäten aus ganz Brasilien beteiligten sich an der Messe, teilweise mit ›

Gemeinschaftsständen. Die Besucher konnten sich dadurch über Studienmöglichkeiten in Europa, über Austauschprogramme der brasilianischen Hochschulen und über Stipendien aus Europa und aus Brasilien informieren. Für die deutschen Experten ergaben sich zahlreiche Gesprächskontakte mit brasilianischen Hochschulvertretern – eine gute Gelegenheit zum Netzwerken und zur Anbahnung neuer Kooperationen.

Ausblick

Der Wandel Brasiliens berührt auch den DAAD: Das umfangreiche Stipendienprogramm „Ciência sem Fronteiras“ will in neue Dimensionen des akademischen Austauschs vorstoßen. Insgesamt sollen 100.000 Brasilianer in den kommenden vier Jahren im Ausland studieren oder forschen. Diese Zahl ist auch im internationalen Vergleich enorm hoch.

Brasilien muss jetzt beweisen, dass es den Hoffnungen gerecht wird, die in das Land gesetzt werden. Große internationale Ereignisse werden die Wahrnehmung der Öffentlichkeit dominieren: angefangen bei der UN-Konferenz „Rio+20“ im Juni 2012 über den Weltjugendtag 2013 und den Confederation-Cup ebenfalls 2013 bis hin zur Fußballweltmeisterschaft 2014 und schließlich zu den Olympischen Spielen 2016 in Rio de Janeiro – genügend Gelegenheiten, um der Welt zu zeigen, dass die positiven Veränderungen in Brasilien Substanz haben und in Leistungsfähigkeit münden.

Der Wandel Brasiliens berührt auch den DAAD: Das umfangreiche Stipendienprogramm „Ciência sem Fronteiras“ will in neue Dimensionen des akademischen Austauschs vorstoßen. Ab 2012 hat der DAAD die Federführung für die neue Infrastruktur „Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus“ in São Paulo, mit dem sich der Wissenschaftsstandort Deutschland in Brasilien eine neue Plattform für Präsenz und Interaktion gibt. Schließlich blickt die Außenstelle Rio de Janeiro 2012 auf ihre Gründung vor 40 Jahren zurück: Eine wechselvolle Geschichte mit schwierigen und kleinen Anfängen, die aber aus heutiger Sicht beweist, dass der lange Atem und die nachhaltige Zusammenarbeit mit den Partnern im Land zu Erfolgen führen. «

Tabelle 10 : Statistischer Überblick Brasilien 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**8,5 Mio. km²** [1]
Bevölkerungszahl	**192,4 Mio.**
Frauen	51 %
Männer	49 %
Bevölkerungsdichte	**22,4 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**1,17 %** [2]
Verstädterungsgrad	**84,36 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP *	**2.520 Mrd.**
BIP pro Kopf *	**12.916**
Anteil am globalen BIP	**2,9 %**
Human Development Index (HDI)	**Rang 84**
Knowledge Economy Index (KEI)	**Rang 54**
Wirtschaftswachstum	**2,9 %**
Inflation	**5,33 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungausgaben (Bildungsetat) *	**39,2 Mrd.**
Hochschultypen	
Universitäten	186
Centros Universitários	127
CEFET/IF (Fachhochschulen)	35
Faculdades (private Fakultäten)	1966
Anzahl der Hochschulen gesamt	**2.377**
staatliche	278
privat	2.099
Anzahl Hochschullehrer	**359.089**
davon mit Bachelor	31.270
davon mit Spezialisierung	104.314
davon mit Mastertitel	130.614
davon mit Promotion	92.891
Anzahl Forscher pro 1 Mio. Einwohner 2007	**656,9**
Anzahl wiss. Publikationen in indexierten Zeitschriften [3]	**26.482**

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Eingeschriebene Studierende 2010	**6,4 Mio.**
davon mit Präsenzstudium	5,4 Mio.
davon Fernstudium	930.179
an staatlichen Institutionen	1.643.298
an privaten Institutionen	4.736.001
Frauenanteil	57 %
Anteil ausländischer Studierender	0,3 %
Studierende der Naturwissenschaften	319.269
Studierende der Pädagogik	743.290
Studierende der Geisteswissenschafte und Künste	178.937
Studierende der Sozial-, Wirtschafts- & Rechtswiss.	2.180.493
Studierende der Ingenieurswissenschaften	538.009
Studierende der Agrarwissenschaft und Veterinärmedizin	131.055
Studierende medizinischer Fächer & der Sozialpädagogik	808.893
sonstige Fächer	101.422
Doktoranden	ca. 55.000
Graduierten-Studiengänge gesamt (Master & Promotion)	
Abschlüsse 2010	
Bachelor's Degree	665.664
Master's Degree	35.698
Doctorate	11.368
Professional Degree	3.102
Studiengebühren / Studienjahr *	
an staatlichen Institutionen	keine
an privaten Institutionen	variabel [4]
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	**27.571**

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende
1. USA
2. Frankreich
3. Portugal
4. Spanien
5. Deutschland

* Angaben in US-Dollar

1 das entspricht 47 % der Fläche Südamerikas
2 jährlicher Durchschnitt der letzten 10 Jahre 2000 bis 2010
3 = ISI Index
4 je nach Institution und Fachrichtung (bis zu 15.000 US-Dollar pro Jahr an den teuersten Studiengängen der privaten Institutionen)

Quellen:
IBGE: Instituto Brasileiro de Geofísica e Estatística, Rio de Janeiro
IMF: International Monetary Found
INEP: Instituto Nacional de Estudos e Pesquisas Educacionais, Brasília
IPEA: Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada, Brasília

Tabelle 11 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Brasilien

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**231**
	A	**759**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	145
	A	311
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	36
	A	401
davon Doktoranden	D	23
	A	185
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	50
	A	47
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	48
	A	29
2–6 Monate	D	136
	A	298
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	47
	A	432
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	23
	A	96
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	194
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	67
Lektoren	D	11
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	37
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	123
Praktikanten	D	126
	A	112
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	11
	A	47
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**487**
	A	**354**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	213
	A	125
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	108
	A	135
davon Doktoranden	D	68
	A	40
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	166
	A	94
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	250
	A	197
2–6 Monate	D	218
	A	100
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	19
	A	57
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	145
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	17
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	100
Austausch in Projekten (PPP)	D	143
	A	1
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**718**
	A	**1.113**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**1.831**

Hanoi

Vietnam: Auf dem Weg zum Industriestaat

Hannelore Bossmann leitet die Außenstelle Hanoi seit 2009. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 2003 und hat zurzeit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen Lektor z.b.V. sowie eine „kulturweit"-Freiwillige.

Politik und Wirtschaft

Die Entwicklung der vietnamesischen Wirtschaft verläuft insgesamt positiv. Zunehmende internationale Verflechtung, teilweiser Abbau protektionistischer Handelsbarrieren seit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation 2007 sowie ein zunehmend erfolgreicher Umbau der ehemals stark landwirtschaftsbasierten Ökonomie haben zu einer Diversifizierung des vietnamesischen Wirtschaftslebens geführt. Dessen Auswirkungen sind auch in anderen Bereichen spürbar: So steigt etwa das Bewusstsein, wie wichtig eine breite Berufsausbildung ist.

Die zunehmende Kapitalzirkulation und der stetig wachsende Zugriff der Bevölkerung auf Konsumgüter haben Vietnam zu einer der erfolgreichsten postsozialistischen Transformationsgesellschaften werden lassen. Die gleichzeitige politische Stabilität, die nicht überall in Südostasien gegeben ist, schafft zusätzlich ein investitionsfreundliches Klima: Sie steigert die Bereitwilligkeit institutioneller Geldgeber aus dem Ausland, Vietnam bei der Erreichung des Ziels, 2020 ein Industriestaat zu sein, unterstützend zur Seite zu stehen.

Die vietnamesische Wirtschaft wächst erfreulich konstant. Die wirtschaftliche Zuwachsrate lag 2011 laut Germany Trade and Invest (GTAI) bei 5,8 Prozent. Dabei war 2011 für Vietnam kein einfaches Jahr: Die Inflationsrate stieg bis Mai auf 20 Prozent und erreichte damit den Höchststand seit August 2008. Das Wirtschaftswachstum war nur möglich, weil die Staatsbank durch zahlreiche Abwertungen des vietnamesischen Dong reagierte. Dabei verlor die vietnamesische Währung zwischen Ende 2009 und Anfang 2011 knapp 20 Prozent an Wert. In diesem Zusammenhang getätigte Geldverknappungsmaßnahmen trugen zwar ebenfalls zur Inflationsbekämpfung bei, wirkten sich aber auch negativ beispielsweise im Hochschulbereich aus, da keine Investitionen getätigt werden durften. Nicht viel einfacher war die Situation des Handelsbilanzdefizits, das in den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 auf 6,6 Mrd. US-Dollar anstieg. Vietnam besitzt zwar bescheidene Geldreserven, doch beeinflusst dieses Defizit indirekt den Staatshaushalt.

Unverarbeitete Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte machen etwa ein Drittel aller Exporte aus. So musste beispielsweise Rohöl, einer der wichtigsten Devisenbringer des Landes, bis vor kurzem exportiert und als Treibstoff reimportiert werden, da Vietnam bis Anfang 2010 keine Raffinerien besaß. Eine reale Herausforderung bildet die mangelnde Produktivität. Qualitativ ansprechende Produkte mit hoher Wertschöpfung werden noch nicht in ausreichendem Maße hergestellt. Dafür fehlen angesichts des derzeitigen Ausbildungssystems die entsprechenden Fachkräfte. Das Hauptaugenmerk gilt der schrittweisen Umstellung einer ursprünglich landwirtschaftsbasierten Produktion: Zurzeit ist sie noch ausgerichtet auf Wettbewerbsvorteile durch billige Arbeitskräfte, langfristig geht es um eine

Multikulti im Café Goethe: Auf dem Deutschlandfest ist der Dönerstand heiß begehrter Treffpunkt.

moderne wissensbasierte Ökonomie. 40 Prozent der Wirtschaftsunternehmen sind Staatsbetriebe mit teilweise überholten Managementstrukturen.

Eine leistungsfähige, den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes angepasste Berufsausbildung befindet sich noch im Aufbau. Der Plan des 11. Parteitags sieht vor, 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in den sozioökonomischen Bereich zu investieren. Das Ziel ist, den Lebensstandard zu erhöhen und die sozioökonomische Stabilität zu gewährleisten. Die Schlüsselsektoren sind der Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen, die Umwelt und die Armutsbekämpfung. In einigen Bereichen wurden bereits beachtliche Erfolge erzielt, beispielsweise bei der Armutsbekämpfung: Die Armutsrate ist laut Germany Trade & Invest (GTAI) von über 50 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf mittlerweile 10 Prozent gesunken.

Auch im regionalen Vergleich steht Vietnam gut da. Wichtige internationale Geldgeber wie die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank sowie bestimmte Einzelstaaten haben dem Land ihre Unterstützung zugesichert. Die politischen Rahmenbedingungen sind stabil, und der Wille zu Veränderung und Modernisierung ist ungebremst. ›

Vietnamesisch-Deutsche Universität

Erster Science Slam

Generalplan zum Fremdsprachenerwerb

Armutsbekämpfung

Kampf gegen Korruption

Deutschlandjahr erfolgreich beendet

Ein Erfolg: Die Armutsrate ist von über 50 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf heute 10 Prozent gesunken.

Kontinuität statt Wechsel

Das herausragende politische Ereignis war der 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) im Januar 2011, gefolgt von den Wahlen zur 13. Legislaturperiode der Nationalversammlung und der Vorstellung des neuen Kabinetts im Mai. Bereits vor dem 11. Parteitag war beschlossen worden, die Anzahl der 1.400 Delegierten um 15 Prozent über die Gewählten hinaus zu erhöhen. Gleichzeitig wurde verfügt, den Frauenanteil auf 10 Prozent anzuheben und die Quote für Mitglieder unter 50 Jahren auf mindestens 20 Prozent festzulegen. Durch diese neuen Bestimmungen ergab sich eine erhöhte Wettbewerbssituation. Die Zusammensetzung des Parteitags gelingt auf diese Weise demokratischer.

Die 1.400 Delegierten, die 3,6 Millionen Parteimitglieder repräsentieren, wählten ein neues 14-köpfiges Politbüro. Als zentrales Organ nominiert es unter anderem den Staatspräsidenten, den Premierminister und den Vorsitzenden der Nationalversammlung. Die im Mai zusammengetretene 13. Nationalversammlung segnete das Kabinett formell ab. Im leicht vergrößerten Zentralkomitee (ZK) sind die Ministerien für Verteidigung und Öffentliche Sicherheit vertreten.

Inhaltlich bestätigte der Parteitag den derzeitigen Kurs, personell gab es keine Überraschungen. Neun der 14 Mitglieder im Politbüro wurden wiedergewählt. In der abschließenden Resolution wurde der Ausbau der Marktwirtschaft als erklärtes Ziel ausgegeben. Es besteht die Einsicht, dass protektionistische Handelsbarrieren abgebaut werden und die vietnamesische Wirtschaft sich verstärkt einem internationalem Wettbewerb stellt. Das Ziel, bis 2020 zu einer Industriegesellschaft zu werden, wurde von dem scheidenden Generalsekretär der KPV, Nong Duc Manh, bekräftigt. Er avisiert ein jährliches Wachstum von 7 bis 8 Prozent sowie eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens auf 3.000 US-Dollar.

Vietnam und seine Nachbarn

Vietnams Integration in Südostasien, beginnend mit dem Truppenabzug aus Kambodscha 1989 und der Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos 1994, ist eine Geschichte des schrittweisen, stetigen Erfolges. Dem lang ersehnten Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) 2007 folgte die Gastgeberschaft für den Asiatisch Pazifischen Wirtschaftsrats (APEC) 2008, der Sitz als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) 2008/2009 und schließlich die Präsidentschaft des Verbandes Südostasiatischer Staaten (ASEAN) 2010.

Gleichwohl gibt es auch Konfliktfelder, zu denen unter anderem der Inselstreit im Südchinesischen Meer gehört. China und Vietnam haben sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Scharmützel in den beiden Archipelen Spratly und Paracel geliefert. In den Gebieten lagern erhebliche Erdölvorkommen. Der seit langem schwelende Inselkonflikt brandete 2011 in ungewohnter Schärfe auf, als Vietnam erstmals Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft in Hanoi zuließ.

Vietnam ist bemüht, sämtliche Gespräche über die Archipele multilateral über die ASEAN zu führen. Auch die ASEAN-Mitglieder Indonesien, Malaysia und die Philippinen sind Opfer der chinesischen Maximalforderungsstrategie, das gesamte Südchinesische Meer für sich zu beanspruchen. China wiederum ist bestrebt, ausschließlich bilateral aus einer Position der Stärke zu verhandeln. Durch die am Jahresende erfolgten vietnamesisch-chinesischen Konsultationen ist das Konfliktpotenzial zunächst entschärft. Allerdings sehen sich sämtliche Anrainerstaaten einer chinesischen Strategie gegenüber, die auf Zeit und Stärke setzt. Während die

übrigen Staaten jeder militärischen Auseinandersetzung mit China aus dem Weg gehen, ist Vietnam das einzige Land, das diese Form der Konfliktaustragung nicht scheut. Ungeachtet der Betonung, ausschließlich an einer Verhandlungslösung interessiert zu sein, demonstriert die vietnamesische Haltung ein neues Selbstbewusstsein, das sich der aufstrebenden Großmacht China entgegenstellt.

Hochschulen und Lehre

Mehr qualifizierte Wissenschaftler

Die Bildung gehört nach wie vor zu den Schwerpunkten des vietnamesischen Regierungsprogramms. 20 Prozent des Haushaltes werden für diesen Bereich bereitgestellt. So soll das gesetzte Ziel, eine wissensbasierte Industriegesellschaft zu werden und dafür die notwendigen Fachkräfte auszubilden, erreicht werden.

Die Qualifizierung des Hochschullehrernachwuchses hat dabei oberste Priorität. Laut vietnamesischem Bildungsministerium (MOET) sind nur 19 Prozent der Hochschullehrer promoviert. Dies reicht noch nicht aus, um ein qualifiziertes Hochschulsystem aufzubauen. Dennoch hat sich die Situation durch das Qualifizierungsprogramm für Wissenschaftler unter dem Namen „322“ seit 2001 deutlich verbessert. Dies ergab eine Evaluierung, die am 9. Dezember 2011 nach zehnjähriger Programmlaufzeit vorgestellt wurde. Insgesamt wendete die Regierung 125 Mio. US-Dollar auf, um 7.000 Stipendiaten ins Ausland zu schicken, von denen 3.000 die Möglichkeit hatten, in ausgewählten Ländern zu promovieren. 95 Prozent der Stipendiaten sind zurückgekehrt und arbeiten in Vietnam. Aufgrund dieses Erfolgs wurde entschieden, das Programm fortzusetzen, um schließlich das Ziel zu erreichen, 35 Prozent der Hochschullehrer zu promovieren. Das Folgeprogramm soll unter dem Namen „911“ voraussichtlich ab 2012 weitergeführt werden. Seit 2003 wurden in Deutschland im Rahmen eines Abkommens zwischen dem DAAD und dem MOET insgesamt 291 Regierungsstipendiaten aufgenommen.

Diese Qualifizierungsprogramme flankieren die 2005 erlassene „Higher Education Reform Agenda“. Sie sieht vor, bis zum Jahr 2020 insgesamt 20.000 Promovierte hervorzubringen, davon die Hälfte im Ausland ausgebildet. Damit geht die Forderung einher, dass mindestens knapp die Hälfte eines Jahrgangs studiert, sich der Privathochschulbereichs auf 40 Prozent erweitert sowie Hochschulen stärker mit ihren Forschungsleistungen Mittel einwerben. Derzeit sind deutlich unter 20 Prozent eines Jahrgangs an den Hochschulen eingeschrieben. Zudem befinden sich weniger als 5 Prozent aller vietnamesischen Studierenden im Postgraduiertenbereich. Zahlen wie diese stießen letztlich die „Higher Education Reform Agenda“ an und ließen sie zu einem der ambitioniertesten Projekte der vietnamesischen Regierung werden.

Die Regierung schickte in den vergangenen zehn Jahren 7.000 Stipendiaten ins Ausland – 3.000 von ihnen promovierten. 95 Prozent kehrten nach Vietnam zurück.

Neues Hochschulgesetz

Viele Hochschulen unterstehen direkt dem Bildungsministerium, zahlreiche Forschungseinrichtungen arbeiten ausschließlich für Ministerien. Forschung findet an den Hochschulen noch nicht in ausreichendem Umfang statt. Das neue Hochschulreformgesetz soll Abhilfe schaffen und Vietnams Hochschulen international wettbewerbsfähiger machen, die Qualitätssicherung gewährleisten und den Hochschulen mehr Eigenverantwortung übertragen. Die in diesem Zusammenhang diskutierte Autonomie der Hochschulen ist sehr umstritten und wurde mehrfach in der Nationalversammlung diskutiert. Zwar bedeuten mehr Entscheidungsfreiheit und Verantwortung einen Zuwachs an Freiraum, doch stellt sich das Problem von der

›

Strategische Partnerschaft

Die Hanoier Erklärung von 2011 ist für die bilateralen Beziehungen zwischen Vietnam und Deutschland ein weiterer Meilenstein: Sie begründet eine strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnete die Erklärung während ihres Staatsbesuches im Oktober in Vietnam. Neben den politischen und wirtschaftlichen Themen wird darin auch die Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft als wichtiges Kooperationsfeld aufgeführt. Zum Anlass des Staatsbesuchs wurde auch die Errichtung eines Deutschen Hauses auf einem bundeseigenen Grundstück im Zentrum von Ho Chi Minh City besiegelt. Es soll dem Generalkonsulat sowie deutschen Organisationen und Unternehmen Platz bieten, um die mannigfaltigen deutschen Aktivitäten sichtbarer zu machen.

Auf Tuchfühlung mit der Bundeskanzlerin: Angela Merkel nimmt sich während ihres Vietnam-Besuchs Zeit für ein Gespräch mit zwei Studenten der Universität Frankfurt, die ein Semester an der Foreign Trade University in Hanoi studieren.

Zur Vorbereitung des Besuchs war Außenminister Guido Westerwelle im Juni nach Vietnam gereist. Mit großem Interesse nahm die Bevölkerung die Ernennung des vietnamesischstämmigen Philipp Rösler zum Vizekanzler und Wirtschaftsminister Deutschlands zur Kenntnis. Er avancierte in zahlreichen Internetblogs in Vietnam zum Star und besucht Vietnam voraussichtlich 2012.

In der Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam rangiert Deutschland als drittgrößter bilateraler Geber nach Japan und Korea und hat seit 1993 circa 1,2 Mrd. Euro für Projekte aufgewendet. Bei den Regierungsverhandlungen im Dezember 2011 wurden zusätzlich 288,2 Mio. Euro zugesagt. Sie sind für drei Schwerpunkte vorgesehen: nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, insbesondere Berufsbildung; Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sowie Gesundheit.

Der bilaterale Handel mit Deutschland ist laut Außenhandelskammer 2010 um 30 Prozent auf 3,4 Mrd. Euro angewachsen. Deutschland ist damit Vietnams größter Handelspartner innerhalb der Europäischen Union: Die vietnamesischen Exporte nach Deutschland sind deutlich höher als die Importe aus Deutschland. Wichtigste vietnamesische Exportprodukte nach Deutschland sind Textilien und Schuhe, Kaffee und Pfeffer, Meeresfrüchte und Holzprodukte. Mit Abstand wichtigste Einfuhrprodukte aus Deutschland sind Maschinen und Ausrüstungsgegenstände. Sie werden für das Ziel benötigt, bis 2020 ein Industrieland zu werden. Zu den Großprojekten mit deutscher Beteiligung gehören die bereits fertiggestellten prominenten Bauten des Nationalen Konferenzzentrums, das Hanoi-Museum, der Neubau des Innenministeriums sowie der Neubau des Parlamentsgebäudes. Die U-Bahn Linie 2 in wie sonst: Ho Chi Minh City wird ebenfalls mit deutscher Beteiligung erstellt.

Die Zahl der vietnamesischen Studierenden in Deutschland ist zwar auf 4.189 gestiegen, allerdings ist dieser Zuwachs zugunsten der vietnamesischen Bildungsinländer in Deutschland zu verbuchen: Sie gehören mit zu den erfolgreichsten Abiturienten in Deutschland.

Überlebensfähigkeit der Hochschulen jenseits der staatlichen Förderung. Es ist ein wechselseitiger Lernprozess, bei dem die schrittweise zu mehr Eigenverantwortung angehaltenen Universitäten dieser auch gerecht werden müssen. Hierzu bedarf es einer Reihe von Elementen, die für viele Hochschulen Neuland sind, unter anderem effektive Werbestrategien, klare Schwerpunktsetzungen und verlässliche Qualitätssicherungsstrukturen.

Fremdsprache und neue Curricula

Englisch wird bisher nur unzureichend an Schulen und Hochschulen vermittelt, die Fremdsprachenkenntnisse reichen für internationale Beziehungen nicht aus. Die Regierung geht das Problem umfassend an und hat einen Generalplan zum Fremdsprachenerwerb (2008–2020) entworfen: Der sieht vor, dass künftig sämtliche Hochschulabsolventen bilingual ausgebildet

werden, das heißt sie müssen Englisch auf B2-Niveau beherrschen. Abiturienten sollen B1-Kenntnisse nachweisen. Eine Initiative, deren Erfolg davon abhängt, inwieweit die Lehrkräfte an den Sekundarschulen, insbesondere auf dem Land, zusätzliche Sprachkenntnisse erwerben können.

Die Lehrpläne vietnamesischer Hochschulen unterliegen staatlicher Oberaufsicht. Sie sind in Zusammenhang mit der Grundausrichtung des Landes – der Entwicklung der Marktwirtschaft mit sozialistischen Charakteristika – zu sehen. Dementsprechend ist ein Teil des grundständigen Studiums für Pflichtveranstaltungen zur Staatsbürgerkunde reserviert. Mit zunehmendem Aufbau unabhängiger Lehr- und Forschungseinrichtungen dürfte dieser Anteil zukünftig graduell abnehmen.

Auf der anderen Seite gehen die Lehrpläne auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts und der Studierenden ein. Viele Fachbereiche bieten Spezialisierungen und Schwerpunkte an. Gleichzeitig hat die Modernisierung der Lehrinhalte im rein fachlichen Bereich stark aufgeholt, so dass der Abstand zu anderen Staaten in der Region verringert werden konnte. Zeitgemäße Lehrbücher, angepasst an die sozialen Veränderungen Vietnams, sorgen für ein offeneres Lernklima als noch vor wenigen Jahren.

Hochschulinflation

Um das Ziel von 450 Studierenden pro 10.000 Vietnamesen bis 2020 zu erreichen, benötigt das Land nach Auskunft des Bildungsministeriums knapp 600 Hochschulen. Zwar wurden in den vergangenen zehn Jahren zahlreiche neue Hochschulen eröffnet – rund 75 Prozent aller vietnamesischen Hochschulen sind in diesem Zeitraum gegründet worden – dabei handelt es sich aber zumeist um private Einrichtungen, die auf örtliche Klientel zugeschnitten sind und Schwierigkeiten haben, qualifiziertes Lehrpersonal einzustellen. Was fehlt, sind Hochschulen, die qualitativ dem lokalen und regionalen Wettbewerb standhalten können.

Insofern besteht das paradoxe Problem, dass Vietnam im Universitätsbereich auch Überkapazitäten hat. Da es den privaten Einrichtungen sowohl an Ausstattung als auch an qualifiziertem Personal mangelt, wollen Studierende viele dieser Neugründungen nicht besuchen. Die Hochschulen waren nicht in der Lage, sich einen Ruf aufzubauen, der die Studienortentscheidung positiv beeinflussen würde. Sie bilden häufig rein marktorientiert aus, finanzieren sich über Studiengebühren und vernachlässigen die Forschung. Hier wird zum Teil dem Vorbild ausländischer Hochschulen nachgeeifert. Den Anfang machte das Royal Melbourne Institute of Technology, die erste ausländische Hochschule, die ihre Pforten in Vietnam öffnen durfte.

Die Gesamtzahl der Studierenden liegt bei 1,7 Millionen, davon sind 700.000 Vollzeitstudenten. Damit bleibt die Gesamtzahl relativ niedrig, nicht einmal 20 Prozent eines Jahrgangs sind eingeschrieben. Einer der Gründe liegt in den nicht ausreichend vorhandenen Studienplätzen an den wenigen guten Hochschulen. Das Ziel der Regierung, die Einschreibequote auf 50 Prozent eines Jahrgangs anzuheben, konnte durch die vielen Hochschulneugründungen allein noch nicht erreicht werden. Zudem müssen zahlreiche kleine private Hochschulen wieder schließen, sobald die Nachfrage nach den wenigen angebotenen Fächern sinkt. Das MOET hat im Rahmen einer Qualitätsoffensive die Überprüfung von Hochschulen verschärft und einige zweifelhafte Neugründungen rückgängig gemacht.

Die Gesamtzahl der Studierenden ist mit 1,7 Millionen relativ niedrig – 20 Prozent eines Jahrgangs sind eingeschrieben. Die Regierung will eine Quote von 50 Prozent erreichen.

Umzug an die Peripherie

Um eine Expansion der Hochschulen räumlich zu ermöglichen, ist deren Verlagerung an die ›

Begeisterung für Schwarz, Rot, Gold: Das Deutschlandfest lockte im November über 500 an Deutschland interessierte Gäste auf den Campus des Vietnamesisch-Deutschen Zentrums.

Peripherie der Metropolen Hanoi und Ho Chi Minh City (HCMC) beschlossen worden. Ein Großteil der Hanoier Hochschulen wird in den nächsten Jahren nach Hòa Lạc, etwa 50 Kilometer südwestlich der Stadt, umziehen. Hier entsteht ein über 1.500 Hektar großer Industrie- und Wissenschaftspark, in dem rund 200.000 Personen tätig sein sollen, darunter viele Studierende. 1998 beschlossen, soll der Umzug bis 2020 abgeschlossen sein. Das gut 800-Millionen-US-Dollar-Projekt soll einen wichtigen Beitrag zu Vietnams Entwicklung hin zu einer wissensbasierten Ökonomie leisten. Bis 2020 werden etwa 60.000 Studierende in Hòa Lạc erwartet. Weitergehende Pläne sehen bis zum Jahr 2050 dann 160.000 Studierende vor. Der Plan stößt teilweise auf erheblichen Widerstand der Hochschulen. Sie befürchten, dass nicht viele Studierende und Dozenten bereit sein werden, weitab Hanois auf dem Land zu wohnen. Zudem wollen die Hochschulen nicht ihre günstig gelegenen Grundstücke im Innenstadtbereich aufgeben. Ähnliche Pläne gibt es für die Hochschulen in HCMC. Dort werden 1.750 Hektar für neue Gebäude in drei Universitätszonen – zwei im Norden und eine im Südwesten – bereitgestellt. Ein im Juni 2011 zwischen dem MOET und dem HCMC-Volkskomitee entwickelter Kriterienkatalog soll den Umzug in drei Phasen bis 2030 regeln.

Aus der Arbeit der Außenstelle

Das Deutschlandjahr in Vietnam ging am 14. Januar 2011 in der Hanoier Oper mit einer Parzivalaufführung glanzvoll zu Ende. Das Libretto für das Stück „Der durch das Tal ging“ hat der deutsche Dramatiker Tankred Dorst verfasst. Befürchtet wurde, dass nach dem Ende des Deutschlandjahres die vielseitigen Veranstaltungen und mannigfaltigen gemeinsamen Initiativen aus finanziellen Gründen nicht fortgeführt werden können. Um dem gezielt entgegenzuwirken, hat sich die Außenstelle frühzeitig bemüht, die bestehenden Synergien zu nutzen. Besonders gut gelang dies im Bereich der Alumni-Arbeit und der deutschen Sprache.

Viet Duc Alumnitalk

Anknüpfend an den Erfolg der Eröffnung des Alumniportals Deutschand (APD) entwickelten die Beteiligten des APD – DAAD, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Goethe-Institut – gemeinsam mit der

Deutschen Botschaft ein neues Format, um Deutschland-Alumni anzusprechen und langfristig in Kontakt zu bleiben. Es entstand die Idee des „Viet Duc Alumnitalk“, der einmal im Quartal unter wechselnder Federführung eines der beteiligten Partner durchgeführt wird; „Viet“ heißt „Vietnamesisch“, „Duc“ „Deutsch“. Statt einer Vortragsveranstaltung wurde die Form eines Expertengesprächs gewählt: Jeweils ein deutscher Experte und ein vietnamesischer Fachmann (Alumnus) tauschen sich im Beisein eines Moderators zu einem allgemeinen Thema aus. Im Berichtsjahr waren das „Deutsche und Vietnamesen: Ähnlichkeiten und Unterschiede“, „Hanoi vor dem Verkehrsinfarkt“, „Das neue Verbraucherschutzgesetz“. Bei jeweils 150 Teilnehmern findet diese Veranstaltungsform, die auch Zeit für Diskussionen lässt, regen Anklang.

Vor allem in Deutschland ausgebildete Juristen nahmen an der Veranstaltung zur „Korruptionsbekämpfung – deutsche Erfahrungen“ teil, die die Außenstelle zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete. Rednerin war die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin. Deutschland steht auf Rang 14 des „Corruption Perception Index“ von Transparency International, Vietnam belegt Platz 120. Vietnam hat allerdings beim jüngsten Parteitag die Korruptionsbekämpfung zu einem vorrangigen Thema erklärt.

Viet Duc alumnitalk

Deutsch: Von Karaoke- bis Essay-Wettbewerb

Um an das erfolgreiche Deutschland-Jahr in Vietnam 2010 anzuknüpfen, initiierte und finanzierte die Deutsche Botschaft Hanoi in Zusammenarbeit mit dem DAAD, dem Goethe-Institut sowie der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) am 6. November 2011 das Deutschland-Fest. Die Veranstaltung fand im Vietnamesisch-Deutschen Zentrum an der Technischen Universität Hanoi statt. Auf dem Gelände ist auch die DAAD-Außenstelle angesiedelt. Das von etwa 500 Besuchern belebte Fest wies neben traditionellen Volksfestelementen auch Bestandteile auf, für die überwiegend der DAAD zuständig war: Ein von der DAAD-Außenstelle in Vietnam initiierter Science Slam, ein Mobiltelefonfilmwettbewerb sowie zahlreiche Vorträge und Präsentationen waren Teil dieser Veranstaltung, die 2012 wiederholt werden soll.

Karaoke ist eine Leidenschaft in Ostasien – auch auf Deutsch sind Schüler und Studierende immer dafür zu haben. Die Außenstelle lud deshalb 2011 wieder zu einem Karaoke-Festival in Nord- und Südvietnam ein. Am 15. April hieß es „Bühne frei“ in Hanoi: Die sechs Teams bestanden aus engagierten Studierenden aller drei Hochschulen Hanois und der Chuyen-Ngu-Oberschule. Sie rockten im Bibliotheks-Festsaal der TU Hanoi vor über 200 begeisterten Gästen deutsche Lieder zum Thema „Liebe und andere Katastrophen“. Beim Wettbewerb am 4. Juni war das Interesse mit neun konkurrierenden Teams und über 400 Besuchern sogar noch größer.

Karaoke macht Lust auf Deutsch: Studierende aller drei Hochschulen Hanois und Schüler der Chuyen-Ngu-Oberschule rockten im Bibliotheks-Festsaal der TU Hanoi vor über 200 begeisterten Gästen deutsche Lieder zum Thema „Liebe und andere Katastrophen“.

Die elektronische Kommunikation bei jungen Menschen ist in Vietnam allgegenwärtig. Da stellte der Aufsatzwettbewerb „Ein Jahr ohne ›

Die ersten Absolventen: Im Beisein von Altbundeskanzler Gerhard Schröder erhalten zwölf Master ihre Abschlusszeugnisse.

Vietnamesisch-Deutsche Universität

Die Vietnamesisch-Deutsche Universität (Vietnamese-German University, VGU) in Ho Chi Minh City ist die erste staatliche Hochschule ausländischer Herkunft. Ihr kommt die Rolle eines Pioniers zu, dessen Humboldt'sche Prinzipien eine Vorbildfunktion für das gesamte vietnamesische Hochschulwesen entwickeln sollen. Ziel ist es, in den kommenden Jahrzehnten eine erstklassige Forschungshochschule aufzubauen.

Unterrichtet wird derzeit auf einem Übergangscampus 40 Kilometer von HCMC entfernt in Binh Duong und Thu Duc. Derzeit gibt es rund 400 Studierende.

Am 17. Februar 2009 gründete sich im DAAD in Bonn der Vietnamese German University Konsortialverein. Mitglieder im Verein sind aktuell 36 Hochschulen und Institutionen sowie der TU9-Verein.

Die VGU bietet zurzeit vier Master- und zwei Bachelorprogramme an:

- M.Sc. Computational Engineering (Ruhr-Universität Bochum),
- M.Sc. Sustainable Urban Development (BTU Cottbus),
- M.Sc. Business Information Systems (Hochschule Heilbronn und Hochschule Furtwangen),
- M.Sc. Mechatronics and Sensor System Technology (Hochschule Karlsruhe),
- B.Sc. Finance and Accounting (Universität Frankfurt a. M.),
- B.Eng. Electrical Engineering and Information Technology (FH Frankfurt a. M.).

Die Studiengebühren betragen 1.500 US-Dollar pro Studienjahr. Die ersten zwölf Masterabsolventen der VGU erhielten am 21. November 2011 ihr Abschlusszeugnis im Beisein von Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder.

Im März 2010 öffnete das erste Research Centre for Traffic and Transport.

Im Rahmen der „Higher Education Reform Agenda" (HERA) finanziert die Weltbank für die VGU als „New Model Research University" einen Campusneubau im Umfang von 180 Mio. US-Dollar. Er soll unweit des jetzigen Campus entstehen und 2017 fertiggestellt sein. In Hanoi hat die Vietnamesisch-Französische Universität University of Science and Technology Hanoi im Jahr 2010 ihren Betrieb aufgenommen. Weitere internationale Universitäten sind mit Großbritannien und Japan geplant.

Alles" für die Studierenden eine besondere Herausforderung dar: Sie sollten sich vorstellen, wie sie ein Jahr ohne Handy, Internet oder Computer verbringen würden. Die neun besten der 47 Einsendungen wurden mit einem Hochschulsommerkurs ausgezeichnet.

„Blickfang"

Mobiltelefone sind die ständigen Begleiter junger Vietnamesen und Vietnamesinnen. Daher sollten Studierende mit dem „Blickfang"-Wettbewerb angeregt werden, ihre Vorstellungen über Deutschland und ihre Vorlieben für die deutsche Kultur kreativ audiovisuell umzusetzen. Es kam zu witzigen, aber auch tiefsinnigen Zwei-Minuten-Beiträgen, die auf dem Deutschlandfest präsentiert und mit einem Jury- und Publikumspreis prämiert wurden.

Marketing und Forschung

Hochschulmesse

Wichtigstes Rekrutierungsinstrument für Selbstzahler sind die Hochschulmessen vom DAAD und seinem französischen Partner Campus France. Diese Partnerschaft hat sich auf dem vietnamesischen Bildungsmarkt als erfolgreich erwiesen. Im Dezember fand bereits die 3. Deutsch-Französische Bildungsmesse in Hanoi, Ho Chi Minh City und erstmals auch in Danang statt. Da die meisten Stipendiaten und Selbstzahler in Frankreich und Deutschland aus dem Norden Vietnams kommen, sollte ein Zeichen gesetzt werden, indem der Messeauftakt nach HCMC verlegt und danach die Messe in Hanoi fortgesetzt wurde. Doch es kamen nur 800 Besucher zur Veranstaltung in HCMC. In Hanoi ließen sich dagegen 1.500 interessierte Schüler, Studierende und

›

Emsiger Betrieb: Haupteingang der Hanoi University of Science and Technology (oben).

Auf dem Campus: Die Hanoi University of Science and Technology (links) beherbergt auch das Vietnamesisch-Deutsche Zentrum (rechts).

Hoher Besuch: Außenminister Guido Westerwelle informiert sich über die Arbeit der DAAD-Außenstelle (2. Reihe von unten, links).

Karaoke auf Deutsch: Neun Teams treten vor 400 Gästen gegeneinander an (links unten).

Teamarbeit: Die Mitarbeiter der DAAD-Außenstelle mit der Leiterin Hannelore Bossmann in der Mitte (rechts unten).

An der Vietnam Academy of Science and Technology (VAST) präsentierten der DAAD und deutsche Hochschulen Forschungs- und Fördermöglichkeiten in Deutschland. Die 200 angehenden Doktoranden interessierten sich sehr für das Angebot. Da viele bereits ein Stipendium haben, wird die Anzahl der Bewerber wohl hoch sein.

ihre Familien über ein Studium in Deutschland und Frankreich beraten. Elf deutsche Hochschulen stellten ihre Studien- und Forschungsprogramme vor. Im Mittelpunkt des Publikumsinteresses standen dabei die drei Studienrichtungen „Business, Wirtschaft, Management", „Ingenieurwissenschaften" und „Sozialwissenschaften und Recht". Anders als in anderen asiatischen Ländern möchte ein Großteil der Besucher bereits ein grundständiges Studium in Deutschland absolvieren.

Erasmus Mundus Roadshow

In Kooperation mit der Europäischen Kommission und europäischen Partnerländern wurde an wichtigen Hochschulen in Hanoi, HCMC, Hue, Danang und Cantho für das Erasmus Mundus Programm geworben. Viele Vietnamesen bekunden großes Interesse und haben sich bereits erfolgreich beworben. Von 2004 bis 2011 erhielten 257 Studierende ein Masterstipendium. In dem Programm gehört Vietnam damit nach Indonesien (284) zu den Spitzenreitern in Südostasien.

Erster Science Slam in Vietnam

Die jungen vietnamesischen Forscher sind noch ungeübt in der kurz gefassten Präsentation ihrer Forschung. Diese Schwierigkeiten wirken sich bei Bewerbungen und Konferenzen aus. Mit der Organisation eines Science Slam sollte eine Plattform geschaffen werden, auf der Nachwuchswissenschaftler Gelegenheit erhalten, ihre wissenschaftliche Arbeit und Forschung knapp und unterhaltsam vorzustellen. Dank des DAAD debütierte dieses Format in Vietnam. Die sechs Slammer begeisterten das Publikum auf dem Deutschlandfest mit zehnminütigen Präsentationen.

Forschungsmarketing an der Vietnam Academy of Science and Technology

Die verschiedenen genannten Qualitätsoffensiven im Hochschulbereich und die Regierungsstipendienprogramme erhöhen den Druck auf vietnamesische Dozenten zu promovieren. Daher ist es für deutsche Hochschulen und Forschungsinstitutionen interessant, diese Nachwuchsdozenten über Studien- und Forschungsmöglichkeiten zu informieren. Der DAAD reagierte neben kleineren Informationsseminaren mit einer großangelegten Forschungsmarketingveranstaltung in HCMC, die sich an zukünftige Promovenden im Süden Vietnams richtete. Dieser Workshop wurde in Kooperation mit der Vietnam Academy of Science and Technology (VAST) durchgeführt, die den DAAD eingeladen hatte, um dem Informationsdefizit zu Forschung in Deutschland entgegenzusteuern. 200 angehende Doktoranden und Doktorandinnen interessierten sich sehr für die Darstellung der deutschen Forschungslandschaft und die Fördermöglichkeiten sowie die Präsentationen der deutschen Hochschulen. Da die Teilnehmer ihr Stipendium mitbringen, wird die Anzahl der Bewerber wohl hoch sein. «

Tabelle 12 : Statistischer Überblick Vietnam 2011

1. Grunddaten [1]	
Gesamtfläche des Landes	**331.698 km²**
Bevölkerungszahl	**90,5 Mio**
Bevölkerungsdichte	**263,2 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**ca. 1,3–1,4 %**
Urbanisierungsgrad lt. Weltbank	**29 %**

2. Wirtschaftsdaten [2]	
BIP*	**106,43 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**1.160**
Anteil am globalen BIP	**k.A.**
Knowledge Economy Index (KEI) lt, Wikipedia	**Rang 102 / 140**
Wirtschaftswachstum lt. GTAI	**5,8 %**
Inflation lt. lt. Weltbank	**8,9 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen [3]	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2010*	**ca. 5,2 Mrd.**
Hochschultypen	
Dai hoc (Universität)	163
Cao dang (Kollegs mit dreijährigen Studiengängen)	223
Anzahl der Hochschulen gesamt	**386**
staatlich	306 [4]
privat	80 [5]
Anzahl Hochschullehrer	**74.573**
davon ordentliche Professoren 2010 [6]	1.407
Promovierte	7.924
Masterabsolventen	30.374
Eingeschriebene Studierende 2010/11	**2.162.106**
an staatlichen Institutionen	1.828.185
an privaten Institutionen	333.921
Cao dang	726.219
Dai hoc	1.435.887
Frauenanteil	50 %
Vollzeit Cao dang	675.724
Vollzeit Dai hoc	970.644
Anteil ausländischer Studierender	**k.A.**
Studierende der Naturwissenschaften	k.A.
Studierende der Geisteswissenschaften	k.A.
Doktoranden	k.A.
Abschlüsse 2010/11	
Bachelor's Degree Dai hoc	187.379
Abschluss Cao dang	130.966
Master's Degree	k.A.
Doctorate	k.A.
Studiengebühren / Studienjahr 2010/011*	
an staatlichen Institutionen	max. 480
an privaten Institutionen	max. 6.000

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Ausländische Studierende gesamt	**k.A.**
nach Herkunftsländern:	
1. Laos	k.A.
2. Kambodscha	k.A.
3. China	k.A.
4. Mongolei	k.A.
5. Russland	k.A.
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	**101.000**
davon in Deutschland	4.189

Die zehn beliebtesten Zielländer für Studierende [7]	
1. Australien	25.000
2. USA	14.888
3. China	12.500
4. Singapur	7.000
5. Großbritannien	6.000
6. Frankreich	5.540
7. Russland	5.000
8. Deutschland	4.189
9. Kanada	3.500
10. Japan	3.500

* Angaben in US-Dollar

1 www.wikipedia.org
2 www.worldbank.org
3 www.moet.gov.vn
4 197 Cao dang + 113 Dai hoc = 306
5 30 Cao dang + 50 Dai hoc = 80
6 lt. Staatlicher Berufungskommission
7 Angaben des MOET

Quellen:
- www.worldbank.org
- www.moet.gov.vn
- www.gso.gov.vn
- www.wikipedia.com

(Alle Links mit letztem Zugriff 01.2012)

Tabelle 13 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Vietnam

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**32**
	A	**265**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	15
	A	10
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	6
	A	231
davon Doktoranden	D	2
	A	176
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	11
	A	24
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	4
	A	15
2–6 Monate	D	15
	A	21
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	13
	A	229
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	1
	A	43
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	145
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	11
Lektoren	D	5
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	4
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	8
Praktikanten	D	13
	A	2
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	11
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**170**
	A	**334**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	36
	A	50
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	29
	A	133
davon Doktoranden	D	8
	A	33
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	105
	A	151
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	136
	A	201
2–6 Monate	D	26
	A	76
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	8
	A	57
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	34
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	4
	A	5
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	71
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**202**
	A	**599**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**801**

Jakarta

Im wirtschaftlichen Aufwind

Dr. Helmut Buchholt leitete die Außenstelle Jakarta von 2009 bis 2011. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1990 und hat zurzeit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wachsende Wirtschaft und Einkommensunterschiede

Die Einschätzungen zur gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Indonesiens sind positiv. Dem Land werden hervorragende makroökonomische Daten attestiert. Tatsächlich gehört Indonesien zu den wenigen Ländern, in denen die Wirtschaft trotz der internationalen Finanzkrise gewachsen ist. In den vergangenen Jahren wies Indonesien Wachstumsraten um die 6 Prozent aus. Dieses Niveau wird nach Ansicht internationaler Beobachter auch in Zukunft erreicht werden. Die wirtschaftliche Prosperität beruht insbesondere auf einem starken Binnenmarkt, der das Land von den globalen Turbulenzen weitgehend unabhängig macht. Der Inlandskonsum macht etwa 60 bis 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Deutschland genießt hohes Image

Qualitätsprobleme bei Abschlüssen

Bildungsmarkt für deutsche Hochschulen

Schere zwischen Arm und Reich

Doppeldiplomprogramme sind beliebt

Dieser Faktor, ein rund 7 Mrd. US-Dollar umfassendes Konjunkturprogramm der Regierung sowie Zinssenkungen der Zentralbank haben die Wirtschaft stabilisiert. Zudem gab es nach den Erfahrungen der Finanzkrise 1998 zahlreiche Reformen im Finanzsektor, die sich jetzt als Vorteil erweisen. Bemerkenswert ist auch das Senken der Staatsverschuldung von 130 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 1998 auf rund 30 Prozent im Jahr 2010.

Darüber hinaus ist Indonesien reich an mineralischen Rohstoffen wie Erdgas, Kohle, Öl, Bauxit und Gold und profitiert von steigenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt. 2010 nahmen die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 35,4 Prozent auf 157,7 Mrd. US-Dollar zu. Dadurch erhöhte sich der im Außenhandel erzielte Überschuss im gleichen Zeitraum um 12,4 Prozent auf 22,1 Mrd. US-Dollar. Vor allem für die rohstoffarmen Nachbarländer China, Korea, Singapur und Japan ist Indonesien ein wichtiger Lieferant fossiler Energie- und Industrierohstoffe. Entsprechend zählen China, Japan und Singapur zu den Haupthandelspartnern. Der Handel mit den traditionellen Partnern, Europa und USA, hat sich in den vergangenen Jahren verringert.

Doch die Ausbeutung der Bodenschätze hat einen hohen Preis. In keinem anderen Land verschwinden derzeit die tropischen Regenwälder schneller als in Indonesien. Drei Viertel der dortigen Regenwälder sind bereits vernichtet. Gezielte Brandrodung durch Agrarkonzerne hat mit dazu beigetragen, dass Indonesien mittlerweile

nach den USA und China auf Platz drei der Kohlendioxid-Emissionsverursacher steht. Auf dem G20-Gipfel im September 2009 hat Susilo Bambang Yudhoyono, der Präsident von Indonesien, eine Verminderung der CO_2-Emissionen von 25 Prozent bis 2020 angekündigt.

Angesichts der sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung Indonesiens, bestätigt durch Rating-Agenturen, nahmen die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2010 um 52 Prozent auf etwa 16 Mrd. US-Dollar zu. Von den Gesamtinvestitionen 2010 in Indonesien entfielen 71 Prozent auf ausländische Investoren. Diese stammten vorwiegend aus Singapur (über 30 Prozent), Großbritannien (knapp 12 Prozent) und den USA (weniger als 6 Prozent). Deutschland belegt bei den ausländischen Investoren zurzeit den 11. Rang.

Die guten makroökonomischen Daten dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Indonesien zwei Drittel der Wirtschaftsleistung im informellen Sektor erwirtschaftet werden und die Landwirtschaft weiterhin eine wichtige Rolle spielt. Es wird geschätzt, dass etwa 43 Prozent der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft, nur 18 Prozent in der Industrie und knapp 40 Prozent im Dienstleistungsbereich arbeiten. Mehr als jeder zweite Indonesier arbeitet ohne Vertrag. Die Zahlen über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind deshalb nur bedingt aussagekräftig und setzen voraus, dass die jeweils zugrundegelegten Parameter angegeben werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung kommt vor allem einer wachsenden Mittelschicht zugute. Ein Bericht des Indonesian Economic Quarterly hob hervor, dass seit 2003 Jahr für Jahr sieben Millionen Menschen der Aufstieg in die Mittelklasse gelungen sei. Dazu werden gesellschaftliche Gruppen gerechnet, die mehr als 70 Prozent ihres Einkommens für andere Güter als Nahrungsmittel ausgeben. Folgt man dieser Definition, dann würden im Jahr 2014 über 160 Millionen, also weit mehr als die Hälfte der Indonesier, zur Mittelklasse gehören. Solche Definitions- und Rechenmodelle haben mit der Realität nur wenig zu tun, können aber als Beleg dafür gesehen werden, dass sich das Land im Bewusstsein des wirtschaftlichen Aufwinds befindet und man sich Gedanken über die Partizipation an dieser Entwicklung macht.

So verwundert es nicht, dass die Einschätzung der Weltbank anders lautet: Nach wie vor gelten 50 Prozent der Indonesier als arm, wobei es regionale Unterschiede gibt. Bei solchen Berechnungen wird in der Regel ein Einkommen von unter 2 US-Dollar pro Tag zugrunde gelegt. Fest steht, dass die seit 2008 erheblich gestiegenen Nahrungsmittelpreise die Lage der Armen verschärft haben: Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Die Zahl der reichen Indonesier wächst: Gegenwärtig geht man von etwa 30.000 Dollarmillionären und 20 Dollarmilliardären aus. Somit kommen der Verteilung des erwirtschafteten ökonomischen Einkommens und der Teilhabe der Bevölkerung eine entscheidende Bedeutung zu.

Die Ausbeutung der Bodenschätze hat einen hohen Preis: In keinem anderen Land verschwinden derzeit die tropischen Regenwälder schneller als in Indonesien.

Fehlende Infrastruktur und Korruption

Trotz positiver makroökonomischer Wachstumsraten hemmt fehlende Infrastruktur in praktisch allen Bereichen die weitere Entwicklung. Um das erreichte wirtschaftliche Niveau halten und ausbauen zu können, wurde im Februar 2011 unter Vorsitz des Präsidenten ein ehrgeiziger „Masterplan zur Beschleunigung und Ausweitung des ökonomischen Aufbaus Indonesiens 2011–2025“ aufgestellt. Er zielt auf den Ausbau der Infrastruktur in den verschiedenen Regionen des Landes. Aufgeteilt in regionale Korridore, soll er den jeweiligen Erfordernissen bei der Entwicklung der Infrastruktur Rechnung tragen. Am Ende soll nicht nur eine

›

RACHE PER FACEBOOK

Korruptionsskandale, die das Parlament, die Polizei und die Ministerialbürokratie betrafen, wurden als übliche Ereignisse registriert. Jedoch zeigte der Fall des Schatzmeisters der regierenden „Demokratischen Partei", Muhammad Nazaruddin, eine neue Dimension auf. Schließlich war die Partei des Präsidenten wegen ihrer strikt auf Korruptionsbekämpfung setzenden Parolen als Wahlsieger aus den jüngsten Parlamentswahlen hervorgegangen.

Das Besondere an diesem Fall war, dass Nazaruddin sich nicht nur persönlich mit einer fantastischen Geldsumme aus dem Budget für die Südostasienspiele bereichert hatte, sondern sich aus seinen Verstecken im Ausland über Twitter und Facebook an der politischen Klasse Indonesiens rächte, indem er täglich über neue Details aus der Korruptionspraxis seiner Parteifreunde berichtete. Mit Entsetzen konnten die Indonesier verfolgen, wie einer nach dem anderen in den Korruptionssumpf gezogen wurde. Weder die Antikorruptionsbehörde KPK noch die Familie des Präsidenten, der vor zwei Jahren als oberster Kämpfer gegen die Korruption wiedergewählt worden war, blieben von den Enthüllungen verschont. Als Nazaruddin schließlich in Kolumbien gefasst und nach Indonesien ausgeliefert worden war, bot er an, sich an nichts mehr zu erinnern, wenn seine Frau verschont bliebe, die ebenfalls der Korruption angeklagt war.

Das Vertrauen in die politische Elite ist durch diesen Fall grundlegend erschüttert worden. Nach Ansicht vieler Beobachter kann von einer tiefen Legitimationskrise gesprochen werden: Vielen Menschen falle es angesichts der Enthüllungen schwer, den Glauben an die Demokratie zu bewahren. Umso mehr komme es jetzt darauf an, zwar eine kritische Haltung gegenüber öffentlichen Personen einzunehmen, aber die bisher erreichten demokratischen Errungenschaften nicht aufzugeben, weil sonst der Weg zurück in die Autokratie drohe.

bessere Infrastruktur vorhanden sein. Die Wirtschaftsstruktur soll sich auch zugunsten des tertiären Sektors so verändern, dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen Indonesiens von derzeit veranschlagten 3.000 US-Dollar auf bis zu 13.000 bis 16.000 US-Dollar steigt.

Ein anderes zentrales Problem Indonesiens ist die Korruption. Potenzielle Investoren beklagen hohe, auf fast allen Stufen des Staats- und Verwaltungsapparates anfallende illegale Nebenkosten. Das Ausmaß und spektakuläre Fälle von Korruption haben 2011 einen neuen Höhepunkt erreicht. Es sind gerade die politischen Eliten, die dabei sind, ihre Chancen und den Glauben an die Demokratie durch Korruption zu verspielen.

Ein ungeklärtes Verhältnis: Staat und Religion

In der westlichen Wahrnehmung erfährt die Frage der Religion in Indonesien zunehmende Aufmerksamkeit. Das Land mit der weltweit größten islamischen Bevölkerung wird einerseits gern wegen seiner demokratischen Strukturen und religiösen Toleranz herausgestellt, andererseits aber auch wegen der dynamischen Entwicklung des Islams besonders beobachtet. Zahlreiche Übergriffe gegen nicht-muslimische Glaubensrichtungen, die Ermordung von Anhängern der Glaubensgemeinschaft Ahmadiyya, geringe Bestrafung der Täter und teilweise verharmlosende Stellungnahmen politisch Verantwortlicher haben das Bild vom toleranten Land in diesem Jahr zumindest infrage gestellt. Zudem spricht nach Ansicht von Beobachtern vieles dafür, dass in Indonesien radikale islamische Kräfte zunehmend an Einfluss gewinnen. So seien islamische Symbole im Alltag, in der Öffentlichkeit und den Medien sichtbarer geworden. Weiterhin sei augenfällig, dass es trotz der Staatsphilosophie Pancasila, die eine weitgehende Religionsfreiheit garantiere, ein ungeklärtes Verhältnis von Staat und Religion gebe.

Wenngleich alle diese Beobachtungen zutreffend sind, so bleibt doch die Frage: Wird sich Indonesien mehr und mehr zu einem islamischen Staat entwickeln? Es besteht kein Zweifel daran, dass es in Indonesien radikale islamische Gruppen gibt, die ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen bereit sind. Hintergrund dafür könnte sein, wie Franz Magnis-Suseno, Jesuitenpater und Philosophieprofessor, bemerkte, dass der indonesische Traum von Demokratie derzeit auf Sparflamme stehe. Und für Al Makin, Islamwissenschaftler und DAAD-Alumnus, scheint Radikalismus ein sicherer Hafen für jene, die mit der rasanten Entwicklung der Welt unzufrieden sind und sich im brutalen Konkurrenzkampf unterlegen fühlen. Beide Sichtweisen zielen interessanterweise auf die Beziehung

zwischen sozialer und politischer Realität einerseits und einem möglichen Anwachsen eines islamistischen Potenzials andererseits.

Eine kürzlich unter Beteiligung der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführte Studie hebt hervor, dass der überwiegende Teil der Indonesier sich nach wie vor einem kulturellen, nicht einem politischen Islam verbunden fühlt. Etwa ein Fünftel der muslimischen Bevölkerung verfolge allerdings eine islamistische Orientierung. Die Zahl der aktiven Islamisten schätzen die Autoren auf etwa 5 Prozent. Diese Zahlen, so die Studie, demonstrieren eine signifikante ideologisch-islamische Präsenz in Indonesien. Zudem würden etwa 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung von den Informationen des politischen Islam erreicht, ohne dass allerdings klar zu bestimmen sei, inwiefern und wie weit deren politische Einstellungen durch die Informationen beeinflusst würden. Die Studie beobachtet auch eine deutliche Zunahme an öffentlicher islamischer Symbolik und eine Stärkung islamischer Identität sowohl beim Einzelnen als auch in der Gemeinschaft. In den letzten fünf Jahren trügen deutlich mehr Muslimas Kopftücher, eine Beobachtung, die mit Nachdruck bestätigt werden kann. Aus der Verwendung dieser kulturellen Muster allerdings auf eine Stärkung des politischen Islam zu schließen, halten die Autoren der Studie für falsch. Ihr Fazit lautet, dass die zweifellos gewachsene öffentliche islamische Symbolik kulturell bedingt und keine politische Intention damit verbunden sei. Eine Bedrohung der Demokratie in Indonesien gehe mit der sichtbar zunehmenden islamischen Symbolik nicht einher. Dieser Einschätzung ist grundsätzlich zuzustimmen. Ein signifikantes Anwachsen des politischen Islams ist gegenwärtig weder erkennbar noch von den einflussreichen politischen Gruppen erwünscht. Die wirtschaftliche Prosperität und paradoxerweise gerade das ungeklärte Verhältnis zwischen Staat und Religion tragen dazu bei, dass der Islamismus wenig Entfaltungsmöglichkeiten hat. Das könnte sich allerdings ändern, wenn das Land von einer schweren wirtschaftlichen Krise heimgesucht würde, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Zu wenig Geld für Gesundheit und Bildung

Soziale Ungleichheiten zeigen sich bei gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten, besonders aber im Gesundheits- und Bildungsbereich. Medizinisch behandelt wird grundsätzlich nur, wer vorab gezahlt hat. Wer über ein hohes Einkommen verfügt, kann sich in modernsten medizinischen Einrichtungen behandeln lassen. Die medizinische Grundversorgung wird von Basisgesundheitseinrichtungen (Puskesmas) übernommen. Dort sind die Gebühren noch erschwinglich. Mit der Qualität der Einrichtungen steigen die Kosten. Ein ungelöstes Problem bildet die Sicherung der medizinischen Versorgung in allen Gebieten des Landes sowie die hohe Kinder- und Müttersterblichkeit. Aus Sicht der Weltbank gibt die indonesische Regierung zu wenig Geld für das Gesundheitssystem aus.

Ähnliches gilt für das Bildungssystem. Die Qualität der Schulbildung ist, auch verglichen mit anderen südostasiatischen Ländern, auf einem niedrigen Niveau. Bei den letzten Pisa-Studien erreichte Indonesien in den Naturwissenschaften Platz 50 (von 57) und bei den Lesefähigkeiten Rang 48 (von 56). Neben dem staatlichen Schulsystem hat sich eine große Zahl von Schulen etabliert, die unter christlicher und islamischer Trägerschaft stehen. In diesen Schulen ist das Bildungsangebot oft besser, allerdings sind die dort anfallenden Schulgebühren für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht bezahlbar. Eine gute Schulbildung und soziale Partizipationsmöglichkeiten hängen in hohem Maße vom familiären Einkommen ab. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter und zeigt sich auch in der akademischen Ausbildung. ›

Die Rolle des Islam in der indonesischen Gesellschaft ist weiterhin ein Thema, das international große Beachtung findet. Indonesien ist das größte islamische Land der Welt. Ein signifikantes Anwachsen des politischen Islams ist aber gegenwärtig weder erkennbar noch von den einflussreichen politischen Gruppen erwünscht.

Sichtbar modern: die neue Bibliothek der Universitas Indonesia in Depok.

Wie viel Autonomie für Hochschulen?

Als eine große Errungenschaft seit der Einführung der Demokratie galt die größere Autonomie der renommierten Hochschulen. Diese Entwicklung, die sich nur auf sieben Hochschulen des Landes bezog, wurde schon 2011 wieder infrage gestellt. Die Diskussion über den Grad der gewährten Autonomie hält an. Das Bildungsministerium hatte zu Anfang angekündigt, dass der eingeleitete Prozess nach mehreren Jahren überprüft werden müsse, bevor eine endgültige Entscheidung falle. Ergebnis der bereits seit zwei Jahren geführten Diskussionen ist der Kompromiss, die endgültige Entscheidung für ein weiteres Jahr auszusetzen. Die Überprüfung hatte Zweifel an der Sinn- oder Rechtmäßigkeit dieser Regelung aufkommen lassen und zugleich zu Unruhe in den beteiligten Hochschulen geführt.

Die betroffenen Hochschulen argumentieren, dass der Autonomie-Prozess unumkehrbar sei. Sie gehen davon aus, dass sich an der nun gängigen Praxis der letzten Jahre nichts Grundlegendes ändern werde. Tatsächlich haben die Hochschulen den ihnen eröffneten Raum für Entscheidungen sehr weit genutzt und beispielsweise Grundstücke gekauft. Sie haben sich umstrukturiert, Verwaltung, Management und Curricula modernisiert sowie neue Personal- und Evaluationssysteme eingeführt. Dazu gehören auch Formen der inneruniversitären Demokratisierung. Anders als in früheren Jahren werden in diesen sieben Universitäten jetzt Rektoren, Dekane und weitere Funktionsträger gewählt statt politisch bestimmt.

Die mit der Einführung der Reform verbundene Anforderung an die Hochschulen, einen Teil ihrer Mittel selbst zu erwirtschaften, hat zu dramatisch steigenden Studiengebühren, aber auch zu mehr Orientierung an den Bedürfnissen der Studierenden geführt. Es gibt eine deutliche Tendenz zur Kommerzialisierung von Bildung. Allerdings werden nun die Hochschulen in noch größerem Maße für den Studienerfolg der Studierenden verantwortlich gemacht: Ein Studien-Misserfolg fällt somit auf die Hochschule zurück. Die Folge ist ein Qualitätsproblem, denn die Lehrenden haben ein vitales Interesse daran, allen Studierenden ein Abschluss-Zertifikat zu erteilen. Das schon vor Jahrzehnten bestehende Problem symbolischer statt qualitativ fundierter Bildungsabschlüsse bleibt so weiter erhalten, obwohl offiziell höhere und bessere Bildungsabschlüsse das erklärte Ziel der Politik darstellen.

Lehrende an Universitäten müssen heute mindestens einen Masterabschluss, oft schon eine Promotion vorweisen. In der Vergangenheit reichte meistens ein Bachelorabschluss für eine Lehrtätigkeit an einer Hochschule aus. Problematisch ist jedoch, dass derartige Regelungen die Studienabschlüsse nicht qualitativ verbessert haben. Es ist zu hoffen, dass die vom Bildungsministerium angekündigten schärferen Regelungen, die mit Blick auf Qualität und

Anhebung des Niveaus in Promotionsstudiengängen verlangt werden, umgesetzt werden. Die mittelfristige Planung des Bildungsministeriums sieht vor, dass Hochschullehrer an den bedeutenden Universitäten promoviert sein müssen. Die angestrebte Verbesserung der wissenschaftlichen Qualität ist ein wichtiger und notwendiger Schritt, um internationale Standards zu erreichen.

Erfreulich ist, dass sich die indonesischen Hochschulen weiterentwickeln wollen und sich ehrgeizige Ziele setzen. Besonders die bedeutenden Universitäten wollen international in Lehre und Forschung konkurrenzfähig werden. Deshalb ist das Interesse an Internationalisierung groß. Alle wichtigen Hochschulen haben interne Strukturen für die Organisation und die Förderung von internationaler Zusammenarbeit und Austausch geschaffen und pflegen vielfältige Kontakte ins Ausland oder streben sie an. Die indonesischen Universitäten interessieren sich auch verstärkt für Doppelabschlussprogramme, die von der Regierung unter anderem mit Stipendien gefördert werden. Doppelabschlussprogramme sind beliebt, weil sie einen intensiven Wissensaustausch über Studienorganisation und -inhalte sowie festgelegte Standards voraussetzen. Außerdem fördern sie die Entwicklung englischsprachiger Studiengänge, von denen es in Indonesien erst wenige gibt. Deutsche Universitäten zeigen sich bei Kooperationen noch immer viel zurückhaltender als zum Beispiel australische oder niederländische Hochschulen.

Der Trend zur Ausbildung im Ausland wird sich fortsetzen, denn Ausbildung und Forschung befinden sich an indonesischen Hochschulen noch in der Entwicklung und die Studiengebühren sind hoch. Außerdem ist für die wohlhabenden Eliten ein Auslandsstudium nach wie vor der Regelfall. Ein internationaler Studienabschluss genießt ein hohes Prestige und bedeutet auf dem Arbeitsmarkt einen wichtigen Wettbewerbsvorteil. Europa und insbesondere Deutschland könnten und sollten beim Auslandsstudium weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Das Image Deutschlands als Hochschul-, Wirtschafts- und Kulturstandort ist hoch. Die Zahl der indonesischen Studierenden in Deutschland liegt konstant bei 2.400. In Europa ist Deutschland für Indonesier das wichtigste Zielland und liegt weltweit hinter Australien, den USA und Malaysia auf Platz 4, gefolgt von Japan. Wenn diese Position gehalten werden soll, ist eine stärkere Präsenz deutscher Hochschulen und Institutionen vor Ort erforderlich. Wichtige Ausbildungs- und Forschungsbereiche in Indonesien sind Meeresforschung, Biotechnologie, Umwelttechnologie, alternative Energien sowie Forschungen zu den Folgen des Klimawandels und zu Biodiversität – Bereiche, in denen deutsche Hochschulen eine hohe Expertise besitzen.

Das indonesische Bildungsministerium hat das große Potenzial erkannt, das in der Entwicklung der Hochschulen liegt. Es unterstützt deren Qualifizierungsbemühungen durch umfangreiche Stipendienprogramme für junge graduierte Wissenschaftler, die an Universitäten oder Forschungseinrichtungen angestellt sind. Gefördert werden Master- und Promotionsstudien im In- und Ausland.

Der DAAD in Indonesien

Stipendienprogramme weiterhin attraktiv

Die Nachfrage nach DAAD-Stipendien war auch im Jahr 2011 groß. Die Bewerberzahlen für die wichtigsten Stipendienprogramme blieben konstant oder stiegen teilweise weiter an. Bereits im Dezember 2010 wählte die Außenstelle, wie üblich gemeinsam mit dem indonesischen Bildungsministerium, die Jahresstipendien 2011/2012 aus. Von den 60 Bewerbern erhielten 16 eine ›

Besonders die sieben großen indonesischen Universitäten wollen international in Lehre und Forschung konkurrenzfähig werden. Sie legen Wert darauf, dass ihre Hochschullehrer promoviert sind:

- Universitas Indonesia (UI) in Jakarta,
- Institut Teknologi Bandung (ITB),
- Institut Pertanian Bogor (IPB),
- Universitas Gadjah Mada (UGM), Yogyakarta,
- Universitas Airlangga (UNAIR), Surabaya,
- Universitas Pendidikan Indonesia (UPI), Bandung,
- Universitas Sumatera Utara (USU), Medan.

Deutschland ist für indonesische Studierende das Zielland Nr. 1 in Europa und liegt weltweit hinter Australien, den USA und Malaysia auf Platz 4, gefolgt von Japan.

JERIN – DEUTSCHE WOCHEN IN INDONESIEN

Von Anfang Oktober 2011 bis Ende März 2012 veranstalteten die deutschen Institutionen in Indonesien auf Initiative der Deutschen Botschaft die Deutsch-Indonesischen Wochen (JERIN). Die unterschiedlichen Veranstaltungen zogen viel Publikum an. Sie warben überzeugend für Deutschland als Wirtschafts-, Kultur-, Bildungs- und Hochschulstandort sowie als wichtigen Partner für Indonesien. Besonders hervorzuheben ist die gelungene Bündelung von Veranstaltungen unterschiedlicher deutscher Institutionen und die daraus resultierenden Synergieeffekte. Die Außenstelle präsentierte sich vor allem mit Alumni-Veranstaltungen, wissenschaftlichen Fachvorträgen und -seminaren, Informationsständen, Kinderuniversitäten und Ausstellungen.

Förderung. Die neuen Stipendiaten besuchten Deutschkurse in Jakarta und Deutschland; vor Reiseantritt im Mai lud die DAAD-Außenstelle sie zu einem interkulturellen Training ein.

Im „DAAD-Aceh Scholarship of Excellence Programme“ wurden im Jahr 2011 insgesamt 30 Studierende gefördert.

14 Indonesier nahmen 2011 ein Masterstudium in Deutschland auf – ausgestattet mit einem begehrten Stipendium für entwicklungsländerbezogene Aufbaustudiengänge aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Das ausgeschriebene Stipendienprogramm für Masterstudien in „Public Policy and Good Government“ traf erneut den Bedarf – die Nachfrage ist stark.

Im Hochschulsommerkurs-Programm wurden 13 Studierende aus Deutschabteilungen in Indonesien gefördert.

Von Studienaufenthalten sowie Wiedereinladungs- oder Forschungskurzstipendien profitierten im Jahr 2011 neun erfahrene indonesische Wissenschaftler beziehungsweise Alumni. Sie konnten mehrere Monate in Deutschland wissenschaftlich arbeiten.

Überaus erfolgreich sind in Indonesien die Hochschulmanagement-Trainingskurse für Universitätsdozenten in Leitungsfunktionen wie UNISTAFF, UNILEAD und IDC (International Deans' Course). Diese beliebten Kurse sind wichtige positive und nachhaltige Einflussgrößen für strukturelle Verbesserungen an den Hochschulen.

Des Weiteren hat die Außenstelle zwölf meist junge deutsche Wissenschaftler bei ihren DAAD-geförderten Forschungsaufenthalten in Indonesien betreut.

Deutsche und indonesische Hochschulen verstärkten ihre Zusammenarbeit: Das Export-Kooperationsprojekt zwischen der Hochschule Wismar und dem Institut Teknologi Sepuluh Nopember (ITS) Surabaya lief mit 23 Studierenden an. Deutsche Hochschullehrer unternahmen mehrere Fact-Finding-Missions, um Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Beraterprogramme und Hochschulpartnerschaften wurden neu begonnen oder fortgeführt.

Förderung der deutschen Sprache

An indonesischen Universitäten in Jakarta und Bandung arbeiten zurzeit vier Lektoren für Germanistik/DaF. Das Lektorat an der Universitas Indonesia (UI) wurde im August mit Dr. Svann Langguth besetzt. Die Lektoren boten neben den Aufgaben an ihren Instituten Fortbildungen für Deutschdozenten an anderen Standorten an und berieten ausführlich über Stipendienprogramme und Studienmöglichkeiten in Deutschland. Jeweils eine Sprachassistentin war an der Universitas Pendidikan Indonesia in Bandung und an der Universitas Gadjah Mada in Yogyakarta tätig.

Die Deutschabteilung der Universitas Indonesia in Jakarta hat 2011 ihr 50-jähriges Bestehen mit einer großen Feier und einem Symposium begangen – unter den Gästen waren die Botschafter der deutschsprachigen Länder sowie Fachvertreter aus Deutschland.

Der indonesische Germanistenverband hat die regelmäßige Veröffentlichung eines elektronischen Newsletters für ganz Südostasien beschlossen.

Die Außenstelle nimmt regelmäßig an den Sitzungen des „Ständigen Ausschusses Deutsch als Fremdsprache“ teil. Der Ausschluss wurde umbenannt in „Netzwerk Deutsch“.

Die DAAD-Langzeitdozentin für Meeresbiologie, Dr. Karen von Juterzenka, hat ihre erfolgreiche Arbeit an der Agrarwissenschaftlichen Universität Bogor fortgesetzt. Dank ihres Engagements strahlt die Dozentur auf andere Standorte aus und hat den vielen bilateralen Kooperationen, Projekten und Initiativen, beispielsweise des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Bereich Meeresbiologie, wichtige Impulse gegeben.

Seit 2011 sind die Fachlektorate in Rechtswissenschaften an der Universitas Gadjah Mada in Yogyakarta und in Wirtschaftswissenschaften an der Universitas Islam Negeri in Jakarta mit Dr. Nils Wagenknecht (Recht) und Dr. Margareth Gfrerer (Wirtschaft) besetzt.

Marketing für Deutschland

Deutschland genießt als Studien- und Bildungsstandort in Indonesien hohe Reputation. Indonesien ist deshalb als Bildungsmarkt für deutsche Hochschulen sehr interessant. Information und Beratung zum Studium in Deutschland war 2011 wieder ein prägender Teil der DAAD-Arbeit vor Ort. Die Außenstelle war zudem auf zahlreichen Bildungsmessen und Informationsveranstaltungen an Schulen und Hochschulen aktiv. Sie arbeitet mit der Deutschen Botschaft, dem Goethe-Institut, Alumni-Vereinigungen und dem Studienkolleg Indonesia zusammen. Auch die Kooperation mit den internationalen Bildungsagenturen, besonders mit den Campus France und Neso/Nuffic und der EU, läuft gut. ›

Rückbesinnung: in letzter Zeit tragen immer mehr Muslimas Kopftücher (oben).

Hoher Besuch: An der Universitas Indonesia spricht sich der damalige Bundespräsident Christian Wulff vor 200 Germanistikstudierenden und Gästen für intensive bilaterale Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene aus (2. von oben).

Neues Stipendienabkommen unterzeichnet: In den kommenden Jahren werden etwa 180 bis 230 Promotionen und Forschungsaufenthalte für indonesische Studierende an deutschen Hochschulen finanziert (2. von unten).

Bildungsmesse Jakarta: Über 12.000 Besucher kamen zur European Higher Education Fair (unten).

Lektorentreffen Yogyakarta: Regen macht dem kulturellen Besichtigungsprogramm keinen Strich durch die Rechnung (links).

Schlüsselübergabe: Irene Jansen übernimmt die Leitung der DAAD-Außenstelle von Helmut Buchholt (rechts).

2011 konnte der Infopoint in Surabaya wieder an zwei Tagen in der Woche regelmäßig für Beratungssuchende geöffnet werden.

Indonesian-German Scholarship Programme (IGSP)

Das indonesische Bildungsministerium und der DAAD verhandelten 2011 ein Memorandum of Understanding für ein Stipendienprogramm im Rahmen eines Debt-Swap-Abkommens zwischen Deutschland und Indonesien. Die erforderlichen Finanzmittel wurden Ende November vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bewilligt und am 1. Dezember 2011 vom damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff bei seinem Besuch in Jakarta offiziell verkündet. Am 9. Dezember unterzeichneten DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland und der Generaldirektor für Hochschulangelegenheiten im indonesischen Bildungsministerium, Prof. Djoko Susanto, den Vertrag in Jakarta. Die ersten Stipendiaten wurden bereits ausgewählt und reisen 2012 nach Deutschland.

European Higher Education Fair

Nach den ersten beiden European Higher Education Fairs (EHEF) 2008 und 2010 sowie der zweitägigen Messe Alumniportal Deutschland im November 2009 stand im November 2011 die dritte EHEF im Zentrum der Marketing- und Alumni-Aktivitäten. Sie wurde von der EU organisiert. Insgesamt nahmen 78 Hochschulen aus neun europäischen Ländern die Gelegenheit wahr, sich in Indonesien zu präsentieren – 12.300 Besucher wurden gezählt.

Alumni-Arbeit

Die Außenstelle hat sich auch 2011 intensiv der Pflege und dem Ausbau ihrer Kontakte gewidmet. Sie arbeitet eng mit den zahlreichen Alumni-Vereinen in Indonesien und den regionalen Alumni-Netzwerken zusammen und war in deren Veranstaltungen eingebunden. DAAD-Alumni unterstützen die Außenstelle bei der Informations- und Beratungsarbeit und der Stipendienauswahl. Sie sind wichtige Ansprechpartner und Vermittler von Kontakten zwischen deutschen und indonesischen Hochschulen sowie dem DAAD und den politischen Entscheidungsträgern in Indonesien. 2011 organisierten Alumni verschiedene fachwissenschaftliche Veranstaltungen, darunter einige mit DAAD-Förderung und unter Beteiligung deutscher Dozenten. Darüber hinaus erhielten Alumni für ihre Anträge auf Gerätespenden einen positiven Bescheid: Die Urkunde für eine große Gerätespende überreichte Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland bei ihrem Besuch in Jakarta an Prof. Uras Siahaan von der Universitas Kristen Indonesia.

Wechsel der Außenstellenleitung

Im Dezember 2011 wurde der bisherige Außenstellenleiter, Dr. Helmut Buchholt, in einer Feierstunde in den neuen Büroräumen der Außenstelle nach dreijähriger Tätigkeit in Jakarta offiziell verabschiedet. DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland nutzte die Gelegenheit, die neue Außenstellenleiterin, Dr. Irene Jansen, zu begrüßen, die im Februar 2012 ihre Arbeit aufnimmt. «

Tabelle 14 : Statistischer Überblick Indonesien 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**1,9 Mio km²**
Ausdehnung	
West / Ost	5.100 km
Nord / Süd	1.900 km
Bevölkerungszahl	**240 Mio**
Frauen	120 Mio
Manner	120 Mio
Bevölkerungsdichte (auf ausgewählten Inseln)	
Java	1.027 Einw./km²
Bali und Ost Nusa Tenggara	174 Einw./km²
Sumatra	109 Einw./km²
Sulawesi	85 Einw./km²
Kalimantan	25 Einw./km²
Molukken und Papua	10 Einw./km²
Bevölkerungswachstum	**1,1 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**1.003 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**4.200**
Anteil am globalen BIP	**1,38 %**
Knowledge Economy Index (KEI)	**Rang 103**
Wirtschaftswachstum	**6,1 %**
Inflation	**5,1 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben*	**ca. 296 Mrd.**
Anzahl der Hochschulen gesamt [1]	**3.011**
staatlich	83
privat	2.928
Hochschultypen	
Universität	460
Hochschule (Institut & Sekolah Tinggi)	1.369
Fachschule (Akademien, Polytechnika)	1.182
Anzahl Hochschullehrer	
davon ordentliche Professoren	4.040
Eingeschriebene Studierende 2009/10	**ca. 4.3 Mio**
an staatlichen Institutionen [1]	ca. 1,8 Mio
an privaten Institutionen [1]	ca. 2.5 Mio
Frauenanteil unter den Studierenden	ca. 50 %
Anteil ausländischer Studierender	ca. 0,25 %
Studierende der Wirtschaftswissenschaften	ca. 44 %
Studierende der Ingenieurwissenschaften	ca. 15 %
Studierende der Geisteswissenschaften	ca. 7 %
Studierende der Naturwissenschaften	9.7 %
Doktoranden	ca. 22.000

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Abschlüsse 2009/10	
D1, D2, D3, D4 [3]	ca. 170.000
Bachelor	ca. 430.000
Master	ca. 43.000
Doktor	ca. 1.700
Studiengebühren / Studienjahr*	
an staatlichen Institutionen	bis zu 750 [4]
an privaten Institutionen	bis zu 4.000 [4]
Ausländische Studierende gesamt	**3.023**
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	**ca. 30.000**
davon in Deutschland (lt. Statist. Bundesamt)	2.400

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende [5]	
1. Australien	10.242
2. USA	7.700
3. Malaysia	5.704
4. Deutschland	1.603
5. Japan	1.578

* Angaben in US-Dollar

1 ohne islamische HEI
2 nur grundständige Studiengänge
3 berufsbildende Abschlüsse unter Bachelorlevel
4 Kosten sehr unterschiedlich. Im Bachelorstudium oft zzgl. Aufnahme-, Prüfungsgebühren; postgraduales Studium teurer
5 nach dem „Global Education Digest 2010“

Quellen:

Departmen Pendidikan Nasional, Direktorat Jenderal Pendidikan Tinggi: Tabel Rekapitulasi (Statistische Daten des indonesischen Bildungsministeriums, Abteilung Hochschulen):
► http://evaluasi.or.id (Stand 12.2011)
Departmen Pendidikan Nasional: Statistik Perguruan Tinggi 2009/10 (Indonesischen Bildungsministerium: Statische Daten der Hochschulen 2009/10)
Global Education Digest 2010: Comparing Education Statistics Across the World,
► http://www.unesco.org
CIA – The World Factbook, https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html
► www.suaramerdeka.com

Weitere Quellen für den Textteil:

Islam in the Public Sphere, The Politics of Identity and the Future of Democracy in Indonesia, published by Center for the Study of Religion and Culture (CSRC) UIN, Jakarta, in Cooperation with Konrad-Adenauer-Stiftung, Indonesia
► http://LIPortal.inwent.org/Indonesien/wirtschaft-entwicklung.html
Jakarta Post, Jakarta
Watchindonesia@watchindonesia.org
Masterplan. Percepatan dan Perluasan Pembangunan Ekonomi Indonesia 2011–2025, Istana Bogor, 21. Februari 2011
► http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Indonesien

Tabelle 15 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Indonesien

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**60**
	A	**272**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	37
	A	25
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	12
	A	233
davon Doktoranden	D	5
	A	91
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	11
	A	14
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	3
	A	21
2–6 Monate	D	40
	A	17
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	17
	A	234
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	2
	A	85
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	89
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	13
Lektoren	D	6
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	2
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	13
Praktikanten	D	38
	A	8
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	15
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**135**
	A	**449**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	47
	A	88
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	43
	A	147
davon Doktoranden	D	14
	A	44
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	45
	A	214
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	72
	A	381
2–6 Monate	D	60
	A	52
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	3
	A	16
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	74
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	33
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**195**
	A	**721**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**916**

Neu Delhi

Regierung in der Krise

Christiane Schlottmann leitet die Außenstelle Neu Delhi seit 2008. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1960 und hat zurzeit 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Telekom-Skandal zieht Kreise

Die Kongresspartei und die von ihr geführte Regierungskoalition United Progressive Alliance (UPA) unter Premierminister Manmohan Singh lavierten sich 2011 von einer innenpolitischen Krise zur nächsten. Die diversen Korruptionsskandale, die Ende 2010 aufgedeckt worden waren, belasteten die Regierung schwer. Insbesondere der Telekom-Skandal, der sogenannte 2G-Scam, setzte der Regierung heftig zu. Telekommunikationsminister Andimuthu Raja war bereits im November 2010 aus seinem Amt entlassen worden. Das Amt ging an Bildungsminister Kapil Sibal, der auch 2011 weiterhin beide Ministerien leitete. Im Februar 2011 wurde Andimuthu Raja verhaftet. Weitere Festnahmen ranghoher Politiker und Funktionäre folgten. Raja und seine Helfershelfer werden beschuldigt, Mobilfunklizenzen unter Wert verkauft und den Staat um 40 Mrd. Dollar betrogen zu haben. Auch Premierminister Singh kam in diesem „biggest financial scandal in the history of Independent India“ (The Economic Times, 19. Mai 2011) nicht unbelastet davon: Ihm wurde vorgeworfen, frühzeitig Hinweise auf Unrechtmäßigkeiten bei der Vergabe von Lizenzen erhalten, aber nicht darauf reagiert zu haben. Auch Innenminister Palaniappan Chidambaram wurde beschuldigt, als ehemaliger Finanzminister Kenntnis von den Vorgängen gehabt zu haben. Die Opposition forderte sowohl Singh als auch Chidambaram mehrfach zum Rücktritt auf.

Antikorruptionsbewegung setzt Regierung unter Druck

Hatte der Telekom-Skandal die Kredibilität und Akzeptanz der Regierung bereits gewaltig erschüttert, so brachte die Antikorruptionsbewegung unter Führung von Anna Hazare die Regierung an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit. Im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen dem Politaktivisten Hazare und der Regierung stand die von der Regierung geplante Einführung eines Antikorruptionsgesetzes, über dessen Inhalt die Vorstellungen der beiden Seiten stark auseinandergingen.

Auseinandersetzungen um die Einführung eines Antikorruptionsgesetzes, einer

bilateraler Austausch vertieft

Wirtschaft wächst langsamer

Ausbau von E-Learning

Telekom-Skandal

Bildungsreform stagniert

Kanzler-Stipendienprogramm

Totenfeuer am Manikarnika Ghat: Es heißt, wer sich hier verbrennen lässt, kann den Zyklus der Wiedergeburt beenden.

sogenannten Lokpal Bill, haben in Indien eine lange Tradition. Seit 1968 haben Regierungen verschiedener parteipolitischer Couleur immer wieder versucht, ein solches Gesetz zu implementieren, bis dato ohne Erfolg. Der Grundgedanke der Lokpal Bill ist es, eine unabhängige Antikorruptionsbehörde nach dem Vorbild einer Ombudsinstitution zu schaffen, bei der Beschwerden über Korruption in Politik und Verwaltung eingereicht werden können.

Mit zwei medienwirksam inszenierten Hungerstreiks im April und im August 2011 versuchte Anna Hazare, seine Vorstellungen von der Lokpal Bill gegenüber der Regierung durchzusetzen. Vor allem in der Frage, welche Personenkreise der neuen Antikorruptionsbehörde unterstellt sein sollten, gingen die Meinungen auseinander: Hazare forderte, dass amtierende wie ehemalige Premierminister, Abgeordnete, Richter und Staatsanwälte sowie alle Verwaltungsbeamten in das neue Gesetz einbezogen werden müssten. Der Gesetzesentwurf der Regierung hingegen sah vor, dass Premierminister während ihrer Amtszeit sowie die gesamte Justiz und die unteren Ebenen der Verwaltung grundsätzlich ausgenommen werden sollten.

Mit seinem zweiten Hungerstreik im August gelang es Anna Hazare, eine Massenbewegung in ganz Indien auszulösen. Bürger aus allen Bevölkerungskreisen schlossen sich der „India Against Corruption"-Bewegung an. Hunderttausende von Menschen gingen auf die Straßen, um gegen Korruption in Politik und Verwaltung zu protestieren. Auf einer eigens eingerichteten Website (www.ipaidabribe.com) berichteten sie von ihren Erfahrungen, die sie tagtäglich im Umgang mit Korruption machen müssen. Auf dem „Corruption Perceptions Index 2010" von Transparency International rangiert Indien auf Platz 87 von insgesamt 178 gelisteten Ländern.

Auch die Opposition, allen voran die Bharatiya Janata Party (BJP) – selbst zutiefst in zahlreiche Korruptionsfälle verstrickt –, unterstützte Hazares Protest, forderte den Rücktritt der Regierung und legte mehr als die Hälfte der Parlamentssitzungen in der Monsoon-Sitzungsperiode lahm.

Nach 13-tägigem Hungerstreik konnte Hazare schließlich triumphieren: Die Regierung brach ein, der Gesetzesentwurf wurde zur Überarbeitung an den zuständigen parlamentarischen ›

Die Antikorruptionsbewegung unter Führung von Anna Hazare brachte die Regierung an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit. Streitpunkte waren die Inhalte eines Antikorruptionsgesetzes.

Protest gegen Korruption: Aufgebrachte Demonstranten wehren sich ebenso wie Anna Hazare, der 2011 zweimal in Hungerstreik trat.

Ausschuss zurückverwiesen. Als dieser Ausschuss dann in der Wintersitzungsperiode seine Empfehlungen vorlegte und diese unter anderem der zentralen Forderung Hazares nach Einbeziehung auch der unteren Verwaltungsbeamten in das Antikorruptionsgesetz nicht entsprachen, kam es zu neuen Turbulenzen innerhalb und außerhalb des Parlaments. Wieder wurden zahlreiche Sitzungen des Parlaments blockiert. Anna Hazare drohte sofort, auch ein drittes Mal in den Hungerstreik zu treten, sollte das Gesetz nicht in der Wintersitzungsperiode verabschiedet werden.

Die Regierung erstellte dann unter Hochdruck einen neuen Gesetzesentwurf, der am 22. Dezember in das Unterhaus des Parlaments (Lok Sabha) eingebracht wurde. Dieser entspricht in Bezug auf den Personenkreis, der dem Gesetz unterstellt werden soll (Premierminister, alle Minister und Abgeordneten sowie alle Verwaltungsbeamten), weitestgehend den Forderungen von Hazare, weicht aber bezüglich der rechtlichen Kompetenzen der neuen Behörde sowie einiger Verfahrensregularien von seinen Vorstellungen ab. Trotz heftiger Kritik aus den verschiedensten politischen Richtungen passierte dieser Entwurf am 27. Dezember das Unterhaus des Parlaments und wurde an das Oberhaus (Rajya Sabha) weitergeleitet.

Anders als im Unterhaus verfügt die Kongresspartei mit ihren Alliierten im Oberhaus über keine Mehrheit. Bei der Beratung am 29. Dezember, dem letzten Sitzungstag des Oberhauses in der Wintersitzungsperiode, kam es auch hier zu heftigen Auseinandersetzungen, die um Mitternacht ohne Abstimmung beendet wurden. Die weitere Beratung des Gesetzes wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Anna Hazare brach seinen am 27. Dezember begonnenen Hungerstreik bereits am zweiten Tag aus gesundheitlichen Gründen ab. Außerdem erfuhr sein Hungerstreik geringe Resonanz in der Bevölkerung. Er kündigte an, dass er und sein Team nun andere Wege gehen

würden, um die von der Regierung vorgelegte „completely useless Bill“ (Anna Hazare, Times of India, 30. Dezember 2011) zu bekämpfen.

„The second fight for independence“ – wie Hazare seinen Protest selbst zu nennen pflegt (Times of India, 10. Dezember 2011) – hatte zwar im August in weiten Teilen der Bevölkerung Unterstützung gefunden, war aber von Anfang an auch auf kritische Stimmen gestoßen. Insbesondere seine Nähe zur oppositionellen hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) und seine einseitige Fokussierung auf Korruptionsskandale in der Kongresspartei wurden ihm von Kritikern immer wieder vorgeworfen. Die schärfste Kritik kam von der Schriftstellerin Arundhati Roy, die mit markigen Worten den „aggressiven Nationalismus“ von Hazares Bewegung brandmarkte: „They signal to us that if we do not support The Fast, we are not ‚true Indians‘. [...] Who is he really, this new saint, this Voice of the People?“ (The Hindu, 21. August 2011)

Wirtschaftswachstum geht zurück

Telekom-Skandal und Antikorruptionsbewegung auf der einen Seite, hohe Inflation und rückläufiges Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite – das waren die Themen, die 2011 Politik und Öffentlichkeit vorrangig beschäftigt haben.

Die anhaltend hohe Inflation und die hohen Preissteigerungsraten bei den Lebensmitteln machten weiten Kreisen der Bevölkerung schwer zu schaffen. Insbesondere die einkommensschwachen Schichten hatten sehr darunter zu leiden. Die Gesamtinflationsrate wie auch die Preissteigerungsrate bei den Lebensmitteln lagen das ganze Jahr hindurch bei etwa 10 Prozent. Erst im Dezember waren sowohl bei der Gesamtinflation wie auch bei der Lebensmittelinflation erstmals rückläufige Tendenzen zu verzeichnen.

Das Wirtschaftswachstum, das im Haushaltsjahr 2010/2011 (April 2010 bis März 2011) noch 8,5 Prozent betragen hatte, ging in der ersten Hälfte des Haushaltsjahres 2011/2012 (April bis September 2011) auf 7,3 Prozent zurück. Hatte es im ersten Quartal noch 7,7 Prozent betragen, so erreichte es im zweiten Quartal mit 6,9 Prozent den niedrigsten Stand seit zwei Jahren.

„The slowdown in the first half of 2011–12 can be partly attributed to global factors viz., the slowdown in the world economy, exacerbation of the euro zone crisis, hardening of crude oil prices in the international market, as well as to domestic factors, such as the decision to battle inflation by tightening monetary policy and cutting back on the fiscal stimulus.“ (Ministry of Finance, Mid-Year Analysis 2011–2012, Seite 1)

Für das gesamte Haushaltsjahr 2011/2012 wird derzeit ein Wachstum von circa 7,5 Prozent prognostiziert.

Zwar ist es richtig, dass selbst mit einer Wachstumsrate von nur 7,3 Prozent „Indien weltweit zu den Vorreitern gehört“ (Ministry of Finance, Mid-Year Analysis 2011–2012). Indische Unternehmer aber tröstet das kaum. Sie sehen darin einen „brutal wake-up call“ (Mahindra Group Vice-Chairman Anand Mahindra, The Hindu, 1. Dezember 2011) und zeigen sich über die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen mehr als besorgt.

Auf dem „India Economic Summit“ im November 2011 in Mumbai forderten sie die Regierung auf, die durch Korruption und Antikorruptionsbewegung bedingte „policy paralysis“ (Times of India, 14. November 2011) zu beenden und dringend erforderliche Wirtschaftsreformen umgehend in Angriff zu nehmen, um das Wirtschaftswachstum nicht noch weiter zu gefährden. ›

Die anhaltend hohe Inflation und die hohen Preissteigerungsraten bei den Lebensmitteln machten weiten Kreisen der Bevölkerung schwer zu schaffen.

India’s Growth Rates in GDP

2004–2005 Prices	
Factor Cost	
2005/2006	**9.5**
2006/2007	**9.7**
2007/2008	**9.2**
2008/2009	**6.7**
2009/2010	**7.4**
2010/2011	**8.5**
2011/2012 (est.)	**7.5**

Quelle: Planning Commission, Government of India, November 2011

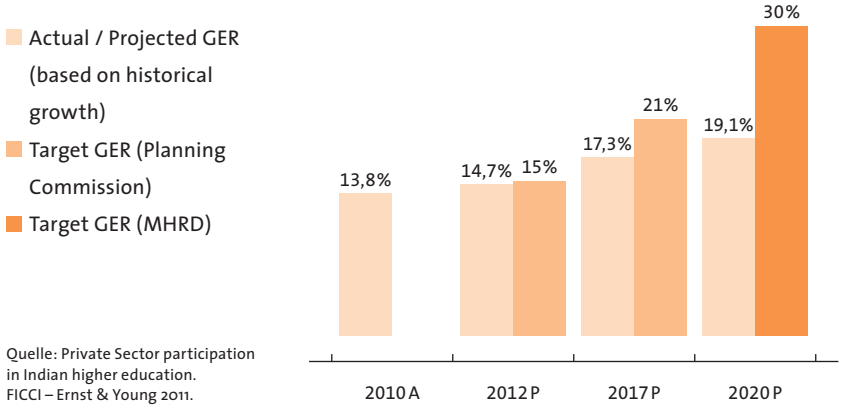
„In the last 6 to 8 months, nothing has moved due to corruption issues. We need political parties to forge a consensus to enable things to move“, so Sanjiv Bajaj, Managing Director von Bajaj FinServ, auf dem Summit in Mumbai (Times of India, 14. November 2011).

Hochschul- und wissenschaftspolitische Entwicklungen

Bildungsmarkt wächst

Der drittgrößte Bildungsmarkt der Welt ist auch im Hochschuljahr 2010/2011 weiter gewachsen. Die Zahl der Studierenden stieg von 13,6 Millionen im Vorjahr auf 14,6 Millionen, die Zahl der Universitäten von 504 auf 544 und die Zahl der Colleges von 25.951 auf 31.324 an. Die Gross Enrolment Ratio (GER, durchschnittliche Immatrikulationsquote) lag bei 13,8 Prozent. Die Zielvorgaben für den weiteren Ausbau lauten: Erhöhung der Gross Enrolment Ratio bis 2011/2012 (Ende des 11. Fünfjahresplan) auf 15 Prozent, bis 2016/2017 auf 21 Prozent (Ende des 12. Fünfjahresplans) und bis 2020 auf 30 Prozent. Fest steht allerdings, dass die bisherige durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (CAGR) von 3,3 Prozent auf 8 Prozent erhöht werden müsste, um diese Zielvorgaben tatsächlich erreichen zu können.

Gross Enrolment Ratio (GER) 2010–2020



Quelle: Private Sector participation in Indian higher education. FICCI – Ernst & Young 2011.

Mit anderen Worten: Der Bildungsmarkt wächst, aber er wächst zu langsam. Immense Investitionen, die weit über die bisherigen hinausgehen müssten, wären erforderlich, um den Bedarf auch nur annähernd decken und die „demografische Dividende“ sichern zu können.

„There is an urgent need to step up both public and private investment in higher education (including technical) [...] About 18 percent of all government education spending or about 1.12 percentage of GDP is spent on higher education today. This should be raised to 25 percent and 1.5 percent respectively. An increase of 0.38 percent of GDP means an additional allocation of about Rs. 25,000 crore to higher education for the centre and the States taken together.“ (Faster, Sustainable and More Inclusive Growth, An Approach to the 12th Five Year Plan, Planning Commission, August 2011, Seite 132/133)

Paradigmenwechsel?

Die Privatwirtschaft scheint grundsätzlich nicht abgeneigt, ihre Investitionen im Hochschulsektor zu erhöhen (bereits heute sind 63 Prozent aller Hochschulen in privater Trägerschaft). Sie fordert allerdings zunehmend, dass dafür das „for-profit“-Verbot aufgehoben werden müsse. So zuletzt noch Harsh Mariwala, Präsident der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI), in seiner Eröffnungsrede auf dem „FICCI Higher Education Summit 2011“ im November in Delhi. Die Regierung hat bis dato vermieden, dieses von vielen Parteien tabuisierte Thema in die hochschulpolitische Diskussion einzubringen. Noch im Oktober erklärte Bildungsminister Kapil Sibal:

„I don’t think it is the right time yet to let ‚for-profit‘ institutions in higher education operate in the country. I am not saying such institutions would never be allowed in the future. But as of now, I can say the time is not right.“ (The Indian Express, 8. Oktober 2011)

In ihrem „Approach to the 12th Five Year Plan“ weicht die Planungskommission erstmals von dieser bis dato unangetasteten politischen Linie ab. Unter dem „Passus Encouraging Private Participation“ wird nicht mehr nur auf das von Kapil Sibal favorisierte Modell der Public Private Partnerships verwiesen, sondern auch für eine pragmatische Überprüfung des „for-profit“-Verbots plädiert.

„The ‚not-for-profit‘ tag in the higher education should, perhaps, be re-examined in a more pragmatic manner so as to ensure quality without losing focus on expansion and equity.“ (Faster, Sustainable and More Inclusive Growth, An Approach to the 12th Five Year Plan, Planning Commission, August 2011, Seite 134)

Die Planungskommission empfiehlt darüber hinaus einen „Shift of Focus to Quality“.

„There must be a strategic shift from mere expansion to improvement in quality higher education. For this, the focus should be not only on larger enrolment, but also on the quality of the expansion.“ (Faster, Sustainable and More Inclusive Growth, An Approach to the 12th Five Year Plan, Planning Commission, August 2011, Seite 132)

Die Kommission lässt allerdings offen, wie dieser Strategiewechsel vollzogen werden soll oder kann.

Es bleibt daher abzuwarten, was von den Empfehlungen aus dem „Approach“ letztlich in den 12. Fünfjahresplan eingehen wird.

Reformprozess stagniert

Der von Kapil Sibal zu Beginn seiner Amtszeit im Juni 2009 zunächst mit Vehemenz initiierte Reformprozess machte auch 2011 keine Fortschritte. Viele der von ihm im Bildungsbereich angestoßenen Reformen blieben im Gesetzgebungsprozess stecken, da das Parlament durch Korruptions- und Antikorruptionsdiskussion weitgehend lahmgelegt war. So konnten zum Beispiel auch 2011 weder die „Foreign Educational Institution Bill“ noch die „National Accreditation Regulatory Authority Bill“, beide bereits im Mai 2010 ins Parlament eingebracht, beraten werden. Die „National Commission for Higher Education and Research (NCHER) Bill“ und die „Innovation Universities Bill“ haben die Hürde ins Parlament noch gar nicht genommen.

Kapil Sibal selbst war in seiner Doppelfunktion als Bildungs- und Telekommunikationsminister primär mit seinem zweiten Amt beschäftigt. Er wurde von der Kongresspartei immer wieder an die vorderste Front geschickt, wenn es im Kontext des Telekom-Skandals und der Antikorruptionsbewegung darum ging, Schaden von Regierung und Partei abzuwenden.

So war auch das Jahr 2011 kein Jahr der Reformen, sondern eher ein Jahr der Planungs- und Positionspapiere.

Ende März wurde vom Bildungsministerium eine Arbeitsgruppe gegründet, die eine „All India Survey on Higher Education“ erstellen soll. Diese Erhebung soll erstmals alle Hochschuleinrichtungen des Landes erfassen und exakte Daten liefern zu Studierenden, Dozenten, Studienangeboten, Prüfungen. Das Dokument soll die Planungsgrundlage für den weiteren Ausbau und die Reform des Hochschulsektors in den nächsten Jahren bilden. Wann das Projekt abgeschlossen sein soll, ist nicht bekannt.

Im April überreichte Professor C. N. R. Rao, Vorsitzender des Scientific Advisory Council to the Indian Prime Minister, Premierminister Singh ein Positionspapier mit dem Titel „Essential Steps for Progress in Higher Education: A Checklist“. Darin regte er unter anderem an, dass das Bildungsministerium ›

Der Reformprozess erzielte 2011 keine Fortschritte. Viele der Bildungsreformen blieben im Gesetzgebungsprozess stecken, da das Parlament durch Korruptions- und Antikorruptionsdiskussion weitgehend lahmgelegt war.

eine Arbeitsgemeinschaft gründen solle. Das Ziel: „to prepare an action-oriented document to provide a roadmap for the higher education sector". Außerdem solle die Hochschulbildung zur „national mission for the next decade" erklärt werden (Outlook, 27. April 2011).

Bereits im Februar 2010 war unter Leitung von Prof. Anil Kakodkar, einem renommierten Wissenschaftler, eine Arbeitsgruppe konstituiert worden, „for suggesting a roadmap for autonomy and future of IITs [Indian Institutes of Technology] as world class institutions for research and higher learning" (Schreiben von Prof. Kakodkar an Minister Sibal, in: Taking IITs to Excellence and Greater Relevance, April 2011). Im April legte die Arbeitsgruppe ihre Studie unter dem Titel „Taking IITs to Excellence and Greater Relevance" vor. Inwieweit das Bildungsministerium den Empfehlungen folgen wird, ist noch nicht entschieden. Interessant: Auf dem Weg der IITs zu „world class institutions" scheint Internationalisierung keine nennenswerte Rolle zu spielen. In dem insgesamt 170 Seiten umfassenden Papier sind ganze zwei bis drei Seiten dem Thema „International/Foreign Students and Faculty" gewidmet.

Mit einem E-Learning Netzwerk sollen Studierende Kurse an mehreren Hochschulen belegen und sich ihr Studienprogramm maßgeschneidert zusammenstellen können.

In Planung: „The first global Meta-University"

Mitte November stellte Premierminister Singh der Presse den ersten „Report to the People" des National Innovation Council vor. Der National Innovation Council wurde 2010 gegründet, nachdem die indische Regierung das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zur Dekade der Innovation erklärt hatte. Der Vorsitz war dem Berater des Premierministers für Public Information Infrastructure & Innovations Sam Pitroda übertragen worden. Aufgabe des neuen Gremiums soll es sein, „to discuss, analyse and help implement strategies for inclusive innovation in India and prepare a Roadmap for Innovation 2010–2020" (www.innovationcouncil.gov.in).

In dem im November vorgelegten Bericht wird unter anderem vorgeschlagen, eine Meta-University zu gründen, die Studierenden mit Hilfe eines E-Learning-Netzwerkes die Möglichkeit bietet, Kurse an mehreren Hochschulen zu belegen und sich ihr Studienprogramm maßgeschneidert zusammenzustellen.

„This model is low-cost, requires no brick-and-mortar, leapfrogs over conventional bottlenecks of non-availability of a talented faculty pool, and works within existing legal systems. It innovates on both the content and form of the twenty-first Century University and offers a unique model for the proposed fourteen Universities of Innovation mooted in India. It is hoped that this would become a model for the world to emulate to move towards collaborative and multi-disciplinary learning that redefines knowledge-creation and knowledge-sharing in the twenty-first century". (Report to the People, First Year, National Innovation Council, Government of India, November 2011, Seite 20)

Das Bildungsministerium hat dem Projektvorschlag zugestimmt. Das erste Pilotprojekt soll in Delhi unter Beteiligung der Delhi University, der Jawaharlal Nehru University, der Jamia Millia Islamia und des Indian Institute of Technology (IIT) Delhi gestartet werden. Diese haben sich im Dezember 2011 zu einem Verbund zusammengeschlossen und planen derzeit, ihre Meta-University im Sommer 2012 zu eröffnen.

Deutsch-indische Beziehungen

Kanzlerin Merkel erhält „Jawaharlal Nehru Award“

Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 31. Mai Delhi, um mit der indischen Regierung die ersten deutsch-indischen Regierungsgespräche zu führen. Sie wurde begleitet von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, Verteidigungsminister Thomas de Maizière, Verkehrsminister Peter Ramsauer sowie Bildungsministerin Annette Schavan. Es war der zweite Besuch der Kanzlerin in Indien nach 2007.

Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Präsidentenpalast überreichte Staatspräsidentin Pratibha Patil der Bundeskanzlerin den „Jawaharlal Nehru Award for International Understanding“. Das Preisgeld von 150.000 Euro stellte die Bundeskanzlerin dem DAAD für ein neues Stipendienprogramm zur Verfügung. Dieses bietet indischen Studierenden der Rechtswissenschaft die Möglichkeit, ein Masterstudium in europäischem Recht in Deutschland zu absolvieren. Der DAAD konnte den Betrag aus Mitteln des Auswärtigen Amts aufstocken und nannte das Stipendienprogramm „Jawaharlal Nehru Award for International Understanding – Dr. Angela Merkel Scholarship“.

Am Abend ihres eintägigen Besuches eröffnete die Kanzlerin offiziell das Deutschlandjahr in Indien „Germany & India 2011/2012 – Infinite Opportunities“ mit einem Konzert der „European Young Classics“ im Siri Fort Auditorium.

Annette Schavan trifft Amtskollegen Kapil Sibal

Während ihres Aufenthaltes in New Delhi traf Bildungsministerin Schavan mit Bildungsminister Kapil Sibal zusammen, um Themen der bilateralen Zusammenarbeit zu erörtern. Kapil Sibal betonte, dass er sehr daran interessiert sei, die Zahl indischer Studierender in Deutschland und die Zahl der Deutschlernenden an indischen Schulen und Hochschulen zu erhöhen. Als neues gemeinsames Projekt schlug er vor, ein Konsortium von deutschen und indischen Exzellenzuniversitäten zu gründen, die unter anderem gemeinsame Master- und Ph.D.-Programme konzipieren und Doppelabschlüsse vergeben sollen. Auch stellte er in Aussicht, dass sich die indische Seite bei einer Verlängerung des „New Passage to India“-Programms (das zunächst bis 2012 befristet war), an einer Finanzierung beteiligen werde. Er regte an, einen „Indo-German Higher Education Summit“ nach dem Modell des geplanten „India-US Higher Education Summit“ (hat zwischenzeitlich im Oktober 2011 in den USA stattgefunden) in Indien zu organisieren, um die im Gespräch angerissenen Themen im Rahmen einer umfassenderen Strategieplanung zu diskutieren. Ministerin Schavan begrüßte diesen Vorschlag. Eine zeitliche und inhaltliche Konkretisierung steht noch aus.

Am Ende des Gesprächs unterzeichneten der Rektor der Universität Stuttgart, Prof. Dr. Wolfram Ressel, und der Direktor des Indian Institute of Technology Mandi, Prof. Dr. Timothy A. Gonsalves, ein Kooperationsabkommen. Das IIT Mandi ist eins der acht neu gegründeten Indian Institutes of Technology. ›

DAS NEUE KANZLER-STIPENDIENPROGRAMM

Mit dem neuen Kanzler-Stipendienprogramm „Jawaharlal Nehru Award for International Understanding – Dr. Angela Merkel Scholarship“ können erstmals gezielt die deutsch-indischen Beziehungen in den Rechtswissenschaften gefördert werden. Damit wurde ein lange gehegter Wunsch Wirklichkeit. Die erste Ausschreibungs- und Auswahlrunde mit persönlicher Vorstellung vor einer deutsch-indischen Kommission in New Delhi konnte bereits erfolgreich abgeschlossen werden. Die ersten indischen Stipendiaten werden ihr Masterstudium in europäischem Recht im Herbst 2012 in Deutschland aufnehmen.

Aus der Arbeit der Außenstelle

„A New Passage to India“ – eine Erfolgsgeschichte

Der vom DAAD geförderte Austausch mit Indien hat seit 2008 einen beachtlichen Zuwachs zu verzeichnen. Von 2008 bis 2010 stieg die Zahl der geförderten Deutschen um 75 Prozent auf 1.000, die Zahl der geförderten Inder um 55 Prozent auf 1.306. Die Gesamtzahl der Geförderten liegt dann um 81 Prozent höher bei 2.306.

Einen wesentlichen Anteil an diesem Zuwachs hat das „New Passage“-Programm, das seit 2009 aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanziert wird.

A New Passage to India.

Am Indo-German Center for Sustainability (IGCS) am IIT Madras nahmen im Juni zwei Langzeitdozenten ihre Tätigkeit auf, im Oktober konnten die ersten deutschen Doktoranden am Zentrum begrüßt werden. Forschungsprojekte wurden initiiert, die „IGCS Lecture Series“ gestartet und der Entwurf für ein „Interdisciplinary Masters Program on Sustainability“ erstellt. Im Februar 2012 wird die erste IGCS Winter School eröffnet, und im Frühjahr 2012 wird eine weitere Dozentin das deutsche Team vor Ort ergänzen.

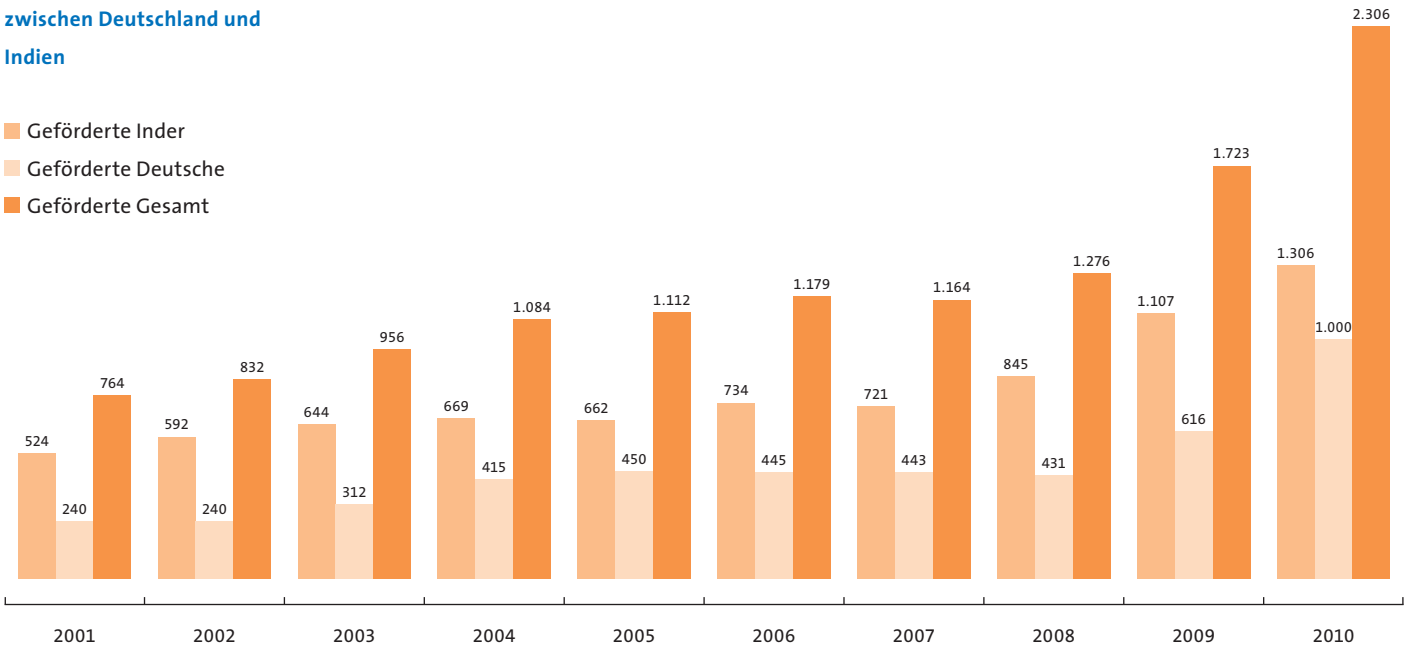
DAS IGCS BULLETIN

Im Januar 2012 erschien die erste Ausgabe des „IGCS Bulletin“. Das „IGCS Bulletin“ wird in Zukunft regelmäßig über alle Aktivitäten des Zentrums berichten.
► www.igcs-chennai.org

Das „Land und Wirtschaft“-Programm, das sich in einen zweimonatigen Vorbereitungskurs und ein drei- bis sechsmonatiges Praktikum gliedert, ging im September bereits in seine vierte Runde. 13 deutsche Graduierte nahmen 2011 an dem Programm teil. Partnerhochschule für den vorbereitenden Sprach- und Landeskundekurs war in diesem Jahr die Symbiosis University in Pune.

Unverändert stark nachgefragt war auch 2011 das WISE-Programm („Working Internships in

Akademischer Austausch zwischen Deutschland und Indien



Science and Engineering“), das indischen Studierenden die Möglichkeit bietet, ein dreimonatiges Forschungspraktikum in Deutschland zu absolvieren. Von 740 Bewerbern erhielten 140 ein Stipendium.

Außerdem waren 46 Hochschulkooperationen im bilateralen Austausch aktiv. Und nicht zu vergessen sind die Zentren für Moderne Indienstudien an den Universitäten Göttingen, Köln und Würzburg, die 2011 ihre Arbeit erfolgreich konsolidierten.

Aufgrund des großen Erfolgs, den das „New Passage“-Programm bis dato zu verzeichnen hat, wird das BMBF die Förderung, die zunächst bis 2012 befristetet war, um vier Jahre verlängern.

GIZ-DAAD Summer School und Wissenschaft-Praxis-Dialog

Vom 5. bis 23. September 2011 fand in Pune die diesjährige GIZ-DAAD Summer School statt. Es war die zweite Summer School, die der DAAD und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gemeinsam in Indien durchgeführt haben. Sie stand auch in diesem Jahr unter dem Motto „Sustainable Habitats in India“. Hochschulpartner und Gastgeber auf indischer Seite war das Bharati Vidyapeeth Institute of Environmental Education and Research. Wissenschaftlicher Partner auf deutscher Seite war das Geografische Institut der Universität zu Köln. Die Leitung der Summer School lag wiederum bei Dr. Regine Schönenberg. Ziel auch der diesjährigen Summer School war es, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern.

Drei Wochen lang beschäftigten sich 30 Studierende, Doktoranden und junge Berufstätige unterschiedlichster Fachrichtungen aus Indien, Deutschland, Ägypten und dem Iran mit Fragen von „sanitation, low cost housing and energy efficiency“ im Kontext von „planning and governance of sustainability of urban habitats“. In der ersten Woche wurden sie mit der Methodik des „Peer Learning“ vertraut gemacht und bereiteten gemeinsam die Feldforschungen vor. Diese führten sie in der zweiten Woche, aufgeteilt in drei Arbeitsgruppen, in Entwicklungshilfeprojekten in Pune, Mysore und Kochi durch. In der dritten Woche fanden sich alle wieder in Pune ein, um die Ergebnisse der Feldforschungen aufzubereiten und in Lerndialogen mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren. ›

Besuch: Bundeskanzlerin Angela Merkel ist im Mai 2011 zu Gast bei Indiens Premierminister Manmohan Singh (oben).

Teamarbeit: Angela Merkel und Meira Kumar, Sprecherin des Unterhauses, eröffnen das Deutschlandjahr im Siri Fort Auditorium (Mitte).

Kooperation: Wolfram Ressel, Rektor der Universität Stuttgart, und Timothy A. Gonsalves, Direktor des Indian Institute of Technology Mandi, unterzeichnen einen Vertrag zur Zusammenarbeit ihrer Hochschulen (unten).

Peer Learning, Feldforschungen, Lerndialoge mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Entwicklungszusammenarbeit: Das besondere Konzept der GIZ-DAAD Summer School stieß 2011 wieder auf äußerst positive Resonanz unter den Teilnehmern.

Feldforschung des Indo-German Center for Sustainability: Messkampagne im Krishnagiri District (oben).

GIZ-DAAD Summer School: Studierende, Doktoranden und junge Berufstätige aus Indien, Deutschland, Ägypten und dem Iran arbeiten zusammen (unten).

Das besondere Konzept der GIZ-DAAD Summer School stieß auch 2011 auf äußerst positive Resonanz unter den Teilnehmern. Ein Doktorand aus dem Iran fasste seine Lernerfahrung wie folgt zusammen:

„‚How to do team research?' really impressed me, and this is one of the main achievements of this summer school for me. We were a group of graduates, Ph.D. students, researchers, government employees with different backgrounds, nationalities, disciplines and areas of interest, and it was the magic of this brand methodology which made a very coherent and coordinated body out of us with the best achievements at the end in the form of the final report. [...] Now I feel myself more a researcher-practitioner instead of a simple Ph.D. student."

Eine ausführliche Dokumentation ist auf der Plattform http://sustainable-india.ning.com eingestellt. «

Tabelle 16 : Statistischer Überblick Indien 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**3.287.263 km²**
Bevölkerungszahl	**1,21 Mrd.**
Frauen	623 Mio.
Männer	586 Mio.
Bevölkerungsdichte	**382 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**1,34 %**
Urbanisierungsgrad	**31,16 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP 2010 *	**1.729 Mrd.**
BIP pro Kopf 2010 *	**1.477**
Anteil am globalen BIP 2010	**2,4 %**
Knowledge Economy Index (KEI) 2009	**Rang 109**
Wirtschaftswachstum 2010	**8,5 %**
Inflation 2010	**12 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2011/12	**ca. 11,5 Mrd.**
Hochschul-Etat *	**ca. 2,9 Mrd.**
Hochschultypen	
Universitäten (staatlich und privat)	
Colleges (staatlich und privat)	
Anzahl der Hochschulen gesamt 2010/11	
Universitäten	544
Colleges	31.324
Anteil privater Institutionen 2006	**63,2 %**
Anzahl Hochschullehrer 2010/11	**699.000**
Universitäten	100.000
Colleges	599.000
davon ordentliche Professoren	k.A.
Eingeschriebene Studierende 2010/11	**14,6 Mio.**
Universitäten	1.919.000
Colleges	12.706.000
an staatlichen Institutionen 2006	48,5 %
an privaten Institutionen 2006	51,5 %
Frauenanteil	41,6 %
Anteil ausländischer Studierender	0,2 %
Studierende der Naturwissenschaften	19,3 %
Studierende der Geisteswissenschaften	42 %
Doktoranden	0,6 %
Abschlüsse 2007/08	**674.415**
Bachelor's Degree	k.A.
Master's Degree	k.A.
Doctorate	20.131

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2010/11 *	
an staatlichen Institutionen	50–1.100
an privaten Institutionen	2.000–12.000
Ausländische Studierende gesamt	**21.778**
nach Herkunftsländern 2008/09	
1. Iran	2.972
2. Äthiopien	1.937
3. Vereinigte Arabische Emirate	1.726
4. Nepal	1.711
5. Afghanistan	1.192
6. Saudi-Arabien	1.043
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	**195.107**
davon in Deutschland 2009	3.629
davon in Deutschland 2010/11	5.038

Die beliebtesten Zielländer für Studierende 2009	
1. USA	101.563
2. Großbritannien	34.065
3. Australien	26.573
4. Kanada	10.059
5. Neuseeland	7.297
6. Russland	4.286
7. Deutschland	3.629

* Angaben in US-Dollar

Quellen:
CIA Factbook; Worldbank, Atlas of Student Mobilty, Education at a Glance, Ministry of Human Resource Development (MHRD) India, FICCI/Ernst & Young.

Tabelle 17 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Indien

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**208**
	A	**586**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	104
	A	214
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	57
	A	320
davon Doktoranden	D	19
	A	159
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	47
	A	52
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	41
	A	26
2–6 Monate	D	121
	A	270
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	46
	A	290
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	8
	A	92
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	6
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	1
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	26
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	11
Praktikanten	D	91
	A	203
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	8
	A	33
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**514**
	A	**695**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	229
	A	79
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	211
	A	422
davon Doktoranden	D	57
	A	139
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	74
	A	194
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	166
	A	288
2–6 Monate	D	331
	A	335
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	17
	A	72
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	137
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	44
	A	59
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	191
Austausch in Projekten (PPP)	D	23
	A	29
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**722**
	A	**1.281**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**2.003**

Peking

Fünf Jahre nachhaltiges Wachstum

Stefan Hase-Bergen leitet die Außenstelle Peking seit 2007. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1994 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit zu erwartender großer Mehrheit (96,6 Prozent) stimmten die 2.875 Delegierten des chinesischen Volkskongresses am 14. März 2011 dem neuen Fünfjahresplan zu. Der Nationale Volkskongress ist Chinas höchstes Staatsorgan und entscheidet über die Verfassung und Gesetze, bestätigt die Regierung und verabschiedet den Haushalt. Allerdings sind alle Entscheidungen schon vorher in den Führungskreisen, im Politbüro der Kommunistischen Partei, gefallen – der Volkskongress hat in seiner Geschichte noch nie ein Gesetz abgelehnt.

Nach den Jahren des rasanten Aufstiegs, der China 2010 zur zweitstärksten Volkswirtschaft machte, ist für die Zeit von 2011 bis 2015 eine Phase nachhaltigen und qualitativen Wachsens vorgesehen. Das Wirtschaftswachstum, das im Schnitt bei über 11 Prozent lag, soll auf 7 Prozent gedrosselt werden; die anhaltend hohe Inflation von rund 5 Prozent soll dadurch gesenkt werden. Die enormen Preissteigerungen vor allem auf dem Immobilienmarkt sowie bei Lebensmitteln führen zu zunehmender Unzufriedenheit besonders in den Städten.

Neben der Inflation bereitet die mangelnde soziale Sicherheit der Bevölkerung Sorgen, denn das soziale Netz ist grobmaschig. Daher ist geplant, insbesondere das System der Renten- und Krankenversicherung weiter auszubauen.

Insgesamt sollen mehr Chinesen am Wirtschaftswachstum und am Wohlstand teilhaben. Geplant sind beispielsweise steigende Mindestlöhne, die Schaffung von 45 Millionen neuen Jobs in den Städten sowie die Anhebung der Realeinkommen um 7 Prozent jährlich.

Heimischen Konsum ankurbeln

Als Exportweltmeister ist China bisher stark von Ausfuhren abhängig. Nun soll die Wirtschaft so umstrukturiert werden, dass künftig der heimische Konsum stärker zum Wachstum beiträgt. Ziel sind eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur und mehr Unabhängigkeit von außenwirtschaftlichen Entwicklungen. Außerdem soll der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtwirtschaft von 43 auf 47 Prozent steigen.

Als weltweit größter Energieverbraucher und Klimasünder plant China, den Energieverbrauch für jeden erwirtschafteten Yuan um 16 Prozent zu senken. Der Ausstoß von Kohlendioxid soll um 17 Prozent reduziert werden. In absoluten Zahlen allerdings werden sowohl der Energieverbrauch als auch der Ausstoß von Treibhausgasen wegen des starken Wachstums weiter zunehmen. Um seinen Energiehunger zu stillen, plant China, weitere 40 Atomreaktoren zu bauen.

Eine entscheidende Rolle spielt in dem neuen Fünfjahresplan die Förderung eigener Innovationskraft: der Übergang von „Made in China“ zu „Designed in China“. Dazu wird die Regierung gezielt in Forschung und Entwicklung

investieren. Als strategisch wichtig wurden sieben Felder definiert: Biotechnologie, neue Energiequellen, Energieeffizienz/Umweltschutz, Fahrzeuge mit sauberer Energie, Materialwissenschaften, Informationstechnologie und Produktion hochwertiger Endprodukte. Hier soll mehr Innovation gelingen. Dabei erhält der Schutz des geistigen Eigentums einen immer höheren Wert. Ein weiteres Ziel ist es, die Forschungsergebnisse effektiver auf den Markt zu bringen.

Anwendungsnahe Ausbildung angestrebt

Deutsche Studierende willkommen

Mehr Gewicht auf Innovation

Auslandsstudium immer beliebter

„Jasmin-Revolution“ und wachsende Unzufriedenheit?

Die Proteste und Revolutionen in Nordafrika sind auch in China aufmerksam registriert worden. Anfang 2011 wurde im Internet anonym zu Sonntagsspaziergängen in der Pekinger Innenstadt sowie in weiteren 22 Großstädten Chinas aufgerufen – sie sollten in einer „Jasmin-Revolution“ münden. Die Machthaber reagierten darauf sehr nervös und versuchten mit Festnahmen, verschärfter Zensur und Kontrolle jegliche Opposition einzuschüchtern und zu unterdrücken. Die Inhaftierung des regimekritischen Künstlers Ai Weiwei ist sicher in diesem Zusammenhang zu sehen. Auch der 90. Jahrestag der Kommunistischen Partei Chinas, die ihren unangefochtenen Führungsanspruch kompromisslos durchsetzt, sowie der anstehende Führungswechsel 2012 dürften ein Grund für die stärkeren Kontrollen sein. Insbesondere die Medienberichterstattung und das Internet werden so rigide wie lange nicht mehr eingeschränkt und unterdrückt.

Generell haben die enormen wirtschaftlichen Erfolge Chinas in den vergangenen Jahren vor allem bei der wachsenden Mittelschicht die Zustimmung zur Regierung erhöht, so dass zunächst nicht von einem großen revolutionären Potenzial auszugehen ist, besonders nicht in den boomenden Großstädten. Ein Symbol für den wirtschaftlichen Erfolg ist das neue Hochgeschwindigkeitsnetz der chinesischen Eisenbahn: Fahrten zwischen Peking und Shanghai dauern nur noch fünf Stunden. Aber die Unzufriedenheit bei den Verlierern der Wirtschaftsentwicklung wächst und macht sich in Tausenden zum Teil großen lokalen Aufständen Luft. Behördenwillkür, katastrophale Umweltverschmutzung sowie grassierende Korruption im üblen Zusammenspiel von Firmenbossen und Parteikadern, auch in den höchsten Regierungskreisen, führt zu einer großen Frustration gerade auf dem Land und in den westlichen Landesteilen. Arm und Reich driften immer weiter auseinander. Die hohe Inflation von über 5 Prozent und steigende Preise für Lebensmittel von über 10 Prozent verschärfen die Lage für die Armen. Noch richtet sich der Unmut gegen lokale Machthaber. Mit der Zentralregierung sind laut Umfragen 87 Prozent der Menschen zufrieden. Das aber kann sich rasch ändern, wenn diese Zufriedenheit nicht mehr durch ein hohes Wachstum erkauft werden kann. Aus der Mittelschicht gibt es bereits kritische Stimmen, denn zum ersten Mal seit langem sind Ende 2011 die Preise für Immobilien – für viele Chinesen die wichtigste Geldanlage – nach Jahren eines rasanten Anstiegs gesunken. ›

Eine entscheidende Rolle spielt in dem neuen Fünf-Jahres-Plan die Förderung eigener Innovationskraft – der Übergang von „Made in China“ zu „Designed in China“.

Wahrzeichen und Wächter auf dem Campus der Peking-Universität.

Deutsch-Chinesische Beziehungen auf dem Höhepunkt

Im Juni 2011 fanden die ersten Regierungskonsultationen zwischen Deutschland und China statt. Auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel reiste Ministerpräsident Wen Jiabao mit 13 Ministern nach Berlin. Zahlreiche Abkommen sollen in den kommenden Jahren die Zusammenarbeit beider Länder verstärken. Ein zentrales Thema ist der Ausbau der exzellenten Wirtschaftsbeziehungen. So soll das Handelsvolumen von 130 Mrd. Euro (2010) auf 200 Mrd. Euro pro Jahr wachsen. Schon heute ist Deutschland mit Abstand Chinas wichtigster Handelspartner in Europa.

Auch zu Bildungs- und Forschungsfragen unterzeichneten das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die chinesischen Ressorts für Bildung (MOE) sowie Wissenschaft und Technologie (MOST) fünf Erklärungen:

1. Gemeinsame Erklärungen betreffend die Förderung von umfassenden Kooperationen und die Gründung einer strategischen Partnerschaft im Hochschulwesen
2. Gemeinsame Absichtserklärung betreffend die Gründung einer deutsch-chinesischen Allianz für Berufsbildung
3. Gemeinsame Erklärung bezüglich der Deutsch-Chinesischen Innovationsplattform für Lebenswissenschaft
4. Gemeinsame Erklärung zum Aufbau einer Deutsch-Chinesischen Innovationsplattform
5. Gemeinsame Erklärung über ein deutsch-chinesisches Forschungs- und Innovationsprogramm „Sauberes Wasser“

Ein Höhepunkt 2011 war auch die Ausstellung „Kunst der Aufklärung“ im Chinesischen Nationalmuseum. Sie wurde am 1. April eröffnet und dauerte ein Jahr.

Wissenschaft und Bildung

Die Zahl der Teilnehmer an der zentralen Hochschulaufnahmeprüfung „gaokao“ ist 2011 gegenüber dem Vorjahr um 240.000 auf 9,33 Millionen gesunken. Die Gründe für den Rückgang, der seit der Rekordzahl von 10,5 Millionen Teilnehmern im Jahr 2008 nun zum dritten Mal zu beobachten ist, liegen zum einen in der Ein-Kind-Politik und der damit verbundenen niedrigeren Zahl von Schulabsolventen. Zum andern gehen immer mehr Abiturienten zum Studium ins Ausland – 2011 waren es 200.000. Insbesondere amerikanische Hochschulen bemühen sich um die Absolventen herausragender chinesischer Mittelschulen. Für die deutschen Hochschulen bleiben die formalen Zulassungsbedingungen der Kultusministerkonferenz vorerst ein Hindernis, um diese Absolventen zu gewinnen. Ein Umdenken weg von formalen hin zu qualitativen Kriterien für die Hochschulzulassung könnte Deutschland zu einem ernsthaften Mitbewerber um diese interessante Klientel machen, denn das Interesse am Studium in Deutschland ist in China groß.

Ändern sich die Kriterien für die Hochschulzulassung in Deutschland, könnten hiesige Hochschulen ernsthafte Mitbewerber um exzellente chinesische Abiturienten werden, denn das Interesse am Studium in Deutschland ist sehr groß.

Es wird erwartet, dass bis zum Jahr 2018 die Zahl der gaokao-Teilnehmer weiter sinkt. Für die chinesischen Hochschulen, die sich zu einem großen Teil über Studiengebühren finanzieren, kann das zu erheblichen Problemen führen. Viele von ihnen sind durch den Ausbau ihrer Infrastruktur und die Schaffung neuer Kapazitäten hoch verschuldet. Nach chinesischen Medienberichten haben über 1.100 Hochschulen Schulden von zusammen mehr als 30 Mrd. Euro. Spitzenreiter ist die Jilin-Universität mit über 365 Mio. Euro Schulden. Durch die sinkenden Einnahmen aus Studiengebühren verschärft sich das Problem gerade für weniger renommierte Hochschulen. Für die Studienbewerber hingegen lässt der enorme Konkurrenzdruck um die begehrten Studienplätze nach. 2011 erhöhte sich die ›

Während sich viele – auch deutsche – Unternehmen in China über einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften beklagen, fanden 2011 bis zu 25 Prozent der rund 6,6 Millionen Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz, der ihrer Ausbildung entsprach.

Zulassungsrate der gaokao-Teilnehmer von 69 auf 73 Prozent: 6,8 Millionen Bewerber erhielten einen Studienplatz.

Die Statistik 2010 zeigt, dass die Zahl der Hochschulen leicht zugenommen hat, ebenso die Zahl der Studierenden in vierjährigen grundständigen Studiengängen und Masterstudiengängen. Dennoch sind die Steigerungen im Vergleich zum rasanten Wachstum am Anfang des Jahrtausends sehr moderat.

Fit für den Arbeitsmarkt

Um für den Konkurrenzkampf auf dem engen Arbeitsmarkt besser gewappnet zu sein, qualifizieren sich viele Studenten durch ein Masterstudium weiter. Hier hat die Zahl deutlich zugenommen. Das verweist auf ein dringendes Problem: die hohe Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen. Während sich viele – auch deutsche – Unternehmen in China über einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften beklagen, fanden 2011 bis zu 25 Prozent der rund 6,6 Millionen Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz, der ihrer Ausbildung entsprach. Daraufhin wies das chinesische Bildungsministerium die Hochschulen an, bei Kursen, deren Absolventen schlechte Arbeitsplatzchancen haben, die Immatrikulationszahlen zu senken oder diese zu schließen. Das betrifft in erster Linie Jura, Fremdsprachen oder Business Administration. Absolventen in Ingenieurwissenschaften oder Buchhaltung haben hingegen hervorragende Berufsaussichten.

Bereits 2010 hatte die chinesische Regierung einen Bildungsreformplan für die nächsten zehn Jahre verabschiedet, um die Ausbildung in den Hochschulen besser auf die Anforderungen der Arbeitswelt zuzuschneiden. In der beruflichen Bildung hat das deutsche duale System in China schon lange eine Vorbildfunktion. 2011 wurde die Zusammenarbeit intensiviert durch die Bildung einer deutsch-chinesischen Allianz für Berufsbildung. Für das chinesische Bildungsministerium spielt die Entwicklung der beruflichen Bildung eine herausragende Rolle. Deutschland gilt als eines der bevorzugten Partnerländer.

Tabelle 18 : Entwicklung der Zahlen von Hochschulen, Studierenden, Absolventen und Hochschullehrern 2000–2010

				Steigerungen	
	2000	2009	2010	2000–2010	2009–2010
Reguläre Hochschulen	1.041	2.305	2.358	126,5%	2,3%
Hochschulen mit vierjährigen grundständigen Studiengängen	599	1.090	1.112	85,6%	2,0%
Berufsbildende Hochschuleinrichtungen	442	1.215	1.246	181,9%	2,5%
Institutionen, die Masterabschluss oder Promotion anbieten	738	796	797	8,0%	0,1%
Zugelassene Studienanfänger	2,2 Mio.	6,6 Mio.*	6,8 Mio.**	209%	3,0%
Studierende an regulären Hochschulen insgesamt	5,8 Mio.	22,8 Mio.	23,8 Mio.	310,3%	4,4%
Studierende in vierjährigen grundständigen Studiengängen	4,1 Mio.	11,8 Mio.	12,6 Mio.	207,3%	6,8%
Absolventen an regulären Hochschulen insgesamt	949.767	5,3 Mio.	5,8 Mio.	505,8%	8,3%
Studierende in Masterstudiengängen	233.900	1,2 Mio.	1,3 Mio.	447,0%	10,4%
Masterabsolventen	47.565	321.255	332.585	599,2%	3,5%
Studierende in Promotionsstudiengängen	67.293	246.319	258.950	284,8%	5,1%
Promovenden	11.004	46.616	47.407	330,8%	1,7%
Hochschullehrer insgesamt	462.772	1,3 Mio.	1,3 Mio.	190,2%	3,7%
Ordentliche Professoren	43.674	138.161	148.552	240,1%	7,5%

* Daten von 2010 / ** Daten von 2011; Quelle: Chinesisches Bildungsministerium 2010; Zusammenstellung: DAAD-Außenstelle Peking

Auch in der anwendungsorientierten Hochschulausbildung bieten sich verstärkt Möglichkeiten der Kooperation. Deutsche Fachhochschulen können mit ihrer Praxisnähe und ihrem Anwendungsbezug in Lehre und Forschung wichtige Impulse geben. Drei Modellprojekte chinesisch-deutscher Hochschulzusammenarbeit in Hangzhou, Hefei und Shanghai konzentrieren sich auf die Anwendungsorientierung. Mit dem Chinesisch-Deutschen Forum für Angewandte Hochschulausbildung (CDAH), dem sich mehr als 30 deutsche und chinesische Hochschulen angeschlossen haben, gibt es zudem eine wichtige Plattform für Dialog und Zusammenarbeit. Im September 2011 diskutierten mehr als 130 Teilnehmer auf der dritten Tagung des CDAH in Nanjing über Ausbildungsqualität, Besonderheiten im Curriculum sowie spezielle Anforderungen für die Lehrenden. Für die chinesischen Hochschulen bietet sich in einer konsequenten Anwendungsorientierung und einer arbeitsmarktgerechten Ausbildung mit innovativen Lehrmethoden eine große Chance zur Profilbildung und zu mehr Attraktivität. Das gilt insbesondere für diejenigen Hochschulen, die nicht zu den vom chinesischen Bildungsministerium im „211-Projekt“ oder „985-Projekt“ geförderten Topuniversitäten gehören.

Reform und Internationalisierung

In Shenzhen startete im März 2011 mit der South University of Science & Technology of China (SUSTC) die erste unabhängige Hochschule in China mit 45 Studierenden – als Reformprojekt. Die Forschungsuniversität nimmt beispielsweise Studierende ohne die übliche Hochschulaufnahmeprüfung „gaokao“ auf. Bisher erfährt die SUSTC allerdings noch nicht die Billigung des Bildungsministeriums, sondern nur der lokalen Behörden in Shenzhen.

Was die künftige Mobilität chinesischer Studierender angeht, sind die Einschätzungen unterschiedlich: Angesichts einer wachsenden Mittelschicht, die viel Wert auf eine gute Ausbildung ihrer Kinder legt, ist davon auszugehen, dass das Interesse an einem Auslandsstudium steigt. Zudem ist die internationale Mobilität auch politisch gewollt. Diesem Trend steht aber der Rückgang von Teilnehmern an der Hochschulaufnahmeprüfung „gaokao“ gegenüber. Der durch die Ein-Kind-Politik bedingte Geburtenrückgang wird auch zu einer niedrigeren Zahl von Studierenden führen, die ins Ausland gehen. Außerdem erfüllen sich für zahlreiche Rückkehrer ihre oft überhöhten Erwartungen an einen guten Arbeitsplatz in China nicht. Vielen Arbeitgebern ist inzwischen Berufserfahrung wichtiger als ein internationaler Abschluss.

Die Anstrengungen der chinesischen Hochschulen, sich für die Welt zu öffnen, haben sich mit der Verabschiedung des Bildungsreformplans und der darin formulierten Aufforderung zu mehr Internationalisierung verstärkt. Viele chinesische Hochschulen baten die DAAD-Außenstelle um Hilfe bei der Suche nach deutschen Hochschulpartnern. Dabei interessieren sie sich besonders für einen Austausch von Studierenden in beide Richtungen und wünschen sich deutlich mehr deutsche Studierende auf ihrem Campus. Unterstützt werden die Internationalisierungsbemühungen durch umfangreiche Stipendienprogramme des China Scholarship Council (CSC).

Viele chinesische Hochschulen wünschen sich deutlich mehr deutsche Studierende auf ihrem Campus.

Das Interesse ausländischer Hochschulen an Ausgründungen in China wächst. Bisher gibt es zwei renommierte Projekte: Nottingham/Ningbo seit 2003 und die Xi'an Jiaotong-Liverpool University in Suzhou seit 2005. 2010 kam die New York University in Kooperation mit der East China Normal University in Shanghai dazu und 2011 kündigten die Duke University und die Lancaster University Ausgründungen in Kunshan bei Shanghai beziehungsweise mit der Fremdsprachenuniversität Guangdong an. ›

DEUTSCHLAND STEHT BEI DOKTORANDEN AUF PLATZ 2

Von 2007 bis 2011 hat der China Scholarship Council (CSC) jährlich 5.000 Stipendien für einen Promotionsaufenthalt (Vollpromotion oder Sandwich-Promotion) im Ausland an Studierende von 60 chinesischen Spitzenhochschulen sowie weitere 1.000 Stipendien an andere chinesische Hochschulen vergeben. Deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben in den fünf Auswahljahren hervorragend abgeschnitten: 10,8 Prozent der chinesischen CSC-Stipendiaten entschieden sich für einen Promotionsaufenthalt in Deutschland. Im internationalen Vergleich bedeutet das Platz 2 hinter den USA (43,3 Prozent) und vor Großbritannien (9,9 Prozent), Japan (8,7 Prozent) und Kanada (7,4 Prozent). Dabei konnte Deutschland seinen Anteil kontinuierlich erhöhen. Bei den Vollpromotionen ist Deutschland 2011 sogar noch vor den USA beliebtestes Zielland. Der DAAD hat das CSC-Programm mit intensiven Marketing-Maßnahmen begleitet.

Ab 2012 beginnt eine neue Förderperiode des CSC mit 6.000 Stipendien jährlich: Davon sind 3.500 Stipendien für eine Sandwich-Promotion von Bewerbern der „211-Hochschulen" – der Top-Universitäten – gedacht sowie 2.500 Stipendien für eine Vollpromotion für Bewerber aller Hochschulen, von Institutionen außerhalb der Hochschulen sowie für Kandidaten, die im Ausland sind (etwa Masterabsolventen ausländischer Hochschulen). Zudem sollen 1.000 Stipendien für Bachelorstudenten, vor allem im Rahmen von Hochschulpartnerschaften, angeboten werden.

Die University of Birmingham hat 2011 eine Forschungsstation in Guangzhou eingerichtet, aus der später ein Campus hervorgehen könnte. Diese Entwicklung zeigt, dass China mit seiner zum Teil durchaus zahlungskräftigen Bevölkerung für internationale Bildungsanbieter immer attraktiver wird. Deutsche Hochschulen bieten in China bisher vor allem einzelne Studiengänge an.

Der DAAD in China

Zum ersten Mal seit Jahren gab es 2011 keine Großveranstaltung, in die die DAAD-Außenstelle Peking eingebunden war oder die sie selbst organisierte. Dadurch blieb mehr Zeit, um sich mit inhaltlichen Fragen in den Förderprogrammen zu befassen. So organisierte der DAAD mit dem chinesischen Bildungsministerium einen Strategie-Workshop zu Hochschulkooperationen.

Innovatives Stipendienprogramm

Zum Ende des Jahres 2011 schrieb der DAAD ein innovatives Stipendienprogramm in China aus: Chinesische Masterstudierende aller Fachrichtungen, die einen Promotionsaufenthalt in Deutschland planen, können sich im Rahmen ihrer Masterarbeit für einen ein- bis dreimonatigen Forschungsaufenthalt an einer deutschen Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung bewerben. Die chinesischen Stipendiaten sollen die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft kennenlernen und im Hinblick auf eine spätere Promotion Kontakt zu einem möglichen Betreuer knüpfen können. Umgekehrt soll das Programm deutschen Professoren die Möglichkeit bieten, potenzielle Doktoranden aus China persönlich zu erleben.

Im Jahresstipendienprogramm des DAAD standen wegen der schlechten Bewerberzahl durch die Konkurrenz des chinesischen „5.000er-Programms" im Jahr 2011 nur 20 statt 30 Promotionsstipendien zur Verfügung, von denen 19 vergeben wurden. Im gemeinsam mit der Chinese Academy of Sciences (CAS) durchgeführten Stipendienprogramm war sowohl die Zahl der Bewerbungen als auch die Qualität der Kandidaten wieder sehr erfreulich, so dass alle zehn Stipendien vergeben wurden. Für die neu ausgewählten DAAD-Stipendiaten veranstaltete die Außenstelle am 27. und 28. August 2011 zum dritten Mal ein Ausreiseseminar zur interkulturellen Vorbereitung.

120 deutsche Stipendiatinnen und Stipendiaten des DAAD und des CSC aus ganz China fanden sich vom 28. bis 30. Oktober auf Einladung des DAAD zum Stipendiatentreffen in Peking ein. Zusätzlich organisierte die Außenstelle am 20. Dezember ein Treffen von Pekinger DAAD-

Stipendiaten mit deutschen DAAD-Alumni, bei dem der bekannte China-Autor Frank Sieren einen Vortrag hielt.

Das Programm „Sprache & Praxis China“ (S&P) feierte 2011 sein 15-jähriges Jubiläum. Zu diesem Anlass lud der DAAD am 26. und 27. November 50 ehemalige und aktuelle S&P-Stipendiaten nach Peking zu einer Jubiläumsveranstaltung ein. Pünktlich dazu hatte die Außenstelle einen Festband mit Berichten von Ehemaligen erstellt.

Hochschul- und Forschungsmarketing

Die wichtigsten Hochschulmessen waren für den DAAD 2011 erneut die China Education Expo (CEE) im Oktober und der Ph.D.-Workshop im November. Bei der CEE, der meistbesuchten und wichtigsten chinesischen Bildungsmesse, organisierte der DAAD – wie schon in den Vorjahren – für über 30 deutsche Hochschulen und Bildungseinrichtungen den Auftritt des deutschen Pavillons auf den Messestationen Peking, Qingdao, Xi’an, Shanghai, Wuhan, Chengdu und Guangzhou. Der Besucherandrang bei den deutschen Ständen war hoch. Es fiel auf, dass in erster Linie gut vorbereitete Studierende von chinesischen Spitzenhochschulen die Gelegenheit zur Beratung durch deutsche Hochschulvertreter nutzten. Laut einer DAAD-Umfrage streben rund 60 Prozent der Besucher einen Masterabschluss in Deutschland an. Die Qualifikation der Besucher hat sich deutlich erhöht, so der Eindruck der deutschen Messeteilnehmer.

Der Ph.D.-Workshop fand im November in Peking zum dritten Mal statt. Hierbei handelt es sich um eine zweitägige internationale Rekrutierungsmesse zur Gewinnung hochqualifizierter chinesischer Doktoranden, von denen ein Großteil entweder schon ein CSC-Stipendium des „5.000er-Programms“ hat oder gute Aussichten besitzt, eines zu bekommen.

Besuch in der Hauptstadt: 120 deutsche DAAD-Stipendiaten aus ganz China kamen nach Peking zum Stipendiatentreffen und zum Empfang in der Botschaft.

Der DAAD organisierte wie bisher die Teilnahme von 25 deutschen Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Über ein Online-Tool tauschten sich Hochschulvertreter und Ph.D.-Kandidaten bereits vor der Veranstaltung aus und verabredeten sich für Bewerbungsgespräche. Auf diese Weise konnten in den Vorjahren viele Kandidaten für eine Promotion in Deutschland gewonnen werden. Auch der Workshop von 2011 verspricht wegen der hohen Beteiligung von 1.300 Ph.D.-Kandidaten in diesem Sinne erfolgreich zu werden. Vor dem Workshop lud der DAAD zu einer Netzwerkkonferenz ein, um Vertreter deutscher und chinesischer Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Der DAAD hatte 2011 in rund 30 Veranstaltungen an chinesischen Hochschulen etwa ›

Ausflug ins Grüne: Bei einem Treffen in Suzhou tauschten sich 70 Lektoren aus China und der Mongolei über ihre Erfahrungen aus (oben).

Andrang: Bei den deutschen Studientagen in Peking und Tianjin war das Interesse groß (Mitte).

Beratung für Doktoranden: Was muss ich bei einer Promotion in Deutschland beachten? Informationen dazu gab es beim Ph.D.-Workshop sowie bei 30 Informationsveranstaltungen an chinesischen Hochschulen (Mitte links).

Nachwuchs erwünscht: Die Kinderunis in Wuhan und Nanjing waren mit etwa 130 Gästen gut besucht. DAAD-Generalsekretärin Dorothea Rüland überreichte die Teilnehmerurkunden in Wuhan (unten links und rechts).

Strategisch geplant

Hochschulkooperationen

Im Kontext des chinesischen Bildungsreformplans von 2010 veranstalteten das chinesische Bildungsministerium und der DAAD an der Zhejiang-Universität in Hangzhou vom 17. bis 18. März 2011 einen Workshop, um die jeweilige Förderpolitik abzustimmen. Dabei zeigte sich, dass die chinesischen Partner Modellprojekte mit großer Sichtbarkeit wünschen. Die Deutschen setzen den Schwerpunkt auf die Anwerbung guter Studierender und Doktoranden sowie die Ausbildung künftiger Partner. Einig waren sich beide Seiten in dem Ziel, mehr deutsche Studierende für einen Studienaufenthalt in China zu gewinnen.

Folgende Rahmenbedingungen könnten die Grundlage für ein gemeinsames Programm bieten:

1. Es wird eine Förderung von Projekten gewünscht, die eine größere Sichtbarkeit gewährleisten.
2. Es sollen besonders Projekte gefördert werden, die bereits bestehende Kooperationen vertiefen und Modellcharakter haben; die Hochschulen müssen gut zueinander passen.
3. Die Förderung wird von beiden Seiten getragen. Dafür muss es eine gemeinsame Ausschreibung geben und eine gemeinsame Auswahl der zu fördernden Projekte.
4. Das Angebot soll sich nicht auf ein oder zwei Fächer beschränken, sondern möglicherweise Schwerpunkte aufweisen, die in Regierungsgesprächen bereits festgelegt wurden, wie Umwelt- und Klimawissenschaften, Energie, Mobilität, Logistik.
5. Die Förderung soll sowohl forschungsorientierte als auch anwendungsorientierte Hochschulen umfassen. Wichtigstes Kriterium ist ein inhaltlich überzeugendes Konzept, das die Kooperation in Bildung und Forschung auf ein neues Niveau hebt.

Eine Erklärung zu einem derartigen neuen Programm deutsch-chinesischer Modellpartnerschaften wurde im Rahmen der gemeinsamen Regierungskonsultationen unterzeichnet.

Konferenz: Um Kooperationen zwischen deutschen und chinesischen Hochschulen ging es beim Treffen von DAAD und chinesischem Bildungsministerium.

3.000 potenzielle Doktoranden über die Promotionsmöglichkeiten in Deutschland informiert. Insgesamt konnten 2011 in China mit Beteiligung der beiden IC-Büros in Shanghai und Guangzhou auf mehr als 150 Veranstaltungen wie Messen, Studientagen und Vorträgen über 22.000 junge Chinesen über Studium und Forschung in Deutschland beraten werden.

Seit 25. März betreut der DAAD einen chinesischsprachigen Blog beim populären Anbieter Douban. Der Douban-Auftritt ist inhaltlich dreigeteilt: Auf der Startseite werden DAAD-Veranstaltungen angekündigt, in einem Forum dann Informationen und Nachrichten zum Studium in Deutschland eingestellt und diskutiert. Studienberatung ist auf diesem Diskussionsforum direkt möglich. In einem weiteren Folder finden sich DAAD-Bilder und Filme. Der Blog hat bereits über 2.100 „Fans“ gefunden: http://site.douban.com/116194/.

2011 erstellte die Außenstelle einen neuen Newsletter, der zweimal im Jahr per E-Mail an rund 12.000 Adressaten versandt wird. Er ist auf der DAAD-Webseite unter http://www.daad.org.cn/publikationen-archiv-aktuelles-und-links/aktuelle-publikationen abrufbar. Zudem wurde 2011 die Webseite der Außenstelle komplett überarbeitet: www.daad.org.cn ›

GRÜNDUNG DER CHINESISCH-DEUTSCHEN HOCHSCHULE

Am 23. März 2011 wurde an der Tongji-Universität in Shanghai die Chinesisch-Deutsche Hochschule (CDH) gegründet. Sie bildet ein gemeinsames Dach für mehrere deutschlandbezogene Einrichtungen und Projekte an der Tongji-Universität. Dazu gehören das vom DAAD seit 1998 geförderte Chinesisch-Deutsche Hochschulkolleg (CDHK), die Chinesisch-Deutsche Hochschule für Angewandte Wissenschaften (CDHAW) sowie das Chinesisch-Deutsche Institut für Berufsbildung (CDIBB). Diese Einrichtungen bleiben weitgehend selbstständig und werden von Synergien profitieren. Hinzu kommt der neu eingerichtete Chinesisch-Deutsche Campus (CDC). Er dient den über 40 deutsch-chinesischen Projekten an der Tongji-Universität als Plattform für Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsorganisation.

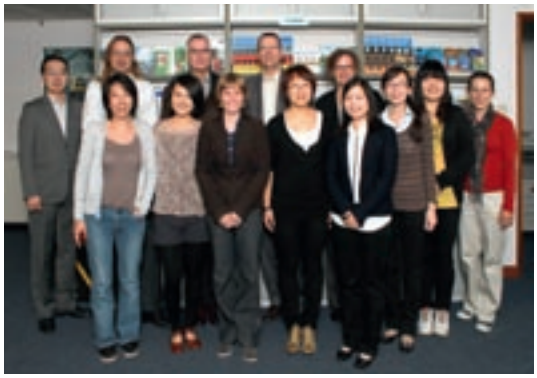
Mit großem Erfolg koordinierte die CDH vom 11. bis 21. Oktober 2011 die erste Deutsche Woche an der Tongji-Universität. Über 15.000 Besucher, zumeist Studierende, aber auch hochkarätige Gäste, nahmen an den vielfältigen Veranstaltungen zu Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur teil.

Von Kinderunis und Alumni-Treffen

Vom 14. bis 16. Oktober fand an der Huazhong University for Science and Technology in Wuhan das fünfte Treffen deutscher und chinesischer Hochschulpräsidenten statt, unterstützt vom Chinesisch-Deutschen Zentrum für Wissenschaftsförderung. DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland nahm an der Veranstaltung teil. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Zusammenarbeit in der Forschung und in der Doktorandenausbildung, die Einbindung von Hochschulen in die regionale wirtschaftliche Umgebung, Mobilität von Studierenden sowie das Thema geistiges Eigentum.

Generalsekretärin Rüland war auch Gast bei der von DAAD-Lektorin Dr. Heidrun Hörner organisierten Kinderuni an der Huazhong-Universität in Wuhan am 14. Oktober. Dort überreichte sie 50 „Jungstudierenden“ ihre Urkunden. Einen Tag später organisierte DAAD-Lektor Dr. Dietmar Mehrens eine Kinderuni mit 80 „Nachwuchsforschern“ an der Nanjing-Universität.

Die DAAD-Außenstelle Peking organisierte oder unterstützte 2011 31 Alumni-Veranstaltungen mit rund 1.550 Teilnehmern. Dazu zählten unter anderem 14 lokale Alumni-Treffen, acht von Alumni im Rahmen des Programms „Von



Erfolgeiches Team: die Mitarbeiter der Außenstelle Peking (rechts oben).

Alumni für Alumni“ organisierte Fachseminare, ein Rechts-Kolloquium mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), eine Podiumsdiskussion am Zentrum für Deutschlandstudien sowie ein Treffen für deutsche DAAD-Alumni. Die meisten Veranstaltungen wurden aus BMBF-Mitteln des Programms „Deutschland-Alumni in China“ (DACH) finanziert.

Die DAAD-Lektoren aus ganz China und der Mongolei kamen vom 21. bis 25. November an der Fudan-Universität in Shanghai zusammen. Kollegen aus Ulan Bator, Tokio, Seoul und Südchina berichteten von ihrer Arbeit. Prof. Ulrich Ammon, Universität Duisburg-Essen, und Dr. Matthias Wermke, langjähriger Leiter der Duden-Redaktion, hielten Vorträge rund um das Thema Sprache. Eine Exkursion nach Suzhou rundete das Programm ab. Etwa 70 Orts- und DAAD-Lektoren nahmen an diesem Treffen teil.

Internes

Personalwechsel in der Außenstelle Peking: Neu im Team sind Sun Wenjing (Marketing) und Liu Jie (Stipendienbearbeitung). Verlassen haben die Außenstelle Zheng Yi und Jin Zhenshan, die jeweils an die Hochschulbüros der Universität Jena beziehungsweise der TU München wechselten. «

Tabelle 19 : Statistischer Überblick VR China 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**9,6 Mio. km²**
Bevölkerungszahl	**1,34 Mrd.**
Frauen	48,08 %
Männer	51,92 %
Bevölkerungsdichte	**139 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**0,5 %**
Urbanisierungsgrad bei Entwicklungsländern	**45 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**5.926 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**4.270**
Anteil am globalen BIP	**9,3 %**
Knowledge Economy Index (KEI) 2009	**Rang 81**
Wirtschaftswachstum	**10,4 %**
Inflation	**6,6 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2010*	**3,66 %**
Forschungsetat	1,76 %
Hochschultypen 2010	
reguläre Hochschulen [1]	2.358
davon 1. HS mit vierjährigen grundst. Studiengängen [2]	1.112
davon 2. HS mit speziellen Kursen [3]	1.246
darunter Einrichtungen für Master und Promotion	797
davon 1. Hochschulen	481
davon 2. Forschungseinrichtungen	316
Einrichtungen für Erwachsenenbildung	365
Private reguläre Hochschuleinrichtungen	836
Anzahl Hochschullehrer 2010	**1.343.127**
davon ordentliche Professoren	148.552
Eingeschriebene Studierende 2010	
an staatlichen Institutionen	22.317.929
an privaten Institutionen	4.766.845
Frauenanteil	50,86 %
Anteil ausländischer Studierender	1 %
Doktoranden	258.950
Abschlüsse 2010	
Abschlüsse in drei- und vierjährigen Studiengängen	5.754.245
davon: Bachelor's Degree [4]	2.435.867
Master's Degree	332.585
Doctorate	47.407
Studiengebühren (pro Studienjahr) 2010*	
an staatlichen Institutionen (je nach Studiengang)	ab 1.000
an privaten Institutionen	k.A.

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Ausländische Studierende gesamt	**265.090**
nach Herkunftsländern 2010: [5]	
1. Süd-Korea 2009	64.232 (27,1 %)
2. USA 2009	18.650 (7,8 %)
3. Japan 2009	15.409 (6,5 %)
4. Vietnam 2009	12.247 (5,1 %)
5. Thailand 2009	11.379 (4,8 %)
6. Deutschland 2010	4.873 (1,8 %)
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	**950.000**
Studienbeginn 2010	284.700
davon in Deutschland	22.779

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende [6]	
1. USA	157.558
2. Japan	86.173
3. Australien	75.558
4. Großbritannien	60.705
5. Kanada	49.980

* Angaben in US-Dollar

1 vom Bildungsministerium anerkannte Hochschulen
2 davon wiederum 323 An-Institute
3 z. B. für Berufsbildung
4 in vierjährigen Studiengängen
5 2009 waren es 238.184
6 nach dem „Atlas of Student Mobility 2010"

Quellen:
Bildungsministerium der VR China (Hg.): Educational Statistics Yearbook of China 2010, Peking 2011
Bildungsministerium der VR China:
► www.moe.edu.cn (29.12.2011)
Wissenschaftsministerium der VR China:
► www.most.gov.cn (03.01.2012)
China Education and Research Network:
► www.edu.cn (03.01.2012)
Atlas of Student Mobility:
► www.iie.org (03.01.2012)

Tabelle 20 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
VR China

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**457**
	A	**403**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	125
	A	64
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	128
	A	252
davon Doktoranden	D	59
	A	166
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	204
	A	87
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	185
	A	33
2–6 Monate	D	115
	A	83
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	157
	A	287
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	64
	A	110
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	1
	A	25
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	1
Lektoren	D	38
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	6
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	135
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	27
Praktikanten	D	77
	A	9
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	37
	A	60
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**904**
	A	**1.317**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	445
	A	619
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	267
	A	561
davon Doktoranden	D	60
	A	116
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	192
	A	137
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	434
	A	416
2–6 Monate	D	373
	A	633
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	97
	A	268
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	420
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	219
	A	200
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	368
Austausch in Projekten (PPP)	D	105
	A	3
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**1.361**
	A	**1.720**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**3.081**

Tokio

Japan nach der Katastrophe

Dr. Holger Finken leitet die Außenstelle Tokio seit 2009. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1978 und hat zurzeit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Am 11. März 2011 um 14.46 Uhr Ortszeit erschütterte ein Erdbeben mit einer Stärke von 9,0 auf der Richterskala die Nordostregion (jap. Tohoku) der japanischen Hauptinsel Honshu. Das Beben löste einen Tsunami mit einer durchschnittlichen Wellenhöhe von 10 Metern sowie Unfälle in mehreren Kernkraftwerken Ostjapans aus. Sie führten ab dem 12. März im Kernkraftwerk Fukushima I in drei Reaktorblöcken zu Kernschmelzen.

Die Natur- und Technikkatastrophe überschattete und bestimmte in Japan das gesamte Jahr 2011. Der Tsunami, der sich teilweise bis zu 10 Kilometer ins Landesinnere ausbreitete, kostete viele Menschenleben: Bis zum 10. März 2012 meldete die Polizei 15.854 Tote und 26.992 Verletzte, 3.155 Personen wurden noch vermisst (Quelle: National Police Agency of Japan). Über 200.000 Menschen mussten direkt nach der Tsunamikatastrophe in Notunterkünften untergebracht werden, hinzu kamen zeitweise bis zu 80.000 Evakuierte nach der Reaktorkatastrophe. Die Folgen des weltweit größten Kernkraftwerksunfalls seit Tschernobyl im Jahr 1986 werden in Japan noch lange nachwirken.

Immens waren auch die wirtschaftlichen Schäden: Fast 130.000 Gebäude wurden ganz und über 230.000 teilweise zerstört sowie 3.900 Straßen und 78 Brücken beschädigt. Der Tsunami überflutete auch den Flughafen Sendai, der über einen Monat lang geschlossen blieb. Unmittelbar nach dem Erdbeben lag auch in Tokio der Eisenbahn- und U-Bahn-Verkehr zunächst still, erst nach einigen Stunden konnten manche Strecken wieder befahren werden. In Ostjapan fielen zeitweise etwa ein Drittel der Stromproduktion und 10 Prozent der Raffineriekapazität aus; bis zum Sommer kam es daher zu rollierenden Stromabschaltungen.

Gravierende Schäden gab es an den Gebäuden und Anlagen der Universitäten im Katastrophengebiet, so etwa an der Tohoku-Universität in Sendai (Schadenssumme etwa 800 Mio. Euro) und an der Tsukuba-Universität (etwa 70 Mio. Euro).

Zahlreiche Ausländer verließen nach der Katastrophe Japan. Etwa 4.000 der vorher über 5.000 ansässigen Deutschen reisten nach Angaben der Deutschen Botschaft aus, rund 1.600 endgültig.

Wiederaufbau der Erdbebengebiete

25 Jahre DAAD Tomonokai

150 Jahre diplomatische Beziehungen

Arbeitgeber sollen Auslandsstudium wertschätzen

DAAD-Stipendien attraktiv

Erneuter Wechsel im Amt des Premierministers

Die seit Juni 2010 amtierende Regierung von Premierminister Naoto Kan (Demokratische Partei, DPJ), deren Rücktritt wegen schlechter und weiter sinkender Umfragewerte allgemein für spätestens April 2011 erwartet worden war, blieb nach der Katastrophe vom 11. März zum Krisenmanagement zunächst im Amt. Im August setzte Naoto Kan mit der Drohung einer Auflösung des Unterhauses und vorzeitiger Neuwahlen noch drei wichtige Gesetze durch: einen zweiten Zusatzhaushalt für 2011 für Wiederaufbaumaßnahmen in den Erdbebengebieten, ein Gesetz über die Förderung erneuerbarer Energien und ein Gesetz für die Ausgabe weiterer Staatsanleihen zur Finanzierung des Haushaltsdefizits. Danach trat Kan am 26. August zurück und machte den Weg frei für die Neuwahl des DPJ-Vorsitzenden und Premierministers am 29. August 2011, bei der sich der bisherige Finanzminister Yoshihiko Noda im zweiten Wahlgang gegen Wirtschaftsminister Banri Kaieda durchsetzte.

Yoshihiko Noda studierte an der Waseda-Universität und danach am vom Panasonic-Gründer Konosuke Matsushita geschaffenen renommierten Matsushita Institute of Government and Management. Er wird dem konservativen Flügel der DPJ zugerechnet. Neuer Hausherr im Wissenschaftsministerium (MEXT) wurde der bisherige Vizeminister Masaharu Nakagawa (DPJ), der an der Georgetown University in Washington, D.C., Internationale Beziehungen studierte. Ihn löste allerdings schon am 13. Januar 2012 Hirofumi Hirano ab.

Die Regierung Noda hat wie die Regierung Kan keine Mehrheit im Oberhaus und steht vor den gleichen Herausforderungen wie diese: Wiederaufbau der Erdbebengebiete, Klärung des außenwirtschaftlichen Kurses und Sanierung der Staatsfinanzen. Während der erste Problemkreis sehr umfangreich ist und auch eine Klärung der weiteren Energiepolitik umfasst, sind die beiden anderen Politikfelder sehr umstritten.

Nach dem Jahrhundertbeben der Stärke 9,0 am 11. März 2011 überspülte ein 14 Meter hoher Tsunami das Kernkraftwerk Fukushima I. In den Tagen danach führte der Ausfall der Kühlsysteme zu Wasserstoffexplosionen, Kernschmelzen und zur Freisetzung großer Mengen radioaktiver Substanzen.

Trotz der Proteste, insbesondere der japanischen Bauern, hat Premierminister Noda am 11. November 2011 entschieden, dass Japan Verhandlungen über seinen Eintritt in die Freihandelszone der Trans-Pacific Strategic Economic Partnership (TPP) aufnimmt, die die USA, Australien, Vietnam und weitere sechs Länder auf beiden Seiten des Pazifiks umfasst.

Am 6. Januar 2012 beschloss die Regierung, noch im laufenden Haushaltsjahr (bis 31. März 2012) einen Gesetzentwurf über die Anhebung der Mehrwertsteuer von derzeit 5 auf 8 Prozent ab April 2014 und 10 Prozent ab Oktober 2015 einzubringen. Die Einnahmen aus der Steuererhöhung sollen ausschließlich zur Finanzierung der durch den demografischen Wandel stark belasteten Sicherungssysteme verwendet werden.

Die Zustimmung für die Regierung Noda ist inzwischen von 65 Prozent im September 2011 auf 35,7 Prozent im Januar 2012 gefallen. Aus Protest gegen die Pläne zur Erhöhung der Mehrwertsteuer sind im Januar 2012 mehrere Abgeordnete aus der Partei ausgetreten. Am 13. Januar 2012 stärkte Premierminister Noda schließlich das Lager der Befürworter einer Steuererhöhung durch eine Regierungsumbildung.

Die Regierung Noda hat wie ihre Vorgängerin keine Mehrheit im Oberhaus und steht vor den gleichen Herausforderungen: Wiederaufbau der Erdbebengebiete, Klärung des außenwirtschaftlichen Kurses und Sanierung der Staatsfinanzen.

Wissenschafts- und Energiepolitik

Wie jedes Jahr referierte Prof. Masuo Aizawa, Executive Member des Council for Science and Technology Policy (CSTP) der japanischen Regierung, vor den Mitgliedern des Science and Technology Diplomatic Circle, in diesem ›

Die 1858 gegründete Keio-Universität mit derzeit 34.000 Studierenden ist neben der Waseda-Universität eine der beiden wichtigsten privaten Hochschulen in der japanischen Hauptstadt. Das Foto zeigt die geschichtsträchtige Bibliothek.

Jahr am 9. November in der kanadischen Botschaft. Hauptgegenstand des Vortrages war der „Fourth Science and Technology Basic Plan 2011–2016". Dieser soll in enger Verzahnung mit der Wachstumsstrategie der Regierung bis zum Jahre 2020 (Kabinettsbeschluss vom Juni 2010) und dem Wiederaufbauplan für die Erdbebengebiete umgesetzt werden. Schwerpunktbereiche bleiben Umwelt („Green Innovation") und Gesundheit („Life Innovation"), nun ergänzt durch „Wiederaufbau und Revitalisierung".

Wegen der hohen Ausgaben für den Wiederaufbau der Erdbebengebiete und der allgemein angespannten Haushaltslage wird aber 2012 weniger Geld für Bildung und Wissenschaft zur Verfügung stehen als 2011: Der entsprechende Budgetposten sinkt um 1,9 Prozent (Japan Times, 28. Dezember 2011).

Nach der Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima I ist der energiepolitische Kurs des Landes neu zu bestimmen. Der erst im Juli 2010 verabschiedete Basisenergieplan sah zur Verringerung des Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen die Erhöhung des Kernenergieanteils auf 53 Prozent und den Neubau von 14 Reaktoren bis 2030 vor. Japan hatte sich 2009 verpflichtet, von 1990 – dem Bezugsjahr des Kyoto-Protokolls – bis 2020 seinen CO_2-Ausstoß um 25 Prozent zu verringern. Vom Ausbau der Kernkraft ist nach dem Unfall im KKW Fukushima I keine Rede mehr – Gegner und Befürworter der Kernenergie in Japan sind sich zumindest darin einig, dass auf lange Sicht keine Reaktoren mehr gebaut werden. Vielleicht kommt ein Atomausstieg in Japan sogar relativ schnell: Da die Reaktoren regelmäßig zur Wartung abgeschaltet werden und zum Wiederanfahren die Zustimmung der lokalen und regionalen Behörden erforderlich ist, die aber jetzt sehr zögerlich erteilt wird, liefen am 25. Dezember 2011 nur sechs der 54 Kernreaktoren des Landes. Im Sommer 2012 stehen weitere Regelabschaltungen an.

Allerdings ist die Gefahr von Engpässen in der Stromversorgung in Japan real. Eine kurzfristige Gegenmaßnahme ist die Energieeinsparung: Schon im Sommer 2011 wurde nach dem Ausfall zahlreicher Kraftwerke nach der Erdbebenkatastrophe der Stromverbrauch im Nordteil der Hauptinsel durch teilweise drastische Aktionen wie Verlegung der Produktion auf Samstag und Sonntag um 15 Prozent gesenkt. Eine längerfristige Maßnahme ist die stärkere Nutzung fossiler Energieträger. So wird erwartet, dass die Gasimporte 2012 um knapp 30 Prozent steigen. Das oben genannte Klimaziel wird dabei wohl nicht erreicht werden: 2012 wird der Ausstoß von Kohlendioxid knapp 19 Prozent über dem Bezugsjahr 1990 liegen.

In jedem Fall braucht Japan eine neue Energiestrategie. Dazu setzt die Regierung auf unabhängige Experten, die sich an der Erarbeitung einer Strategie in einem beratenden Grundsatzausschuss beim Wirtschaftsministerium METI beteiligen. Die Abhängigkeit von der Kernkraft wird künftig, ganz im Gegensatz zur bisherigen Linie, verringert werden – ob auf null, gilt noch als offen. Die neue Energiestrategie soll im Sommer 2012 vorgelegt werden. So oder so wird aber die Bedeutung erneuerbarer Energien steigen: Sah der Basisenergieplan von 2010 deren Ausbau auf 20 Prozent bis 2030 vor, so soll dieses Ziel nun bereits 2020 erreicht werden.

Was die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke betrifft, so wird Japan sie noch für eine ganze Reihe von Jahren so sicher wie möglich

betreiben müssen. Im Dezember 2011 wurde in Anlehnung an US-amerikanische Regelungen die maximale Laufzeit für KKW auf 40 Jahre begrenzt. Die Aufsicht über die Kernkraftwerke erhält eine neue Behörde im Umweltministerium. Sie ersetzt in dieser Aufgabe das Wirtschaftsministerium, bisher größter Befürworter der Kernenergie. Die Behörde erhält mehr Kompetenzen und soll bis April 2012 geschaffen werden (Japan Times, 3. Januar 2012).

Internationalisierung des japanischen Hochschulwesens

Bei seinem ersten Interview mit Pressevertretern forderte Wissenschaftsminister Masaharu Nakagawa, selbst Absolvent der Georgetown University, USA, von der japanischen Gesellschaft größere Anerkennung für ein Auslandsstudium. Die japanischen Studierenden hätten Interesse an einem Auslandsaufenthalt, befürchteten aber Nachteile bei der Arbeitsplatzsuche nach ihrer Rückkehr. Der Wissenschaftsminister monierte die mangelnde Wertschätzung des Auslandsstudiums von Seiten der Arbeitgeber, insbesondere von Unternehmen und Kommunalregierungen. Die japanische Gesellschaft müsse sich dahingehend ändern, dass ein Auslandsstudium ohne Karrieresorgen nach der Rückkehr möglich sei. Nakagawa äußerte, er werde mit führenden Personen aus der Wirtschaft über diese Probleme der Studierenden sprechen (Japan Times, 24. September 2011).

Das Wissenschaftsministerium schafft seit 2010 nach dem Muster von Erasmus ein ostasiatisches Austauschsystem unter dem Namen CAMPUS Asia (Collective Action for the Mobility Program of University Students). Beteiligt sind neben Japan auch China und die Republik Korea. Gleichzeitig werden verstärkt bilaterale Austauschprogramme mit den USA, Europa und anderen Ländern gefördert. An den im Herbst 2011 ausgewählten bilateralen Kooperationsprojekten nehmen die deutschen Universitäten RWTH Aachen (mit dem Tokyo Institute of Technology und der Keio-Universität), Bonn, FU Berlin (mit der Tsukuba-Universität) sowie die TU München und die TU Darmstadt (mit der Keio-Universität) teil.

Nach mehrfachen Terminverschiebungen wurde im März 2011 das neue Kurzstipendienprogramm „Short Stays / Short Visits“ (SSSV) der Japan Student Services Organization (JASSO) ausgeschrieben. Im Rahmen von bilateralen Hochschulvereinbarungen werden hier „Schnupperaufenthalte“ japanischer („short visit“, SV) und ausländischer Studierender („short stay“, SS) von ein bis drei Monaten Dauer an der jeweiligen Partnerhochschule gefördert. Idealerweise sollen die Austauschzahlen in beide Richtungen ausgeglichen sein.

Im SSSV-Programm wollte die japanische Regierung mit 2,2 Mrd. Yen (etwa 22 Mio. Euro) im Haushaltsjahr 2011 insgesamt je 7.000 Kurzstipendien in beide Richtungen fördern. Real gab es in der ersten Runde 2011 nicht nur die geplanten 14.000, sondern sogar 18.339 Stipendien, davon allerdings 11.369 an japanische Studierende und nur 2.064 an Ausländer, sowie 4.906 im Rahmen von bilateralen Projekten. Die durchschnittliche Dauer der Aufenthalte beträgt 1,2 Monate, das heißt, dass der mögliche Zeitrahmen von drei Monaten bisher nur selten ausgeschöpft wird.

Akademischer Austausch

An deutschen Hochschulen studieren derzeit etwa 2.100 Japaner. Davon sind 45 Prozent in den Geistes- und Sozialwissenschaften, fast 40 Prozent in Musik und Kunst und 15 Prozent in den Natur- und Ingenieurwissenschaften eingeschrieben. ›

Vom Ausbau der Kernkraft ist nach dem Unfall im KKW Fukushima I keine Rede mehr – Gegner und Befürworter der Kernenergie in Japan sind sich darin einig, dass auf lange Sicht keine Reaktoren mehr gebaut werden.

Wissenschaftsminister Masaharu Nakagawa fordert von Arbeitgebern und der japanischen Gesellschaft größere Anerkennung für ein Auslandsstudium.

Prof. Dr. Jochen Schieck vom Exzellenzcluster „Universe“ präsentiert im nationalen Zentrum für Hochenergiephysik in Japan (KEK) den Pixel-Vertexdetektor. Er ist das Kernstück des neuen Belle-II-Experiments am Teilchenbeschleuniger Super KEKB des International Linear Collider (ILC).

Ihnen stehen 393 deutsche Studierende an Hochschulen in Japan gegenüber (Stand Mai 2011). Vor allem wegen der Naturkatastrophe im März 2011 waren dies etwa 160 (29 Prozent) weniger als im Vorjahr.

Im Jahr 2010 besuchten 567 geförderte japanische Wissenschaftler Deutschland. Über 238 deutsche Wissenschaftler reisten nach Japan (Statistik der Japan Society for the Promotion of Science 2011). Laut Statistik der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (2011) sind 114 deutsche und 162 japanische Hochschulen an Partnerschaften beteiligt. Der DAAD fördert derzeit 14 deutsch-japanische Hochschulpartnerschaften, drei davon in einer trilateralen akademischen Kooperation zwischen Deutschland, Japan und der Republik Korea.

Die Arbeit der DAAD-Außenstelle

Nach dem Erdbeben vom 11. März 2011 konzentrierte sich die DAAD-Außenstelle in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Referat der DAAD-Zentrale, der Deutschen Botschaft, der Krisenbeauftragten des DAAD und dem Krisenstab des Auswärtigen Amtes auf die Kontaktaufnahme zu den DAAD-Geförderten in Japan. Drei DAAD-Stipendiaten an der Tohoku-Universität in Sendai, also nahe am Epizentrum, konnten nach dem Erdbeben und Tsunami wegen Strom- und Internetausfalls nicht mehr kontaktiert werden. Die Kontaktaufnahme erfolgte erst am 13. März per Handy. Die drei Stipendiaten wurden (mit anderen Deutschen und Ausländern) am 14. März mit Bussen der Botschaft und des Technischen Hilfswerks aus Sendai nach Tokio evakuiert und reisten ab 15. März aus Japan aus.

Die Stipendiaten in den nicht von Strom- und Internetausfall betroffenen Gebieten Japans informierte die DAAD-Außenstelle in enger Absprache mit dem zuständigen Referat ab 12. März per Rundmail und Homepage, dass sie Japan ohne Nachteile für ihre Stipendienvereinbarung verlassen könnten. Von den 115 Geförderten, die zum Zeitpunkt der Katastrophe in Japan waren, nahmen 92 dieses Angebot an. Der DAAD übernahm zusätzliche Reisekosten und zahlte die Stipendienraten zum Ausgleich für Miete, Mietausfallkosten und Sonstiges bis Ende April 2011. Bis Mai kehrten etwa 70 Stipendiaten wieder nach Japan zurück, 19 brachen ihren Aufenthalt in Japan endgültig ab.

Die Außenstelle Tokio schloss im Einklang mit der Teilreisewarnung des Auswärtigen Amtes für den Nordosten der Hauptinsel Honshu und den Großraum Tokio-Yokohama vom 17. März bis 11. April 2011. Die Geschäfte führten das zuständige Referat in Bonn und der Außenstellenleiter per E-Mail von außerhalb weiter, wobei er Ende März zeitweilig nach Tokio reiste und dort Termine mit japanischen Partnern wahrnahm.

Der DAAD, die HRK und die Alexander von Humboldt-Stiftung eruierten bei den deutschen Hochschulen den Bedarf an kurzfristiger Unterstützung betroffener japanischer

Partnerinstitutionen. Die zuständige Referatsleiterin Dr. Ursula Toyka-Fuong vertrat den DAAD im entsprechenden Gesprächskreis beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Das BMBF bewilligte auf Antrag des DAAD Mittel in einer Gesamthöhe von rund 260.000 Euro für verschiedene Sonderförderungen ab September 2011, unter anderem für ein zweisemestriges Austauschprogramm für 20 Studierende der Wirtschaftswissenschaften der Tohoku-Universität in Sendai an der Universität Paderborn.

DAAD-Programme mit Japan

Der DAAD bietet in Japan Stipendien für Doktoranden und Masterstudierende, Hochschulsommerkurse und Intensivsprachkurse sowie Wiedereinladungen an. Für das Hochschuljahr 2012/2013 wurden 24 Graduiertenstipendien an Japaner vergeben.

Nach den insgesamt niedrigeren Bewerberzahlen im Vorjahr sind in der Auswahlrunde 2011 die Bewerberzahlen insgesamt um über 8 Prozent gestiegen. Besonders stark stieg die Zahl der Bewerbungen bei den nichtgermanistischen Geistes- und Sozialwissenschaften. Bei den Studienzielen waren die Promotion in Japan, die Promotion in Deutschland und Forschungsaufenthalte ohne Abschluss in etwa gleich oft vertreten, die restlichen 10 Prozent entfielen auf Bewerbungen um Stipendien für Masterstudiengänge in Deutschland. Dabei war die Promotion in Japan bei den Geistes- und Sozialwissenschaften bei weitem das häufigste Studienziel, während sich bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften die Promotion in Deutschland und Forschungsaufenthalte ohne Abschluss etwa die Waage hielten.

Die wieder höheren Bewerberzahlen zeigen, dass die DAAD-Graduiertenstipendien für junge japanische Wissenschaftler trotz starker internationaler und innerjapanischer Konkurrenz attraktiv bleiben. Der temporäre Einbruch bei den Geistes- und Sozialwissenschaften im Vorjahr hat sich nicht wiederholt. Die Bewerber um ein DAAD-Stipendium kommen weiter durchweg von den besten Universitäten Japans.

Im Partnerschaftsprogramm vereinbarte der DAAD mit der Tsukuba-Universität, die seit Mai 2010 ihr Europa-Büro in einem Gebäude der Bonner DAAD-Zentrale unterhält, 2011 erstmals ein Partnerschaftsprogramm auf „Matching Funds"-Grundlage – die Förderung soll 2013 beginnen. Eine ähnliche Vereinbarung wird seit 2011 mit der Chuo-Universität vorbereitet. Zum Jahresende nahm der DAAD auch Verhandlungen mit der Waseda-Universität in Tokio auf.

Die DAAD-Graduiertenstipendien für junge japanische Wissenschaftler bleiben trotz starker internationaler und innerjapanischer Konkurrenz attraktiv.

150 Jahre diplomatische Beziehungen

Trotz der Katastrophe im März 2011 begingen Japan und Deutschland das 150. Jubiläum der deutsch-japanischen Beziehungen. Am 2. April kam Bundesaußenminister Guido Westerwelle als zweiter hochrangiger ausländischer Politiker nach der Katastrophe nach Tokio, im Juni folgten CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder und Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen). Am 15. September traf sich die deutsch-japanische Parlamentariergruppe unter Leitung ihres Vorsitzenden Rolf Mützenich (SPD) im Rahmen eines ausgedehnten Japanbesuchs in Tokio mit den Vertretern der deutschen Mittlerorganisationen. Im Herbst besuchte die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan Japan und erhielt am 3. Oktober 2011 die Ehrendoktorwürde der Meiji-Universität in Tokio.

Das Jubiläumsjahr erreichte mit dem Besuch des japanischen Kronprinzen Naruhito in Berlin im Juni und dem Deutschlandfest in Tokio am 23. Oktober in Anwesenheit des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff seinen Höhepunkt. Die DAAD-Außenstelle Tokio war beim Deutschlandfest mit einem Stand vertreten und präsentierte ›

Deutschlandfest in Tokio: Der damalige Bundespräsident Christian Wulff mit den Fußball-Weltmeisterinnen von 2011 Kozue Ando (r.) und Karina Maruyama (oben) und Auszeichnung der Preisträger des „Hertz und Pixel"-Audio- und Videowettbewerbs (unten).

den Hochschulstandort Deutschland auf zwölf Informationsveranstaltungen an Hochschulen des Landes: Universität Tokio, Tokyo Institute of Technology, Tohoku-Universität in Sendai, Nagoya-Universität, Keio-Universität und Meiji-Universität in Tokio, Chuo-Universität in Hachioji, Kanagawa-Universität in Yokohama sowie Chitose Institute of Technology in Hokkaido. Dazu kamen drei Informationsveranstaltungen über die DAAD-Programme vor dem DAAD-Alumni-Kreis Kobe, bei der JDG Hokkaido in Sapporo und bei einer Study-abroad-Veranstaltung der Präfektur Saitama.

Zwei Veranstaltungen zum 150. Jubiläumsjahr mussten verschoben werden: Das Symposium „Rechtstransfer in Japan und Deutschland" in Tokio auf den 3. bis 5. November, die erste European Higher Education Fair in Japan auf Mai 2012.

Trotz der schwierigen Verhältnisse feierte der DAAD das große Alumni-Symposium anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Vereinigung DAAD Tomonokai am 16. und 17. April 2011. Auch der Audio- und Videowettbewerb „Hertz und Pixel" und das Symposium „Scientific Solutions to Common Challenges. Biocatalysts for Future Feedstock Utilization" am 26. April 2011 am Nara Institute of Science and Technology (NAIST) fanden wie geplant statt.

German Innovation Award

Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus Tokio und die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan organisierten am 12. Mai 2011 zum dritten Mal den German Innovation Award (GIA) für japanische Wissenschaftler. Der DAAD stellt als Partner des GIA den Preisträgern Stipendien für einen zweimonatigen Aufenthalt an einer Universität oder Forschungseinrichtung in Deutschland zur Verfügung. Der erste Preis ging 2011 an Prof. Motonari Uesugi von der Universität Kyoto und sein Team für Forschungen über die Verwendung synthetischer kleiner Moleküle für die Zelltherapie. Den zweiten Preis erhielt Prof. Akira Ohtomo vom Tokyo Institute of Technology für Untersuchungen zu Anwendungen metalloxidischer Interfaces in der Elektronik. Drei dritte Preise gingen an Prof. Jun K. Takeuchi und Prof. Takashi Yatsui (Bio- bzw. Ingenieurwissenschaften, beide Universität Tokio) sowie Dr. Masayoshi Higuchi vom National Institute for Materials Science.

Germanistik und deutsche Sprache in Japan

Die bisherige DAAD-Lektorin Dr. Katrin Shimizu-Dohlus (seit 2009) schied zum 31. März 2011 aus – die angestrebte Nachbesetzung des Lektorats mit Entsendung des designierten Nachfolgers gelang aufgrund der Katastrophe vom März nicht sofort. Stefan Buchenberger, Professor an der Kanagawa-Universität in Yokohama in Japan, übernahm die Lehrverpflichtung. Zudem konnte mit Hilfe des DAAD-Beraternetzes ein Teil der jährlichen Veranstaltungen angeboten werden, insbesondere zwei Interuni-Seminare für Deutschlerner an japanischen Universitäten und ein Lektorentreffen mit 25 Teilnehmern in Kanazawa. Mit dem neugewählten Vorstand der Japanischen Gesellschaft für Germanistik diskutierte der DAAD die gemeinsamen Vorhaben für 2012. Der Außenstellenleiter sowie Mitglieder des Beraternetzes nahmen als Jurymitglieder an deutschen Rezitations- und Redewettbewerben an der Waseda-Universität in Tokio, der Fremdsprachenuniversität in Kyoto und der Nanzan-Universität in Nagoya teil. Stefan Buchenberger beteiligte

DAAD-Tomonokai: Der japanische Alumni-Verein des DAAD feiert in Kyoto sein 25-jähriges Bestehen mit einem großen Wissenschafts- und Kulturprogramm (links). Prof. Max Huber, Prof. Ryuichi Higuchi, Prof. Hans-Jürgen Papier mit Ehefrau, Dr. Holger Finken, Dr. Ursula Toyka-Fuong, Generalkonsul Dr. Alexander Olbrich, Prof. Masahisa Deguchi von der Ritsumeikan-Universität, Prof. Keiichi Kodaira (v.l.n.r.).

Der japanische Alumni-Verein des DAAD feierte sein 25-jähriges Bestehen mit einem Wissenschafts- und Kulturprogramm in Kyoto (rechts).

25 Jahre DAAD Tomonokai

Der DAAD Tomonokai, die japanische DAAD-Alumni-Vereinigung, feierte am 16. April 2011 mit einem Festakt an der Ritsumeikan-Universität in Kyoto seinen 25. Geburtstag. Tomonokai-Präsident Prof. Ryuichi Higuchi von der Meiji-Gakuin-Universität in Tokio begrüßte rund 170 Gäste. Zu den Gratulanten zählten der damalige DAAD-Vizepräsident Prof. Max Huber und der deutsche Generalkonsul in Osaka-Kobe Dr. Alexander Olbrich.

Zu den Mitorganisatoren gehörten die Japan Society for the Promotion of Science (JSPS), vertreten durch den Direktor ihres Bonner Büros Prof. Dr. Keiichi Kodaira, und der JSPS-Club Deutschland, vertreten durch DAAD-Langzeitdozent Prof. Dr. Heinrich Menkhaus.

Die Fachvorträge hielten Prof. Dr. Shouou Okuda, Oberpriester des berühmten Shitennoji-Tempels in Osaka, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier sowie Dr. Ursula Toyka-Fuong, Leiterin des unter anderem für Japan zuständigen Referates im DAAD Bonn.

Am 17. April 2011 diskutierte eine Gruppe junger Alumni, die innerhalb der letzten Jahre in Deutschland waren, mit Ursula Toyka-Fuong und Außenstellenleiter Dr. Holger Finken über die Stipendiengestaltung und die Betreuung durch den DAAD.

sich als Vertreter des DAAD-Beraternetzes in Japan am Treffen der deutschen Ortslektoren in China an der Fudan-Universität in Shanghai im November 2011.

Der am 16. Oktober 2010 im Rahmen des 150. Jubiläumsjahres eröffnete Audio- und Videowettbewerb der Lektorenarbeitsgruppe „Hertz und Pixel“ war ein großer Erfolg. Zum Deutschlandfest in Tokio am 23. Oktober 2011 verlieh die AG „Hertz und Pixel“ die Preise in den vier Sparten Audio fiktional und non-fiktional sowie Video fiktional und non-fiktional. Hinzu kamen von dem bekannten japanischen Schauspieler Issey Ogata gestiftete zusätzliche Preise. Die Beiträge aller Preisträger sind neben dem didaktischen Material zur Produktion von Audios und Videos im DaF-Unterricht unter www.hertzundpixel.net einsehbar.

Die Gewinner der vier Kategorien: Yuri Yoshikawa, Gakushuin-Universität Tokio, Keiko Shirai, Universität Niigata, eine Gruppe von Studierenden der Universität Niigata sowie Takashi Kunimoto aus Kobe.

Perspektiven für 2012

Vom 11. bis 20. Februar 2012 besuchte DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland auf Einladung des japanischen Außenministeriums zahlreiche Institutionen und Hochschulen des Landes und diskutierte neue Möglichkeiten der akademischen Kooperation.

Im März 2012 fand erstmals ein gemeinsames Treffen der DAAD-Alumni aus Japan, der Republik Korea und Taiwan in der koreanischen Hauptstadt Seoul statt. Davon erhofft sich der

Symposium „Rechtstransfer in Japan und Deutschland“: Prof. Akira Ishikawa (Mitte), Jurist von der Keio-Universität sowie langjähriger Vorsitzender und jetziger Ehrenpräsident des DAAD Tomonokai, erhält die Ehrenmedaille des DAAD – es gratulieren Dr. Holger Finken, Eiko Seki , Kaori Shimada und Prof. Max Huber.

Rechtstransfer

Symposium an der Keio-Universität in Tokio

Am 3. und 4. November 2011 kamen etwa 200 Wissenschaftler zur Tagung „Rechtstransfer in Japan und Deutschland“ auf dem Mita Campus der Keio-Universität in Tokio zusammen. Sie hörten Vorträge zur gemeinsamen Rechtsgeschichte und zum Rechtstransfer in Reformstaaten. Das Symposium organisierten gemeinsam die Deutsch-Japanische Juristenvereinigung (DJJV), der DAAD, die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) und die Keio-Universität in Tokio.

Dr. Birgit Grundmann, Staatssekretärin im deutschen Bundesministerium der Justiz, sprach „Zur politischen Dimension des Rechtstransfers – die deutsche Sicht“. Katsuyuki Nishikawa, Staatssekretär im japanischen Justizministerium, referierte über die japanische Perspektive.

Weitere Themen waren die Europäisierung und Modernisierung des deutschen Schuldrechts, deutsche und europäische Einflüsse auf das japanische Recht und die Strafrechtsvergleichung. Während des Abendempfangs des deutschen Botschafters in Japan, Dr. Volker Stanzel, wurde zum zweiten Mal überhaupt und zum ersten Mal in Japan die DAAD-Ehrenmedaille vergeben.

Der damalige DAAD-Vizepräsident Prof. Max Huber hielt die Laudatio. Er überreichte dem langjährigen Vorsitzenden und jetzigen Ehrenpräsidenten der DAAD-Alumni-Vereinigung „DAAD Tomonokai“, dem Juristen Prof. Akira Ishikawa, die Medaille sowie eine Urkunde, die sein Engagement für den akademischen Austausch zwischen Deutschland und Japan würdigte. Prof. Ishikawa feierte am 27. November 2011 seinen 80. Geburtstag.

Den Abschluss des Symposiums bildete am 5. November eine Tagung japanischer und deutscher Nachwuchsjuristen zu den Funktionen des Vertrags im Privatrecht, Strafrecht und Öffentlichen Recht.

DAAD, dass sich länderübergreifende Alumni- und Fachnetzwerke in Ostasien bilden.

2012 wird für die Außenstelle zudem stark im Zeichen der Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerorganisationen stehen: Vom 10. bis 12. Mai 2012 wird die erste European Higher Education Fair an der Meiji-Universität in Tokio und der Kobe-Universität nachgeholt. Der DAAD arbeitet dabei mit der EU-Delegation in Japan, Campus France und dem British Council zusammen. Im Herbst folgt die Japan-Phase des Erasmus-Mundus-Projekts PromoDoc. In diesem Projekt präsentieren Campus France, der DAAD, Nuffic, der British Council, der European Council of Doctoral Candidates and Junior Researchers (Eurodoc) und das Institute of International Education die europäische Doktorandenausbildung in sieben außereuropäischen Industrieländern. «

Tabelle 21 : Statistischer Überblick Japan 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**377.915 km²**
Bevölkerungszahl	**126,5 Mio.**
Frauen	64,9 Mio.
Männer	61,6 Mio.
Bevölkerungsdichte	**335 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**–0,28 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**5.458 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**42.831**
Anteil am globalen BIP	**8,7 %**
Knowledge Economy Index (KEI)	**Rang 20**
Wirtschaftswachstum	**4 %**
Inflation	**–0,7 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben 2012 (geplant)*[1]	
Bildungsausgaben	52.710 Mio.
Forschungsausgaben	16.594 Mio.
Hochschultypen	
Universitäten	780
Kurzstudienhochschulen (Tanki Daigaku)	387
Fachhochschulen (Kotosenmon Gakko)	57
Anzahl der Hochschulen gesamt	**1.224**
staatlich (national)	137
staatlich (lokal)	122
privat	965
Anzahl Hochschullehrer	**176.663**
davon ordentliche Professoren	70.983
Eingeschriebene Studierende	**3.102.659**
an staatlichen Institutionen (national)	676.604
an staatlichen Institutionen (lokal)	156.231
an privaten Institutionen	2.269.824
Frauenanteil	43,3 %
Anteil ausländischer Studierender 2010	4,6 %
Studierende der Naturwissenschaften	32 %
Studierende der Geisteswissenschaften	56 %
Doktoranden	74.655
Abschlüsse im Jahr	
Associate Degree	77.154
Bachelor's Degree	552.794
Master's Degree	74.675
Doctorate	15.893
Professional Degree	8.812

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Studiengebühren (pro Studienjahr) 2009*[1]	
an staatlichen Institutionen (Regelsatz seit 2005)	6.869
an privaten Institutionen (Durchschnitt 2010)	11.003
Ausländische Studierende gesamt	**138.075**
nach Herkunftsländern 2010:	
1. China	87.533
2. Republik Korea	17.640
3. Taiwan	4.571
4. Vietnam	4.033
5. Malaysia	2.417
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS[2]	66.833
davon in Deutschland	2.234

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende (2008)[2]	
1. USA	29.264
2. China	16.733
3. Großbritannien	4.465
4. Australien	2.974
5. Deutschland	2.234

* Angaben in US-Dollar

1 1 US-Dollar = 78 Yen
2 lt. MEXT 2010

Quellen:
CIA: The World Factbook:
- https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html (12.2011)

Weltbank: Data & Research:
- www.worldbank.org (12.2011)

Ministry of Finance, Japan:
- http://www.mof.go.jp/budget/budger_workflow/budget/fy2012/seifuan24/yosan001.pdf (28.12.2011)

Portal Site of Official Statistics of Japan:
- http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/NewList.do?tid=000001011528 (12.2011)

Japan Student Services Association (JASSO): International Students in Japan 2011:
- www.jasso.go.jp/statistics/intl_student/data11_e.html (20.01.2012)

Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology, Japan (MEXT):
- http://www.mext.go.jp/b_menu/houdou/22/12/1300642.htm (12.2011)

Tabelle 22 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Japan

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**218**
	A	**146**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	67
	A	46
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	107
	A	88
davon Doktoranden	D	37
	A	49
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	44
	A	12
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	36
	A	27
2–6 Monate	D	61
	A	36
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	121
	A	83
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	47
	A	79
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	28
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	1
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	29
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	23
Praktikanten	D	27
	A	22
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	7
	A	9
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**205**
	A	**216**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	105
	A	106
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	76
	A	88
davon Doktoranden	D	32
	A	12
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	24
	A	22
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	58
	A	91
2–6 Monate	D	127
	A	76
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	20
	A	49
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	82
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	51
	A	4
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	85
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**423**
	A	**362**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**785**

London

Krawalle, Krise und königliche Hochzeit

Dr. Andreas Hoeschen leitet die Außenstelle London seit September 2008. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1952 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte im November 2011 den Rekordstand von 1,16 Millionen: Mehr als 20 Prozent aller 16- bis 24-Jährigen befinden sich weder in einem Beschäftigungs- noch Ausbildungsverhältnis. Die allgemeine Arbeitslosenquote liegt bei 8,3 Prozent, ebenfalls ein Höchststand.

In seiner Neujahrsansprache 2011 äußerte Premierminister David Cameron die Erwartung, dass in den nächsten zwölf Monaten Großbritannien „wieder auf die Beine kommen" werde. Stimmungsmäßig lief das Jahr nicht schlecht an. Durchaus passend zur nunmehr konservativen Führung des Landes trug dazu das Traditionsgut der britischen Gesellschaft bei: Im Februar gewann die einheimische Filmproduktion „The King's Speech", in der König George VI. sein Stottern überwindet, vier Oscars, und acht Wochen später beging sein Urenkel eine perfekt inszenierte und weltweit beachtete Prinzenhochzeit, die dem Volk einen zusätzlichen Feiertag bescherte. Im Mai bestätigte das Referendum über eine Wahlrechtsreform zum Unterhaus das gültige Mehrheitswahlrecht – ganz im Sinne der Konservativen. Die Hoffnung der Liberaldemokraten auf ein Abstimmungsverfahren, das stärker Proportionen berücksichtigt, wurde dagegen enttäuscht. Dadurch verschoben sich in der Regierungskoalition die Gewichte zulasten des liberalen Partners, der zudem deutliche Einbußen bei den zeitgleich stattfindenden Kommunal- und Regionalwahlen erlitt.

Auch außenpolitisch konnte sich der neue Premier im ersten Halbjahr profilieren. Gemeinsam mit Frankreichs Präsident Sarkozy ergriff er die Führungsrolle bei der militärischen Unterstützung des Aufstands gegen das libysche Gaddafi-Regime. Weniger erfreulich hingegen entwickelte sich für David Cameron der weitreichende Skandal um die News of the World, deren ehemaliger Herausgeber zum Kommunikationschef der neuen Regierung ernannt worden war. Das Boulevardblatt des Medienkonzerns von Rupert Murdoch hatte offensichtlich systematisch Film- und Fernsehstars, Labourpolitiker sowie die Angehörigen von Verbrechensopfern und Kriegsgefallenen abhören lassen und sich mit Hilfe von Polizeikontakten weitere illegale Informationen beschafft. In der Folge wurde der zu Jahresbeginn entlassene Kommunikationschef verhaftet und Rupert Murdoch vor einen Parlamentsausschuss zitiert, der ihn zu seiner Verantwortung befragte. Die zeitgleich einsetzende öffentliche Diskussion über den Umgang des Murdoch-Konzerns mit seiner Medienmacht betrifft jedoch nicht nur die Verflechtungen der amtierenden Regierung mit dem einflussreichen publizistischen Unterstützer der Konservativen, da Murdoch in der Blair-Ära vorübergehend die Seiten gewechselt und „New Labour" unterstützt hatte.

Negative Schlagzeilen dominierten die zweite Jahreshälfte: Im August brannten vier Nächte lang halbe Straßenzüge in London und anderen englischen Großstädten während der heftigsten Krawalle seit den 1980er Jahren. Die Ursachen sind bis heute umstritten. Erklärungsversuche reichen von einer durch Smartphones und soziale Medien technisch erleichterten spontanen Organisation eines kriminellen Mobs bis zu Analysen, die einen fortschreitenden Verfall sozialer Kohäsion ausmachen, insbesondere unter den von sozialem Ausschluss bedrohten Jugendlichen. Tatsächlich erreicht

Mehr als eine Million Besucher aus aller Welt reisten für die Prinzenhochzeit nach London.

die Jugendarbeitslosigkeit in England im November 2011 den Rekordstand von 1,16 Millionen. Mehr als 20 Prozent aller 16- bis 24-Jährigen befinden sich weder in einem Beschäftigungs- noch Ausbildungsverhältnis. Die allgemeine Arbeitslosenquote ist im Vereinigten Königreich ebenfalls deutlich angestiegen. Sie erreichte im Dezember mit 8,3 Prozent einen Höchststand seit 1996. Doch auch wer Arbeit hat, spürt die Krise. Das Jahr 2011 brachte den meisten Briten zum ersten Mal seit über 20 Jahren reale Lohnverluste: Den durchschnittlichen Lohnanstieg von 2,3 Prozent kehrte die Inflationsrate von knapp 5 Prozent ins Minus.

Finanzkrise dauert an

Eine schlechte Nachricht lieferte im Oktober der Bericht des Finanzministers George Osborne über die mittelfristigen Haushaltshaltsperspektiven. Er musste einräumen, dass aufgrund des unerwartet geringen Wirtschaftswachstums unterhalb der Ein-Prozent-Marke die Neuverschuldung höher als erwartet ausfällt und die angestrebte Haushaltskonsolidierung innerhalb der laufenden Legislaturperiode nicht zu erreichen ist. Damit hat sich die ursprüngliche Projektion seines sogenannten Plan A als Ausweg aus der Finanz- und Schuldenkrise nicht bestätigt. Dieser sah vor, die drastischen finanziellen Einschnitte im öffentlichen Sektor bereits in diesem Jahr durch eine Konjunkturbelebung im privatwirtschaftlichen Bereich auszugleichen. Ein Anstieg von Konsum und Beschäftigung sollte folgen. Dank Einsparungen und Wachstum sollte nach fünf Jahren der Anteil der Neuverschuldung den prozentualen Anstieg der Wirtschaftsleistung nicht mehr übertreffen, das strukturelle Haushaltsdefizit dadurch beseitigt sein.

Trotz dieser volkswirtschaftlichen Rahmendaten hat sich die oppositionelle Labourpartei laut Meinungsumfragen bislang nicht als wirtschaftspolitisch kompetente Alternative ›

Hohe Forschungsleistung

Schwerer Stand für Deutsch

Studiengebühren verdreifacht

Reform der Hochschulfinanzierung

Promovieren im Ausland wird attraktiver

Bei den heftigsten Unruhen seit 30 Jahren wurden in London und anderen englischen Großstädten während vier Nächten im August 2.500 Geschäfte geplündert.

präsentieren können. Sie hatte den Sparkurs der Regierung eher graduell kritisiert und in der jetzigen Phase Wachstumsförderung vor Schuldenbegrenzung gefordert. Der Ansatz der Blair- und Brown-Ära, auf der Basis eines deregulierten Finanzkapitalismus eine expansive Sozialpolitik zu gestalten, hat in der Krise seine Überzeugungskraft verloren, ohne dass bereits ein neues Konzept nach „New Labour" vorläge. Vielmehr scheint der neue Oppositionsführer Ed Miliband noch vollauf damit beschäftigt, parteiintern seine Autorität zu festigen.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat seit Herbst 2011 die Eurokrise die binnenwirtschaftliche Entwicklung überstrahlt. Der drohende Staatsbankrott Griechenlands und die sich verschlechternde Finanzlage anderer südeuropäischer EU-Mitgliedstaaten gaben der britischen Regierung Gelegenheit, ihre restriktive Fiskalpolitik öffentlichkeitswirksam zu verteidigen. Dargestellt wird sie nun als alternativloser Halt vor dem finanzpolitischen Abgrund, in dem viele Beobachter von der Insel den Euro früher oder später unweigerlich verschwinden sehen. Doch auch mit Blick auf die eigenen Wachstumsprognosen wird die Entwicklung auf dem Kontinent aufmerksam zur Kenntnis genommen.

Das Vereinigte Königreich wickelt den größten Teil seines Außenhandels auf dem europäischen Binnenmarkt ab. Im Jahr 2008 gingen 57 Prozent aller Exporte in EU-Länder und 55 Prozent aller Importe kamen von dort. Diese Zahlen haben sich seither nur marginal verschoben. Dagegen nahm beispielsweise China als Zielland für britische Güter mit nur 2 Prozent den gleichen Rang ein wie die Schweiz. Auch als Einfuhrland bewegt sich China mit 8 Prozent aller Importe in einer eher mittleren Größenordnung. Aus ökonomischer Sicht steht demnach außer Frage, dass die Beziehung Großbritanniens zu seinen europäischen Partnerländern oberste Priorität besitzt. Die britische Volkswirtschaft ist weiterhin dadurch geprägt, dass das produzierende Gewerbe eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt. Lediglich um die 12 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts werden durch Warenfertigung erwirtschaftet, während etwa 75 Prozent auf den Dienstleistungssektor entfallen, hierunter mehr als 10 Prozent in den Banken vor allem der City of London – nach New York dem weltweit zweitgrößten Finanzplatz.

Zwar unterschreitet die volkswirtschaftliche Relevanz des Finanzsektors anteilsmäßig die

wesentlich beschäftigungsintensivere Industrie, dennoch beeinflusst der Finanzsektor direkt die britische Europapolitik: Am 8. Dezember stimmte Cameron gegen die von den übrigen 26 EU-Mitgliedsländern unterstützte Vertragsänderung zur Finanzregulierung. Er begründete das von einem britischen Premierminister erstmalig eingesetzte Veto – das faktisch jedoch einen Selbstausschluss bedeutet – mit dem vorrangigen nationalen Interesse, den Finanzstandort London zu schützen.

Auch innenpolitische Gründe dürften diese Entscheidung mitbestimmt haben, die einer Umfrage zufolge knapp 60 Prozent der Briten gutheißen. Ende Oktober erlebte Cameron eine Revolte der eigenen Fraktion. Gegen seinen erklärten Willen stimmte eine beachtliche Minderheit von 83 konservativen Parlamentariern dafür, eine Volksabstimmung über die Zukunft Großbritanniens in der EU anzuberaumen. Vor allem aber hatte sich die konservative Parteiführung selbst vor der Wahl im Mai 2010 unmissverständlich für ein Referendum ausgesprochen, sollte der im Jahr 2008 durch die damalige Labourparlamentsmehrheit ratifizierte Lissabon-Vertrag nochmals abgeändert werden. Außerdem bekennt sich der Premierminister zur generellen Parteilinie, längerfristig Kompetenzen von Brüssel nach London zurückzuholen, keinesfalls aber weitere Souveränitätsrechte abzutreten. Vor diesem Hintergrund wurde das Veto zur Vertragsänderung im Land zwar kontrovers und vom liberalen Koalitionspartner mit deutlicher Distanzierung, jedoch ohne Überraschung aufgenommen. Die europakritische Presse stellte Überlegungen an, ob vielleicht Großbritannien als EFTA-Staat im Binnenmarkt, aber außerhalb der politischen Union besser gestellt wäre. Pro-europäische Stimmen hingegen befürchteten, dass sich ein verminderter britischer Einfluss in einem Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ auch auf die eigenen ökonomischen Perspektiven negativ auswirken würde.

Alleingang Schottlands?

Nicht nur die Zukunft Großbritanniens in Europa erscheint Ende 2001 offener denn je. Der Fortbestand der Union von England, Wales, Schottland und Nordirland selbst steht plötzlich infrage. Bei den Regionalwahlen zum schottischen Parlament gewann die Scottish National Party (SNP), die bisher eine Minderheitsregierung gebildet hatte, erstmals die absolute Mehrheit der Mandate. Ihr selbstbewusster Führer Alex Salmond kündigte bald darauf an, ein Referendum über die von der SNP angestrebte Unabhängigkeit abhalten zu wollen. Stattfinden soll es im Jahr 2014 – passend zum 700-jährigen Jubiläum der Schlacht von Bannockburn, bei der ein englisches Heer vom schottischen König Robert Bruce vernichtend geschlagen wurde. Das innerhalb der Legislaturperiode spät angesetzte Datum verdankt sich wohl nicht nur historischen Sentimentalitäten. In aktuellen Umfragen unterstützt nur etwa ein Drittel der Schotten die Forderung nach der Loslösung Schottlands aus dem Vereinigten Königreich. Diese Zahl könnte steigen, je mehr sich der schottische Landesteil von der konservativen Führung des Gesamtsstaats entfremdet fühlt. Bei den letzten Unterhauswahlen konnte die Partei David Camerons nur einen einzigen der 59 schottischen Wahlkreise gewinnen, bei den Regionalwahlen erreichte sie einen Stimmenanteil von weniger als 14 Prozent. Die eher sozialdemokratisch orientierte SNP verknüpft die Vision eines unabhängigen Schottland mit der Anlehnung an die Gesellschaftsmodelle der skandinavischen Nachbarländer und stellt gesellschaftspolitische Differenzen zu der durch London dominierten englischen Haus- und Grundbesitzerdemokratie in den Vordergrund.

Welche Konsequenzen eine Auflösung der 1707 geschlossenen Union zwischen England und Schottland hätte, ist völlig offen. Lediglich die fortgesetzte Regentschaft von Queen Elizabeth II. über einen dann souveränen schottischen Staat ›

gilt als unumstritten. Ob Schottland das Pfund Sterling behalten dürfte, oder – wie der britische Finanzminister George Osborne drohte – gezwungen werden könnte, der Eurozone beizutreten, bleibt fraglich. Unklar ist auch, welche Verbindlichkeiten aus der Schuldenmasse Großbritanniens Schottland zufielen und wie tragfähig die Einnahmen aus dem Nordseeöl als Basis für eine prosperierende schottische Volkswirtschaft wären. Der fortbestehende Rest des Vereinigten Königreichs und das dann weitestgehend englische Parlament in Westminster hätten vermutlich die Aufgabe, sich neu über konstitutionelle Grundlagen zu verständigen. Sicher ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt allein, dass die britische Regierung ein Referendum nicht blockieren wird. Einmischen will sie sich gleichwohl in die Terminsetzung und die genaue Fragestellung. Einsatz für den Erhalt der Union ist auch von der oppositionellen Labourpartei zu erwarten, die ohne ihre traditionell starke schottische Wählerbasis kaum Aussicht hätte, in absehbarer Zeit wieder einen Premierminister in die Downing Street zu entsenden.

Ab 2012/2013 wird die staatliche Grundfinanzierung der Lehre zurückgefahren – teilweise bis auf null. Im Gegenzug dürfen die englischen Universitäten Studiengebühren von bis zu 9.000 Pfund pro Jahr erheben. Das ist fast dreimal mehr als bisher.

Große Finanzreform der Hochschulen

2011 bereiteten sich die englischen Universitäten auf die bald in Kraft tretende Reform der Hochschulfinanzierung vor. Nach Einschätzung des Oxforder Historikers Howard Hotson ist sie „das radikalste Experiment, dem jemals ein größeres Hochschulsystem in der modernen Welt unterzogen worden ist“. Ab 2012/2013 wird die staatliche Grundfinanzierung der Lehre stufenweise zurückgefahren. Die geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen erhalten nach jetzigem Planungsstand keine Mittel mehr, laborkostenintensive und strategisch hoch bedeutsame Fächer einen noch nicht genau definierten Restbetrag. Im Gegenzug dürfen die englischen Universitäten für das grundständige Studium Gebühren von bis zu 9.000 Pfund pro Studienjahr erheben. Das ist fast dreimal mehr als die gegenwärtige Obergrenze zulässt. Sozialverträglichkeit will der Staat gewährleisten, indem er Studierenden die Gebühren durch zinsgünstige Volldarlehen vorstreckt, die erst ab einem späteren Mindesteinkommen von 21.000 Pfund im Jahr getilgt werden müssen. Schottische Universitäten erheben hingegen weiterhin keine Studiengebühren für Landeskinder und EU-Bürger, wohl aber für Studierende aus England.

Die Regierung – insbesondere Hochschulminister David Willetts – geht davon aus, dass der Systemwechsel zu einem weitestgehend gebührenfinanzierten Hochschulsystem mehr Effizienz und Rationalität auf allen Seiten mit sich bringen wird. Die Studierenden würden das Studium künftig vorrangig als renditeträchtige Investition in ihre Zukunft betrachten und der für sie richtigen Studienwahl noch mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Universitäten wären gezwungen, Kundenzufriedenheit als obersten Leitwert zu beachten. Sie müssten angesichts verschärfter Konkurrenz unablässig an der Verbesserung ihrer Produkte arbeiten. „Wir wollen die Kräfte des Konsums entfesseln“, brachte David Willetts seine Position in einem Beitrag für die Fachzeitschrift Times Higher Education auf den Punkt. Hunderte Professoren protestierten darauf gegen die Reform im Manifest „In Defence of Public Higher Education“. Die Kritiker halten Willetts entgegen, dass die englischen Universitäten gerade dank der Verbindung von öffentlicher Finanzierung und autonomer akademischer Steuerung sehr erfolgreich gewesen seien und auch deshalb eine so hohe internationale Reputation hätten. Dies werde aufs Spiel gesetzt, wenn zukünftig allein die unsichtbare Hand des Gebührenmarktes darüber entscheiden solle, welche Fächer wo studiert werden können, wie die Zukunft der Wissenschaften in England aussehen wird.

Während die akademische Welt noch diskutierte, mussten die Hochschulleitungen handeln. Wie

erwartet, beschlossen die meisten englischen Universitäten, für sämtliche grundständigen Angebote demnächst 9.000 Pfund zu fordern – darunter alle forschungsorientierten Hochschulen der Russell Group und der 1994 Group. Nur eine Minderheit – vornehmlich frühere polytechnische Hochschulen – planen mit etwas niedrigeren Gebühren, die sich größtenteils zwischen 7.500 und 8.500 Pfund bewegen. Auf diese zumeist schon im Frühjahr getroffenen Entscheidungen antwortete Ende Juni das lang erwartete hochschulpolitische „White Paper Higher Education" der Regierung. Darin wird die Vision einer konsumentenorientierten Nachfragesteuerung durch das neue Hochschulfinanzierungsmodell größtenteils wiederholt und bekräftigt. Zusätzlich ließ David Willetts aber die Zulassungsregeln modifizieren, um mehr Wettbewerb unter den Universitäten anzuregen. So dürfen ab 2012/2013 die englischen Universitäten über ihr vorgegebenes Kontingent an Studierenden hinaus frei um bestimmte Gebührenzahler konkurrieren: britische Abiturienten mit Bestnoten. Außerdem sollen insgesamt bis zu 20.000 zusätzliche Studienplätze solchen Universitäten zugutekommen, die Studiengebühren unter 7.500 Pfund pro Jahr verlangen. Langfristig folgenreicher für die Wettbewerbssituation wird vermutlich eine andere im „White Paper" angekündigte Absicht sein: Private und darunter auch profitorientierte Bildungsanbieter sollen nach entsprechender Qualitätsprüfung Universitätsstatus erhalten. Somit profitieren ihre Studierenden ebenfalls vom staatlich vorfinanzierten und garantierten Darlehenssystem. Kalkül dabei ist, den Wettbewerb um das attraktivste Lehrangebot bei niedrigsten Preisen zu befördern. Diese private Konkurrenz könnte vor allem die öffentlich finanzierten Universitäten mit einem Schwerpunkt in der Lehre und eher geringen Forschungsmitteln betreffen und in Bedrängnis bringen – voraussichtlich vor allem um Studierende der Betriebswirtschaftslehre und der Rechtswissenschaft.

PROMOVIEREN UND FORSCHEN IN DEUTSCHLAND

„Research in Germany – Land of Ideas" – unter diesem Kampagnendach präsentierten sich 15 deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie DAAD, Alexander von Humboldt-Stiftung und Deutsche Forschungsgemeinschaft am 22. September auf der 5. Naturejobs Career Expo in London. Mehr als 1.000 Graduierte aus den Naturwissenschaften besuchten diese eigens für sie konzipierte Karrieremesse.

Über 50 Nachwuchswuchswissenschaftler britischer Universitäten informierten sich zusätzlich über das strukturierte Doktorandenstudium an deutschen Hochschulen. Der Workshop entstand in Zusammenarbeit der DAAD-Außenstelle und dem DAAD-Forschungsmarketing mit den Graduiertenschulen der Universitäten Freiburg, Mainz und Münster.

Ob die Bilanz von staatlichen und privaten Investitionen in das englische Hochschulsystem gemessen am jetzigen Stand positiv oder negativ ausfallen wird, ist noch nicht abschätzbar und weithin umstritten. In jedem Fall wird es unter den Universitäten Gewinner und Verlierer geben und die englische Hochschullandschaft sich noch stärker differenzieren.

Moderater Bewerberrückgang

Als die zentrale Zulassungsstelle für alle britische Universitäten (UCAS) zu Jahresende die vorläufigen Bewerberzahlen für das Studienjahr 2012/2013 veröffentlichte, gab es einen ersten Hinweis darauf, wie sich die höheren Studiengebühren auf die Studierwilligkeit auswirken: Im Vergleich zu 2010 sank die Zahl der britischen Bewerber im grundständigen Studium um 15 Prozent – mit überproportional weniger Studierwilligen über 25 Jahre. Die Zahl der Bewerber aus der EU ging um 13 Prozent zurück, während sich aus dem nichteuropäischen Ausland fast 12 Prozent mehr Studieninteressierte bewarben. Für Letztere ist die bevorstehende Gebührenerhöhung allerdings irrelevant, da sie bereits jetzt weit mehr als Briten und EU-Bürger für das Studium bezahlen müssen. Der Rückgang britischer Bewerber ist vergleichsweise moderat, berücksichtigt man, dass die Bewerberzahl für das vorausgegangene Studienjahr – letztmalig noch zum alten Gebührentarif – um gut 10 Prozent höher lag als in den Vorjahren. Gemessen an der Gesamtzahl der ›

von der Hochschulfinanzierungsbehörde kontingentierten Studienplätze besteht weiterhin kein Nachfragemangel. Ob dies aber auch für die einzelnen Institutionen und Fächergruppen zutrifft, bleibt abzuwarten.

Trotz höherer Kosten ist das Interesse, ein Studium an englischen Universitäten aufzunehmen, relativ stabil. Eine Erklärung lautet vermutlich, dass es kaum eine Alternative von hochwertigen Ausbildungsangeboten im beruflichen Bereich gibt. Ebenso ist das Ausland keine Option für die Masse der englischen Studieninteressierten. Neben den Sprachbarrieren spricht die enge und eigentümliche Beziehung zwischen dem differenzierten britischen Hochschulsystem und dem heimischen Arbeitsmarkt gegen ein grundständiges Studium im Ausland. Unternehmen aus dem Finanz- und Dienstleistungsbereich interessieren sich auch heute noch mehr dafür, an welcher britischen Universität die Bewerber studiert haben, als dafür, um welches Fach es sich handelte.

Neben der Sprachbarriere spricht die Rekrutierungspraxis britischer Unternehmen gegen ein Studium im Ausland. Viele interessieren sich mehr dafür, an welcher britischen Universität die Bewerber studiert haben, als dafür, um welches Fach es sich handelte.

Anders könnte sich die Neigung zum Auslandsstudium unter britischen Nachwuchswissenschaftlern entwickeln, die einen Masterabschluss oder die Promotion im Blick haben. Die postgradualen Studienangebote englischer Universitäten werden sich nach Voraussagen aller Hochschulexperten ebenfalls deutlich verteuern. Es fällt auch hier die – allerdings immer schon wesentlich geringere – staatliche Grundfinanzierung weg. Außerdem wird die Finanzierung von Promotionsplätzen durch die staatlichen Forschungsförderorganisationen – sieben nach Disziplingruppen geordneten Research Councils – weitgehend auf Großprojekte reduziert. Dadurch könnten die Angebote deutscher Hochschulen im Bereich Master und Promotion deutlich an Attraktivität für Briten und mehr noch für internationale Studierende im Vereinigten Königreich gewinnen, die eine Forscherkarriere einschlagen wollen.

Forschungsstandort Großbritannien

Attraktive Bedingungen für Nachwuchswissenschaftler sind aus britischer Sicht eine Herausforderung, die für die Zukunft des Forschungsstandorts von großer Bedeutung ist. Die vom zuständigen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie „International Comparative Performance of the UK Research Base 2011“ kommt zu einem insgesamt sehr positiven Ergebnis: Großbritannien ist Weltmeister, was Forschungsproduktivität angeht. An den Universitäten und Forschungsinstituten des Landes werden mehr Aufsätze pro Forscher geschrieben und mehr Zitationen pro Aufsatz generiert als in jeder anderen Wissenschaftsnation. Außerdem gelingt dies zu vergleichsweise geringen Kosten. Großbritannien wendet nicht nur in absoluten Zahlen weniger für Forschung und Entwicklung auf als seine internationalen Hauptkonkurrenten USA, Deutschland, China und Japan, sondern auch relativ zum durch Publikationen und Zitationen messbaren Forschungsertrag. Gleichzeitig warnt die Studie vor Nachwuchsmangel: Forscher aus unterschiedlichen Disziplinen berichteten in Interviews im Rahmen der Studie von wachsenden Schwierigkeiten, hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund warten die Universitäten mit großem Interesse auf die Grundlinien der Forschungspolitik, die in einem für das Jahr 2012 angekündigten „White Paper“ der Regierung dargestellt werden sollen. Hoffnungen richten sich auf die Förderung des Nachwuchses. Mehr Studierende als bisher sollen internationale Erfahrung sammeln, wie Wirtschaftsminister Vince Cable und sein ihm untergeordneter Hochschulminister David Willetts mehrfach bekräftigt haben. Universitätsvertreter und British Council setzen sich dafür ein, dass die Regierung ihre flankierende finanzielle Unterstützung für den Erasmus-Austausch aufrechterhält. Bislang kompensiert das staatliche

Erasmus-Fee-Waiver-Programm die an der britischen Heimatuniversität anfallenden Studiengebühren für ein Erasmus-Auslandsjahr. Noch ist ungeklärt, ob oder mit welcher Einschränkung diese Regelung ab 2012/2013 aufrechterhalten wird, wenn die dreifachen Gebühren fällig werden. Diese Entscheidung betrifft sowohl das Mobilitätsverhalten der Studierenden als auch die Entwicklung der Studienangebote und die Nachfrage. Ein Bachelorstudiengang in den Fremdsprachenphilologien etwa enthält ein obligatorisches Auslandsjahr, dauert vier Jahre und würde ohne Studiengebührenkompensation deutlich teurer sein als die meisten anderen Abschlüsse. Wenn also auch klar ist, dass mit dem nächsten Jahr ein struktureller Umbruch im englischen Hochschulsystem bevorsteht, bleibt auf vielen Feldern noch offen, welche Richtung er nehmen wird.

Grenzüberschreitende Hochschulkooperationen

Zu den Kernaufgaben der Außenstelle London gehört es, unter den Nachwuchswissenschaftlern britischer Universitäten für Studium und Forschung in Deutschland zu werben und die institutionelle Zusammenarbeit der Hochschulen beider Länder zu fördern. Beide Aktivitäten haben angesichts der aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen an Bedeutung gewonnen. Das Londoner Team beteiligte sich unter anderem an fünf Postgraduiertenmessen sowie der von der Deutschen Botschaft organisierten „Think German Career Fair“ und informiert seit 2011 über die sozialen Medien im Internet. Außerdem organisierte es hochschulpolitische Informationsveranstaltungen für Mitarbeiter Akademischer Auslandsämter aus Deutschland im Rahmen eines Seminars der Internationalen DAAD-Akademie (iDA).

Ein Höhepunkt war die im Juni von der DAAD-Außenstelle gemeinsam mit der Kulturabteilung der französischen Botschaft und der ESCP Europe organisierte Konferenz zur britisch-deutsch-französischen Hochschulkooperation in den Wirtschaftswissenschaften. Mehr als 70 britische Universitätsvertreter beteiligten sich an der Diskussion, die den Mehrwert von internationaler Erfahrung für Absolventen der Wirtschaftswissenschaften fokussierte. Auf den Panels, die institutionelle Internationalisierungsstrategien, die Ausgestaltung von erfolgreichen Austauschprogrammen und die Perspektive der Wirtschaft selbst thematisierten, sprachen unter anderem Nina Lemmens (Abteilung Internationalisierung und Kommunikation DAAD), Simon Williams (Abteilung EU-Programme beim British Council), Pierre Tapie (Conférences des grandes écoles), John Edwards (Aston University), David Marsh (German-British Forum), Andreas Zaby (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin), Baldur Veit und Julia Brüggemann (Hochschule Reutlingen). Die Generalsekretärin der britischen Rektorenkonferenz (Universities UK), Nicola Dandridge, leitete die Konferenz mit einem klaren Plädoyer für bessere Mobilitätsbedingungen britischer Graduierter ein: Gerade Wirtschaftswissenschaftler müssten auf die internationalen Anforderungen in der modernen Wissensgesellschaft angemessen vorbereitet werden.

Hochschulzusammenarbeit und Mobilität sind die Schlüsselthemen der deutsch-französisch-britischen Konferenz zur Internationalisierung der Wirtschaftswissenschaften (London, 23. Juni 2011).

Deutsch zwischen Schule und Universität

Die Germanistik in Großbritannien steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Wie alle geisteswissenschaftlichen Fächer in England ›

WANDERLUST – DAAD ART EXHIBITION

„Wanderlust“ lautete 2011 der Titel der DAAD Art Exhibition im Londoner East End. Die Ausstellung ist für die deutschen Jahresstipendiaten im Bereich Kunst, Design und Architektur ein Höhepunkt ihres Aufenthalts. Vom 1. bis 6. Oktober präsentierten die Stipendiaten zahlreichen Besuchern ihre Arbeiten und gaben ihnen einen Einblick, wie Kunst aussieht, die aus Fernweh und der Erfahrung einer neuen Umgebung entsteht.

muss sie sich darauf einstellen, dass die staatliche Grundfinanzierung ihrer Lehre komplett entfallen wird. Im gesamten Vereinigten Königreich schwindet zudem weiterhin der Nachwuchs aus dem sekundären Bildungssektor. Der DAAD unterstützt die Präsenz der deutschen Sprache in der britischen Wissenschaftswelt durch die Förderung von derzeit mehr als 40 DAAD-Lektoren an germanistischen Instituten und weiteren Universitätsabteilungen mit Deutschbezug. 2011 beteiligten sich die DAAD-Lektoren mit einer Fülle von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen an der „Outreach for German“-Initiative der DAAD-Außenstelle. Ziel dieser Kampagne war, den Kontakt zwischen der universitären Germanistik und Schulen zu unterstützen und exemplarische Aktionsformen zu entwickeln, um Schüler für das Deutschstudium zu interessieren. Auf der im November von der Außenstelle zusammen mit dem Goethe-Institut organisierten Abschlusskonferenz zogen um die 50 Deutschlehrer, Schulleiter und Professoren sowie DAAD-Lektoren Bilanz und diskutierten die Möglichkeiten einer nachhaltigen Vernetzung der Deutschbereiche von Schulen und Hochschulen. Tagungsort war – ganz im Sinne des Postulats der Mehrsprachigkeit – die Repräsentanz der Europäischen Kommission in London.

Mit mehr als 40 Lektoren an germanistischen Instituten und Universitätsabteilungen mit Deutschbezug unterstützt der DAAD die deutsche Sprache in der britischen Wissenschaftswelt.

Ebenfalls im November bot sich den deutschen Kulturmittlern eine besondere Gelegenheit, im bildungsautonomen Schottland für die deutsche Sprache zu werben. Auf Initiative und eingeleitet vom deutschen Generalkonsul Wolfgang Mössinger berichteten die DAAD-Außenstelle London, das Goethe-Institut Glasgow und die Jugendaustauschorganisation UK-German Connection im schottischen Parlament über ihre Arbeit. 15 Parlamentarier und Vertreter schottischer Bildungsorganisationen ließen sich informieren und bekräftigten ihre Unterstützung für die Bestandssicherung von Deutsch als Fremdsprache im nördlichen Landesteil Großbritanniens.

Zum Jahresabschluss im Dezember versammelten sich DAAD-Alumni, Auswahlkommissionsmitglieder und andere Freunde des DAAD in London. Gastredner war der Publizist und britische Europaexperte Misha Glenny. Auf dem Fest wurden die Gewinner der jährlichen DAAD-Competition gekürt. Gefragt waren die studentischen Teilnehmer danach, wie sie sich Deutschland im Jahr 2051 vorstellen. Die Antworten zeigten ein breites Spektrum von Zukunftsphantasien. Sie reichten von einer Vision der Vereinigten Staaten Europas, in denen deutsche Sprache und Kultur einen Aufschwung erleben, über das andere Extrem eines posteuropäischen Deutschlands bis hin zu einer ökologischen Utopie, in der das Leben sich in technisch hochentwickelten Solarsiedlungen abspielt und Berlin zu einer Geisterstadt verfällt. Was sich hier spielerisch im Science-Fiction-Genre erproben ließ, wird 2012 eine wichtige Aufgabe der Außenstelle London bleiben: den Dialog mit Studierenden, Nachwuchswissenschaftlern und Forschern über die deutsch-britische und die gemeinsame europäischen Zukunft anzuregen und zu fördern. «

Tabelle 23 : Statistischer Überblick Großbritannien 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**243.610 km²**
Bevölkerungszahl	**62,218 Mio.**
Frauen	51 %
Männer	49 %
Bevölkerungsdichte	**257 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**0,7 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**2.248 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**38.370**
Anteil am globalen BIP	**3,57 %**
Knowledge Economy Index (KEI)	**9,1 / Rang 7**
Wirtschaftswachstum	**0,5 %**
Inflation	**4,7 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsetat 2010 in GBP	**88,3 Mrd.**
Forschungs-Etat 2010/11 in GBP	**4,6 Mrd.**
Hochschultypen	**179**
Universitäten	115
Colleges of Higher Education	64
Anzahl der Universitäten	
staatlich	114
privat	1
Anzahl Hochschullehrer	**181.185**
davon ordentliche Professoren	17.465
Eingeschriebene Studierende 2010/11	**2.501.295**
an staatlichen Institutionen	2.499.960
an privaten Institutionen	1.335
Frauenanteil	56 %
Anteil ausländischer Studierender	16,28 %
Studierende der Naturwissenschaften	41 %
Studierende der Geisteswissenschaften	59 %
Abschlüsse 2010	**716.935**
Other undergraduate degrees	139.750
Bachelor's Degree	350.860
Master's Degree	207.570
Doctorate	18.755
Professional Degree	k.A.
Studiengebühren / Studienjahr in GBP	
an staatlichen Institutionen	3.290
Ausländische Studierende gesamt	**455.600**
nach Herkunftsländern:	
1. China	13,3 %
2. Indien	8,9 %
3. USA	5,2 %
4. Deutschland	4,3 %
5. Frankreich	4,1 %

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2009	**18.519**
davon in Deutschland	7 %

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende [1]	
1. USA	8.558
2. Frankreich	2.580
3. Irland	2.184
4. Australien	1.674
5. Deutschland	1.260
Erasmus Participation 2009	
Erasmus Inward	16.065
Erasmus Outward	7.429

* Angaben in US-Dollar

1 nach dem „Atlas of Student Mobility 2009"

Quellen:

- http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=RGRADSTY
- http://www.iie.org/en/Services/Project-Atlas/United-Kingdom
- http://www.hesa.ac.uk/index.php?option=com_content&task=view&id=1897&Itemid=239
- http://www.hesa.ac.uk/content/view/2355/393/
- http://www.ukpublicspending.co.uk/education_budget_2010_2.html
- http://www.universitiesuk.ac.uk/Publications/Pages/Highereducationinfactsandfigures-Summer2011.aspx
- http://www.bis.gov.uk/assets/biscore/science/docs/a/10-1356-allocation-of-science-and-research-funding-2011-2015.pdf
- www.direct.gov.uk

Tabelle 24 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Großbritannien

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**766**
	A	**241**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	115
	A	155
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	430
	A	68
davon Doktoranden	D	169
	A	38
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	221
	A	18
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	158
	A	97
2–6 Monate	D	134
	A	106
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	474
	A	38
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	348
	A	36
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	58
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	151
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	84
Praktikanten	D	61
	A	71
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	18
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**590**
	A	**265**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	441
	A	149
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	126
	A	46
davon Doktoranden	D	60
	A	23
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	23
	A	70
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	207
	A	231
2–6 Monate	D	329
	A	26
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	54
	A	8
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	446
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	57
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	23
Austausch in Projekten (PPP)	D	31
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**1.356**
	A	**506**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**1.862**
1. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	D	3.053
	A	
2. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	D	1.115
	A	
3. ERASMUS-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	D	273
	A	17

Moskau

Widersprüche nehmen zu

Dr. Gregor Berghorn leitet die Außenstelle Moskau seit September 2009. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1992 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Die von Präsident Dimitrij Medwedew wiederholt angemahnte umfassende Modernisierung des Landes wird inzwischen auch von großen Teilen der Bevölkerung eingefordert. Die Massendemonstrationen gegen die Parlamentswahlen im Dezember 2011 belegen eindeutig, dass der Gedanke der Modernisierung in größeren Teilen der Bevölkerung ernst genommen wird. Das erstmalig in diesem Ausmaß artikulierte politische Selbstbewusstsein der Bürger stellt in der jüngeren politischen Vergangenheit des Landes eine neue Dimension dar.

Nationale Mega-Science-Projekte

Zweistufiges Studiensystem verbindlich

Politisches Selbstbewusstsein wächst

Dramatischer Nachwuchsmangel

Stipendien für Ingenieure

Ungelöste Probleme

Die Terroranschläge vom 24. Januar 2011 auf dem Flughafen Moskau-Domodedovo, die Anschläge auf die Skiliftbahn im Elbrus unweit von Sotschi in Kabardino-Balkarien und weitere Terrorakte erinnerten an die noch immer nicht gelösten Probleme im Nordkaukasus. Die hohe Arbeitslosigkeit in der Kaukasusregion schafft ein Sammelbecken, aus dem die Terroristenführer immer wieder neue Kämpfer rekrutieren können. Dabei haben sich die Ziele der Terroristen verschoben: Ging es Ende der 1990er Jahre um ethnischen Nationalismus und politisch motivierte Separationsbestrebungen, kämpfen sie heute für einen von Russland losgelösten Kaukasus mit islamistischer Ausrichtung.

Die Forderung, Russland solle die nordkaukasischen Republiken aufgeben und in die Selbstständigkeit entlassen, findet in Russland immer mehr Zustimmung. Das Problem wird durch die „De-Russifizierung“ des Nordkaukasus mit der Abwanderung der ethnischen Russen aus den muslimisch geprägten Republiken verschärft. Nur massive wirtschaftliche Investitionen, begleitet von der Wiederherstellung des Rechtsstaates, umfangreichen Bildungsmaßnahmen und der Wahrung religiöser Traditionen, wären geeignet, ein endgültiges Abgleiten in eine von Scharia, Clanstrukturen und Traditionen bestimmte Gesellschaft zu verhindern. Daher verfolgen die Verantwortlichen aufmerksam die Entwicklung in den Republiken Tatarstan und Baschkortostan, die sich von dem Extremismus ›

Die Kul-Scharif-Moschee in Kasan (Tatarstan) ist die zweitgrößte Moschee Russlands. Die Stadt Kasan gilt als Zentrum des russischen Islam.

des Kaukasus deutlich distanzieren und für ein friedliches Miteinander der Religionen und Kulturen eintreten.

Wie sehr auch eine Modernisierung im technischen Bereich erforderlich ist, haben die zahlreichen Katastrophen im letzten Jahr auf alarmierende Weise demonstriert.

Besonders deutlich werden die Modernisierungsanforderungen auf einem Gebiet, das in der früheren UdSSR herausragende Leistungen zeigte – auch im internationalen Vergleich: Luft- und Raumfahrt. Heute drohen technische Rückschläge die Qualität und Zuverlässigkeit der russischen Luftfahrt- und Weltraumkompetenz infrage zu stellen. 2011 häuften sich die Unfälle. So gab es bei den als zuverlässig geltenden Sojus-Raketen Fehlstarts, der Start des Raumtransporters zur Versorgung der ISS misslang ebenso wie die Mission zum Marsmond Phobos im November. Die Weltraumbehörde ROSKOSMOS leitete eine Ursachenforschung ein. Sie nennt ähnliche Erklärungen für die Fehlschläge, wie man sie bereits aus den Universitäten kennt: Überalterung von Wissenschaftlern und Technikern, Abwanderung hochqualifizierter Spezialisten in lukrativere Wirtschaftsbereiche, eine vergleichsweise schlechte Entlohnung der Fachkräfte und kaum Zugang qualifizierter Nachwuchskräfte.

Um mit modernen Anforderungen Schritt zu halten, müsste Russland sehr stark in Forschung und Technik investieren. Die aktuellen Fehlleistungen werden besonders in der Luft- und Raumfahrt, der früheren „Paradedisziplin" der UdSSR, deutlich.

Die Enttäuschung wächst

Trotz ständiger Appelle zur Bekämpfung der Korruption, zur Erneuerung von Gesellschaft, Wirtschaft und Technologie herrscht in Russland weitgehend Enttäuschung über das Ausbleiben der angekündigten Reformen. Der Ruf nach Modernisierung wird gehört und verstanden, aber die täglichen Erfahrungen der Bürger mit Behörden, Institutionen und dem „Staat" lassen die Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit immer wieder deutlich hervortreten. Quer durch alle Schichten der russischen Gesellschaft besteht Misstrauen gegenüber der Regierung, Angst vor weiterer materieller Verschlechterung, vor der Zunahme des Wohlstandgefälles oder vor extremistischen Tendenzen.

Eine soziologische Studie der Moskauer Higher School of Economics (HSE) hat ergeben, dass das zwischenmenschliche Vertrauen in der russischen Gesellschaft drastisch zurückgegangen ist und es eine viel zu kleine Bevölkerungsschicht gibt, von der Kreativität und Innovationsfähigkeit erwartet werden kann. Nach Ansicht russischer Politikwissenschaftler zeichnet sich die nicht sehr umfangreiche russische Mittelklasse durch Misstrauen gegen den von Wladimir Putin und Dimitrij Medwedew geprägten Staat aus. In Einschätzung der realen Machtverhältnisse habe sie sich aber aus der aktiven Politik herausgezogen und sei vielmehr damit beschäftigt, sich gegen die allmächtige und korrupte Bürokratie zu wehren. Viele prüften im Stillen, ob sie nicht emigrieren sollten. Die Folge ist, dass die Schicht, die Modernisierung fordert, dünner wird. Apathie und Resignation prägen das allgemeine Verhalten.

Die Enttäuschung verstärkte sich ab September 2011, nachdem die russische Regierung die Rochade der Ämter von Medwedew und Putin ab März 2012 verkündete. Die Distanz der Bürger zum Staat vergrößerte sich nochmals und die Zustimmung zur Partei „Einiges Russland" ging erheblich zurück. Als dann aber am 4. Dezember diese Partei mit immer noch knapp 50 Prozent als numerische Gewinnerin aus den Parlamentswahlen hervorging – gegenüber 2007 hatte sie dennoch fast 15 Prozent ihrer Stimmen verloren –, kam es zu einer unerwarteten Reaktion: Die Überzeugung, das Wahlergebnis sei manipuliert worden, führte im Dezember zu Massendemonstrationen in Moskau, St. Petersburg und zahlreichen weiteren russischen Städten. Forderungen nach Neuwahlen wurden laut.

Die neue und besondere Qualität des Protestes liegt darin, dass die Bürger mehr als nur die Empörung über den vermeintlichen Wahlbetrug zum Ausdruck bringen. Die unterschiedlichen politischen Gruppierungen üben klare Kritik am bestehenden System: Die Protestbewegung hat sich zwar an den Wahlmanipulationen entzündet, geht aber auf eine tiefer sitzende Enttäuschung zurück. Die Mittelschicht sendet deutliche Signale: Sie will nicht länger paternalistisch behandelt werden, sondern ihren Platz einnehmen und als verantwortungsvoller Leistungsträger wahrgenommen und respektiert werden.

Wirtschaftliche Diversifizierung – mehr Atomkraft

Bereits im Februar hatte Präsident Medwedew Druck auf Staatsunternehmen ausgeübt, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. In allen russischen Staatsunternehmen sollen Innovationsbeauftragte installiert werden.

Im Zuge der Wirtschaftsförderung will die russische Regierung die Privatisierung von circa 1.000 Staatsunternehmen forcieren. Der Prozess geht aber nur schleppend voran, da Liberalisierung und Stärkung des Wettbewerbs und der Zwang zu effizienter und marktgerechter Arbeit weiterhin fehlen. Gleichwohl ist die russische Regierung an der Gewinnung ausländischer Investoren interessiert und hat hierfür einen Fonds in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar aufgelegt.

Im Gegensatz zu Deutschland und trotz der Reaktorkatastrophen in Japan im März 2011 hält Russland an seinem Atomenergie-Programm fest und will bis zum Jahr 2030 den Anteil der Atomenergie am Gesamtenergie-Mix von derzeit 16 Prozent auf insgesamt 25 Prozent steigern. Hierzu sollen 26 neue Atomanlagen im eigenen Land gebaut und viele weitere ins Ausland verkauft werden. Die Regierung sieht die Förderung der Atomindustrie als einen Pfeiler zur Modernisierung der Wirtschaft. Neben einer stärker diversifizierten Energieversorgung liegt ihr strategisches Ziel vor allem darin, sich längerfristig aus der energetischen und finanziellen Dominanz der fossilen Brennstoffe Öl und Gas zu lösen. Schließlich steht und fällt die russische Wirtschaft mit den Rohstoffpreisen, vor allem mit dem des Erdöls. Denn das Wachstumspotenzial der großen Konzerne ist erschöpft. In der Vergangenheit konnten sie ihre Bilanzen durch steigende Preise, nicht jedoch durch steigende Produktionsraten glänzen lassen. Die Ausbeutung der fossilen Ressourcen hat ihren Zenit erreicht. Und die Erschließung neuer Erdölfelder – wie zum Beispiel das Stockmann-Feld in der Barentssee – wäre nur unter finanzieller und vor allem technologischer Beteiligung aus dem Ausland möglich.

Die Mittelschicht sendet deutliche Signale: Sie will als verantwortungsvoller Leistungsträger wahrgenommen und respektiert werden.

Das auf Rohstoffen und Konsum aufgebaute Wirtschaftsmodell ist an seine Grenzen gestoßen. Daher setzte Premierminister Putin eine Expertengruppe zur Bearbeitung der „Strategie 2020“ ein, an der unter anderem die Rektoren der Higher School of Economics, Jaroslav Kuzminov, und der Akademie für Volkswirtschaft und Staatsverwaltung Wladimir Mau beteiligt sind. An Stelle des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells, das weitestgehend vom Öl- und Gaspreis abhängig ist, sollen unternehmerische und soziale Komponenten in das neue Modell einbezogen werden. Insgesamt steht die russische Regierung vor gewaltigen Aufgaben: Inflation und Zinsen sollen gesenkt, der Unternehmergeist stimuliert, die Renten-, Gesundheits- und Erziehungssysteme reformiert werden. Insbesondere das nichtgelöste Rentenproblem hat sich für die weitere Entwicklung der russischen Wirtschaft als das größte Handicap herausgestellt. ›

Russland setzt weiterhin auf Atomkraft: Bis 2030 soll der Anteil der Atomenergie auf 25 Prozent gesteigert werden – mit 26 neu zu bauenden Atomanlagen.

Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Zum Studienjahr 2010/2011 wurde außer für Medizin das zweistufige Studiensystem mit einem vierjährigen Bachelor (Bakalavr) und einem zweijährigen Master (Magister) verbindlich. Die Einführung des neuen Systems hat der Diskussion um das Zentralabitur EGE neuen Zündstoff geliefert. Kritisiert wird die Aussagekraft des EGE, dem man vorwirft, kein belastbares Wissen widerzuspiegeln. Die „guten" Noten im EGE gelten häufig als wenig aussagekräftig. Zudem wächst das Misstrauen an einem korrekt durchgeführten Prüfungsverfahren beziehungsweise Aufnahmeverfahren an der Hochschule.

Dennoch erweist sich das EGE inzwischen als ein Steuerinstrument, das der Hochschulpolitik der Regierung entgegenkommt. Die Mobilität der Studierwilligen wächst, der Konkurrenzdruck unter den Hochschulen steigt. Die Nachfrage der Studierenden führt zu neuer Profilierung der Hochschulen und Fachrichtungen, und die staatlich finanzierten Studienplätze werden wieder stärker besetzt: Qualifizierte Hochschulen ziehen gute Studierende an, während schwächere Hochschulen von weniger guten nachgefragt werden. So verzeichnen zum Beispiel die Moskauer Textilhochschule, die Staatliche Universität Smolensk oder die Baltisch-Technische Universität für Marinetechnik in St. Petersburg empfindliche Rückgänge bei Studienanmeldungen. Das Bildungsministerium hat diesen Hochschulen empfohlen, sich stärker auf eine angewandte Ausbildung umzuorientieren.

Die Zahl der Schulabsolventen im Jahr 2010 hat sich gegenüber 2005 mehr als halbiert. Die negative demografische Entwicklung in Russland fördert nicht nur die Mobilität, sondern auch eine bewusste Auswahl der Studienfächer und der Hochschule. Zu den von leistungsstarken Studierenden am meisten nachgefragten Fachrichtungen gehören Medizin und Gesundheitswesen, Informationstechnologie, Wirtschaft und Management, Naturwissenschaften und Physik, während Waffen- und Rüstungstechnologie, Forstwesen und Landwirtschaft, Meerestechnik und klassische Ingenieurberufe von schwächeren Studierwilligen gewählt werden. Bildungsminister Andrej Fursenko hat angekündigt, bis Mai 2012 über die Schließung ineffizienter Hochschulen und Hochschulfilialen zu entscheiden.

„Wissenschaft muss der Wirtschaft dienen"

Um das gesamte Hochschulwesen zu modernisieren, hat die russische Regierung bereits vor 2011 weitreichende Schritte eingeleitet: Sie führte ein neues Zentralabitur und das zweistufige Studiensystem ein, identifizierte „Führende Hochschulen" und entwickelte Bildungsstandards der Dritten Generation. Zum Verständnis: Als Erste Generation bezeichnet man den hochzentralistischen Ausbildungsansatz der Sowjetunion, die Zweite Generation waren die maßvollen Reformen der 1990er Jahre mit Ansätzen zu individuellem Studium, in der Dritten Generation sind die zentralen Vorgaben reduziert: Innerhalb der neu geschaffenen Freiräume können die Hochschulen und die Studierenden ihre Inhalte stärker als bisher selbst gestalten.

Die Modernisierung greift aber weit über administrative Maßnahmen und inhaltliche Rundumerneuerungen hinaus. Bereits bei der Formulierung der neuen Bildungsstandards, die ab 2011 verbindlich geworden sind, ist die Ausbildung an den Hochschulen auf Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet worden. Dies gilt insbesondere für die 39 „Führenden Hochschulen", die sich zu einer Assoziation zusammengeschlossen haben. Der stellvertretende Premierminister Iwanow brachte es auf den Punkt: „Die Wissenschaft muss der Wirtschaft dienen." Die Kooperation mit der Wirtschaft

soll zum festen Programm der Hochschulen werden. Wirtschaftsministerin Elvira Nabiullina fordert zudem von der Wirtschaft, erheblich mehr in Innovation und Modernisierung zu investieren, um den Universitäten und Hochschulen als ebenbürtiger Partner gegenüberzutreten. Eine erste Initiative starteten fünf Nationale Forschungsuniversitäten aus Moskau, St. Petersburg und Tomsk sowie der Fonds Skolkowo. Sie gründeten auf dem IV. Internationalen Innovationsforum im September in St. Petersburg die „Assoziation der Unternehmer-Universitäten". Ihr gemeinsames Ziel ist es, technische Innovationen schneller in Produkte umzusetzen und wirtschaftlich zu nutzen.

Ingenieurausbildung und neue Stipendien

Bei dem Wunsch nach technischen Innovationen kommt der zeitgemäßen Ausbildung von Ingenieuren eine Schlüsselfunktion zu. Die Qualität und Aktualität der Ingenieurausbildung lässt aber zu wünschen übrig. Das Curriculum muss modernisiert, die Grundlagenforschung intensiviert werden. Es fehlt eine gezielte Weiterbildung nach der ersten beruflichen Erfahrung. Das Hauptproblem sind Überalterung und Unterfinanzierung des Lehrkörpers sowie das Fehlen von Nachwuchskräften. In der Bevölkerung ist das Ansehen des Ingenieurberufes erheblich gesunken, eine Imagekampagne zur Verbesserung des Berufsbildes ist dringend erforderlich. Nach Informationen der „Agentur für Strategische Initiativen" (ASI) sollen ab 2012 russische Studierende und Doktoranden aus den Bereichen Ingenieurwesen und Hochtechnologie, Medizin und Life Sciences, IT, Energetik, Luft- und Raumfahrt intensiver gefördert werden, um dem Nachwuchsmangel zu begegnen. Neben einem höheren Inlandsstipendium für Studierende dieser Fachrichtungen sollen jährlich bis zu 2.000 Stipendien für einen Auslandsaufenthalt an „führenden Hochschule der Welt" vergeben werden.

Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Zurzeit liegt dem Parlament ein Gesetzentwurf zur Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse vor, was zum einen mit dem Vorhaben korreliert, Studierende und Doktoranden zum Studium beziehungsweise zur Forschung ins Ausland zu schicken. Zum anderen soll es den Hochschulen leichter gemacht werden, ausländische Wissenschaftler nach Russland einzuladen.

Der Entwurf sieht eine „automatische" Anerkennung von Hochschulabschlüssen vor, wenn das an dieser Anerkennung interessierte Ausland dem russischen Bildungsministerium eine Liste seiner führenden Hochschulen übergibt und mit der Regierung der Russischen Föderation eine entsprechende Vereinbarung trifft. Die ausländischen Hochschulen müssen sich unter den ersten 250 bis 300 Nennungen in der Shanghai- und der QS World University-Rankingliste befinden. Die Anerkennung von Abschlüssen an Hochschulen, die nicht auf einer dieser beiden Listen stehen, unterliegen weiterhin einem Nostrifikationsverfahren.

Das Ansehen des Ingenieurberufes ist erheblich gesunken – um den Nachwuchs für ein Studium zu begeistern, gibt es künftig höhere Studienstipendien und zudem 2.000 Stipendien für ein Studium im Ausland.

Im Jahr 2011 bestanden erhebliche Probleme bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses, dem Russland 2003 beigetreten ist: So wurden westeuropäische Absolventen dreijähriger Bachelorstudiengänge nicht zu russischen Masterstudiengängen zugelassen, mit der Begründung, ihnen fehle ein Studienjahr. Der russische Bachelorabschluss dauert vier Jahre, wobei die Hochschulzugangsberechtigung in elf Schuljahren erworben wird.

Skolkowo – das neue Silicon Valley

Das am Stadtrand von Moskau gelegene Skolkowo ist von der russischen Regierung zum Hauptinnovationszentrum, zum Silicon Valley der Russischen Föderation, ausersehen worden. ›

Die Regierung bemüht sich um Ansiedlung internationaler Hightech-Konzerne. Beispielsweise plant Siemens ein Forschungs- und Schulungszentrum, das vorrangig auf den Gebieten Energieeffizienz, Materialforschung und Softwareentwicklung arbeiten soll.

Begrüßt wird, dass Konzeption, Wissenschaft und Innovation substantiell und mit geringerem bürokratischen Aufwand, als es in Russland sonst üblich ist, gefördert werden sollen. Dennoch ist Skolkowo in der russischen Wissenschaftsgemeinschaft umstritten. Die Skepsis macht sich an der unklaren Strukturierung des Projekts, an den zu heterogenen Erwartungen und an der Frage fest, wie die dem Zentrum gestellten Aufgaben konkret zu lösen sind.

BELARUS

Die politische Situation in Belarus war 2011 durch die heftigen Auseinandersetzungen der Regierung mit der Opposition geprägt. Als Reaktion auf die gefälschte Präsidentenwahl im Dezember 2010 und die darauf folgenden Repressionen gegen die Opposition sprach die EU Sanktionen gegen fast alle Mitglieder der weißrussischen Führung aus. Erstmalig wurden Oppositionelle zu langen Haftstrafen verurteilt. Der Anschlag in der Minsker Metro vom 11. April, der vermutlich von Einzeltätern begangen wurde, ließ die Lage eskalieren. Die Opposition trat mit ungewöhnlichen Protestmaßnahmen an die Öffentlichkeit. Trotz eines Gesprächsangebotes an die Opposition durch Präsident Lukaschenko und der Freilassung von neun Oppositionellen wurde gleichzeitig das Demonstrationsrecht erheblich verschärft, was seitens der EU zu neuen Sanktionen führte.

Die wirtschaftliche Lage in Belarus hat sich deutlich verschlechtert. Belarus erhält zwar weiterhin preiswertes russisches Erdgas, dafür aber übernahm Gazprom den Pipelinebetreiber Beltransgaz. Russland hat damit die alleinige Kontrolle der Erdgaslieferung nach Europa. Der wirtschaftliche und auch der politische Einfluss Russlands in Belarus nahm erheblich zu.

Ingenieurwissenschaftliche Forschung und Innovationen sollen durch eine neue Hochschule, die sich am Vorbild des Massachusetts Institute of Technology (MIT) Boston orientiert, gefördert werden. Das SINT (Skolkowskij Instytut Nauki i Technologii) soll 2012 seine Arbeit aufnehmen. Diese Hochschule ist auf die Ausbildung von Masterstudierenden und Doktoranden ausgerichtet und wird vornehmlich in den Fachrichtungen IT, Energetik, Medizin/Gesundheitswesen, Raumfahrt und Nuklearwissenschaften lehren und forschen. Der Jahresetat von SINT wird mit 6 Mrd. Rubel (rund 150 Mio. Euro) angesetzt.

Akademie der Wissenschaften

Nach langen und letztlich erfolglosen Bemühungen hat die russische Regierung es aufgegeben, die Akademie der Wissenschaften nach dem Vorbild der Science Foundation der USA umzugestalten. Sie wird künftig nicht mehr als die Hauptträgerin der zukunftsweisenden Innovation in der russischen Wissenschaftslandschaft betrachtet. Die finanzielle Förderung wird auf andere Institutionen umverteilt: Diese werden mit der Entwicklung neuer Technologien und der Umsetzung der Innovationspolitik Russlands beauftragt. Neben dem neuen Zentrum Skolkowo sind dies die neuen nationalen Forschungsinstitute wie das Kurtschatow-Institut, das Kernforschungszentrum Dubna oder Universitäten aus dem Kreis der 39 Führenden Hochschulen. Diese Politik der Umlenkung der Geldströme kann an folgenden neuen Maßnahmen festgemacht werden:

- Die Fonds zur Förderung der Grundlagenforschung (RFFI) beziehungsweise zur Förderung der Geisteswissenschaften (RGNF) haben im Jahr 2011 erheblich geringere Mittel zur Förderung wissenschaftlicher Projekte erhalten. Beide Fonds stehen der Akademie der Wissenschaften nahe.

- Anfang 2011 hat die russische Regierung beschlossen, nationale Mega-Science-Projekte zu starten, für die sie bis zu 133 Mrd. Rubel (circa 3,32 Mrd. Euro) auszugeben bereit ist. Die Mega-Science-Projekte sollen in Kooperation mit ausländischen Partnern, aber auf russischem Territorium betrieben werden. In einer Ausschreibung wurden bisher sechs Projekte identifiziert, die von einem internationalen Gremium, darunter auch drei deutschen Experten, begutachtet werden. Auf russischer Seite sollen drei dieser Projekte unter der Leitung des Kurtschatow-Institutes beziehungsweise von diesem zugeordneten Instituten in Moskau betreut werden. Weitere Standorte sind Nischnij Nowgorod, Nowosibirsk und Dubna.
  Als Ministerpräsident Putin die Megaprojekte im Juli 2011 in Dubna vorstellte, nannte er die politischen Gründe für deren Schaffung: Die gute finanzielle Ausstattung soll den Braindrain hochqualifizierter und vor allem jüngerer Wissenschaftler verhindern, die Entwicklung des Landes und die Herstellung technologisch anspruchsvoller Produkte stimulieren, vor allem aber sollen sie dazu beitragen, den Führungsanspruch Russlands im internationalen Kontext zu festigen.
- Die Forschungsförderung an den Universitäten hat sich mit der zweiten Runde der sogenannten Mega-Grants fortgesetzt: Russische Hochschulen können sich um Forschungsmittel bewerben, sofern ein führender Wissenschaftler aus dem Ausland in das Projekt eingebunden ist. Ein einzelnes Projekt kann mit bis zu 150 Mio. Rubel (circa 3,75 Mio. Euro) unterstützt werden. Insgesamt stehen in dem Projekt 12 Mrd. Rubel bereit. 2011 reichten 176 Hochschulen Anträge ein, 39 wurden bewilligt. Die russische Regierung hofft, mit diesen gezielten Kooperationen emigrierte russische Wissenschaftler zurückzugewinnen. Daher sind unter den 39 Wissenschaftlern 19 Russen neben zehn Amerikanern, sechs Franzosen und vier Deutschen.

Der DAAD und Russland

Großes Interesse an Deutschland

Das Interesse russischer Graduierter, Studierender und Hochschullehrer an einem Studien- oder Forschungsaufenthalt in Deutschland bleibt mit 2.664 Bewerbungen beim DAAD auf einem hohen Niveau.

Die Auswahlen zum „Matching Funds“-Programm „Nikolaj Lobatchewskij“, zum Regierungsstipendienprogramm „Ewgenij Sawoiskij“ – beide mit der Republik Tatarstan – fanden in Kasan statt. Die Auswahl der Stipendiaten des Regierungsstipendienprogramm mit der Republik Tschetschenien erfolgte in Grosnyj. Im Oktober wählte die DAAD-Kommission die Bewerber für ein Stipendium in den Programmen „Michail Lomonossow“ und „Immanuel Kant“ aus. Beide Programme finanzieren der DAAD und das russische Bildungsministerium gemeinsam.

Die Zahl der individuellen deutschen DAAD-Jahresstipendiaten in Russland ist traditionell gering, 2011 waren es nur noch vier Stipendiaten. Hintergrund ist, dass deutsche Hochschulen alle Kurzstipendien, einschließlich der für Sprachkurse, seit 2011 im Rahmen des Promos-Programms direkt vergeben. Im Programm „Go East“ konnten 321 Personen, davon 195 in Sommerschulen und 126 als Semesterstipendiaten, gefördert werden. Den größten Teil deutscher Studierender, Doktoranden und Hochschullehrer förderte der DAAD im Rahmen bilateraler Abkommen und Kooperationen zwischen deutschen und russischen Partnerhochschulen.

Beratung, Information und Hochschulmarketing

Zweite Säule der Arbeit von der Außenstelle ist die Beratung und Information. Dieses Tätigkeitsfeld erstreckt sich von differenzierten ›

Informationen über Studienmöglichkeiten in Deutschland oder Anbahnung von Kontakten zu deutschen Hochschulen bis hin zur Beantwortung eher pragmatischer Fragen, die aufenthaltsrechtliche, finanzielle oder auch technische Bereiche betreffen. Die Außenstelle machte das Stipendienangebot des DAAD über ihre Homepage, über persönliche Anschreiben an die Hochschulleitungen und durch Veröffentlichung in der Zeitschrift POISK bekannt.

Die Außenstelle beteiligte sich an zehn Messen und Ausstellungen landesweit, darunter im Februar und im November an der für Russland wichtigsten Bildungsmesse Obrasovanie i Kar'era (Bildung und Karriere) in Moskau, an Messen in Kasan, St. Petersburg, Rostov am Don, Nowosibirsk und an kleineren Messen in Moskau selbst.

Aufgrund des wachsenden Informationsbedarfs im ganzen Land reisen die Mitarbeiter der Außenstelle immer häufiger zu unterschiedlichen Hochschulorten. So unternahm eine Mitarbeiterin zusammen mit einem DAAD-Lektor im Mai erneut eine größere Informationsreise

DWIH

Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus Moskau

Leuchtturm der Wissenschaft: Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus bringt in Wissenschaftsgesprächen, Gastvorlesungen, Informationsreisen, Workshops und Konferenzen deutsche und russische Wissenschaftler zusammen.

Im DWIH Moskau sind neben dem DAAD die deutschen Wissenschaftsorganisationen Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), die Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), das Deutsche Historische Institut (DHI) sowie die Auslandshandelskammer (AHK) vertreten. Aktivitäten im Jahr 2011:

- Informationsreisen an föderale und nationale Forschungsuniversitäten und Institute der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg, Nischnij Nowgorod, Jakutsk und Archangelsk
- Gastvorlesungen renommierter deutscher Wissenschaftler an Universitäten in Moskau und Woronesh
- Wissenschaftsgespräch mit Spitzenvertretern der deutschen und russischen Wissenschaft in Moskau. Es nahmen teil: DAAD-Generalsekretärin, DFG-Vizepräsident, Präsidenten der AvH und HGF, Prorektor der Universität Moskau, Präsidenten der russischen Fonds RFFI und RGNF, stellvertretender russischer Bildungsminister, Leiter der EU-Delegation in Moskau, Deutscher Botschafter
- „Runder Tisch" für Journalisten und Wissenschaftler zum Thema „Wissenschaft und ihre journalistische Darstellung in Deutschland und Russland" an der Universität St. Petersburg
- „Erste deutsch-russische Woche des Jungen Wissenschaftlers" in Kasan im September. Teilnehmer waren zwölf deutsche und 33 russische Nachwuchswissenschaftler sowie namhafte und erfahrene deutsche und russische Wissenschaftler, die das Seminarthema „Man and Energy" interdisziplinär behandelten. Die DFG und der DAAD waren jeweils mit ihren Vizepräsidenten vertreten. Die Veranstaltung wurde zusammen mit der Union der Jungen Wissenschaftler (ROSMU) durchgeführt
- Unterstützung von Konferenzen in Moskau und St. Petersburg
- Finanzierung von zwei Fraunhofer-Workshops in Samara und Moskau
- Vortrag auf dem Symposium „Soziologie der Innovation" durch den Leiter des DWIH am INION der Akademie der Wissenschaften in Moskau
- Gespräche mit Rektoren führender Hochschulen in St. Petersburg

In der Zeitschrift POISK sind vier Beiträge über das Moskauer DWIH erschienen.

an die Hochschulen der Ural-Region und Westsibiriens, zwei weitere Mitarbeiter besuchten die Veranstaltungen der Deutschen Woche in Rostov am Don und Wladiwostok. Sur-Place-Kurse und weitere Veranstaltungen bot die Außenstelle an Hochschulen im Moskauer Gebiet, in St. Petersburg, Kasan, Kirov, Nischnij Nowgorod, Ekaterinburg, Woronesh und Krasnojarsk an.

Der Leiter der Außenstelle nahm in Moskau eine Vielzahl von Terminen wahr, darunter Konferenzen, Hochschuljubiläen und Seminare, und besuchte darüber hinaus Universitäten und Forschungsinstitute in ganz Russland, unter anderem in Archangelsk, Kasan, St. Petersburg, Nischnij Nowgorod, Nowosibirsk, Orenburg, Uljanowsk, Wladikavkas und Jakutsk. Zu Auswahlen war er in Grosnyj, Erewan/Armenien und Minsk/Belarus.

Deutsch-Russisches Wissenschaftsjahr

Im Februar 2011 trafen sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, und ihr russischer Amtskollege Andrej Fursenko zur Beratung über die Gestaltung des Deutsch-Russischen Jahrs der Wissenschaft, Bildung und Innovation in Moskau. Zur Delegation der Ministerin gehörte DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüland, die im Rahmen der Reise Orientierungsgespräche mit dem stellvertretenden Bildungsminister Sergej Ivanetz und der Hochschulleitung der Nationalen Forschungsuniversität für Kernforschung, dem MIFI, führte.

Am 23. Mai eröffneten Annette Schavan und Andrej Fursenko an der Staatlichen Universität

Großes Treffen 2011: Stipendiaten der DAAD-Programme „Immanuel Kant“ und „Michail Lomonossow“ (oben).

Der russische Bildungsminister Andrej Fursenko (l.) und sein tschetschenischer Amtskollege Ansor Muzaev (2.v.l.) eröffnen die Sprachkurse für tschetschenische Regierungsstipendiaten vor Ort in Grosnyj, Sommer 2011 (links).

Moskau das Deutsch-Russische Wissenschaftsjahr. Der DAAD wurde durch Dorothea Rüland vertreten. Die Außenstelle beteiligte sich am Wissenschaftsjahr mit folgenden Maßnahmen:

- Mit der Universität St. Petersburg entwickelte sie das Programm „Dimitrij Mendelejew“ und mit der Universität Moskau (MGU) das Wladimir-Wernadskij-Programm. Das Memorandum zur Verlängerung des Lomonossow-Programms mit dem Bildungsministerium sowie die beiden Universitätsabkommen unterzeichnete Generalsekretärin Dorothea Rüland am 23. Mai 2011.
- Abschlussseminar mit den ehemaligen Stipendiaten der Programme „Immanuel Kant“ und „Michail Lomonossow“ 2011 in Moskau.
- Eine „Erste deutsch-russische Woche des Jungen Wissenschaftlers“ in Kasan im September (siehe Kasten DWIH).
- Alumni-Seminar mit den Ehemaligen des Programms „Russlandfonds der deutschen Wirtschaft“ im Dezember in Moskau.

Anlässlich der Eröffnung des Wissenschaftsjahres nahm Dorothea Rüland am Wissenschaftsgespräch mit Spitzenvertretern der deutschen und russischen Wissenschaft teil ›

(siehe DWIH-Kasten) und führte ein Gespräch mit Rektor Viktor Martynov in der Nationalen Forschungsuniversität für Erdöl und Erdgas.

Stipendiatentreffen und Alumni-Aktivitäten

Im Januar hatte die DAAD-Außenstelle die deutschen Stipendiaten zum jährlichen Erfahrungs- und Informationsaustausch nach Moskau eingeladen. In Archangelsk, Ekaterinburg, Irkutsk, Kasan, Nowosibirsk, Omsk, Rostov/Don, Samara und St. Petersburg trafen sich die Alumni gegen Ende des Jahres.

Die ehemaligen Stipendiaten der Programme „Immanuel Kant“ und „Michail Lomonossow“ trafen sich im April in Moskau. Zu diesem Abschlusstreffen hielt der Rektor der Nationalen Kernforschungsuniversität MIFI, Michail Strichanov, einen Vortrag über die Rolle der Nationalen Forschungsuniversitäten im russischen Bildungswesen. Im Dezember trafen sich 80 Alumni des Russlandfonds der deutschen Wirtschaft; als Redner und Mitgestalter des Treffens gewann die Außenstelle den FDP-Bundestagsabgeordneten Patrick Kurth. Unter dem Thema „Bilanz einer Investition“ schilderten die Alumni ihre Erfahrungen mit Studium und Praktikum in Deutschland, ihren Berufseinstieg und ihre gegenwärtigen beruflichen Situationen, die zum Teil beeindruckende Karrieren widerspiegeln.

Förderung der deutschen Sprache

Der DAAD unterstützt die Pflege der deutschen Sprache – 2011 förderte er 36 Lektoren, vier Sprachassistenten, sechs germanistische Institutspartnerschaften und acht deutschsprachige Studiengänge.

Der DAAD unterstützt die Pflege der deutschen Sprache und förderte 36 Lektoren, vier Sprachassistenten, sechs germanistische Institutspartnerschaften und acht deutschsprachige Studiengänge, 186 Hochschulsommerkursstipendien und letztmalig auch 53 Semesterstipendien für Studierende der Germanistik. An der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU) wird am Institut für Deutsch-Russische Literatur- und Kulturbeziehungen (Fachzentrum Germanistik) eine intensive und in dieser Form in Russland einmalige Förderung der Germanistik geleistet. Dort ist auch das Vladimir-Admoni-Programm angesiedelt, das speziell den wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützt. Die Ausstrahlung des Fachzentrums in die russische Germanistik ist inzwischen landesweit zu spüren. «

Tabelle 25 : Statistischer Überblick Russische Föderation 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**17.075.200 km²**
Bevölkerungszahl	**141,9 Mio.**
Frauen	76,3 Mio.
Männer	65,4 Mio.
Bevölkerungsdichte	**8,3 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**–1,8 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**1.812,303 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**12.440**
Anteil am globalen BIP	**3,7 %**
Knowledge Economy Index (KEI) 2009	**Rang 55**
Wirtschaftswachstum	**4,2 %**
Inflation	**6,9 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat)*	**10,6 Mrd.**
davon Forschung	7,5 Mrd.
davon extra Unterstützung der führenden Hochschulen	1 Mrd.
Hochschultypen	
Universitäten	ca. 355
Akademien	ca. 163
Institute	ca. 135
Anzahl der Hochschulen gesamt	**2.613**
staatlich	653
privat	462
weitere Filialen	1.498
Anzahl Hochschullehrer 2010/11	**356.800**
an staatlichen Institutionen	324.800
an privaten Institutionen	32.000
Eingeschriebene Studierende 2010/11	**7.049.800**
an staatlichen Institutionen	5.848.700
an privaten Institutionen	1.201.100
Frauenanteil	57,2 %
Anteil ausländischer Studierender	ca. 2 % [1]
Doktoranden	154.470
Absolventen der Wirtschaftswissenschaften	386.700 [2]
Absolventen der Geisteswissenschaften	178.900 [2]
Absolventen der Pädagogik, Lehrerausbildung	116.300 [2]
Absolventen der Ingenieurwissenschaften	131.100 [2]
Absolventen der Naturwissenschaften	22.500 [2]
Absolventen der Landwirtschaft	35.100 [2]
Absolventen der Gesundheitswissenschaften	33.300 [2]
Absolventen der IT	22.300 [2]
Absolventen der Sozialwissenschaften	16.400 [2]

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Abschlüsse 2011	**1.467.900**
Bachelor's Degree	126.600
Diplom	1.306.900
Master's Degree	26.300
Studiengebühren / Studienjahr*	
an staatlichen Institutionen	ab 1.000
an privaten Institutionen	ab 2.500
Ausländische Studierende	**153.800**
nach Herkunftsregionen	
1. GUS / Baltische Staaten / Georgien	116.700
2. Europa	1.300
3. Asien	28.100
4. Zentral- und Südamerika	900
5. Nordamerika (USA, Kanada)	100
6. Afrika	6.700

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende 2009	
1. Deutschland	10.175
2. USA	4.827
3. Ukraine	4.717
4. Frankreich	3.593
5. Großbritannien	2.953

* Angaben in US-Dollar

1 153.800 im Jahr 2010/11
2 Angaben zu staatlichen Hochschulen

Quellen:
Russisches Statistisches Jahrbuch 2011
- www.gks.ru/
- www.worldbank.org/russia
- www.edu.ru
- www.csrs.ru/statis/sk/sk2010.htm
- www.mon.gov.ru/
- www.stats.uis.unesco.org/unesco/

Tabelle 26 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Russische Föderation

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**369**
	A	**1.263**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	233
	A	468
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	33
	A	628
davon Doktoranden	D	16
	A	372
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	103
	A	167
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	158
	A	221
2–6 Monate	D	123
	A	574
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	88
	A	468
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	12
	A	251
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	366
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	44
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	12
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	18
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	178
Praktikanten	D	43
	A	46
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	11
	A	105
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**1.077**
	A	**2.419**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	548
	A	1.051
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	163
	A	679
davon Doktoranden	D	58
	A	144
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	366
	A	689
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	764
	A	1.480
2–6 Monate	D	285
	A	599
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	28
	A	340
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	211
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	96
	A	140
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	278
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**1.446**
	A	**3.682**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**5.128**

Paris

Frankreich, Europa und „Merkozy“

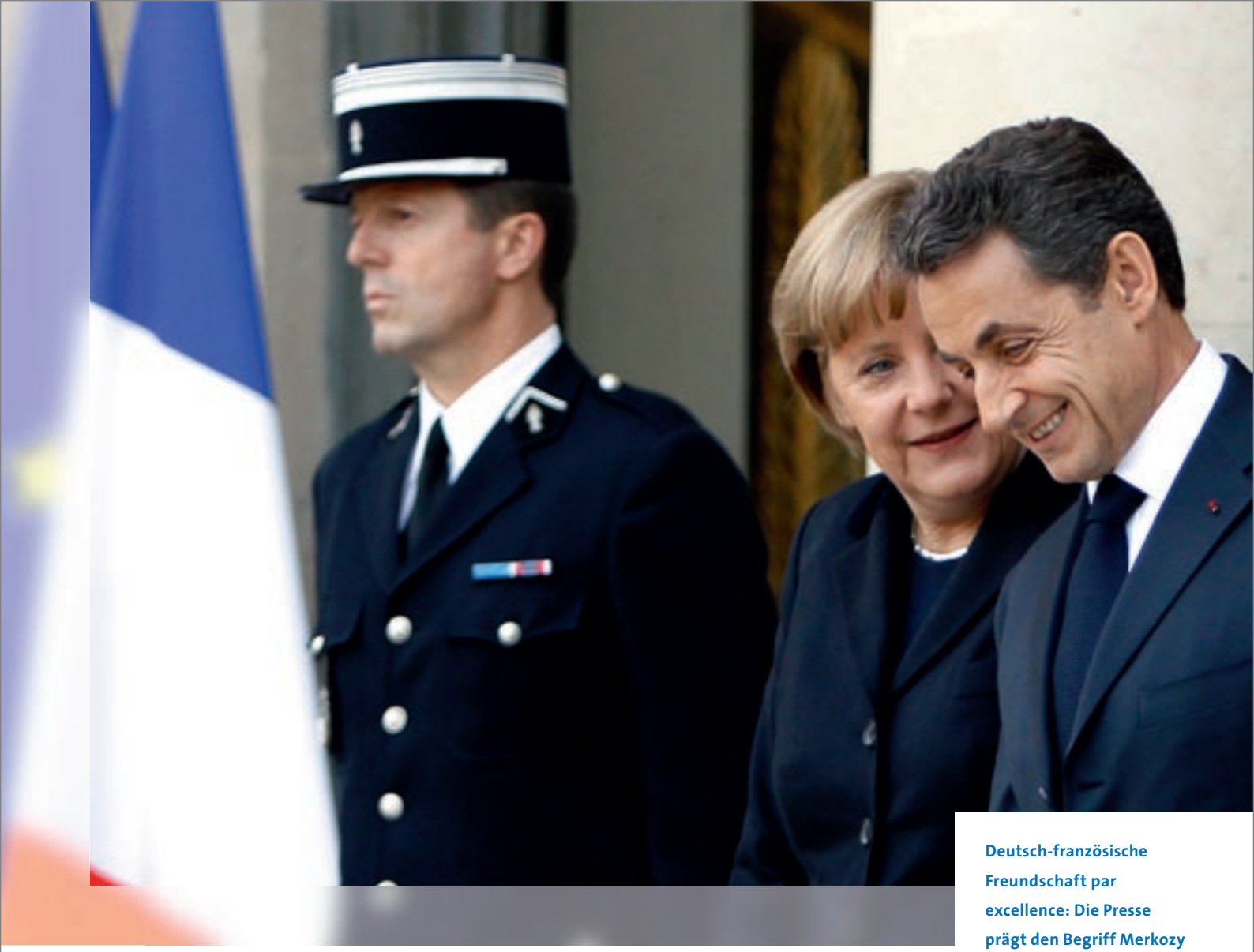
Dr. Klaudia Knabel leitet die Außenstelle Paris seit 2007. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1963 und hat zurzeit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das deutsche Modell für die französische Wirtschaft

In seinen Neujahrswünschen für 2012 ließ der französische Präsident keinen Zweifel am Ernst der Lage der Nation: Von der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg war die Rede und von einem Europa am Rande des Zusammenbruchs. In einem Ton – so war in Le Monde zu lesen –, der an Churchill und de Gaulle zugleich gemahnte, appellierte Nicolas Sarkozy indirekt, aber dennoch klar an die Franzosen, ihm das Schicksal des Landes durch seine Wiederwahl erneut anzuvertrauen. Die Rede des Präsidenten, der seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit bis dahin noch nicht offiziell angekündigt hatte, ließ keinen Zweifel daran, dass er im Frühjahr 2012 noch einmal kandidieren würde. Seine Chancen sind dabei eng an die Entwicklung der französischen Wirtschaft und an das Vertrauen der Franzosen in sein Krisenmanagement geknüpft.

2007 war Nicolas Sarkozy mit dem Versprechen angetreten, Arbeitsplätze zu schaffen und die Kaufkraft zu erhöhen. Die aktuellen Wirtschaftsdaten geben kaum zu der Hoffnung Anlass, dass diese Wahlversprechen noch realisiert werden können. Beim Amtsantritt des Präsidenten lag die Arbeitslosenquote bei 8,5 Prozent, am Jahresende 2011 erreichte sie fast die Zehn-Prozent-Grenze. Die Kaufkraft war lediglich geringfügigen Schwankungen unterworfen, erhöhte sich jedoch nicht spürbar. Dank zweier Sparpläne unter dem Druck der Eurokrise konnte das Staatsdefizit immerhin von 7,1 Prozent im Jahr 2010 auf 5,7 Prozent gesenkt werden. Für 2012 hat die Regierung sogar 4,6 Prozent im Blick. Das Wachstum bleibt jedoch schwach: Ende 2011 waren es nur 0,4 Prozent, für 2012 werden 0,3 Prozent erwartet. Angesichts der insgesamt beunruhigenden Wirtschaftslage und des ohnehin angeschlagenen Images des Präsidenten schienen die Chancen für seine Wiederwahl verschwindend gering: Im März gaben nur 22 Prozent der Franzosen an, Nicolas Sarkozy zu schätzen – die rechte Populistin Marine Le Pen war beliebter.

Die Sozialisten, den Sommer über von der Affäre um ihren Favoriten für die Präsidentschaftswahl Dominique Strauss-Kahn in Atem gehalten, absolvierten im Herbst 2011 den ersten offenen Vorwahlkampf, an dem sich 1,5 Millionen Bürger beteiligten. Im Oktober schickten sie mit einem klaren Votum François Hollande ins Rennen, dem ein überragender Sieg über Nicolas Sarkozy zugetraut wurde. Dies wäre wohl auch bei einer Präsidentschaftswahl im Oktober 2011 der Fall gewesen. Den Prognosen zufolge hätte Hollande im zweiten Wahlgang mit 62 Prozent ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Sarkozy errang 2007 nur 53,06 Prozent und auch François Mitterrand konnte seinerzeit nur knapp mehr als die Hälfte der Franzosen überzeugen. Aber das Rennen um das höchste Staatsamt ist noch längst nicht entschieden: François Hollande hat bisher weder ein konsistentes Programm vorgelegt noch seine Rolle gefunden.



Deutsch-französische Freundschaft par excellence: Die Presse prägt den Begriff Merkozy für das Duo Merkel und Sarkozy.

Im Herbst spitzte sich zudem die Eurokrise dramatisch zu und bot dem amtierenden Präsidenten eine Bühne für seine Paraderolle: Nicolas Sarkozy als versierter Akteur auf dem internationalen Parkett und dynamischer Macher, der für Frankreich eine führende Rolle in Europa und in der Welt beansprucht. Dies hatte er zuletzt anlässlich der Libyen-Krise eindrucksvoll bewiesen. Da war der britische Premier David Cameron als Verbündeter an seiner Seite; während der Eurokrise trieb Sarkozy hingegen die schon legendäre deutsch-französische Freundschaft auf einen neuen Höhepunkt: Der französische Präsident und die deutsche Kanzlerin waren plötzlich eins – wenn auch nicht immer in der Sache, so doch im Auftritt. Das neue Duo, von der Presse kurz „Merkozy“ genannt, sprach nahezu täglich miteinander und stimmte sich ab, sachliche Differenzen durch ein demonstratives „Wir“ überspielend. Offenbar hat der Franzose durch diese Strategie an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Deutschland und seine Kanzlerin dagegen haben in der Krise, wenn nicht an Ansehen, so doch zumindest an Sympathie verloren. Politik und Medien führten den Franzosen die deutsche ›

Zu wenige Deutschlehrer

Französische Hochschullandschaft im internationalen Wettbewerb

Außenstelle in neuem Domizil

Eliteschulen und Universitäten – überkommener Dualismus?

Hochschulen zwischen Autonomie und staatlicher Lenkung

Sciences Po – ein Modell der sozialen Öffnung

Bisher rangierten französische Hochschulen im Shanghai-Ranking im Mittelfeld: Auch 2011 war keine französische Institution auf einem der vordersten Plätze zu finden und nur drei konnten sich überhaupt oberhalb der 100 behaupten.

Wirtschaftspolitik täglich als nachahmenswertes Beispiel vor – dem französischen Wachstumsmodell einer kreditfinanzierten Konsumförderung steht dabei die erfolgreiche deutsche exportorientierte Produktion der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber. Gerhard Schröder rückte dabei, obwohl er dem konservativen Nicolas Sarkozy politisch nicht gerade nahesteht, als Begründer des „deutschen Wirtschaftswunders" ins Rampenlicht. Auf der Zielgeraden vor der Wahl möchte der Präsident das „französische System einem System anpassen, das funktioniert – dem deutschen Modell". Viel Zeit bleibt ihm dafür nicht.

Hochschule und Forschung

Laurent Wauquiez, seit Juni 2011 als Hochschul- und Forschungsminister im Amt, stellte das akademische Jahr 2011/2012 unter das Motto „Konkretisierung des Wandels". Dabei blickt der 36-jährige Senkrechtstarter der Partei UMP (Union pour un mouvement populaire) und jüngstes Regierungsmitglied auf das Programm seiner Vorgängerin zurück: Von 2007 bis 2011 trieb Valérie Pécresse die Umgestaltung der Hochschullandschaft mit voller Unterstützung des Staatschefs voran. Wauquiez zieht eine positive Bilanz der bisherigen Politik. Als Beleg führt er die steigende Zahl der Erstsemester sowie die insgesamt wachsende Studierendenzahl an, die 2011/2012 bei mehr als 2,4 Millionen liegt. Weiteres Erfolgsindiz sei die gelungene Umsetzung der Hochschulreform. Diese war eines der wichtigsten Projekte des 2007 gewählten Präsidenten und wurde damals prioritär in Angriff genommen. Die Reformen haben Wirtschaftskrise und Sparbeschlüsse unbeschadet und ohne Mittelkürzung überstanden und stehen nach wie vor auf der Dringlichkeitsliste der Regierung ganz oben. Doch was waren die Ziele des Wandels, die 2007 formuliert wurden und die es nun zu konkretisieren gilt? Die ehrgeizige Aufgabe bestand darin, die Attraktivität französischer Universitäten zu erhöhen, ihre schwerfällige staatliche Lenkung abzulösen sowie die universitäre Forschung national und international sichtbarer zu machen.

Rankings und Strategien

Gilt das Shanghai-Ranking auch als eine eher unzulängliche Messlatte für die Leistungsfähigkeit von Hochschulen, so wird es doch immer wieder gern zitiert – auch in Frankreich. Bisher machten sich die französischen Hochschulen rar auf den jährlichen Listen und rangierten dort eher im Mittelfeld: Auch 2011 war keine französische Institution auf einem der vordersten Plätze zu finden und nur drei konnten sich überhaupt oberhalb der 100 behaupten: Paris XI belegt Rang 40, Paris VI Rang 41 und die École normale supérieure (ENS) Rang 69. Anders sieht es dagegen bei den Managementschulen aus: Hier belegt Frankreich seit Jahren die Spitzenplätze im Ranking der Financial Times. Die HEC Paris (École des hautes études commerciales de Paris) führt zum sechsten Mal in Folge die Liste an, vier weitere französische Einrichtungen finden sich unter den ersten 20. Von den insgesamt 75 klassifizierten Institutionen sind 18 französisch; nur die Briten schneiden mit 21 genannten Hochschulen besser ab.

Dieser deutliche Unterschied im internationalen Vergleich zwischen der kleinen Gruppe von Handelsschulen und den Hochschulen insgesamt macht das Spezifikum der französischen Hochschullandschaft besonders deutlich: Die Dualität von Universitäten und „grandes écoles". Diese Eliteschulen decken nicht das gesamte Disziplinenspektrum ab und sind eher anwendungs- als wissenschaftlich orientiert – viele von ihnen haben kein Promotionsrecht. Während die Universitäten in der Vergangenheit chronisch unterfinanziert waren, hatten die „grandes écoles" nicht zuletzt dank teilweise immenser Studiengebühren

keinen Grund zur Klage. Hinzu kommt als noch wichtigeres Plus das Qualifikationsniveau der Schüler: Die Besten eines Jahrgangs entscheiden sich hierzulande vorzugsweise für eine „grande école“ und durchlaufen vor Eintritt ein hartes Auswahlverfahren. Beide Ausbildungswege unterscheiden sich sowohl in den Zugangschancen und Kosten als auch in den späteren Karrierechancen deutlich. Dieses Parallelangebot wurde in den letzten Jahren zunehmend als eine von mehreren Ursachen für die mangelnde Sichtbarkeit französischer Hochschulen auf internationaler Ebene identifiziert.

Ein weiterer Grund für die notorisch schlechten Noten Frankreichs im internationalen Vergleich ist die extreme Ausdifferenzierung der Hochschul- und Forschungslandschaft: Viele Städte verfügen nicht über eine, sondern über mehrere Universitäten, die sich entweder fachlich oder politisch voneinander abgrenzen. Forschung wird sowohl an den Universitäten als auch an diversen Forschungseinrichtungen betrieben. Eine erfolgversprechende Hochschulreform musste daher an diesen beiden Punkten ansetzen: Finanzierung der Universitäten sowie Neustrukturierung der Forschungs- und Hochschullandschaft. Konsequenterweise hatte die Regierung Sarkozy diese beiden Aspekte – flankiert von der Einführung der Hochschulautonomie – in Angriff genommen.

Dabei konnte sie auf Maßnahmen aufbauen, die bereits von ihrer Vorgängerin angestoßen wurden. Diese ermöglichte 2006 die Schaffung der so genannten PRES – „pôles de recherche et d’enseignement supérieur“. Dabei handelt es sich um Cluster von Universitäten und „grandes écoles“, welche die damals 85 Universitäten und 225 „écoles“ umfassende Hochschullandschaft konzentrieren und regionale Profile hervorbringen sollten. Zählte Frankreich 2007 erst sieben PRES, so ist ihre Zahl inzwischen auf 21 gestiegen.

Um die gewünschte Restrukturierung weiter voran zu treiben, lancierte die Regierung 2008 den sogenannten „plan campus“. Er ging über die Schaffung des gesetzlichen Rahmens für Kooperationen hinaus, indem er finanzielle Anreize bot. Die meisten Projektanträge kamen dann auch folgerichtig aus den Reihen der PRES. Ziel war die Schaffung von zehn „campus d’excellence“ mit internationaler Ausstrahlung in lokaler Kooperation von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Die Regierung stellte die Kapitaleinnahmen aus 5 Mrd. Euro für das Programm zur Verfügung: 40 Universitäten in zehn Regionen – Aix-Marseille, Bordeaux, Grenoble, Lille, Lothringen, Lyon, Montpellier, Großraum Paris, Straßburg und Toulouse – profitieren derzeit von der „opération campus“. Diese soll nicht nur die französische Kooperationslandschaft umgestalten, sondern auch dem enormen Modernisierungsbedarf an den meisten französischen Universitäten entgegenkommen.

40 Universitäten profitieren von der „opération campus“ – sie soll Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen fördern sowie die Sanierung und Modernisierung vorantreiben.

Um die Dynamik zu beschleunigen, brachte die Regierung 2010 ein weiteres Programm auf den Weg. Unter der Devise „Les investissements d’avenir“, „Investitionen in die Zukunft“, stellte sie den Hochschulen und Forschungseinrichtungen weitere 21,9 Mrd. Euro in einem Wettbewerbsverfahren in Aussicht. Auf den ersten Blick beeindruckt die Summe – auch im Vergleich mit der deutschen Exzellenzinitiative, die die Franzosen mit großer Aufmerksamkeit verfolgten und die hier unverkennbar Pate stand. Zu beachten ist jedoch, dass nur 30 Prozent der Mittel direkt in ausgewählte Projekte fließen, der Rest wird als Festgeld angelegt, von dessen Rendite die Wettbewerbssieger profitieren. Hinzu kommt, dass ein Teil der Gelder für bereits laufende Projekte reserviert ist: So wurden die Mittel für die „opération campus“ aufgestockt und ein Budget für die Finanzierung des sogenannten Plateau de Saclay zur Verfügung gestellt, eines – so die Planung – europäischen Silicon Valley im Süden von Paris. ›

Den Großteil der Gesamtsumme vergab die Agence nationale de la recherche (ANR) jedoch in einer Reihe von Ausschreibungsverfahren.

Exzellenzinitiative auf Französisch

Ähnlich wie in Deutschland geht es auch in Frankreich um die Förderung von Exzellenz. Die drei wichtigsten Förderlinien „Initatives d'excellence (Idex)", „Laboratoires d'excellence (Labex)" und „Equipements d'excellence (Equipex)" tragen dieses Kriterium in ihren Namen. „Idex" ist das Kernstück des Programms und will fünf bis zehn interdisziplinäre Exzellenzzentren von Weltrang schaffen. Dafür sind 7,7 Mrd. Euro reserviert, sie machen den Löwenanteil des Gesamtvolumens aus. War bei den prämierten deutschen Zukunftskonzepten nur jeweils eine Hochschule involviert, so liegt der französische Akzent auf dem Zusammenschluss mehrerer Akteure: Aus der Kooperation pädagogisch und wissenschaftlich herausragender Hochschul- und Forschungseinrichtungen in enger Kooperation mit der Wirtschaft sollen regionale Zentren mit internationaler Ausstrahlung entstehen.

Die drei Straßburger Universitäten schlossen sich 2009 zur größten französischen Universität zusammen, die nun mit Karlsruhe und Freiburg – zwei Preisträgern der deutschen Exzellenzinitiative – eng zusammenarbeiten will. Die Kooperation könnte sich zu einer Europäischen Exzellenzregion entwickeln.

Die internationale Jury unter dem Vorsitz des EUA-Präsidenten Jean-Marc Rapp entschied nach der ersten Ausschreibung über insgesamt 17 Anträge. Es bewarben sich auch die im Rahmen des „plan campus" formierten Allianzen um eine weitere Förderung. Die drei Sieger sind in Bordeaux, Paris und Straßburg zu finden. In Bordeaux legten sieben Institutionen, darunter die vier örtlichen Universitäten (62.000 Studierende, 5.100 Forscher), ein gemeinsames Konzept vor. Die Pariser Hochschul- und Forschungslandschaft brachte insgesamt sechs Konzepte und Cluster auf der Basis unterschiedlicher Allianzen hervor. Siegreich war bisher die Formation „Paris Sciences et Lettres" mit insgesamt 14.000 Studierenden und 4.000 Forschern, in der sich 16 Einrichtungen zusammengeschlossen haben: Hier verbinden sich so renommierte und unterschiedliche Institutionen wie das Collège de France, die ENS, das Observatorium von Paris, das Institut Pasteur, die „grande école" Chimie ParisTech, die Ecole nationale supérieure des arts décoratifs und Paris IX-Dauphine als einzige Universität. Unter dem Label „Unistra" präsentierte die Straßburger Universität ein grenzüberschreitendes Kooperationsprojekt: Die drei Straßburger Universitäten hatten sich bereits 2009 zur größten französischen Universität zusammengeschlossen, die nun mit Karlsruhe und Freiburg – zwei Preisträgern der deutschen Exzellenzinitiative – eng zusammenarbeiten will. Das Auswahlgremium lobte diesen Plan und sah in dem Projekt den Nukleus einer Europäischen Exzellenzregion.

Auch die beiden anderen Programmlinien „Labex" und „Equipex" riefen ein großes Echo bei Hochschulen und Forschungseinrichtungen hervor. Die erste Runde des Wettbewerbs um die Exzellenz-Laboratorien „Labex" mit einer Gesamtsumme von 1 Mrd. Euro ist inzwischen abgeschlossen: 100 prämierte Anträge erhalten eine Finanzierung bis 2020. Das Projektvolumen beträgt im Schnitt 10 Mio. Euro. Hinter dem Label „Equipex" verbirgt sich die Finanzierung von Forschungsgeräten. In der ersten Runde wurden 52 Anträge mit einem Fördervolumen von insgesamt 340 Mio. Euro bewilligt. Für den laufenden zweiten Durchgang wurde die Fördersumme auf 1 Mrd. Euro erhöht.

Minister Wauquiez zeigte sich von den Wettbewerbsergebnissen in allen drei Programmlinien beeindruckt und betonte das finanzielle Engagement Frankreichs für Hochschulwesen und Forschung: Die Regierung habe nicht nur die beim Amtsantritt versprochenen 9 Mrd. Euro investiert, sondern stelle bis 2012 sogar knapp 9,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Effekte dieser staatlichen Förderung können noch nicht beurteilt werden. Der Rechnungshof merkt jedoch schon an, dass der Einfluss der

oben beschriebenen Cluster auf Ausbildung und Forschung eher bescheiden sei und hinter den Erwartungen zurückbleibe. Die Investitionsprogramme wiesen zwar in die richtige Richtung, der Rechnungshof empfiehlt jedoch eine stärkere staatliche Orientierung und Lenkung der neu entstandenen Verbünde.

Autonomie oder staatliche Lenkung?

Allerdings steht dieser Ruf nach mehr staatlicher Steuerung im Widerspruch zu der vom Ministerium 2007 ausgerufenen Hochschulautonomie. Das Hochschulautonomiegesetz (LRU) ist inzwischen nahezu flächendeckend umgesetzt. Es sieht vor, dass alle französischen Universitäten bis 2012 den Autonomiestatus erlangen – 90 Prozent haben diesen Schritt bis Anfang 2011 bereits vollzogen, bis auf die Universität von Polynesien werden die restlichen planmäßig folgen. Zu Jahresende zeichnet sich ab, dass der Übergang zu der neuen Form der „gouvernance" nicht ganz so problemlos vor sich geht wie ministeriell gewünscht. Die LRU gesteht den Universitäten weitgehende Selbstständigkeit in Budget- und Personalfragen zu. Die Finanzmittel dafür erhalten die Universitäten derzeit noch zu 90 Prozent vom Hochschulministerium. Drei Viertel des Gesamthaushalts werden in Personalkosten investiert – da diese jedoch zum größten Teil auf staatlich festgelegten Tarifen des öffentlichen Dienstes beruhen, kann man in diesem Punkt kaum von Autonomie sprechen. Schon bei der Einführung der Hochschulautonomie warnten Beobachter davor, dass die Gehaltskosten bei der Zuweisung des Globalbudgets an die einzelnen Universitäten nicht korrekt kalkuliert worden seien. Der Präsident der Universitätsrektorenkonferenz (CPU) bestätigt nun diese Diagnose und kritisiert die mangelhafte Abschätzung der ökonomischen Konsequenzen der LRU. Vier Jahre nach ihrer Einführung kämpfen bis zu 40 Universitäten mit ernsthaften Finanzproblemen.

Im November kündigte Hochschulminister Laurent Wauquiez an, acht Hochschulen unter Haushaltsaufsicht stellen zu wollen und somit die Autonomie für die betreffenden Institutionen auszusetzen – ein herber Rückschlag für das Prestigeprojekt des Präsidenten. Die ursprünglich vertrauliche Liste der betroffenen Institutionen wurde korrigiert, nachdem sie an die Öffentlichkeit gelangt war: Inzwischen befinden sich nur noch fünf Hochschulen im Visier des Ministers, darunter auch Paris VI, eine der bestplatzierten französischen Hochschulen im Shanghai-Ranking. Die Universitäten verhandelten in diesem Jahr mit dem Ministerium über eine Budgetaufstockung zur Deckung der Personalkosten und erhielten einen Nachschlag von 14,5 Mio. Euro für das laufende Jahr – laut CPU reicht die Summe jedoch nicht aus.

Nicolas Sarkozy hatte in einer seiner Reden an die Nation seinen politischen Veränderungswillen auf die Formel gebracht, dass nichts mehr sein werde, wie es einmal war. Dies für den Hochschul- und Forschungsbereich als Faktum zu diagnostizieren, wäre sicherlich falsch. Dennoch: Der tertiäre Bildungssektor ist tatsächlich in Bewegung geraten und überkommene Traditionen werden vorsichtig überdacht und infrage gestellt.

Besonders sind die Ansätze hervorzuheben, die die strikte Trennung zwischen Universitäten und „grandes écoles" lockern und dabei gleichzeitig den Zugang zu den Eliteschulen weiter öffnen wollen. Die Debatte um Chancengleichheit ist auch in Frankreich nicht neu, sie erhielt jedoch Ende 2010 neue Impulse. Die damalige Hochschulministerin forderte, die Zugangsprüfungen für die „grandes écoles" zu reformieren und Quoten zu vereinbaren: Alle „grandes écoles" sollten mindestens 30 Prozent Stipendiaten aufnehmen. Hauptargument der Reformgegner war und ist das republikanische Ideal der Gleichheit, das in dem Prinzip der Zugangsprüfung in idealer Weise ›

verwirklicht sei. Tatsächlich privilegiert jedoch der „concours“ mit seinem Fokus auf Sprachfertigkeit und Allgemeinbildung Kandidaten aus bildungsbürgerlichen Haushalten und fördert die Reproduktion der Bildungseliten. Die „Conférence des grandes écoles“ (CGE) wehrte sich und erreichte einen Kompromiss: Die Quote von 30 Prozent soll zwar bis 2013 erreicht sein, die zehn wichtigsten „grandes écoles“ bleiben von dieser Regelung jedoch ausgenommen.

Einzelne „grandes écoles“ versuchen den Kreis ihrer Studierenden sozial zu erweitern. Das bekannteste Beispiel ist Sciences Po.

Kein durchschlagender Sieg der damaligen Ministerin, anderes hat sie jedoch sehr wohl durchgesetzt. So wurden in diesem Jahr bedeutend mehr sogenannte „classes préparatoires“ (Vorbereitungsklassen für den „concours“) eingerichtet, um die Zugangschancen insgesamt zu erhöhen. Die Vorbereitungsklassen waren traditionell an Elitegymnasien angesiedelt, nun werden sie zunehmend auch an Universitäten eingerichtet, um den Graben zwischen den „grandes écoles“ und den Universitäten zu verkleinern.

Unabhängig von dieser Debatte versuchen einzelne „grandes écoles“ den Kreis ihrer Studierenden sozial zu erweitern. Das bekannteste Beispiel ist Sciences Po: Die Hochschule kooperiert schon seit zehn Jahren mit Schulen aus den sogenannten „zones d’éducation prioritaires“ (ZEP). Hierbei handelt es sich um vom Bildungsministerium seit 1981 definierte Regionen, deren Schulen aufgrund besonderer schulischer und sozialer Probleme mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet sind. Für diese Zielgruppe werden besondere Zugangsprüfungen erarbeitet – laut Sciences Po mit großem Erfolg: Der Anteil von Schülern aus einkommensschwachen Familien sei zwischen 1998 und 2011 von 3 auf 12 Prozent gestiegen. Die Hochschule verfolgt diesen Weg weiter: Die Zugangsprüfung wird 2012 reformiert und verzichtet unter anderem auf die Prüfung der Allgemeinbildung der Kandidaten. Andere Eliteschulen wollen folgen.

Frankreich verzeichnet einen steten Anstieg der Zahlen ausländischer Studierender. Unter den Europäern stellen die Deutschen die größte Gruppe.

Frankreich – ein attraktives Zielland für internationale Studierende

Frankreich ist ein begehrtes Ziel für ausländische Studierende, sei es für die europäischen Nachbarn, sei es für Studierende aus dem frankophonen Afrika. Ihre Zahl wächst seit den 1990er Jahren beständig und stieg zwischen 1998 und 2005 um 74,8 Prozent. Laut Angaben des Ministeriums für Hochschulen und Forschung sind die Zahlen – nach kleinen Einbußen 2006 und 2007 – weiter nach oben geklettert. Sie erreichten 2010 mit 284.700 Studierenden (Zuwachs gegenüber dem Vorjahr: 2,3 Prozent) ein Rekordhoch. Knapp ein Viertel der ausländischen Studierenden kommt aus dem Maghreb, weitere 20 Prozent aus anderen afrikanischen Staaten. Europäische Länder belegen mit 24 Prozent den dritten Platz. Unter den europäischen Studierenden stellen die deutschen mit 8.483 die größte Gruppe, die gegenüber 2009/2010 um 1,5 Prozent gewachsen ist.

Im internationalen Vergleich lieferten sich Deutschland und Frankreich einige Jahre lang ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den dritten Platz auf der Hitliste der beliebtesten Zielländer für ausländische Studierende nach den USA und Großbritannien. Inzwischen sind auch Australien und China als wichtige Konkurrenten auf den Plan getreten. Der „World Mobility Atlas“ platziert Frankreich 2010 dennoch erneut auf den dritten Platz. Das Land könnte jedoch schon bald an Attraktivität für ausländische Studierende verlieren – als Ergebnis seiner aktuellen Einwanderungspolitik.

Denn Innenminister Claude Guéant – die Präsidentschaftswahlen 2012 und die Konkurrenz des Front National im Blick – will den französischen Wählern eine unmissverständliche Botschaft bringen: Der Zuzug von Ausländern wird eingeschränkt. Im Jahr 2010 wanderten 200.000 Ausländer legal nach Frankreich ein,

darunter 66.000 Studierende. Das erklärte innenpolitische Ziel besteht darin, die Gesamtzahl um 20.000 zu reduzieren. Dabei sind die ausländischen Hochschulabsolventen, die nach ihrem Studium in Frankreich bleiben wollen, offensichtlich im Visier. Anders als sein Kollege Wauquiez argumentiert der Innenminister, dass Frankreich angesichts seiner demografischen Entwicklung keine ausländischen Talente und Kompetenzen brauche. In diesem Sinne ergriff er zwei Maßnahmen, deren Wirkung sich bereits abzeichnet.

Im September erhöhte Frankreich, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, den Betrag, den ausländische Studierende für ihren Aufenthalt nachweisen müssen, von 430 Euro auf 615 Euro monatlich. Im Mai hatte Guéant außerdem gemeinsam mit Arbeitsminister Xavier Bertrand eine Verordnung erlassen, die auf Widerspruch auch in der eigenen Partei stieß. Der Erlass fordert die französischen Präfekturen auf, die Vorrangprüfung bei der Ausstellung von Aufenthaltserlaubnissen konsequenter anzuwenden und auf diese Weise die Vergabe von Arbeitsvisa stärker zu kontrollieren. Davon sind zunehmend Hochschulabsolventen betroffen, die bereits eine Stelle gefunden haben. Universitätsrektorenkonferenz und Conférence des grandes écoles sprechen von insgesamt 34.000 ausländischen Absolventen, denen die Aufenthaltserlaubnis verweigert wird. Nicht nur die beiden Hochschulverbände, sondern auch Studierendenvertretungen, Gewerkschaften und Großunternehmen protestieren gegen diese Politik, die die Attraktivität französischer Hochschulen beeinträchtigen könne, so der Hochschul- und Forschungsminister. Inzwischen ist eine abgeschwächte Version der Verordnung in Vorbereitung.

Aus der Arbeit der Außenstelle

„ALLES“ für Deutsch in den Hochschulen

Hinter dem Akronym „ALLES“ steckt die „Action pour l’allemand dans l’enseignement supérieur“ – eine Initiative, die vor einigen Jahren DAAD-Lektoren ins Leben riefen. Nun wurde sie in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, dem DAAD und anderen Partnern (Deutsch-Französisches Jugendwerk, Deutsch-Französische Hochschule, französische Deutschlehrer- und Germanistenverbände) erneut aufgegriffen. Hintergrund damals und heute waren die rückläufigen Studierendenzahlen in der Germanistik, allerdings stellt sich heute die Situation etwas anders dar. Das klassische Studium der Germanistik hat dauerhaft an Anziehungskraft verloren: Die Zahl der Germanistikstudierenden hat sich zwischen 1998/1999 und 2009/2010 mehr als halbiert. Auch die Zahl derer, die im Rahmen der angewandten Fremdsprachen Deutsch wählen, ging in diesem Zeitraum um circa 40 Prozent zurück.

Inzwischen bieten jedoch französische Hochschulen eine Vielzahl von Programmen an, in denen die deutsche Sprache eine wichtige Rolle spielt. Diese siedeln sich beispielsweise in Geschichte, Jura oder Journalismus an und haben einen deutschlandspezifischen Fokus. Andere kooperieren mit deutschen Hochschulen im Rahmen von Doppelabschlussabkommen oder bieten das Studium der deutschen Sprache als Element etwa von ingenieur- oder wirtschaftswissenschaftlichen Programmen an, um die Berufschancen der Absolventen zu erhöhen. Deutsch steht daher besser da, als es die Germanistikstatistik vermuten lässt.

Dennoch gibt es aktuell zwei Probleme: Zum einen zeichnet sich in Frankreich ein Mangel an Deutschlehrern ab, weil es immer weniger Germanistikstudierende gibt. Zum anderen sind Abiturienten teilweise noch immer davon ›

überzeugt, dass sie sich entweder für ein Germanistikstudium oder ganz gegen Deutsch entscheiden müssen. Hier setzt die ALLES-Kampagne an: Sie schickt momentan noch an ausgewählten Universitätsstandorten und schon bald frankreichweit französische Studierende in Klassen, die sich auf die spätere Studien- und Berufswahl vorbereiten. Die rund 50 für diese Aufgabe geschulten „Botschafter", die vorzugsweise im Tandem auftreten, berichten von ihren eigenen Erfahrungen mit dem Deutschstudium und informieren über die vielfältigen Studienmöglichkeiten. Ein wichtiges Instrument ist dabei eine Datenbank, die zu diesem Zweck alle in Frankreich angebotenen Studienprogramme mit einer Deutschkomponente auflistet. Rund 50 Schulbesuche konnten bereits realisiert werden, sie erreichten 1.500 Schüler.

Außenstelle des DAAD im Herzen von Paris

Das Büro des DAAD zog im Sommer um und hat dabei nicht nur neue Räume, sondern auch neue Partner gewonnen. Das Deutsche Historische Institut (DHI) machte es möglich, dass der DAAD nun zentral und sichtbar im Marais-Viertel untergebracht ist. Beide Seiten erhoffen sich von der neuen Nachbarschaft Synergien und gemeinsame Projekte. Ein erstes Signal dafür war bereits die im letzten Jahr zum ersten Mal erfolgte gemeinsame Ausschreibung von Sprachkursstipendien für Historiker in Deutschland. Ein weiteres Zeichen setzte eine Konferenz im November, die die Außenstelle gemeinsam mit dem DHI und dem CIERA, dem vom DAAD geförderten Zentrum für Deutschlandstudien in Frankreich, organisierte. Thema war die „Internationalisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften". Die Veranstaltung brachte zwei Netzwerke von Forschungseinrichtungen miteinander ins Gespräch. Eingeladen waren einerseits die Deutschen Historischen Institute in Europa und Nordamerika, andererseits die vom DAAD mitgetragenen Zentren in derselben Region, die sich mit Deutschland- und Europastudien befassen. Die Tagung bot nicht nur Gelegenheit, die Arbeit beider Institutionen im Lichte der aktuellen Diskussion um Area Studies und systematische Disziplinen zu diskutieren, sondern auch die praktischen Kooperationsmöglichkeiten in den einzelnen Ländern auszuloten. Im Anschluss an die Konferenz feierten der DAAD und das DHI ihre neue „Wohngemeinschaft" mit rund 150 Gästen – Freunden und Partnern, Vertretern französischer Hochschulen und deutscher Mittlerorganisationen, der deutschen Botschaft sowie Alumni, Lektoren und Stipendiaten.

CIERA – seit zehn Jahren präsent in Frankreich

Das Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne (CIERA) ist eines der 15 DAAD-Zentren für Deutschland- und Europastudien. Es funktioniert als Netzwerk von derzeit zehn französischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen an den Standorten Paris, Lyon und Grenoble mit einer Geschäftsstelle in Paris. Sein Ziel ist die Vernetzung der Deutschlandaktivitäten der Mitglieder in Lehre und Forschung, um in interdisziplinären Aufbaustudiengängen künftige Deutschlandspezialisten auszubilden. Der Verbund, dem einige der renommiertesten französischen und europäischen Institutionen im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften angehören, feierte 2011 seinen zehnten Geburtstag.

Das Zentrum vergibt Stipendien für Forschungsaufenthalte in Deutschland, unterstützt Forschungsprojekte mit einem Deutschlandfokus und wendet sich mit zahlreichen Vorträgen und Veranstaltungen auch an eine außeruniversitäre Öffentlichkeit. Die intensive Betreuung von Masterstudierenden und Doktoranden hat sich insbesondere in den letzten Jahren zu einem wichtigen und sehr nachgefragten

Neues Domizil: Die DAAD-Außenstelle ist gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Institut im Marais-Viertel beheimatet (oben).

Beide Seiten wollen die Synergien nutzen und feierten die neue Nachbarschaft (Mitte links).

Jubiläumsfeier: Seit zehn Jahren ist das CIERA in Paris präsent (Mitte rechts).

Einführungsseminar: DAAD-Lektoren treffen sich in Paris (links).

Abendstimmung: Alumni der Universität Paris III machen Pause (rechts).

Teamarbeit: Außenstellenleiterin Klaudia Knabel mit fünf Mitarbeiterinnen und einem Mitarbeiter der Pariser Außenstelle.

Schwerpunkt entwickelt. So bietet das CIERA ein spezielles Betreuungs- und Seminarprogramm für diese Gruppe. Ziel ist es, die Nachwuchswissenschaftler bereits frühzeitig in die interdisziplinäre Forschung über Deutschland einzubinden, in die entsprechende „scientific community“ einzuführen und sie bei ihrer wissenschaftlichen Arbeit sowohl fachlich als auch didaktisch-methodisch zu unterstützen. Rund 600 Nachwuchswissenschaftler nutzen dieses innovative Betreuungsmodell. Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten, zu denen der deutsche Botschafter in seine Residenz geladen hatte, standen der wissenschaftliche Nachwuchs und die Alumni konsequenterweise im Mittelpunkt. Die Ehemaligen berichteten von ihren Erfahrungen mit einer deutsch-französischen Karriere im akademischen und außeruniversitären Kontext. «

Tabelle 27 : Statistischer Überblick Frankreich 2011[1]

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**632.833 km²**
Bevölkerungszahl	**65,220 Mio.**
Bevölkerungsdichte	**103 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**0,35 %**

2. Wirtschaftsdaten 2010	
BIP*	**2.560 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**39.460**
Anteil am globalen BIP	**4,06 %**
Knowledge Economy Index (KEI) 2009	**8,40 / Rang 22**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2010*	**171,6 Mrd.**
Hochschultypen 2010/11	
Universitäten	79
Institut Univers. de Technologie IUT	114
Section de Techniciens Supérieurs STS	2.258
Grands établissements	11
Vorbereitungsklassen für Grandes Ecoles	442
Ingenieurhochschulen	238
Handelshochschulen	213
andere	1.087
Anzahl der Hochschulen gesamt 2010/11	**4.442**
staatlich	2.288
privat	2.154
Anzahl Hochschullehrer 2010/11	**95.278**
davon ordentliche Professoren	21.084
Eingeschriebene Studierende 2010/11	**2.318.700**
an staatlichen Institutionen	1.910.020
an privaten Institutionen	408.680
an Universitäten	1.437.104
an anderen Hochschuleinrichtungen	881.596
Frauenanteil (nur Universitäten)	57,2 %
Anteil ausländischer Studierender (insgesamt)	12,3 %
Anteil ausländischer Studierender (nur Universitäten)	15,2 %
Studierende der Naturwissenschaften	257.758 (17,94 %)
Studierende der Geisteswissenschaften	635.753 (44,24 %)
Studierende anderer Fächer und nicht zuordenbar	543.593 (37,82 %)
Doktoranden	64.279
Abschlüsse 2009	
Bachelor's Degree / Licence / LicenceMLD / LicProf	162.112
Master's Degree	83.435
Doktorate	10.949
Medizinische Fächer	23.985

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Forsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr*	
an staatlichen Institutionen	177 - 1.218
an privaten Institutionen	bis zu 44.750
Ausländische Studierende gesamt	**218.364**
nach Herkunftsländern 2010/11 (Universitäten)	
1. Marokko	21.590
2. China	20.752
3. Algerien	20.615
4. Tunesien	10.856
5. Senegal	8.316
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	**51.288**
davon in Deutschland	5.711

Die beliebtesten Zielländer für Studierende[2]	
1. USA	20 %
2. Großbritannien	12 %
3. Frankreich	8 %
4. China	7 %
5. Australien	7 %
6. Deutschland	7 %

* Angaben in US-Dollar

1 einschließlich Überseedepartements (DOM)
2 nach dem „Atlas of Student Mobility 2010"

Quellen:
Ministère de l'éducation nationale: Repères et références statistiques sur les enseignements, la formation et la recherche [RERS 2011]

- http://www.insee.fr
- http://www.studieren-in-frankreich.de/Studiengebuhren.html
- www.worldbank.org
- http://www.statistiques-mondiales.com/france.htm
- http://www.iie.org/en/research-and-publications/~/media /Files/Servises/ProjectAtlas/Project-Atlas-Trends-and-Global-Data-2011.ashx
- http://www.uis.unesco.org/Library/Documents/global_education_digest_2011_en.pdf

Tabelle 28 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Frankreich

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**366**
	A	**195**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	100
	A	80
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	150
	A	107
davon Doktoranden	D	49
	A	14
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	116
	A	8
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	57
	A	24
2–6 Monate	D	114
	A	94
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	195
	A	77
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	88
	A	66
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	3
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	58
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	57
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	26
Praktikanten	D	79
	A	13
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	4
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**414**
	A	**450**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	144
	A	121
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	128
	A	197
davon Doktoranden	D	97
	A	137
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	142
	A	132
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	326
	A	193
2–6 Monate	D	44
	A	103
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	44
	A	154
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	162
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	8
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	57
Austausch in Projekten (PPP)	D	209
	A	12
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**780**
	A	**645**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**1.425**
1. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	D	4.555
	A	
2. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	D	673
	A	
3. ERASMUS-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	D	308
	A	4

Warschau

Leistungsstark in Europa

Dr. Randolf Oberschmidt leitet die Außenstelle Warschau seit 2007. Diese besteht seit dem Jahr 1997 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das zentrale innenpolitische Ereignis in Polen im Jahr 2011 waren die Parlamentswahlen am 9. Oktober. Aus diesen Wahlen ging die Platforma Obywatelska (PO, Bürgerplattform) mit 39 Prozent der Stimmen (207 Sitze) als stärkste Partei hervor, gefolgt von Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Recht und Gerechtigkeit) mit rund 30 Prozent (157 Sitze), der erstmals angetretenen Ruch Palikota (RP, Bewegung Palikot) mit 10 Prozent (40 Sitze), dem Koalitionspartner Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL, Bauernpartei) mit 8 Prozent (28 Sitze) und der (Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD, Union der Demokratischen Linken) mit ebenfalls 8 Prozent (27 Sitze). Die deutsche Minderheit, die von der Fünf-Prozent-Hürde ausgenommen ist, kam mit einem Mandat in den Sejm. Im Senat errang die PO sogar die absolute Mehrheit der Sitze (63), gefolgt von PiS (31), PSL (2) und vier unabhängigen Kandidaten. Die bisherige Koalition aus PO und PSL bildet demnach auch die neue Regierung. Der Sieg der PO ist als historisch zu bezeichnen: Zum ersten Mal seit 1989 wurde eine Regierung wiedergewählt. Das Wahlergebnis zeigt, dass die polnischen Bürger bei dieser Wahl keinen Wechsel wollten, sondern Kontinuität anstreben.

Autonomie für Hochschulen

Gute deutsch-polnische Beziehungen

Abschaffung von Prüfungsgebühren

Evaluation obligatorisch

2011/2012 NRW-Polen-Jahr intensiviert Zusammenarbeit

Wirtschaftlich hat Polen das Jahr 2011 relativ gut bewältigt, denn das Bruttoinlandsprodukt stieg um 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die polnischen Exporte stiegen um 19 Prozent (Stand: November 2011), die Importe legten um gut 18 Prozent zu. Polen profitierte dabei sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, seinem wichtigsten Handelspartner. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit mit über 12 Prozent noch immer relativ hoch (November 2011).

Außenpolitisch stand die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft (Juli bis Dezember 2011) im Zentrum. Diese Zeit nutzte Polen, um sich als leistungsstarkes, Europa mitgestaltendes Land darzustellen und seine Position innerhalb der EU zu stärken. Ein besonderes Augenmerk legte Polen dabei auf die sogenannte Östliche Partnerschaft der EU. Diese soll dazu dienen, die Ukraine, Weißrussland, Moldau sowie die

Kunst in Warschau: Installation des britischen Künstlers Ryan Gander vor dem Kulturpalast.

südkaukasischen Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien enger an die EU anzubinden. Ende September fand in Warschau der zweite Gipfel zur Östlichen Partnerschaft statt. Die polnische Regierung erhoffte sich einen Durchbruch bei den Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. Das Gipfeltreffen endete allerdings wegen der derzeit angespannten Beziehungen der EU zu Belarus und der Ukraine ohne konkrete Ergebnisse.

Die deutsch-polnischen Beziehungen waren auch im Jahr 2011 von einer intensiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit geprägt. Anlässlich der 11. deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Warschau gaben beide Regierungen am 21. Juni eine gemeinsame Erklärung zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit ab. Die Stellungnahme würdigt die Ergebnisse der bisherigen Arbeit und skizziert die Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit. Deutschland und Polen wollen die Jugendbegegnungen sowie den akademischen und wissenschaftlichen Austausch weiterentwickeln und dabei insbesondere die grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit vertiefen.

Neue Anstrengungen sollen unternommen werden, um die kulturelle Identität der polnischstämmigen deutschen Bürger sowie der deutschen Minderheit in Polen zu bewahren. Außenpolitisch soll die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ wiederbelebt werden. Außerdem wollen sich Deutschland und Polen in EU-Fragen eng abstimmen. Dass Polen hier eine Anlehnung an Deutschland sucht, machte Außenminister Radosław Sikorski in seiner vielbeachteten Berliner Rede deutlich. Er ermunterte Deutschland zu einem noch ›

Die Zeit der EU-Ratspräsidentschaft nutzte Polen, um sich als leistungsstarkes, Europa mitgestaltendes Land darzustellen und seine Position innerhalb der EU zu stärken.

größeren Engagement zur Überwindung der Eurokrise. Aber nicht nur auf der Ebene der politisch Verantwortlichen sind die Beziehungen gut: Wie eine im Juni 2011 vorgelegte Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach belegt, betrachten Deutsche und Polen 20 Jahre nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags nicht nur ihr Verhältnis als „normal", sondern das jeweilige Nachbarland wird als immer wichtiger werdender Partner angesehen.

Bildungs- und Forschungslandschaft

Reform des Hochschulwesens

Wissenschaftliche Karrieren sollen schneller werden: Mit dem „Diamantenstipendium" können die 100 besten polnischen Studierenden direkt nach dem Bachelorabschluss eine Promotion beginnen.

Am 1. Oktober 2011 trat ein umfassendes Reformpaket zum Hochschulwesen in Kraft. Zu den Zielen dieser Initiative zählen vor allem die Verbesserung der Qualität von Lehre und Forschung, neue Rahmenbedingungen für das Hochschulmanagement, die Beschleunigung des wissenschaftlichen Fortkommens und eine intensivere Zusammenarbeit der akademischen Welt mit der Wirtschaft. Die Reform bringt eine Vielzahl von Änderungen für Studierende, Wissenschaftler und Hochschulen mit sich, die nachfolgend skizziert werden:

Änderungen für Studierende

Das in Polen grundsätzlich gebührenfreie Studium ist lediglich in Form eines Vollzeit-Präsenzstudiums an staatlichen Hochschulen möglich. Da die Anzahl dieser Studienplätze begrenzt ist, müssen viele Studierende auf das kostenpflichtige Abend- oder Fernstudium ausweichen. Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, dass etliche Studierende parallel ein Zweitstudium beginnen. Um mehr Studierenden das Präsenzstudium zu ermöglichen, können deshalb nur noch die Besten ein zweites Fach studieren – sie erfüllen mit ihren guten Noten die Kriterien für das sogenannte Stipendium des Rektors.

Um die soziale Absicherung der Studierenden zu verbessern, erhalten Studierende aus sozial schwachen Familien leichter als bisher Studiendarlehen. Auch werden mehr Stipendien für sozial Bedürftige zur Verfügung gestellt (60 Prozent statt vorher 50 Prozent aller Stipendien; 40 Prozent werden als wissenschaftliche Stipendien für hervorragende Studienleistungen vergeben). Abgeschafft werden die Gebühren für Prüfungen, Nachprüfungen und die Bewertung von Diplomarbeiten. Die Hochschulen schließen mit jedem Studierenden einen zivilrechtlichen Vertrag, in dem die Rechte und Pflichten beider Seiten klar benannt werden. Zur Förderung der innerpolnischen Studierendenmobilität werden elektronische Studienbücher eingeführt.

Um die Qualität der Lehre zu verbessern, wird die Bewertung der Lehrkräfte durch die Studierenden obligatorisch. Diese Bewertung fließt ein in eine Evaluierung, die alle zwei Jahre erfolgen muss. Erhält ein Dozent zum zweiten Mal hintereinander eine negative Bewertung, ist der Rektor verpflichtet, das Arbeitsverhältnis mit dem Hochschullehrer zu beenden. Eingeschränkt wird auch die Möglichkeit, an anderen Hochschulen zu lehren: Künftig darf nur noch ein zusätzliches Deputat nach Zustimmung des Rektors an einer anderen Hochschule übernommen werden. Neu ist auch die Wahl eines Graduiertenvertreters an jeder Hochschule. In dieser Position soll besonders darauf geachtet werden, ob das Studium wirklich auf die berufliche Praxis vorbereitet. Diesem Ziel dient auch die neue Vorschrift, dass die Hochschulen dazu verpflichtet sind, regelmäßig Verbleibstudien ihrer Studierenden zu erstellen. Um die Lehre besser an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen, erhalten die Hochschulen das Recht zur Einführung neuer Studiengänge, die sich lediglich in die nationalen Qualifikationsrahmen einfügen müssen. Bisher konnten nur diejenigen Studiengänge eingerichtet werden, die von der

Staatlichen Akkreditierungskommission aufgelistet wurden, inklusive detaillierter Vorgaben zu den Studieninhalten.

Änderungen für Wissenschaftler

Ein großer Teil der Hochschulreform dient dem Ziel, die wissenschaftlichen Karrieren zu beschleunigen. So wird zum Beispiel das „Diamantenstipendium" (diamentowy grant) ins Leben gerufen. Es eröffnet den 100 besten polnischen Studierenden die Möglichkeit, direkt nach dem Bachelorabschluss eine Promotion zu beginnen, ohne vorher ein Masterstudium abgeschlossen zu haben. Die Doktoranden erhalten dazu besondere Forschungsmittel. Auch die Förderung der „normalen" Doktoranden wird verbessert: Die besten 30 Prozent erhalten künftig bis zu 2.000 Złoty (ungefähr 500 Euro) monatlich, was einer Steigerung um rund 50 Prozent entspricht. Um den an manchen polnischen Hochschulen herrschenden Nepotismus zu bekämpfen, hat man besondere Vorschriften entwickelt. Sie schließen aus, dass Verheiratete oder Verwandte einander Vorgesetzte oder Untergebene sind.

Darüber hinaus wurden die Altersgrenzen von Hochschulmitarbeitern geändert: Bei akademischen Lehrern laufen die Verträge mit dem 65., bei Professoren mit dem 70. Lebensjahr aus. Von dieser Regelung erhofft man sich, die Karrieren des wissenschaftlichen Nachwuchses zu beschleunigen. Vor diesem Hintergrund wird auch die Habilitationsprozedur von elf auf fünf Monate verkürzt. Das neue Verfahren gewichtet neben Lehrtätigkeiten und internationaler Zusammenarbeit wissenschaftliche Leistungen in weit höherem Maße als bisher. Das universitäre Kolloquium und der Habilitationsvortrag werden abgeschafft. Neu ist auch die Regelung, dass ausnahmslos alle wissenschaftlichen Stellen im konkurrierenden Verfahren vergeben werden. Die Hochschulen müssen die ausgeschriebenen Stellen frei im Internet veröffentlichen.

Mehr Geld für Wissenschaft und Forschung

Als Unterstützung für die Reform von Wissenschafts- und Hochschulwesen plant die Regierung, die Ausgaben für Bildung und Forschung zu erhöhen. Am 5. Mai beschloss der Ministerrat für das Haushaltsjahr 2012 eine Steigerung der Ausgaben für Wissenschaft und Hochschulwesen. Das Budget für Wissenschaft beträgt 2012 über 6 Mrd. Złoty (rund 1,5 Mrd. Euro), davon etwa 1 Mrd. Złoty (rund 250 Mio. Euro) aus EU-Mitteln, was eine Steigerung um 989 Mio. Złoty (rund 247 Mio. Euro) oder 18 Prozent im Vergleich zum Budget 2011 ist. Im Vergleich zu 2007 sind die Ausgaben für Wissenschaft sogar um 70 Prozent gestiegen. Zusätzlich sieht der Haushalt 2012 auch noch Mittel in Höhe von über 1 Mrd. Złoty (rund 250 Mio. Euro) vor, die für die anteilige Gegenfinanzierung von EU-Projekten vorgesehen sind. Außerdem sind Einnahmen aus dem sogenannten Fonds für Polnische Wissenschaft und Technologie in Höhe von 200 Mio. Złoty (rund 50 Mio. Euro) eingeplant, so dass im Jahr 2012 für die Wissenschaft insgesamt mehr

BEGEHRTE HOCHSCHULEN UND STUDIENGÄNGE

Im Hochschuljahr 2010/2011 gab es in Polen 555.439 Studienanfänger (Rückgang um 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Die meisten Bewerbungen für Bachelorstudiengänge (beziehungsweise Magisterstudiengänge) im Präsenzstudium entfielen auf folgende Fächer: Bauingenieurwesen, Management, Informatik, Pädagogik, Jura, Wirtschaftswissenschaften, Finanzen und Rechnungswesen, Umweltingenieurwesen, Produktionstechnik sowie Mechanik und Maschinenbau.

Die besonders stark nachgefragten Hochschulen (Anzahl der Bewerbungen pro Studienplatz) sind: Technische Universität Warszawa / Warschau (8,7), Technische Universität Gdańsk / Danzig (7,6), Technische Universität Poznań / Posen, Technische Universität Łódź / Lodz (6,2), Universität Warszawa / Warschau (5,4), Landwirtschaftsuniversität Kraków / Krakau (5,1), Landwirtschaftsuniversität Lublin (4,0).

als 7,5 Mrd. Złoty (rund 1,8 Mrd. Euro) zur Verfügung stehen werden. Auch für 2011 bis 2014 sind weitere jährliche Steigerungen um 8 Prozent eingeplant.

Größte Nutznießer werden 2012 die Forschungsfördereinrichtungen „Nationales Zentrum für Forschungen und Entwicklung“ (NCBiR) sowie das „Nationale Zentrum für Wissenschaft“ (NCN) sein, die zusammen 1 Mrd. Złoty (rund 250 Mio. Euro) erhalten. Für das Hochschulwesen sind im Budget 2012 mehr als 10 Mrd. Złoty (rund 2,5 Mrd. Euro) eingeplant. Darüber hinaus sind als Reserve sogenannte Mittel zur Qualitätssteigerung im Hochschulwesen in Höhe von 230 Mio. Złoty (rund 57,5 Mio. Euro) vorgesehen, die beispielsweise für die Förderung von „Führenden Nationalen Wissenschaftseinrichtungen“ (Krajowy Naukowy Ośrodek Wiodący, KNOW) an den polnischen Hochschulen verwendet werden sollen.

Die Qualitätssteigerung an den Hochschulen durch die Reform soll mehr ausländische Studierende anziehen, um damit ein Gegengewicht zur demografischen Entwicklung Polens zu schaffen.

Die Wissenschafts- und Hochschulreform wird in einer Phase umgesetzt, in der Polen in erheblichem Umfang auf Strukturfonds der EU zurückgreifen kann. Ein Teil dieser Mittel wird für die Verbesserung der Infrastruktur an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen verwendet. Von 2007 bis 2013 fließen insgesamt 16 Mrd. Złoty (rund 4 Mrd. Euro) zum Beispiel für den Bau neuer Laboratorien oder Wissenschaftszentren. Ein Teil dieser EU-Mittel soll dazu beitragen, eine höhere Absolventenzahl in den mathematisch-naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen zu erreichen. Das Ministerium bedient sich dabei des Instruments „Studiengänge auf Bestellung“ (kierunki zamawiane), mit dem Hochschulen für die oben genannten Fachrichtungen zusätzliche Mittel für Ausstattung, Konferenzen und Stipendien erhalten. Von 2008 bis 2013 werden für diese Studiengänge mehr als eine Mrd. Złoty (rund 250 Mio. Euro) aufgewandt.

Ein weiterer Eckpfeiler der Hochschulreform ist die Identifizierung der besten polnischen Wissenschaftseinrichtungen in den einzelnen Fachbereichen. Zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit werden in einem konkurrierenden Verfahren sogenannte Führende Nationale Wissenschaftseinrichtungen (KNOW) an den polnischen Hochschulen ermittelt. Unabhängige Kommissionen unter Beteiligung internationaler Experten identifizieren nach und nach bis zu maximal drei solcher KNOW pro Fachrichtung. Die KNOW erhalten zusätzliche Gelder aus einem „Qualitätsfonds“ des Ministeriums, die sie relativ frei verwenden können (zum Beispiel für attraktivere Gehälter und Doktorandenstipendien). Allerdings verfügt der Qualitätsfonds nur über bescheidene finanzielle Mittel. Auch bei der Zuteilung von Forschungsmitteln werden die KNOW bevorzugt. Den Beginn machen die Natur- und Gesundheitswissenschaften.

Um die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen zu erleichtern, müssen die Hochschulen verbindliche Richtlinien für den Schutz ihres intellektuellen Eigentums und für die Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen festlegen. Zu diesem Zweck sollen an den Hochschulen auch vermehrt Spin-off-Unternehmen entstehen. Darüber hinaus erhalten die Hochschulen das Recht, gemeinsam mit Arbeitgebern – oder in deren Auftrag – Studierende auszubilden.

Ein vorrangiges Anliegen der Reform ist es, das Hochschulwesen zu deregulieren und zu dezentralisieren. Daher verzichtet das Ministerium für Wissenschaft darauf, sämtliche Studienordnungen und Hochschulstatuten zu billigen. Der Gestaltungsspielraum der Rektoren wird deutlich erweitert. Sie können in Zukunft in Eigenregie Organisationseinheiten an ihrer Hochschule einrichten, schließen und umgestalten oder Zweigstellen gründen. Die Hochschulen entscheiden künftig selbst, wie ihre Leitung

(Rektor, Leiter und Stellvertreter der Arbeitseinheiten) bestellt wird: entweder wie bisher häufig intern durch Gremienwahl oder im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung.

Ziel: Anschluss an die Spitze Europas

Die Hochschulreform ist ein sehr ambitioniertes Vorhaben mit dem Ziel, wieder Anschluss an die Spitze in Europa zu finden. Die Diskussionen um die Reform verliefen sehr intensiv und kontrovers. Einem Teil der akademischen Welt gehen die Entwicklungen zu weit. Kritisch betrachtet werden unter anderem die Kommerzialisierung der Wissenschaft und ihre zu starke Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft. Anderen reichen die Änderungen dagegen nicht aus. So wird moniert, dass es auch weiterhin kaum eine innerpolnische Mobilität der Wissenschaftler geben wird, weil es immer noch möglich ist, dort Professor zu werden, wo man studiert und promoviert hat. Ebenfalls beklagt wird, dass die Finanzierung der Hochschulen auch in Zukunft hauptsächlich von der Zahl der Studierenden abhängen wird. Dies ist insofern problematisch, als die Anzahl in den nächsten Jahren aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge deutlich abnehmen wird. Die angestrebte Qualitätssteigerung durch die Hochschulreform ist vor diesem Hintergrund auch der Versuch, attraktiver für ausländische Studierende zu werden, um damit ein Gegengewicht zur demografischen Entwicklung zu schaffen.

Warschau, Krakau, Danzig

Anfang Februar erhielt die Universität Warszawa/Warschau im Rahmen des EU-Programms „Infrastruktur und Umwelt“ von der Europäischen Kommission 270 Mio. Złoty (rund 67 Mio. Euro), die für den Ausbau eines Zentrums für neue Technologien (CeNT) verwendet werden. Auf dem Universitätscampus Ochota werden in den nächsten Jahren zwei Gebäudekomplexe errichtet. Hier gibt es Platz für Lehrveranstaltungen und für Forschungsarbeiten in Biotechnologie, Informatik und Informationstechnologien, Physik und Materialwissenschaften für Studierende, Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler. Das CeNT wird mit modernsten Laboratorien ausgestattet und steht sowohl den Studierenden und Doktoranden der Universität als auch denen anderer Hochschulen für interdisziplinäre Lehre und Forschung zur Verfügung.

Universität Danzig zeigt Flagge: Mit EU-Geldern ensteht hier ein hochspezialisiertes Forschungszentrum für Nanotechnologie.

Am 4. März wurde in Krakau feierlich das Nationale Wissenschaftszentrum (Narodowe Centrum Nauki, NCN) eröffnet, das gemeinsam mit dem in Warschau ansässigen Nationalen Zentrum für Forschung und Entwicklung (Narodowe Centrum Badań i Rozwoju, NCBiR) die Hauptfördereinrichtung für Grundlagenforschung sein soll. Während das NCBiR konkrete Forschungsprogramme der Grundlagenforschung ausschreibt (top-down), soll das NCN Projekte fördern, die aufgrund der Initiative von polnischen Forschern entstehen (bottom-up). Gründungsdirektor des NCN ist Prof. Andrzej Jajszczyk von der AGH (Akademia Górniczo-Hutnicza, Berg- und Hüttenakademie) in Krakau. ›

Gut abgeschnitten: Die Universität Warschau (oben) und die Jagiellonen-Universität (unten) liegen im Ranking der Bildungsstiftung Perspektywy auf den Plätzen 1 und 2.

Ranking polnischer Hochschulen 2011

Da polnische Hochschulen in internationalen Rankings kaum vertreten sind, bietet die Bewertung der Bildungsstiftung Perspektywy eine gute Orientierung. Sechs Kategorien kommen zum Tragen: Prestige (25 Prozent), Innovationsfähigkeit (5 Prozent), wissenschaftliches Potenzial (15 Prozent), wissenschaftliche Effektivität (30 Prozent), Studienbedingungen (10 Prozent) sowie Grad der Internationalisierung (15 Prozent).

Die deutlich führenden Hochschulen (Vorjahresplatzierung in Klammern) sind die Universität Warszawa / Warschau (1) und die Jagiellonen-Universität Kraków / Krakau (2), gefolgt von der Technischen Universität Warszawa / Warschau (4). Mit einigem Abstand folgen auf den Plätzen 4 bis 6 die Adam-Mickiewicz-Universität Poznań / Posen (3), die Technische Universität Wrocław / Breslau (5) und die Berg- und Hüttenakademie (AGH) Kraków / Krakau (7). Wiederum mit einiger Distanz auf den Plätzen 7 bis 10 folgen die Universität Wrocław / Breslau (6), die Technische Universität Łódź / Lodz (9), die Wirtschaftsuniversität (SGH) Warszawa / Warschau (8) sowie die Medizinische Universität Poznań / Posen (10). Zusätzlich werden die einzelnen Fächergruppen anhand der Kategorie Einschätzung durch das wissenschaftliche Umfeld (25 Prozent), Beliebtheit bei Arbeitgebern (25 Prozent), wissenschaftliche Parameter (20 Prozent), Publikationen (6 Prozent), Zitierungen (12 Prozent) und h-Index (12 Prozent) bewertet.

Die stärksten Hochschulen sind demnach bei den Wirtschaftswissenschaften die Wirtschaftsuniversität (SGH) Warszawa / Warschau, die Universität Warszawa / Warschau und die Wirtschaftsuniversität Poznań / Posen; bei den Geisteswissenschaften die Jagiellonen-Universität Kraków / Krakau, die Universität Warszawa / Warschau und die Adam-Mickiewicz-Universität Poznań / Posen; bei der Medizin das Collegium Medicum der Jagiellonen-Universität Kraków / Krakau, die Medizinische Universität Warszawa / Warschau und die Medizinische Universität Poznań / Posen; bei den Lebenswissenschaften die Universität Warszawa / Warschau, die Landwirtschaftliche Universität (SGGW) Warszawa / Warschau und die Adam-Mickiewicz-Universität Poznań / Posen; bei den Naturwissenschaften die Universität Warszawa / Warschau, die Technische Universität Warszawa / Warschau und die Jagiellonen-Universität Kraków / Krakau; bei den Sozialwissenschaften die Universität Warszawa / Warschau, die Jagiellonen-Universität Kraków / Krakau und die Adam-Mickiewicz-Universität Poznań / Posen sowie bei den Ingenieurwissenschaften die Technische Universität Warszawa / Warschau, die Technische Universität Wrocław / Breslau und die Berg- und Hüttenakademie (AGH) Kraków / Krakau.

Am 20. April erfolgte die Grundsteinlegung für ein Zentrum für Nanotechnologie an der Universität Gdańsk/Danzig, das 25 spezialisierte und modern ausgestattete Laboratorien beherbergen wird. Die Mittel für den Bau des Zentrums (mehr als 64 Mio. Złoty – rund 16 Mio. Euro) kommen zu 85 Prozent aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung und zu 15 Prozent aus dem Budget des Ministeriums für Wissenschaft und Hochschulwesen. Das Zentrum ist Bestandteil des Ausbaus der Fakultät für Chemie und Biologie der Universität, der ebenfalls größtenteils mit EU-Mitteln realisiert wird (Gesamtkosten über 236 Mio. Złoty – rund 59 Mio. Euro).

Am 17. August wurde ein nationales Forschungsprogramm (Krajowy Program Badań) verabschiedet, das dazu dienen soll, Forschung und Entwicklung enger mit der Wirtschaft zu verbinden und Synergien in der bisher verstreuten wissenschaftlichen Landschaft herzustellen. Dies soll zu einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Prioritäten des nationalen Forschungsprogramms sind neue Technologien in der Energetik sowie Zivilisationskrankheiten, neue Medikamente, Regenerationsmedizin; fortgeschrittene Informations-, Telekommunikations- und Mechatronik-Technologien, moderne Materialtechnologien; Umwelt, Landwirtschaft, Forstwissenschaften, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Polens angesichts der globalisierten Märkte sowie nationale Sicherheit.

Deutsch-polnische Kooperationen

Die deutsch-polnischen Wissenschafts- und Hochschulbeziehungen sind so eng wie nie zuvor. Der Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz verzeichnet 1.162 Kooperationen (Stand 3. Februar 2012). Auch 2011 wurde die Zusammenarbeit in vielen Bereichen intensiviert und ausgebaut:

Am 1. Januar 2011 startete das europäische Marie-Curie-Netzwerkprojekt „BioTiNet“, das vom Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden (IFW) koordiniert wird. Ziel ist die Entwicklung neuartiger titanbasierter Werkstoffe für orthopädische Anwendungen sowie die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf diesem Gebiet. Das Vorhaben wird von der Europäischen Kommission über einen Zeitraum von vier Jahren mit circa 3,5 Mio. Euro gefördert. Polnischer Partner im Netzwerk ist die Technische Universität Warszawa/Warschau.

Bundesministerin Annette Schavan traf sich am 19. Mai in Warschau mit ihrer Amtskollegin Ministerin Barbara Kudrycka zu Gesprächen über die Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in den Wissenschaften. In dem Dialog ging es unter anderem um die „European Innovation Partnerships“ sowie um die künftige Finanzierung der europäischen Förderprogramme für Wissenschaft und Innovation. Außerdem wurde das Statut der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung dahingehend ergänzt, dass den polnischen Stiftungskuratoren mehr Mitspracherechte eingeräumt werden. Damit kann nun auch die polnische Seite ihren finanziellen Beitrag (10 Mio. Euro; deutsche Seite mehr als 50 Mio. Euro) für die Stiftung leisten.

Beide Ministerinnen trafen sich erneut am 21. Juni in Warschau anlässlich der 11. Deutsch-Polnischen Regierungskonsultationen. Diese standen ganz im Zeichen des 20-jährigen Jubiläums des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Für die Zukunft wurde eine Fülle von Maßnahmen vereinbart, um die Zusammenarbeit in den unterschiedlichen Bereichen noch weiter zu intensivieren. Für Bildung, ›

Zum 20-jährigen Jubiläum des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vereinbaren die Regierungen die gegenseitige Förderung von Deutsch und Polnisch.

Engagiert: Der Botschafter der Republik Polen in Deutschland und DAAD-Alumnus Marek Prawda (l.) hielt den Festvortrag auf einem großen Alumni-Seminar im Rahmen der Festwochen „Nachbarn 2.0“ (oben).

Gefragt: Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Polen Freiherr Rüdiger von Fritsch besucht das Willy-Brandt-Zentrum (Mitte links).

Am deutsch-französischen Messepavillon auf der Bildungsmesse Perspektywy in Warschau gibt es wertvolle Tipps fürs Auslandsstudium (Mitte rechts).

Ausgezeichnet: Der polnische Linguist Łesław Cirko von der Universität Wrocław / Breslau erhält 2011 den Jacob- und Wilhelm-Grimm-Preis des DAAD (unten).

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sind dies:

- Förderung beim Erlernen von der Sprache des Partnerlandes auf allen Ebenen,
- Errichtung einer deutsch-polnischen virtuellen Bibliothek für Studierende,
- Förderung eines Aufenthaltes in Deutschland beziehungsweise Polen für Deutsch- beziehungsweise Polnischlerner an Hochschulen,
- Entsendung von mehr Deutsch- und Polnischlektoren an die jeweiligen Hochschulen,
- Steigerung der akademischen Mobilität zwischen beiden Ländern,
- Erarbeitung eines trilateralen Lehrerfortbildungsprojekts im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ unter Einbeziehung der Länder der „Östlichen Partnerschaft“,
- Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit,
- Nutzung der Europa-Universität Viadrina für weitere grenzüberschreitende Initiativen,
- engere Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung,
- umfassende Einführung des deutsch-polnischen Geschichtsbuchs an den Schulen,
- Erarbeitung von Konzepten für gemeinsame Bildungsabschlüsse,
- Einrichtung eines Zentrums für Polenstudien an einer deutschen Universität (Projekt der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, des DAAD und der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung).

Um die Kooperationen mit Polen zu vertiefen, veranstaltet Nordrhein-Westfalen 2011/2012 ein NRW-Polen-Jahr. Anfang November 2011 besuchte Wissenschaftsministerin Svenja Schulze Polen. Neben offiziellen Gesprächen mit ihrer Amtskollegin sowie der polnischen Akademie der Wissenschaften standen Themen wie die zukünftig noch engere Zusammenarbeit der Hochschulen und forschenden Unternehmen beider Länder im Mittelpunkt.

Als Ergebnis wurden Kooperationsverträge zwischen der Technischen Universität Dortmund und der Akademie der Wissenschaften im Bereich Physik und der Fakultät Bio- und Chemieingenieurwesen der Technischen Universität Dortmund und der Fakultät für Umwelt- und Prozessverfahrenstechnik der Technischen Universität Łódź / Lodz unterzeichnet.

Der DAAD und Polen

Gemeinsamer Messeauftritt von DAAD und Campus France

Die Außenstelle Warschau nimmt jedes Jahr an Bildungsmessen teil, um polnische Schüler und Studierende über Studienmöglichkeiten in Deutschland zu informieren. Erstmals organisierte der DAAD zusammen mit Campus France einen gemeinsamen Messeauftritt von ungefähr 30 deutschen und französischen Hochschulen im Rahmen der Bildungsmesse Perspektywy vom 3. bis 5. März in Warschau, bei der Deutschland und Frankreich 2011 Ehrengäste waren. Die Schirmherrschaft übernahmen die deutsche und die französische Botschaft. Der gemeinsame Messepavillon wurde rege besucht. Parallel dazu lernten sich deutsche, französische und polnische Hochschulvertreter im Rahmen eines Kontaktseminars in der Deutschen Botschaft kennen und diskutierten gemeinsame Projekte.

Alumni-Treffen in Krakau

Vom 20. bis 22. Mai fand in Krakau an der Jagiellonen-Universität sowie an der Berg- und Hüttenakademie AGH ein großes DAAD-Alumni-Seminar statt, an dem über 200 Alumni des DAAD teilnahmen. Unter den Gästen war auch der Botschafter der Republik Polen in Deutschland, Dr. Marek Prawda (auch DAAD-Alumnus), der den Festvortrag hielt. Das Seminar war eine der Hauptveranstaltungen im Rahmen der ›

Festwochen „Nachbarn 2.0“ unter der Schirmherrschaft der Deutschen Botschaft, die aus Anlass der 20-jährigen Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschland organisiert wurden.

Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien

Das gemeinsam vom DAAD und der Universität Wrocław / Breslau getragene Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien (WBZ) ist mit seinem Angebot in Forschung und Lehre mittlerweile ein Eckpfeiler der deutsch-polnischen Wissenschaftsbeziehungen. Davon zeugen auch die zahlreichen in Eigenregie oder in Kooperation mit nationalen und internationalen Partnern organisierten Konferenzen und Publikationen. Intensiviert wurde auch die Zusammenarbeit mit anderen Zentren für Deutschland- und Europastudien, denn vom 10. bis 22. Juli fand in Wrocław / Breslau, Krzyżowa / Kreisau sowie in Berlin aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums des „Weimarer Dreiecks“ eine Internationale Sommerschule unter dem Titel „Nachbarschaft verpflichtet – das Weimarer Dreieck und seine Nachbarn“ statt. Organisatoren waren außer dem WBZ das Pariser Centre interdisciplinaire d’études et de recherches sur l’Allemagne (CIERA) und die Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die Teilnehmer, 35 Doktoranden und Masterstudierende aus Polen, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Russland und der Ukraine, diskutierten unter anderem die künftige Rolle der deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union sowie die Möglichkeit ihrer Ausweitung auf die Ukraine und Russland. Außerdem erarbeiteten sie ein Diskussionspapier zur Zukunft des „Weimarer Dreiecks“, das am 21. Juli in Berlin mit Vertretern der Botschaften Polens, Frankreichs und des Auswärtigen Amts diskutiert wurde.

DAAD Grimm-Preis an polnischen Linguisten

Die polnische Germanistik gehört zu den größten und leistungsstärksten Auslandsgermanistiken. Ein illustres Beispiel dafür ist die Auszeichnung des polnischen Linguisten Prof. Łesław Cirko von der Universität Wrocław / Breslau mit dem Jacob- und Wilhelm-Grimm-Preis des DAAD. Dieser wurde im November 2011 während der Tagung „Deutsch in den Wissenschaften“ in der Zeche Zollverein in Essen verliehen. «

WILLY-BRANDT-ZENTRUM

„Der Austausch in Wissenschaft und Technik ist ein Pfeiler der deutsch-polnischen Beziehungen. Ich denke etwa an das der Universität Breslau angegliederte Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien. Gerade die Geistes- und Sozialwissenschaften können dazu beitragen, die historischen Verbindungen Europas, die aus nationaler Perspektive oft zu wenig wahrgenommen werden, bewusster zu machen.“

Der damalige Bundespräsident Christian Wulff am 15. November 2011 anlässlich des Festaktes in Wrocław / Breslau zum 200-jährigen Bestehen der Staatlichen Universität Breslau

Tabelle 29 : Statistischer Überblick Polen 2011

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	**312.685 km²**
Bevölkerungszahl	**38,2 Mio.**
Frauen	19,8 Mio.
Männer	18,4 Mio.
Bevölkerungsdichte	**121 Einw./km²**
Bevölkerungswachstum	**0 %**

2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	**469,44 Mrd.**
BIP pro Kopf*	**12.293**
Anteil am globalen BIP	**0,7 %**
Knowledge Economy Index (KEI)	**Rang 37**
Wirtschaftswachstum	**2,5 %**
Inflation	**3 %**

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2010*	**3,44 Mrd.**
Hochschultypen 2010/11	
Universitäten	19
Technische Hochschulen	23
Landwirtschaftshochschulen	7
Wirtschaftshochschulen	79
Pädagogische Hochschulen	18
Medizinische Hochschulen	9
Maritime Hochschulen	2
Sporthochschulen	6
Kunsthochschulen	22
Theologische Hochschulen	14
Akademien der Ministerien	7
Sonstige	254
Anzahl der Hochschulen gesamt	**460**
staatlich	132
privat	328
Anzahl Hochschullehrer	**100.151**
davon ordentliche Professoren	8.200
Eingeschriebene Studierende 2009/10	**1.841.251**
an staatlichen Institutionen	1.261.175
an privaten Institutionen	580.076
Frauenanteil	58,79 %
Anteil ausländischer Studierender	1,16 %
Studierende der Naturwissenschaften	8,2 %
Studierende der Geisteswissenschaften	7,5 %
Doktoranden	37.492
Abschlüsse 2010	
Bachelor	212.236
Master	123.696
Magister (nach 5 jährigem Studium)	100.780
Promotion	4.449

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2010*	
an staatlichen Institutionen	660.352,7
an privaten Institutionen	713.486,9
Ausländische Studierende gesamt 2010/11	**21.474**
nach Herkunftsländern:	
1. Ukraine	4.879
2. Belarus	2.605
3. Norwegen	1.406
4. Schweden	1.089
5. Spanien	1.076
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	**38.641**
davon in Deutschland	11.325

Die fünf beliebtesten Zielländer für ERASMUS-Studierende 2009/10	
1. Deutschland	1.756
2. Spanien	1.753
3. Frankreich	1.073
4. Italien	1.025
5. Großbritannien	529

* Angaben in US-Dollar

Quellen:
Worldbank:
► http://data.worldbank.org/country/poland
Higher Education Institutions and their Finances in 2010:
► http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_e_szkoly_wyzsze_2010.pdf
Wissenschaft weltoffen 2011:
► http://wissenschaft-weltoffen.de/

Tabelle 30 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2011 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Polen

D = Deutsche ins Ausland
A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	**D**	**136**
	A	**400**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	40
	A	220
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	29
	A	120
davon Doktoranden	D	12
	A	54
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdocs)	D	67
	A	60
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	40
	A	179
2–6 Monate	D	48
	A	116
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	48
	A	105
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	3
	A	96
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	24
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	4
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	13
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	157
Praktikanten	D	13
	A	25
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	50
II. Projektförderung – gesamt	**D**	**608**
	A	**1.241**
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	294
	A	515
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	98
	A	357
davon Doktoranden	D	38
	A	150
Wissenschaftler und Hochschullehrer	D	216
	A	369
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	548
	A	1.012
2–6 Monate	D	41
	A	161
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	19
	A	68
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	67
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	29
	A	7
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	135
Austausch in Projekten (PPP)	D	25
	A	31
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	**D**	**744**
	A	**1.641**
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		**2.385**
1. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	D	663
	A	
2. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	D	91
	A	
3. ERASMUS-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	D	351
	A	7

Anhang

Adressen im In- und Ausland

DAAD-Zentrale Bonn-Bad Godesberg

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Kennedyallee 50
53175 Bonn (Deutschland)
Postfach 200404
53134 Bonn (Deutschland)
Tel.: (0049/228) 882-0
Fax: (0049/228) 882-444
E-Mail: postmaster@daad.de
Internet: www.daad.de

Büro Berlin

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin (Deutschland)
Postfach 240
10106 Berlin (Deutschland)
Tel.: (0049/30) 20 22 08-0
Fax: (0049/30) 20 41 267
E-Mail: info.berlin@daad.de,
bkp.berlin@daad.de
Internet: www.daad-berlin.de,
www.berliner-kuenstlerprogramm.de

Büro Brüssel

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Av. des Arts 10/11
1210 Brüssel (Belgien)
Tel.: (0032/2) 229 01 68
Fax: (0032/2) 229 31 62
E-Mail: daad.bxl@skynet.be

DAAD-Außenstellen

Außenstelle Hanoi (seit 2003)

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Vietnamesisch-Deutsches Zentrum
Trung Tam Viet Duc
Hanoi University of Technology
1 Dai Co Viet
Hanoi (Vietnam)
Tel.: (0084/4) 38 68 37 73-0
Fax: (0084/4) 38 68 37 72
E-Mail: daad@daadvn.org
Internet: www.daadvn.org

Außenstelle Jakarta (seit 1990)

DAAD Jakarta Office
Jl. Jend. Sudirman, Kav. 61–62
Summitmas II, 14th Floor
12190 Jakarta (Indonesien)
Tel.: (0062/21) 520 08 70, -525 28 07
Fax: (0062/21) 525 28 22
E-Mail: info@daadjkt.org
Internet: www.daadjkt.org

Außenstelle Kairo (seit 1960)

Deutscher Akademischer Austauschdienst
11 Saleh Ayoub St.
Kairo-Zamalek (Ägypten)
Tel.: (0020/2) 27 35 27 26,
Fax: (0020/2) 27 38 41 36
E-Mail: info@daadcairo.org
Internet: http://cairo.daad.de

Außenstelle London (seit 1952)

German Academic Exchange Service
1 Southampton Place
WC1A 2DA London (Großbritannien)
Tel.: (0044/20) 78 31-95 11
Fax: (0044/20) 78 31-85 75
E-Mail: info@daad.org.uk
Internet: www.daad.org.uk

Außenstelle Mexiko-Stadt (seit 2000)

Servicio Alemán de Intercambio Académico
Calle Kepler 157
Col. Nueva Anzures
Del. Miguel Hidalgo
C.P. 11590 Ciudad de México
(Mexiko)
Tel.: (0052/55) 52 50 18 83
Fax: (0052/55) 52 50 18 04
E-Mail: info@daadmx.org
Internet: http://daadmx.org

Außenstelle Moskau (seit 1993)

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Leninskij Prospekt 95a
119313 Moskau
(Russische Föderation)
Tel.: (007/499) 132 23 11
Fax: (007/499) 132 49 88
E-Mail: daad@daad.ru
Internet: www.daad.ru

Außenstelle Nairobi (seit 1973)

German Academic Exchange Service
Regional Office for Africa
Madison Insurance House,
3rd floor, Upper Hill Close
00800 Nairobi (Kenia)
P.O. Box 14050
00800 Nairobi (Kenia)
Tel.: (00254/20) 272 97 41
Fax: (00254/20) 271 67 10
E-Mail: info@daadafrica.org
Internet: http://nairobi.daad.de

Außenstelle Neu Delhi (seit 1960)

German Academic Exchange Service
Regional Office Bangladesh, India, Nepal, Sri Lanka
2, Nyaya Marg, Chanakyapuri
110 021 New Delhi (Indien)
Tel.: (0091/11) 41 68 09 68, -41 68 09 69
Fax: (0091/11) 46 06 81 92
E-Mail: info@daaddelhi.org
Internet: http://newdelhi.daad.de

Außenstelle New York (seit 1971)

German Academic Exchange Service
871 United Nations Plaza
10017 New York, N.Y. (USA)
Tel.: (001/212) 758 32 23
Fax: (001/212) 755 57 80
E-Mail: daadny@daad.org
Internet: www.daad.org

Außenstelle Paris (seit 1963)

Office Allemand d'Echanges Universitaires
Hôtel Duret de Chevry
8, rue du Parc-Royal
75003 Paris (Frankreich)
Tel.: (0033/1) 44 17 02 30
Fax: (0033/1) 44 17 02 31
E-Mail: info@daad.asso.fr
Internet: http://paris.daad.de

Außenstelle Peking (seit 1994)

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Unit 1718, Landmark Tower 2
8 North Dongsanhuan Road
Chaoyang District
100004 Beijing (VR China)
Tel.: (0086/10) 65 90-66 56
Fax: (0086/10) 65 90-63 93
E-Mail: postmaster@daad.org.cn
Internet: www.daad.org.cn

Außenstelle Rio de Janeiro (seit 1972)

Serviço Alemão de Intercâmbio Acadêmico
Rua Presidente Carlos de Campos 417, Laranjeiras
22231-080 Rio de Janeiro (Brasilien)
Tel.: (0055/21) 25 53 32 96
Fax: (0055/21) 25 53 92 61
E-Mail: info@daad.org.br
Internet: www.daad.org.br

Außenstelle Tokio (seit 1978)

Deutscher Akademischer Austauschdienst
Deutsches Kulturzentrum,
Akasaka 7-5-56, Minato-ku
107-0052 Tokio (Japan)
Tel.: (0081/3) 35 82 59 62
Fax: (0081/3) 35 82 55 54
E-Mail: daad-tokyo@daadjp.com
Internet: http://tokyo.daad.de

Außenstelle Warschau (seit 1997)

Niemiecka Centrala Wymiany Akademickiej
Przedstawicielstwo w Warszawie
ul. Czeska 24/2
03-902 Warszawa (Polen)
Tel.: (0048/22) 617 48 47, -616 13 08
Fax: (0048/22) 616 12 96
E-Mail: daad@daad.pl
Internet: www.daad.pl

DAAD-Informationszentren

Argentinien

Buenos Aires
E-Mail: ic@daad.org.ar
Internet: www.daad.org.ar

Armenien

Eriwan
E-Mail: info@daad.am
Internet: www.daad.am

Aserbaidschan

Baku
E-Mail: info@daad.baku.az
Internet: www.ic.daad.de/baku

Australien

Sydney
E-Mail: daad.australia@gmail.com
Internet: www.ic.daad.de/sydney

Belarus

Minsk
E-Mail: daad-ic-minsk@bntu.by
Internet: www.daad-ic-minsk.by

Brasilien

Sao Paulo
E-Mail: daad_sao_paulo@daad.org.br
Internet: www.daad.org.br

Chile

Santiago de Chile
E-Mail: ic@daad.cl
Internet: www.daad.cl

China

Guangzhou
E-Mail: info@daad-guangzhou.cn
Internet: www.daad-guangzhou.cn

Hong Kong
E-Mail: daadhk@hkbu.edu.hk
Internet: www.ic.daad.de/hongkong

Shanghai

E-Mail: shanghai@daad.org.cn
Internet: ic.daad.de/shanghai

Costa Rica

San Jose
E-Mail: daad@conare.ac.cr
Internet: www.daad.de/miniwebs/icsanjose/de

Georgien

Tiflis
E-Mail: info@daad.org.ge
Internet: http://ic.daad.de/tbilissi

Ghana

Accra
E-Mail: daadghana@yahoo.com
Internet: www.ic.daad.de/accra

Griechenland

Athen
E-Mail: daad@athen.goethe.org
Internet: www.daad.gr

Indien

Chennai
E-Mail: chennai@daadindia.org
Internet: www.ic.daad.de/chennai

Pune
E-Mail: pune@daadindia.org

Irak

Erbil
E-Mail: director_erbil@daad-iraq.info
Internet: www.daad-iraq.info

Iran

Teheran
E-Mail: study_in_germany@gmx.de
Internet: www.ic.daad.de/tehran

Israel

Ost-Jerusalem
E-Mail: daadeastjerusalem@gmail.com
Internet: www.daad.de/westbank_gaza

Italien

Rom
E-Mail: info@daad-rom.org
Internet: www.daad-rom.org

Kamerun

Yaoundé
E-Mail: daadkamerun@gmail.com
Internet: http://ic.daad.de/yaounde/de

Kanada

Toronto
E-Mail: daadca@daad.org
Internet: www.daad-canada.ca/de

Kasachstan

Almaty
E-Mail: daad@mailbox.kz
Internet: www.daad.kz

Kirgisistan

Bischkek
E-Mail: info@daad.kg
Internet: www.daad.kg

Kolumbien

Bogota
E-Mail: info@daad.co
Internet: www.daad.co/de

Korea, Republik

Seoul
E-Mail: info@daad.or.kr
Internet: www.daad.or.kr

Kuba

Havanna
E-Mail: daadcuba@gmx.de

Lettland

Riga
E-Mail: ic@daad.lv
Internet: www.daad.lv

Malaysia

Kuala Lumpur
E-Mail: info@daadkl.org
Internet: www.ic.daad.de/kualalumpur

Pakistan

Islamabad
E-Mail: director@daad.org.pk
Internet: http://ic.daad.de/islamabad

Rumänien

Bukarest
E-Mail: info@daad.ro
Internet: www.daad.ro

Russland

Novosibirsk
E-Mail: info@daad-novosibirsk.de
Internet: www.daad-novosibirsk.de

St. Petersburg
E-Mail: daad@herzen.spb.ru
Internet: www.daad.spb.ru

Serbien

Belgrad
E-Mail: info@daad.rs
Internet: www.daad.rs

Singapur

Singapur
E-Mail: daaddirector@tum-create.com.sg
Internet: www.ic.daad.de/singapore

Spanien

Barcelona
E-Mail: info@daad.es
Internet: www.ic.daad.de/barcelona

Südafrika

Johannesburg
E-Mail: daad@wits.ac.za
Internet: www.ic.daad.de/johannesburg

Syrien

Damaskus
E-Mail: info@daad-syr.org
Internet: ic.daad.de/damaskus/de

Tadschikistan

Duschanbe
E-Mail: info@daad.tj
Internet: www.daad.tj

Taiwan

Taipei
E-Mail: info@daad.org.tw
Internet: www.daad.org.tw

Thailand

Bangkok
E-Mail: info@daad.or.th
Internet: www.daad.or.th

Tschechische Republik

Prag
E-Mail: info@daad.cz
Internet: www.daad.cz

Türkei

Ankara
E-Mail: daad.ankara@daad.de
Internet: www.ic.daad.de/ankara

Istanbul
E-Mail: info@daad-istanbul.com
Internet: www.daad-istanbul.com

Ukraine

Kiew
E-Mail: info@daad.org.ua
Internet: www.daad.org.ua

Ungarn

Budapest
E-Mail: mail@daad.info.hu
Internet: www.daad.info.hu

USA

San Francisco
E-Mail: daadsf@daad.org
Internet: www.daad.org/?p=daadsf

Usbekistan

Taschkent
E-Mail: info@daad.uz
Internet: www.daad.uz

Venezuela

Caracas
E-Mail: daad.caracas@gmail.com
Internet: www.ic.daad.de/caracas

Vereinigte Arabische Emirate

Abu Dhabi
E-Mail: info@ic-daad-abudhabi.org
Internet: http://ic.daad.de/abudhabi

Vietnam

Ho-Chi-Minh-Stadt
E-Mail: hcmc@daadvn.org
Internet: www.ic.daad.de/hcmc

Die Webseiten der Außenstellen und der 51 Informationszentren (IC) des DAAD finden Sie auch unter: www.daad.de/offices

Herausgeber
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
German Academic Exchange Service
Kennedyallee 50
53175 Bonn (Deutschland)
www.daad.de

Dr. Dorothea Rüland, DAAD (verantwortlich)

Redaktion Katja Spross, www.trio-medien.de
Nina Scholtes, Kathrin Sturmhöfel, DAAD

Gestaltung und Satz LPG Loewenstern Padberg GbR, Bonn

Druck Köllen Druck + Verlag GmbH, Bonn

ISBN 978-3-87192-884-0

Auflage Mai 2012 – 2.500

Alle Rechte vorbehalten.
© DAAD

Bildnachweis Sofern im Folgenden nicht anders ausgewiesen liegen die Rechte beim DAAD.
Pascal Ackerschott (S. 91 rechts), AG Hertz und Pixel (S. 144 unten), Justin Alberts (S. 39), Beate Böhme (S. 32), Bundesregierung / Kugler (S. 119 oben + Mitte), CIERA (S. 185 Mitte rechts), ddp images (S. 151), ddp images/AP/Rajanish Kakade (S. 112), ddp images/AP/Sang Tan (S. 152), ddp images/dapd/Remy de la Mauvinere (S. 177), Deutsche Botschaft Hanoi (S. 90), Deutsche Botschaft Tokio (S. 144 oben), Deutsches Historisches Institut Paris (S. 185 oben), Nour El-Refai (S. 19 oben links + oben rechts, S. 20 oben + unten), Eyescape (S. 37), Prof. Fiener / IGCS (S. 120 oben), Lisa Haubeck & Katharina Wojczenko (S. 185 rechts unten), Michael Jordan (S. 2/3, 4), Keio Universität (S. 140), Kiribane (S. 91 links), Roger Klimke (S. 185 Mitte links), Mirco Lomoth (S. 27, 40), Bernhard Ludewig / Goethe Institut (S. 198 unten), Jasmin Mohr (S. 111), Reimar Müller (S. 92), Stephanie Müller (S. 93 vierte Zeile links), Christian Oster (S. 93 dritte Zeile links), Press Information Bureau / Government of India (S. 119 unten), Hennie Rudman (S. 38), Cordula Schaefer (S. 58), Axel von Schwanebach (S. 88), Beowulf Sheehan (S. 62, 63 oben + unten), Stadtverwaltung New York (S. 61), Stuckert / Presidência (S. 76), Zbigniew Sulima / AGH (S. 198 oben), Thalhammer / CeNS (S. 71), Tepco (S. 139), Claudia de la Torre Álvarez (S. 50), Trettin / bw-i (S. 75 Mitte links + rechts), UASLP San Luis Potosí / Alicia Cabrera (S. 45), WBZ (S. 198 Mitte links), wikicommons/Amr Farouq Mohammed (S. 16 oben rechts, S. 16 unten rechts), wikicommons/DocentX (S. 196 oben), wikicommons/Essam Sharaf (S. 16 oben links), wikicommons/MaKa (S. 196 unten), wikicommons/Mariam Soliman (S. 16 Mitte rechts), wikicommons/Mona (S. 15 unten), wikicommons/Senthil524 (S. 112 links unten), wikicommons/Sherif9282 (S. 15 oben, 16 unten links), wikicommons/Starscream (S. 195)

www.daad.de